

Statistisches Bundesamt

Dokumente und Quellen

zu

DDR - Statistik

Grundlagen, Methoden und Organisation
der amtlichen Statistik der DDR

1949 bis 1990

(Heft 34 der „Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR“)

Dokumentenband 2 / Teil I

Grundprinzipien, Bestandteile und Organisation von Rechnungsführung und Statistik Teil I

		<u>Seite</u>
DOC.22	Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985	188
DOC.23	Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat	196
DOC.24	Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik vom 6. August 1985	221
DOC.25	Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik, Ausgabe 1980 (Auszug)	231
DOC.26	Volkswirtschaftliche Systematiken für die statistische Arbeit der DDR	236
DOC. 26a	Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR, Ausgabe 1985	358
DOC. 26b	Betriebssystematik 2. Fünfjahrplan, Ausgabe 1965	409

Statist. Bundesamt - Bibliothek



99-02453

(99.2448)

**Verordnung über Rechnungsführung
und Statistik vom 11. Juli 1985**



GESETZBLATT

261

der Deutschen Demokratischen Republik

1985

Berlin, den 26. August 1985

Teil I Nr. 23

Tag	Inhalt	Seite
11. 7. 85	Verordnung über Rechnungsführung und Statistik	261
6. 8. 85	Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik	267
9. 8. 85	Anordnung Nr. 62 über die Ausgabe von Gedenkmünzen der Deutschen Demokratischen Republik	275
25. 7. 85	Anordnung über die Aufhebung einer Rechtsvorschrift auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens	276
1. 8. 85	Anordnung über die Aufhebung einer Rechtsvorschrift auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sowie Brandschutzes	276
	Hinweis auf Veröffentlichungen im Sonderdruck des Gesetzblattes der Deutschen Demokratischen Republik	276

Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt die Aufgaben und Verantwortung zur Leitung, Anwendung und ständigen Vervollkommnung von Rechnungsführung und Statistik. Rechnungsführung und Statistik ist das einheitliche System der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung, Berichterstattung und Auswertung der für die Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle notwendigen zahlenmäßigen Informationen der Volkswirtschaft entsprechend der beschlossenen Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

(2) Diese Verordnung gilt für

- Staatsorgane,
- Kombinate,
- Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen (nachstehend Betriebe genannt).

(3) Der Minister für Nationale Verteidigung, der Minister für Staatssicherheit und der Minister des Innern sind berechtigt, auf der Grundlage dieser Verordnung für die Betriebe ihres Verantwortungsbereiches spezielle Festlegungen zu treffen.

(4) Die Bestimmungen dieser Verordnung für Kombinate gelten für wirtschaftsleitende Organe entsprechend.

(5) Nachstehend werden Minister und Leiter anderer zentraler Staatsorgane, Vorsitzende der örtlichen Räte, Generaldirektoren der Kombinate und Direktoren der Betriebe als Leiter bezeichnet.

(6) Die Rechte und Pflichten der Leiter zentraler Staatsorgane gelten auch für die zentralen Vorstände des Verban-

des der Konsumgenossenschaften der DDR und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

(7) Die Rechte und Pflichten der Leiter der Betriebe gelten auch für die Vorsitzenden bzw. die Vorstände von Genossenschaften.

(8) Die §§ 16 bis 19 und 25 gelten auch für gesellschaftliche Organisationen, soweit diese in das Berichtswesen einbezogen werden.

(9) Die §§ 11, 16 bis 19 und 25 gelten auch für private Handwerker und Gewerbetreibende sowie sonstige selbständig tätige Bürger.

(10) Die Festlegungen des § 19 gelten auch für Bevölkerungsbefragungen.

Inhalt und Aufgaben

§ 2

(1) Das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik ist fester Bestandteil der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR. Es ist bei Wahrung der Vergleichbarkeit zahlenmäßiger Informationen flexibel auf veränderte Anforderungen der Leitung und Planung einzustellen.

(2) Durch Rechnungsführung und Statistik sind die für die Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle notwendigen zahlenmäßigen Informationen für die Betriebe, Kombinate und Staatsorgane vollständig, wahrheitsgemäß und termingerecht zur Verfügung zu stellen. Durch Rechnungsführung und Statistik ist eine umfassende Information der Werktätigen zu gewährleisten.

(3) Die Übereinstimmung von Rechnungsführung und Statistik mit den Festlegungen und Kennziffern der Planung ist ständig zu gewährleisten.

(4) Die Leitung, Anwendung und ständige Vervollkommnung von Rechnungsführung und Statistik haben konsequent

nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus zu erfolgen, um die notwendige Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus Rechnungsführung und Statistik zu sichern.

§ 3

(1) Mit Rechnungsführung und Statistik ist zu gewährleisten, daß

- der volkswirtschaftliche Reproduktionsprozeß in seinen Phasen und Verflechtungen für alle Leitungsebenen komplex und lückenlos zahlenmäßig erfaßt, verarbeitet, gespeichert, nachgewiesen und ausgewertet sowie in der Einheit von Mengen-, Zeit- und Wertangaben widergespiegelt und
- die Kontrolle zur Sicherung des sozialistischen Eigentums, über den effektivsten Einsatz der materiellen und finanziellen Fonds und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durchgesetzt

werden.

(2) Die entscheidenden Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind in den Mittelpunkt der Arbeiten von Rechnungsführung und Statistik zu stellen. Die umfassende Intensivierung sowie die Maßnahmen der schrittweisen Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus sind durch die Bereitstellung zahlenmäßiger Informationen und von Analysen konsequent zu unterstützen. Die Nachweisführung und Analyse des ökonomischen Nutzens, insbesondere aus Maßnahmen von Wissenschaft und Technik sowie der Investitionen, hat durchgängig und aufgabenbezogen zu erfolgen.

(3) Rechnungsführung und Statistik hat für die Betriebe, Kombinate und Staatsorgane aktuell und vorausschauend Informationen bereitzustellen für

- das Vorbereiten und Treffen von Entscheidungen, insbesondere für die Ausarbeitung der Pläne,
- die Leitung der Plandurchführung,
- die Kontrolle der Erfüllung der Pläne, insbesondere die Abrechnung der Hauptkennziffern zur Leistungsbewertung der Kombinate und Betriebe.

Dabei ist der Leistungs- und Effektivitätsvergleich zwischen den Kombinat und Betrieben sowie den Bezirken und Kreisen zur Aufdeckung von Reserven durch die Bereitstellung vergleichbarer zahlenmäßiger Informationen zu unterstützen.

(4) Mit den zahlenmäßigen Informationen aus Rechnungsführung und Statistik ist die umfassende Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Führung des sozialistischen Wettbewerbs sowie der Haushaltsbücher wirksam zu unterstützen.

(5) Zur Sicherung einer hohen Aktualität erforderlicher zahlenmäßiger Informationen kann durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik festgelegt werden, daß diese teilweise auf der Grundlage von Berechnungen zu erarbeiten sind. Dafür werden von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik Richtlinien vorgegeben, die durch die zuständigen Leiter durchzusetzen sind und bei Notwendigkeit entsprechend den bereichs- bzw. zweigspezifischen Bedingungen konkretisiert werden können. Die Kombinate und Betriebe haben zur Kontrolle dieser berechneten zahlenmäßigen Informationen eine exakte Erfassung und Nachweisführung zu gewährleisten und auf dieser Grundlage die Berechnung der erforderlichen Kennziffern zu qualifizieren.

(6) Die Technologie von Rechnungsführung und Statistik ist durch die Anwendung der automatisierten Datenverarbeitung und moderner Bürotechnik ständig zu rationalisieren, um die notwendige Informationsbereitstellung bei gleichzeitiger Reduzierung des Verwaltungsaufwandes zu sichern.

§ 4

Arbeitsstufen und Bestandteile

(1) Die Arbeitsstufen von Rechnungsführung und Statistik sind:

- Vorbereitung,
- Erfassung,
- Verarbeitung, Speicherung und Nachweisführung,
- Auswertung einschließlich Analyse.

(2) Die Bestandteile von Rechnungsführung und Statistik sind:

- Definitionen von Kennziffern und Begriffen,
- volkswirtschaftliche Systematiken und Nomenklaturen,
- Rechtsvorschriften und andere Festlegungen über
 - die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz,
 - die Bewertung,
 - einheitliche Primärdokumente,
 - die Erfassung,
 - die Nachweisführung,
 - die Information innerhalb der Betriebe,
 - das Berichtswesen.

Diese Bestandteile sind als volkswirtschaftliche Mindestanforderungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft anzuwenden.

§ 5

Vorbereitung

(1) Ausgehend von den konkreten Erfordernissen der Leitung, Planung, wirtschaftlichen Rechnungsführung und Kontrolle ist festzulegen,

- wie die Erfassungseinheiten abzugrenzen und zu definieren sind,
- für welche Zeitpunkte und Zeiträume die Erfassung und Nachweisführung in den Betrieben oder durch die Kombinate zu erfolgen haben,
- wie die Verarbeitung, Speicherung und Nachweisführung unter Beachtung der vorhandenen Datenverarbeitungstechnik am rationellsten zu gestalten sind.

(2) Zur Ermittlung inhaltlich exakter und technologisch rationaler Lösungen sind grundsätzlich Erprobungen durchzuführen. Die Staatsorgane, Kombinate und Betriebe sind verpflichtet, aktiv an diesen Erprobungen teilzunehmen.

§ 6

Erfassung

Die Erfassung kann schriftlich auf Belegen (Primärdokumenten) oder auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung erfolgen. Sie ist zu den durch Rechtsvorschriften und andere Festlegungen getroffenen Regelungen auf der Grundlage der verbindlichen Definitionen gemäß § 9 zu den festgelegten Terminen und für die festgelegten Zeiträume bzw. Zeitpunkte durchzuführen. Die Anforderungen an die Ordnungsmäßigkeit der Erfassung werden in gesonderten Anordnungen gemäß § 11 Abs. 2 geregelt. Die inhaltlichen und methodischen Regelungen zur Erfassung in Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate sind durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen Staatsorgane in Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen zu treffen.

§ 7

Verarbeitung, Speicherung und Nachweisführung

Durch die Verarbeitung erfolgt die Aufbereitung der erfaßten zahlenmäßigen Informationen zu den für die Infor-

mations- und Analysentätigkeit notwendigen Kennziffern. Die kontrollfähige Nachweisführung der Kennziffern und Kennziffernübersichten hat auf Konten, Tabellen, Listen, in Journalen und Bilanzen zu erfolgen. Sofern die notwendigen Kennziffern und Kennziffernübersichten auf Speichermedien der elektronischen Datenverarbeitung nachgewiesen werden, müssen sie bei Bedarf über einen Ausdruck oder über Bildschirm abrufbereit sein. Mit den Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen gemäß § 14 Abs. 1 und den Anforderungen an das Berichtswesen gemäß den §§ 16 bis 19 wird der Umfang der in den Betrieben und Kombinatn mindestens nachzuweisenden Informationen bestimmt.

§ 8

Auswertung einschließlich Analyse

(1) Die Auswertungsunterlagen, insbesondere in Form von Kennziffernübersichten, sind aktuell und führungsgerecht zu gestalten; bei Anwendung automatisierter Datenverarbeitung sind sie in Datenbanken bzw. Datenspeichern für Abrufe verfügbar zu halten. Auf dieser Grundlage sind Plan-Ist-Vergleiche, Entwicklungs- und Niveauvergleiche sowie Leistungs- und Effektivitätsvergleiche zur Aufdeckung von Reserven durchzuführen.

(2) Durch die Analyse sind die Faktoren, Wechselbeziehungen und Ergebnisse der intensiv erweiterten Reproduktion exakt zu ermitteln.

(3) Die Kombinate haben als Bestandteil ihrer Gesamtrechnung die notwendigen zahlenmäßigen Informationen zur Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses des Kombinatn zu verarbeiten, zu speichern und auszuwerten, Betriebsvergleiche zu führen und Analysen zum Erschließen von Reserven der Intensivierung zu erarbeiten.

(4) Generelle Anforderungen an die Auswertung einschließlich Analyse sind durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in den Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen gemäß § 14 Abs. 1 zu regeln.

(5) Die Bildung von langfristigen Reihen für volkswirtschaftlich wichtige Kennziffern ist zur Gewährleistung der Einheitlichkeit durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Richtlinien verbindlich zu regeln.

(6) Die Methoden der Vergleichsbarmachung von Kennziffern zum Vorjahr sind in den Richtlinien zu den Berichterstattungen zu regeln.

§ 9

Definitionen von Kennziffern und Begriffen

Für die einheitliche und eindeutige Bestimmung, Abgrenzung und Aussage der Informationen gelten die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission und anderen zuständigen zentralen Staatsorganen herausgegebenen Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik. Sie sind von den Staatsorganen, Kombinatn und Betrieben in der Planung sowie in Rechnungsführung und Statistik verbindlich anzuwenden.

§ 10

Volkswirtschaftliche Systematiken und Nomenklaturen

(1) Zur Durchsetzung einheitlicher Zuordnungsprinzipien in der Planung sowie in Rechnungsführung und Statistik sind volkswirtschaftlich verbindliche Systematiken und Nomenklaturen anzuwenden. Sie können herausgegeben werden

- vom Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik,
- vom Minister der Finanzen zur Systematik des Staatshaushaltes,
- von Leitern anderer zentraler Staatsorgane mit Zustimmung des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

(2) Die Leiter der zentralen Staatsorgane, der Kombinate und Betriebe haben das Recht, für ihren Verantwortungsbereich

- weitere Systematiken und Nomenklaturen herauszugeben und
- die volkswirtschaftlichen Systematiken und Nomenklaturen zu spezifizieren.

§ 11

Ordnungsmäßigkeit und Datenschutz

(1) Die Leiter der Staatsorgane, Kombinate und Betriebe haben die Ordnungsmäßigkeit sowie den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik bei der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung, Nachweisführung, Berichterstattung und Auswertung zu gewährleisten.

(2) Vom Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sind die grundsätzlichen Anforderungen an die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik in Abstimmung mit den Leitern der zuständigen Staatsorgane in Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen zu regeln und deren Einhaltung zu kontrollieren.

§ 12

Bewertung

(1) Zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Nachweises der Leistungen, der Grundmittel und materiellen Umlaufmittel der Kombinate und Betriebe sowie der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft sind die materiellen und finanziellen Mittel und Prozesse nach einheitlichen inhaltlichen Grundsätzen und Methoden zu bewerten.

(2) Die Verfahren der Bewertung sind durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Minister und Leiter des Amtes für Preise in Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen zu regeln.

§ 13

Einheitliche Primärdokumente

(1) Zur Rationalisierung der Erfassung sowie zur rationalen Nutzung der Datenverarbeitungstechnik sind die durch Rechtsvorschriften des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bzw. durch Standards für verbindlich erklärten einheitlichen datenverarbeitungsgerechten Primärdokumente entsprechend den dazu erlassenen Richtlinien anzuwenden.

(2) Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik leitet und koordiniert die Entwicklung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente der Rechnungsführung und Statistik sowie der Fertigungsorganisation. Sie kann den Staatsorganen Aufgaben zur Entwicklung oder Veränderung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente übertragen.

§ 14

Nachweisführung

(1) Die inhaltlichen und methodischen Regelungen zur Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate sind durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen Staatsorgane in Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen zu treffen.

(2) In den Betrieben sind insbesondere folgende Rechnungen zu führen:

Grundmittel- und Investitionsrechnung, Materialrechnung, Arbeitskräfterechnung, Leistungs- und Warenrechnung, Kostenrechnung, Finanzrechnung, Valutarechnung, Nutzensrechnung, Gesamtrechnung.

(3) In haushaltsgeplanten staatlichen Organen und Einrichtungen sind insbesondere folgende Rechnungen zu führen:

Haushaltsrechnung, Verwahrgeldrechnung, Grundmittel- und Investitionsrechnung, Materialrechnung, Arbeitskräfterechnung, Valutarechnung.

(4) Für das Kombinat sind mindestens die Finanzrechnung für Mittel und Fonds des Kombinales und die Gesamtrechnung zu führen. Die Gesamtrechnung für das Kombinat ist grundsätzlich auf den Ergebnissen von Rechnungsführung und Statistik der Kombinatbetriebe aufzubauen und ist untersetzt nach Kombinatbetrieben zu führen.

(5) Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ist berechtigt, im Zusammenhang mit der weiteren Vervollkommen der Leitung, Planung, wirtschaftlichen Rechnungsführung und Kontrolle das Führen weiterer Rechnungen im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen Staatsorgane in Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen zu regeln.

§ 15

Information innerhalb der Betriebe

(1) Die im Rahmen von Rechnungsführung und Statistik erarbeiteten zahlenmäßigen Informationen, insbesondere die mit der Auswertung gewonnenen Ergebnisse, sind zur Leitung und Planung des betrieblichen Reproduktionsprozesses und für die Information der Werktätigen zu nutzen. Sie sind den gesellschaftlichen Organisationen und den zuständigen Organen der Arbeiter- und Bauern-Inspektion des Betriebes entsprechend den Erfordernissen zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung zur Verfügung zu stellen.

(2) Die Informationen aus Rechnungsführung und Statistik sind über die im § 3 festgelegten Aufgaben hinausgehend innerbetrieblich insbesondere für die Erfüllung folgender Aufgaben bereitzustellen:

- Information der Werktätigen über die von ihnen erreichten Ergebnisse im Prozeß der Plandurchführung sowie über die Erfüllung übernommener Verpflichtungen,
- Unterstützung der Werktätigen bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs und der Haushaltsbücher,
- Durchführung von inner- und zwischenbetrieblichen Leistungs- und Effektivitätsvergleichen zur Erschließung von Reserven,
- Analyse der Leistungs- und Effektivitätsentwicklung und der Durchsetzung der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung in Meisterbereichen, Abteilungen und anderen Struktureinheiten,
- Sicherung eines Mindestumfanges zahlenmäßiger Informationen für territorial getrennt liegende Betriebsteile und Produktionsstätten, insbesondere auf den Gebieten Produktion bzw. Leistung, Grundmittel, Investitionen und Arbeitsvermögen.

Berichtswesen

§ 16

(1) Die im § 1 Absätze 2, 8 und 9 Genannten (nachstehend Berichtspflichtige genannt) sind zur Bereitstellung zahlenmäßiger Informationen verpflichtet. Die Berichtspflicht wird inhaltlich, organisatorisch und terminlich durch verbindliche Richtlinien zu den Berichterstattungen gemäß § 17 Abs. 1 durch die für das Berichtswesen zuständigen Leiter der Staatsorgane und Kombinate festgelegt.

(2) Aus dem Berichtswesen ermittelte und von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bestätigte Ergebnisse tragen verbindlichen Charakter.

§ 17

(1) Das Berichtswesen besteht aus

- den zentralisierten Berichterstattungen, die in Verantwortung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik

bzw. auf der Grundlage von Vereinbarungen gemäß Anlage 1 zu dieser Verordnung gemeinsam mit anderen zentralen Staatsorganen durchgeführt werden, und

- den fachlichen Berichterstattungen, die in Verantwortung der Minister und Leiter anderer zentraler Staatsorgane, der Vorsitzenden der Räte der Bezirke sowie der Generaldirektoren der Kombinate durchgeführt werden und durch einen Registriervermerk gemäß Anlage 2 gekennzeichnet sind.

(2) Berichterstattungen können einmalige, periodische und aperiodische Erhebungen sein.

(3) Für Berichterstattungen besteht die Pflicht zur wahrheitsgemäßen, vollständigen und termingerechten Beantwortung.

(4) Berichterstattungen erfolgen durch

- Übergabe von entsprechend den Richtlinien ausgefüllten Formblättern/Fragebogen,
- Übergabe speziell vereinbarter maschinenlesbarer Datenträger,
- organisierte Datenfernübertragung auf der Grundlage spezieller Vereinbarungen.

Diese speziellen Vereinbarungen sind mit Zustimmung des Leiters des übergeordneten Organs von den Berichtspflichtigen mit den zuständigen Stellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zu treffen.

(5) Es ist nicht gestattet, andere als im Abs. 1 genannte Berichterstattungen zu veranlassen. Berichtsansforderungen, die nicht dem Abs. 1 entsprechen, sind nicht zu beantworten und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik unverzüglich mitzuteilen.

(6) Planinformationen, die als Bestandteil der Planausarbeitung festgelegt sind, zählen nicht zu den Berichterstattungen im Sinne dieser Verordnung.

§ 18

Zentralisierte Berichterstattung

(1) Für die inhaltliche Entwicklung und rationelle Gestaltung der zentralisierten Berichterstattungen trägt die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik die Verantwortung.

(2) Die Berichtspflichtigen haben die Ursachen für Abweichungen vom Plan entsprechend den in den Richtlinien festgelegten Kriterien zu begründen. Auf Anforderung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik haben sie Erläuterungen zu den in den Berichterstattungen ausgewiesenen zahlenmäßigen Informationen zu geben.

§ 19

Fachliche Berichterstattung

(1) Fachliche Berichterstattungen werden für spezifische Fragen eines Bereiches, Zweiges bzw. Territoriums in Ergänzung zu den zentralisierten Berichterstattungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veranlaßt.

(2) Fachliche Berichterstattungen bzw. die Veränderung bereits bestehender fachlicher Berichterstattungen bedürfen des Registriervermerkes durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik gemäß Anlage 2 Buchst. a, der von den Veranlassern der Berichterstattungen auf den Berichtsunterlagen anzubringen bzw. bei formblattlosen Berichterstattungen in geeigneter Form mitzuteilen ist. Diese Festlegung gilt nicht für Berichterstattungen gemäß den Absätzen 3 und 5.

(3) Die Generaldirektoren der Kombinate tragen die Verantwortung für die notwendigen kombinatinternen Informationen aus Rechnungsführung und Statistik. Ihre Aufgabe ist es, die erforderlichen Informationsbeziehungen im Kombinat rationell zu organisieren. Diese Berichterstattungen sowie Fallinformationen bedürfen des Registriervermerkes des Generaldirektors gemäß Anlage 2 Buchst. b und sind in Informationsordnungen der Kombinate zu regeln.

(4) Jede Doppelberichterstattung von Kennziffern neben den zentralisierten Berichterstattungen ist untersagt. Das gilt auch für Berichterstattungen, die telefonisch oder fernschriftlich erfolgen.

(5) Die Leiter zentraler Staatsorgane und die Vorsitzenden der Räte der Bezirke haben das Recht, in dringenden Fällen für Zwecke der operativen Leitung und Kontrolle der Plan-durchführung notwendige einmalige Berichterstattungen sowie Fallinformationen von Kombinat und Betrieben ihres Verantwortungsbereiches zu fordern. Diese sind mit einem Registriervermerk des Ministers bzw. des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes gemäß Anlage 2 Buchst. c zu versehen.

(6) Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik hat das Recht, ständig oder fallweise Teil- bzw. Gesamtergebnisse fachlicher Berichterstattungen von den zuständigen Staatsorganen und Kombinat anzufragen.

(7) Die Leiter der zentralen Staatsorgane, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und die Generaldirektoren der Kombinate sind verpflichtet, regelmäßig die Notwendigkeit und den Umfang der fachlichen Berichterstattungen mit dem Ziel einzuschätzen, die fachlichen Berichterstattungen inhaltlich zu qualifizieren, zu rationalisieren und zu reduzieren. Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ist berechtigt, diese Einschätzungen anzufordern.

§ 20

Informationsordnungen

Für die Durchführung der fachlichen Berichterstattungen sind durch die Leiter der zentralen Staatsorgane, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und die Generaldirektoren der Kombinate Informationsordnungen im jeweiligen Verantwortungsbereich gemäß Anlage 3 zu erlassen und dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zur Kenntnis zu geben. Sie sind konsequent durchzusetzen, und ihre Einhaltung ist regelmäßig zu kontrollieren.

Verantwortung

§ 21

Verantwortung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik

(1) Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik ist verantwortlich für die Bereitstellung der für die zentrale staatliche Leitung und Planung sowie die Leitung und Planung der Bezirke und Kreise erforderlichen Zahlenangaben und Analysen.

(2) Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik ist das Organ des Ministerrates für die gesamtstaatliche Leitung von Rechnungsführung und Statistik. Sie hat die Aufgabe, entsprechend den Erfordernissen der Leitung, Planung, wirtschaftlichen Rechnungsführung und Kontrolle die inhaltliche Ausgestaltung, weitere Entwicklung und Koordinierung aller Bestandteile von Rechnungsführung und Statistik rationell und konsequent durchzusetzen. Dazu hat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen den notwendigen Forschungsvorlauf zu gewährleisten und aktiv auf die Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet von Rechnungsführung und Statistik Einfluß zu nehmen.

(3) Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik trägt die Verantwortung für die inhaltliche und methodische Anleitung der Staatsorgane auf dem Gebiet von Rechnungsführung und Statistik und unterstützt die Kombinate und Betriebe durch die Organisation von Schulungen und Erfahrungsaustauschen bei der rationellen Durchsetzung.

(4) Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik regelt gemeinsam mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane die Bildung von Arbeitskreisen Rechnungsführung und Statistik sowie deren Aufgaben, Rechte und Pflichten zur Unterstützung der Leiter der Staatsorgane und Kombinate bei der Durchsetzung und ständigen Vervoll-

kommung sowie Kontrolle von Rechnungsführung und Statistik in ihren Verantwortungsbereichen.

(5) Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik trägt die Verantwortung für die Koordinierung, Rationalisierung und eine strenge Ordnung im Berichtswesen. Sie ist berechtigt, in den Kombinat, Betrieben sowie den Staatsorganen, die der Berichterstattungspflicht unterliegen, und in den für sie arbeitenden Datenverarbeitungsstationen bzw. -betrieben Prüfungen über die Ordnungsmäßigkeit und Wahrhaftigkeit der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung und Nachweisführung sowie der in den Berichterstattungen ausgewiesenen zahlenmäßigen Informationen und über die Anwendung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente vorzunehmen.

(6) Zur Erfüllung ihrer Kontrollaufgaben hat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik das Recht,

- Abrufe aus Datenbanken oder Datenspeichern über zahlenmäßige Informationen von Rechnungsführung und Statistik einschließlich von Planangaben unter Beachtung der Erfordernisse des Geheimnisschutzes zu veranlassen bzw. durchzuführen,
- in alle Unterlagen von Rechnungsführung und Statistik Einsicht zu nehmen,
- von zuständigen Leitern und Mitarbeitern wahrheitsgemäße Auskunft zu verlangen.

Dabei wirkt sie mit den staatlichen und gesellschaftlichen Kontrollorganen, insbesondere mit der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Staatlichen Finanzrevision, zusammen.

(7) Werden Verstöße gegen die Rechtsvorschriften und andere Festlegungen über Rechnungsführung und Statistik einschließlich der Pflicht zur wahrheitsgemäßen, vollständigen und termingerechten Berichterstattung festgestellt, haben die Leiter der Abteilungen der Zentralstelle und die Leiter der Bezirks- und Kreisstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik das Recht, Auflagen zur Herstellung der Ordnungsmäßigkeit zu erteilen.

Verantwortung der Staatsorgane, Kombinate und Betriebe

§ 22

(1) Die Leiter der Staatsorgane, Kombinate und Betriebe tragen für die Durchsetzung dieser Verordnung, der dazu erlassenen Rechtsvorschriften und anderer Festlegungen die Verantwortung. Sie haben die Anwendung neuer und progressiver Methoden zur Qualifizierung und rationellen Gestaltung von Rechnungsführung und Statistik zu unterstützen und den Erfahrungsaustausch zur Vervollkommnung und Verallgemeinerung dieser Methoden zu fördern.

(2) Die Leiter der zentralen Staatsorgane und der Kombinate haben die Zweigrichtlinien für Rechnungsführung und Statistik auf der Grundlage dieser Verordnung, der dazu erlassenen Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen zu konkretisieren. Veränderungen der in den Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen über Rechnungsführung und Statistik enthaltenen Regelungen mit den Zweigrichtlinien sind nicht zulässig.

(3) Die Generaldirektoren der Kombinate haben das Recht, Festlegungen zur Zentralisierung von Abrechnungsarbeiten der Betriebe zu treffen.

(4) Die Leiter der zentralen Staatsorgane, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und die Generaldirektoren der Kombinate haben die übereinstimmende Durchsetzung der Rechtsvorschriften über die Planung und über Rechnungsführung und Statistik in ihren Bereichen zu gewährleisten.

(5) Die Leiter der Kombinate und Betriebe tragen die Verantwortung für die wahrheitsgemäße und vollständige Berichterstattung sowie für deren termingerechte Übergabe an die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und an andere in den Richtlinien gemäß § 16 Abs. 1 festgelegte Empfänger. Die Berichterstattungen tragen den Charakter von Rechenschaftslegungen gegenüber dem sozialistischen Staat und den

übergeordneten Organen. Sie sind vom Leiter des Kombines bzw. Betriebes zu unterschreiben.

(6) Die Leiter der Kombinate und Betriebe haben zur Rationalisierung von Rechnungsführung und Statistik der Betriebe entsprechend den konkreten Möglichkeiten die Nutzung moderner Rechen- und Bürotechnik und die Anwendung einheitlicher Datenverarbeitungsprojekte für gleichartige Betriebe zu gewährleisten.

§ 23

(1) Dem Minister der Finanzen obliegt in Abstimmung mit dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik die Herausgabe von Rechtsvorschriften und anderer Festlegungen für Rechnungsführung und Statistik in den Staatsorganen und staatlichen Einrichtungen.

(2) Dem Präsidenten der Staatsbank der DDR obliegt in Abstimmung mit dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik die Herausgabe von Rechtsvorschriften und anderer Festlegungen für Rechnungsführung und Statistik in den Geld- und Kreditinstituten.

§ 24

(1) Die Hauptbuchhalter sind gegenüber ihren Leitern für die volle Verwirklichung der Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen über Rechnungsführung und Statistik verantwortlich. Für die Durchsetzung spezieller Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik kann anderen leitenden Mitarbeitern der Kombinate und Betriebe die Verantwortung übertragen werden. Entsprechend der besonderen Verantwortung des Hauptbuchhalters für die Verwirklichung von Rechnungsführung und Statistik hat er die Wahrhaftigkeit der Angaben des Berichtswesens unterschriftlich zu bestätigen. Bei Anwendung formblatloser Berichterstattungen ist die Form der Bestätigung der Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu vereinbaren.

(2) In den Betrieben, in denen kein Hauptbuchhalter eingesetzt ist, hat der Leiter des Betriebes die Durchführung der Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik zu gewährleisten. Der Leiter des Betriebes kann zu seiner Unterstützung einen leitenden Mitarbeiter als Verantwortlichen für Rechnungsführung und Statistik einsetzen bzw. auf der Grundlage von Verträgen mit dem VEB Rechnungsführung und Wirtschaftsberatung diese Aufgaben wahrnehmen lassen.

(3) Die Leiter der zentralen Staatsorgane, denen Kombinate und Betriebe unterstellt sind, haben einen Leiter für Rechnungsführung und Statistik einzusetzen. Er hat im Auftrag des Leiters des zentralen Staatsorgans die unterstellten Kombinate und Betriebe bei der konsequenten Durchsetzung, effektiven Nutzung und rationellen Gestaltung von Rechnungsführung und Statistik anzuleiten und zu kontrollieren.

§ 25

Ordnungsstrafbestimmungen

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Leiter oder leitender Mitarbeiter eines Kombines oder Betriebes oder als Vorsitzender einer Genossenschaft

a) in Berichterstattungen einschließlich der Jahresabschlußdokumente sowie den verbindlich zu führenden Rechnungen gemäß § 14 unwahre oder unvollständige Angaben macht, zuläßt oder veranlaßt,

b) entgegen den Bestimmungen des § 22 Abs. 5 den Termin der Berichterstattung nicht einhält,

c) entgegen den Bestimmungen des § 17 Abs. 5 Berichterstattungen veranlaßt oder durchführt,

d) entgegen den Bestimmungen des § 13 Abs. 1 einheitliche Primärdokumente nicht anwendet,

e) entgegen den Bestimmungen des § 21 Abs. 6 Auflagen nicht oder mangelhaft erfüllt,

2. als zur Berichterstattung Verpflichteter entgegen den Bestimmungen des § 17 Abs. 3

a) in Berichterstattungen unwahre oder unvollständige Angaben macht oder

b) den Termin der Berichterstattung nicht einhält,

kann mit einem Verweis oder mit einer Ordnungsstrafe von 10 M bis 500 M belegt werden.

(2) Eine Ordnungsstrafe bis 1 000 M kann bei vorsätzlicher Ordnungswidrigkeit gemäß Abs. 1 Ziff. 1 Buchstaben a und c und Ziff. 2 Buchst. a ausgesprochen werden, wenn

1. ein größerer Schaden verursacht wurde oder hätte verursacht werden können,

2. die gesellschaftlichen Interessen grob mißachtet wurden,

3. sie aus Vorteilsstreben oder wiederholt innerhalb von 2 Jahren begangen und mit Ordnungsstrafe geahndet wurden.

(3) Die Durchführung von Ordnungsstrafverfahren obliegt den Leitern der Abteilungen der Zentralstelle und den Leitern der Bezirksstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie den Leitern der Inspektionen der Staatlichen Finanzrevision.

(4) Für die Durchführung von Ordnungsstrafverfahren und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten — OWG — (GBl. I Nr. 3 S. 101).

§ 26

Disziplinarische Verantwortlichkeit

Auf Verlangen des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ist gegen den leitenden Mitarbeiter eines Staatsorgans und auf Verlangen der Leiter der Abteilungen der Zentralstelle sowie der Leiter der Bezirksstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ist gegen den Leiter oder leitenden Mitarbeiter eines Fachorgans eines örtlichen Rates, der

1. in Berichterstattungen unwahre oder unvollständige Angaben macht, zuläßt oder veranlaßt,

2. entgegen den Bestimmungen des § 17 Abs. 5 Berichterstattungen veranlaßt oder durchführt,

3. entgegen den Bestimmungen des § 21 Abs. 6 Auflagen nicht oder mangelhaft erfüllt,

durch den zuständigen Disziplinarbefugten gemäß den §§ 254 ff. des Arbeitsgesetzbuches ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

§ 27

Schlußbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

— die Verordnung vom 20. Juni 1975 über Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 31 S. 585),

— die Zweite Verordnung vom 10. Juli 1980 über Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 22 S. 215; Ber. GBl. I Nr. 27 S. 274),

— die Dritte Verordnung vom 28. Januar 1982 über Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 6 S. 125).

Berlin, den 11. Juli 1985

Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph
Vorsitzender

Anlage 1

zu § 17 Abs. 1 vorstehender Verordnung

In den Vereinbarungen sind zu regeln:

- die konkrete Zielstellung zur rationellen Abdeckung des Informationsbedarfes aller Leitungsebenen und die gemeinsame Verantwortung der Partner für die Lösung der Gesamtaufgabe,
- die Ausarbeitung der Aufgabenstellung und die Festlegung der Etappen zur Vorbereitung der Organisationslösung sowie die Festlegung der konkreten Verantwortlichkeit,
- die gemeinsame Bestätigung des Projektes, die Ausarbeitung/Inkraftsetzung einer gemeinsamen Anweisung zur Anwendung des Projektes und der damit verbundenen Aufgaben, Rechte und Pflichten der Vereinbarungspartner,
- Festlegungen zur Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung bei der weiteren Qualifizierung und Rationalisierung des Projektes,
- die Form der Bestätigung der Wahrhaftigkeit der zahlenmäßigen Informationen.

Anlage 2zu § 17 Abs. 1 und § 19
Absätze 2, 3 und 5
vorstehender Verordnung

Registriervermerke

a) Registriervermerk

Registriert als
fachliche Berichterstattung unter der
Reg.-Nr. am
Befristet bis zum

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

b) Registriervermerk

Registriert als fachliche Berichterstattung unter der
Reg.-Nr. am
Befristet bis zum

Generaldirektor

c) Registriervermerk

Registriert als einmalige fachliche Berichterstattung/Fallinformation unter der
Reg.-Nr. am
Befristet bis zum

Minister,
Leiter eines anderen zentralen Staatsorgans,
Vorsitzender des Rates des Bezirkes

Anlage 3

zu § 20 vorstehender Verordnung

Mit der Informationsordnung sind insbesondere zu regeln:

- Grundsätze über Inhalt und Organisation der fachlichen Berichterstattungen des jeweiligen Verantwortungsbereiches unter Beachtung ihrer Beziehungen und Abgrenzun-

gen zu den zentralisierten Berichterstattungen zur Ausschließung von Doppelberichterstattungen,

- Festlegungen über Inhalt und Organisation der Fallinformation an das übergeordnete Organ über Abweichungen vom Plan sowie über außergewöhnliche Vorkommnisse,
- Verantwortung und Terminstellung für die Kontrolle der Einhaltung der in der Informationsordnung getroffenen Festlegungen im jeweiligen Verantwortungsbereich,
- eindeutige Festlegungen über die Verantwortung und Verfahrensweise bei der Vorbereitung und Durchführung der fachlichen Berichterstattungen,
- die differenzierten Anforderungen an die fachlichen Berichterstattungen entsprechend der Betriebsgröße und dem Stand der Datenverarbeitungstechnik,
- die Nachweisführung über Inhalt und Bezeichnung der Informationen, Nummer des Registriervermerks, Bezeichnung der Informationspflichtigen, Befragtenkreis, Umfang, Periodizität und Fälligkeitstermin der Information, Art des Informationsträgers, Sender und Empfänger der Information, Informationskanal und Vertraulichkeitsgrad der Information.

Anordnung**über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz
in Rechnungsführung und Statistik****vom 6. August 1985**

Auf der Grundlage des § 11 der Verordnung vom 11. Juli 1985 über Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 23 S. 261) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane, den Vorsitzenden der Räte der Bezirke, dem Präsidenten des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe folgendes angeordnet:

§ 1**Geltungsbereich**

(1) Diese Anordnung regelt die Ordnungsmäßigkeit sowie den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik bei der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung, Nachweisführung und Berichterstattung zahlenmäßiger Informationen (nachstehend Daten genannt).

(2) Diese Anordnung gilt für

- Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen (nachstehend Betriebe genannt),
- Kombinate,
- Staatsorgane.

(3) Der Minister für Nationale Verteidigung, der Minister für Staatssicherheit und der Minister des Innern sind berechtigt, auf der Grundlage dieser Anordnung für die Betriebe ihres Verantwortungsbereiches spezielle Festlegungen zu treffen.

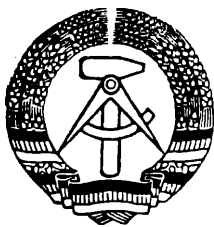
(4) Die Bestimmungen dieser Anordnung für Kombinate gelten für wirtschaftsleitende Organe entsprechend.

(5) Nachstehend werden Minister und Leiter anderer zentraler Staatsorgane, Vorsitzende der örtlichen Räte, Generaldirektoren der Kombinate und Direktoren der Betriebe als Leiter bezeichnet.

(6) Die Rechte und Pflichten der Leiter zentraler Staatsorgane gelten auch für die zentralen Vorstände des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

(7) Die Rechte und Pflichten der Leiter von Betrieben gelten auch für die Vorsitzenden bzw. die Vorstände von Genossenschaften.

**Anordnung über Rechnungsführung und Statistik
in den Betrieben und Kombinat
vom 6. August 1985**



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

BERLIN, 10. SEPTEMBER 1985

SONDERDRUCK NR. 800/1

Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat

vom 6. August 1985

STAATSVERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

(610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik
Lizenz-Nr. 751 – 9545/85 Sp

Gesamtherstellung:
Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik
(Rollensetdruck)

Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat vom 6. August 1985

Auf der Grundlage der §§ 6, 12 und 14 der Verordnung vom 11. Juli 1985 über Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 23 S. 261) wird zur Leitung, Anwendung und ständigen Vervollkommnung von Rechnungsführung und Statistik als festem Bestandteil der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR im Einvernehmen mit den Ministern und Leitern der anderen zuständigen zentralen Staatsorgane, den Vorsitzenden der Räte der Bezirke, dem Präsidenten des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe folgendes angeordnet:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Anordnung regelt die Erfassung, Nachweisführung und Bewertung der für die Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle notwendigen zahlenmäßigen Informationen sowie die Auswertung einschließlich Analyse in Rechnungsführung und Statistik zur Unterstützung der umfassenden Intensivierung in den Betrieben und Kombinat.

(2) Diese Anordnung gilt für

- die volkseigenen Kombinate, Betriebe und Einrichtungen der Industrie, des Bauwesens, der Wasserwirtschaft und des Verkehrswesens sowie für die Deutsche Reichsbahn,
- die Deutsche Post,
- die volkseigenen Kombinate und Betriebe der örtlichen Versorgungswirtschaft und der Wohnungswirtschaft,
- die volkseigenen Kombinate, Betriebe und Einrichtungen der Landtechnik, des Land- und Meliorationsbaus, der Nahrungsgüterwirtschaft und der Forstwirtschaft sowie für Meliorationsgenossenschaften und zwischengenossenschaftliche Bauorganisationen (ZBO),
- die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Verlage,
- Industrie- und Baukombinate und -betriebe des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe einschließlich der genossenschaftlichen Betriebe und Vereinigungen für die Lenkung der milchverarbeitenden Industrie,

ausgenommen die Kombinate und Betriebe des Binnen- und Außenhandels einschließlich der Mitropa.

(3) Diese Anordnung gilt für die Staatsorgane und die zentralen Vorstände des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, soweit sie gemäß dieser Anordnung Pflichten wahrzunehmen haben.

(4) Diese Anordnung gilt auch für volkseigene Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie wirtschaftsleitende Organe der anderen Bereiche der volkseigenen Wirtschaft, soweit für sie keine Besonderheiten in Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen über Rechnungsführung und Statistik geregelt sind.

(5) Im folgenden werden

- die Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane als zentrale Staatsorgane,
- der Vorstand des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und der Zentralvorstand der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe als zentrale Vorstände,
- Betriebe und Einrichtungen sowie Verlage und die Genossenschaften als Betriebe

bezeichnet.

§ 2

Grundsätze

(1) Die zahlenmäßigen Informationen von Rechnungsführung und Statistik sind gemäß den in dieser Anordnung festgelegten Merkmalen der Erfassung und Nachweisführung so-

wie den Schwerpunkten der Auswertung entsprechend den zu führenden Rechnungen zu erarbeiten. Die Erfassungsmerkmale sind verbindliche Grundlage für die Ausfertigung schriftlicher Belege bzw. für Programme der Erfassung auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung.

(2) Die erfaßten zahlenmäßigen Informationen sind in den Betrieben und Kombinat so zu verarbeiten und zu speichern, daß die für die zentralisierten und die fachlichen Berichterstattungen sowie zur Deckung des Informationsbedarfs der Betriebe und Kombinate notwendigen Kennziffern und Kennziffernübersichten zu den festgelegten Terminen und für die festgelegten Zeiträume und Zeitpunkte gemäß den Festlegungen dieser Anordnung und der Richtlinien zu den Berichterstattungen kontrollfähig nachgewiesen werden.

(3) Die verbindliche Gliederung für die einheitliche wertmäßige Nachweisführung wird mit den Kontenrahmen für die Bereiche der Volkswirtschaft bestimmt. Bei der Aufstellung von Kontenplänen in den Betrieben und Kombinat darf eine den jeweiligen Erfordernissen entsprechende tiefere Untergliederung der in den Kontenrahmen verbindlich festgelegten Positionen nur unter Einhaltung der inhaltlichen Zuordnung vorgenommen werden. Einschränkungen der in den Kontenrahmen festgelegten Positionen sind nur zulässig, wenn die Informationen nicht Bestandteil der zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen sowie des Informationssystems des Kombinats sind und auch innerbetrieblich nicht benötigt werden.

(4) Die Auswertung einschließlich Analyse der zahlenmäßigen Informationen von Rechnungsführung und Statistik hat mindestens gemäß den in dieser Anordnung für die zu führenden Rechnungen festgelegten Schwerpunkten und den Anforderungen an die Gesamtrechnung für die Betriebe bzw. Kombinate zu erfolgen. Auf der Grundlage der Auswertungsunterlagen, insbesondere in Form von Kennziffernübersichten, sind Plan-Ist-Vergleiche, Entwicklungs- und Niveauvergleiche sowie Leistungs- und Effektivitätsvergleiche zur Aufdeckung von Reserven durchzuführen. Durch die Analyse sind die Faktoren, Wechselbeziehungen und Ergebnisse der intensiv erweiterten Reproduktion exakt zu ermitteln.

Grundmittelrechnung

§ 3

(1) In der Grundmittelrechnung sind die Grundmittelbestände, ihre Struktur- und Einsatzmerkmale, die Bruttowerte, die Nettowerte, die Nutzungsdauer, die Abschreibungen und der Verschleiß der Grundmittel, ihre rationelle Nutzung, Generalreparaturen und laufende Instandhaltung sowie die Zugänge und Abgänge von Grundmitteln mengen-, zeit- und wertmäßig zu erfassen und nachzuweisen.

(2) In der Grundmittelrechnung sind auch die in Rechtsträgerschaft des Betriebes bzw. Kombinats befindlichen Grundmittel, die ihren Standort außerhalb der Grenzen der DDR haben, zu erfassen und nachzuweisen. Soweit diese Grundmittel nicht unmittelbar in den Reproduktionsprozeß des Betriebes bzw. Kombinats einbezogen sind, ist ihre Erfassung und Nachweisführung durch besondere Festlegungen der zuständigen Staatsorgane zu regeln.

§ 4

(1) Die Festlegung, welche Arbeitsmittel in Abhängigkeit von ihrem Bruttowert und ihrer normativen Nutzungsdauer zu den Grundmitteln gehören, erfolgt in einer gesonderten Rechtsvorschrift. Erstausrüstungen und Ausstattungsgesamtheiten gehören weiterhin zu den Grundmitteln.

(2) Welche Arbeitsmittel zu Ausstattungsgesamtheiten zusammenzufassen sind, ist in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen.

(3) Nicht zu den Grundmitteln gehören:

- Boden,
- Zug-, Zucht- und Nutzvieh,
- Arbeitsschutzbekleidung,
- auftrags- und typengebundene Spezialwerkzeuge sowie Spezialvorrichtungen, deren Kosten Bestandteil der Kalkulation der Preise der damit hergestellten Erzeugnisse bzw. Leistungen sind,
- themengebundene Grundmittel für Forschung und Entwicklung bis zu ihrer Ablösung aus Investitionsmitteln bei Übernahme in den Grundmittelbestand des Betriebes bzw. bis zu ihrem Verkauf an andere Rechtsträger,
- geringwertige und schnellverschleißende Arbeitsmittel, sofern es sich nicht um Erstausrüstungen oder Ausstattungsgesamtheiten handelt,
- Ersatzteile,
- Motoren, sofern sie nicht Bestandteil eines Grundmittels sind, und Austauschaggregate, sofern sie nicht entsprechend den Richtlinien gemäß § 104 als selbständige Grundmittel nachzuweisen sind,
- Bauteile für eigene Generalreparaturen, die aus dem Fonds für die Instandhaltung zu finanzieren sind, unabhängig von Wert und Nutzungsdauer dieser Bauteile,
- Ergänzungs- oder Ersatzanschaffungen für Erstausrüstungen sowie Ergänzungs- oder teilweise Ersatzanschaffungen für Ausstattungsgesamtheiten,
- Vorhaltematerial,
- Grünanlagen, künstlich hergestellte unbefestigte Geländeebenen,
- Bodennutzungsgebühren und Ausgleichszahlungen für Wirtschafterschwernisse, Eigentümerentschädigungen,
- Dauerkulturen,
- Aufwendungen für geologische Erkundung,
- Dämme und Einschnitte der Deutschen Reichsbahn;
- Obelisken, Statuen, Denkmäler, museale Gegenstände u. dgl., sofern ihre Anschaffung nicht aus Investitionsmitteln erfolgte.

(4) Sonderregelungen über die Zuordnung von Arbeitsmitteln zu den Grundmitteln oder den Umlaufmitteln treffen die Leiter der zentralen Staatsorgane und die zentralen Vorstände im Einvernehmen mit dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, dem Minister der Finanzen sowie dem Minister und Leiter des Amtes für Preise.

§ 5.

(1) Für das einzelne Grundmittel sind folgende Merkmale zu erfassen und nachzuweisen:

- Bezeichnung und Inventarnummer,
- Hersteller und/oder Lieferer sowie Fabrikatnummer,
- Menge und Maßeinheit,
- Meldenummer,
- technisches Niveau,
- sonstige technische Daten,
- Baujahr und Anschaffungsjahr,
- Zeitpunkt der Inbetriebnahme,
- Bruttowert,
- Einkaufspreis,
- normative Nutzungsdauer,
- Abschreibungsbeginn und -ende,
- Abschreibungssatz, Abschreibungsart,
- projektierte, geplante und tatsächliche Schichtauslastung (für produktionsbestimmende Grundmittel),
- Schichtauslastung für schichtabhängig abzuschreibende Grundmittel,
- Abschreibungsbeträge (Monats- und/oder Jahresabschreibungsbeträge),
- Verschleiß am Ende des Jahres,
- Verschleiß und Nettowert zum Zeitpunkt der Aussonderung,
- Grundmittelgruppe (Hauptproduktionstätigkeit),

- Grundmittelart (technische Bestimmung),
- Nutzungsart,
- Zugangs- bzw. Abgangsart,
- Kostenstelle und Standort,
- Produktionsfondsabgabe- bzw. Handelsfondsabgabepflicht.

(2) Für Grundmittel oder Gruppen von Grundmitteln, für deren zeitliche Ausnutzung staatliche Normative vorgegeben wurden, sind

- die tatsächlichen Nutzungszeiten zu erfassen, nachzuweisen und den auf der Grundlage der staatlichen Normative geplanten Nutzungszeiten gegenüberzustellen;
- die tatsächlichen Stillstandszeiten, getrennt nach geplanten und außerplanmäßigen Stillstandszeiten, und deren Hauptursachen zu erfassen und nachzuweisen.

(3) Die Nachweisführung über die zeitliche Ausnutzung der Grundmittel gemäß Abs. 2 hat in Einheit mit dem Nachweis der Kapazitätsausnutzung gemäß § 37 zu erfolgen.

(4) Die jährlichen Zugänge an Erstausrüstungen sind wertmäßig auf einem Sammelnachweis zusammenzufassen.

(5) Die Zugänge an Ausstattungsgesamtheiten gemäß § 4 Abs. 2 sind je Ausstattungsgesamtheit mengen- und wertmäßig nachzuweisen.

§ 6

(1) Die Bruttowerte, der Verschleiß und die Nettowerte sowie die Abschreibungsbeträge der Grundmittel sind mindestens quartalsweise nachzuweisen. Die Nettowerte der produktionsfondsabgabe- bzw. handelsfondsabgabepflichtigen Grundmittel sowie der Grundmittel, für deren zeitliche Ausnutzung staatliche Normative vorgegeben wurden, sind gesondert nachzuweisen. Während des Planjahres sind für die monatlichen Abschreibungen Planbeträge zulässig.

(2) Mindestens zum Bilanzstichtag sind

- die Bruttowerte, der Verschleiß und die Nettowerte der Grundmittel nach Grundmittelgruppen und nach Grundmittelarten gruppiert nachzuweisen sowie miteinander und mit der Finanzrechnung abzustimmen;
- die Veränderungen der Bruttowerte, des Verschleißes und der Nettowerte der Grundmittel nach Zugangs- bzw. Abgangsarten gruppiert nachzuweisen;
- der Boden flächenmäßig in Hektar nachzuweisen; als Nachweis werden auch die Liegenschaftsbücher anerkannt, wenn darin der Einzelnachweis des Bodens so fortgeschrieben ist, daß er abrufbereit vorliegt;
- zur Nutzung übernommene, gemietete und gepachtete Grundmittel mengenmäßig nachzuweisen.

(3) Die Bruttowerte, der Verschleiß, die Nettowerte und die Abschreibungsbeträge sind für

- stillgelegte Grundmittel,
 - zur Nutzung überlassene, vermietete und verpachtete Grundmittel,
 - Fremdanlagenerweiterungen
- gesondert nachzuweisen.

§ 7

(1) Die Grundmittel sind nach Inventarobjekten zu inventarisieren.

(2) Die Inventarisierung hat auf Inventarnachweisen zu erfolgen, die mindestens zu enthalten haben:

- Bezeichnung,
- Inventarnummer,
- Menge,
- Standort

der Grundmittel. Festlegungen zur Kennzeichnung der Inventarobjekte sind in den Richtlinien gemäß § 104 zu treffen.

(3) Zum Schutz des sozialistischen Eigentums sind ausgewählte nicht zu den Grundmitteln gehörende Arbeitsmittel sowie Erstausrüstungen zu inventarisieren. Diese Arbeitsmittel sind in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen. Darüber hinaus kann der Leiter des Betriebes weitere nicht zu den Grundmitteln gehörende Arbeitsmittel sowie Erstausrüstungen zu inventarisieren.

stattungen in die Inventarisierungspflicht einbeziehen. Die Inventarisierungspflicht ist mindestens festzulegen für

- optische Geräte, hochwertige Werkzeuge und ähnliche Arbeitsmittel,
- themengebundene Grundmittel für Forschung und Entwicklung,
- Arbeitsmittel, die sich außerhalb der Betriebsgrenzen befinden (z.B. auf Baustellen, in Einrichtungen, die sozialen, kulturellen oder ähnlichen Zwecken dienen).

(4) Die Inventarnachweise der inventarisierungspflichtigen Arbeitsmittel haben mindestens zu enthalten: Bezeichnung, Inventarnummer, Menge, Maßeinheit sowie Standort und Anschaffungswert.

(5) Über die Abgänge von Grundmitteln und anderen inventarisierten Arbeitsmitteln durch Verkauf, Umsetzung, Abbruch, Verschrottung, Schadensfall oder aus sonstigen Gründen sind Protokolle anzufertigen und auszuwerten.

§ 8

(1) Der Instandhaltungsaufwand ist gegliedert nach

- Aufwand für Generalreparaturen und
 - Aufwand für laufende Instandhaltung
- zu erfassen und nachzuweisen.

(2) Für Generalreparaturen sind objektbezogen zu erfassen und nachzuweisen:

- Bezeichnung des Vorhabens/Objektes,
- Termine des Realisierungsablaufes,
- Bruttowert bzw. Bruttowerte der Grundmittel, an denen die Generalreparatur durchgeführt wird bzw. wurde,
- Aufwand,
- technische und ökonomische Kennziffern der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Grundmittel bzw. die Verlängerung ihrer Nutzungsdauer über die normative Nutzungsdauer hinaus,
- gewonnene Arbeitskräfte.

(3) Der Aufwand für laufende Instandhaltung ist für einzelne Grundmittel oder Gruppen von Grundmitteln gesondert zu erfassen und nachzuweisen, wenn dadurch die planmäßige Pflege, Wartung und ständige Sicherung der Einsatzfähigkeit der Grundmittel wirksam unterstützt wird.

(4) In den Richtlinien gemäß § 104 ist festzulegen, wie die Erfassung und die Nachweisführung über den Instandhaltungsaufwand gemäß den Absätzen 1 bis 3 unter Beachtung der Beziehungen zu den anderen Rechnungen von Rechnungsführung und Statistik zu organisieren sind.

§ 9

Schwerpunkte der Auswertung in der Grundmittelrechnung sind:

- die Einhaltung der staatlichen Normative der zeitlichen Ausnutzung der Grundmittel und die Hauptursachen der Stillstandszeiten,
- die Schichtauslastung der Grundmittel,
- das technische Niveau der Grundmittel,
- die planmäßige Pflege, Wartung und ständige Sicherung der Einsatzfähigkeit der Grundmittel durch laufende Instandhaltung,
- die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Grundmittel bzw. die Verlängerung ihrer Nutzungsdauer durch Generalreparaturen,
- die Entwicklung des Bestandes generalreparierter Grundmittel,
- die Leistungserhöhung der Grundmittel durch den Einsatz der Mikroelektronik und von Industrierobotertechnik,
- die Entwicklung des Grundmittelbestandes nach Grundmittelgruppen und Grundmittelarten,
- die Zugänge und Abgänge von Grundmitteln nach Zugangs- bzw. Abgangsarten,
- die Altersstruktur der Grundmittel,
- die Reservegrundmittel,
- die stillgelegten Grundmittel,
- die voll abgeschriebenen Grundmittel.

Investitionsrechnung

§ 10

In der Investitionsrechnung sind die für die Vorbereitung (von der Ausarbeitung der Aufgabenstellung bis zum Treffen der Grundsatzentscheidung) und die Durchführung der Investitionen notwendigen Angaben mengen-, zeit- und wertmäßig zu erfassen und nachzuweisen.

§ 11

(1) Für die einzelne Investition (Vorhaben, Teilvorhaben bzw. Objekt, Maßnahme) sind folgende Merkmale zu erfassen und nachzuweisen:

1. Angaben über die Vorbereitung der Investition, mindestens

- wissenschaftlich-technische und ökonomische Ziele,
- erforderliche materielle und finanzielle Aufwendungen,
- Finanzierungsquellen,
- bilanzseitige Einordnung und territoriale Sicherung,
- vertragliche Bindungen,
- Termine des Realisierungsablaufes und der Inbetriebnahme,
- Arbeitskräftebedarf und Quellen (Maßnahmen) der Arbeitskräftegewinnung;

2. Angaben über die Durchführung der Investition

- Bezeichnung der Investition,
- Investitionsnummer (Vorhaben-, Teilvorhaben- bzw. Objekt-Nummer laut Titelliste bzw. Objektliste, Nummer der Maßnahme),
- Kennzeichnung der Planmäßigkeit bzw. der Zulässigkeit entsprechend den Rechtsvorschriften,
- Investitionsart (Rationalisierung/Ersatz, Erweiterung, Neubau),
- volkswirtschaftliche Bedeutung und Zuordnung,
- weitere Auswahlmerkmale entsprechend den Regelungen für die Planung,
- Standort,
- materieller und finanzieller Investitionsaufwand laut Grundsatzentscheidung sowie planmäßiger Finanzbedarf und tatsächliche Inanspruchnahme der geplanten finanziellen Mittel je Jahr, darunter Aufwendungen für Importe, Aufwendungen für Baustelleneinrichtungen,
- Kapazitätzugang (Termin, Menge, Maßeinheit und Wertvolumen je Jahr),
- in Verbindung mit der Investition gewonnene bzw. benötigte Arbeitskräfte,
- weitere laut Grundsatzentscheidung zu erreichende technische und ökonomische Kennziffern,
- Termine der Durchführung, insbesondere Beginn und Ende der Investition, Termine der Inbetriebnahme und der Erreichung der projektierten Parameter,
- Auftragnehmer und Art der Auftragnehmerschaft (GAN, HAN, NAN),
- Auftragsnummer und -datum,
- Bestellnummer und -datum,
- Vertragsnummer und -datum,
- Vertragswert,
- Leistungsbeginn und -ende,
- Liefer- und Leistungseinheit (Termin, Menge, Maßeinheit),
- Rechnungsnummer und -datum,
- Rechnungsbetrag,
- Preis- und -abschläge,
- geleistete Zahlungen, einschließlich Abschlagzahlungen, Bodennutzungsgebühren, Ausgleichszahlungen für Wirtschafterschwernisse und Mehrkosten,
- materieller Fertigungsstand und aktivierungsfähige Fertigstellung,
- Produktionsfondsabgabe- bzw. Handelsfondsabgabepflicht,

- Art der Aktivierung bzw. Kostenverrechnung,
- Übergabe der aktivierungsfähigen Investition an die Grundmittelrechnung,
- Kostenstellen sowie
- innerbetrieblich Verantwortliche.

(2) Für Investitionen, deren Realisierung ein Planjahr überschreitet, ist der Nachweis der Wertkennziffern insgesamt sowie nach Jahren zu sichern.

(3) Das Investitionsvolumen, die vertraglichen Bindungen sowie der materielle Fertigungsstand sind je Investition nach den Strukturpositionen - Bau, darunter eigene Bauleistungen, Ausrüstungen, darunter selbst hergestellte Rationalisierungsmittel, und Sonstiges - nachzuweisen.

§ 12

(1) Die Investitionen sind nach vertraglich vereinbarten, abrechnungsfähigen Liefer- bzw. Leistungseinheiten nachzuweisen.

(2) Als Liefer- bzw. Leistungseinheiten gelten die vom Investitionsauftraggeber mit seinen Auftragnehmern auf der Grundlage der Rechtsvorschriften in den Wirtschaftsverträgen vereinbarten Vorhaben bzw. Teilvorhaben, Objekte, Teile von Objekten oder Leistungsabschnitte.

(3) Für die Liefer- bzw. Leistungseinheiten der Auftragnehmer sind die Plan-, Vertrags- und Abnahmewerte, die Plan-, Vertrags- und Abnahmemengen, die Plan- und Vertragstermine sowie die Termine der Vertragserfüllung zu erfassen und nachzuweisen.

§ 13

(1) In der Investitionsrechnung sind auch die Auswirkungen zu erfassen und nachzuweisen, die sich aus einer nach den entsprechenden Rechtsvorschriften getroffenen neuen Grundsatzentscheidung ergeben.

(2) Die Angaben der Investitionsrechnung sind für eine kontinuierliche vorhaben- bzw. maßnahmebezogene Kontrolle, insbesondere über die Einhaltung des Investitionsaufwandes, der Inbetriebnahmetermine und der anderen mit der Grundsatzentscheidung bestätigten technischen und ökonomischen Kennziffern entsprechend dem Plan, zu nutzen. Die spezifischen Regelungen dazu sind durch die Leiter der zuständigen zentralen Staatsorgane für ihren Verantwortungsbereich zu erlassen.

(3) Die in der Investitionsrechnung nachzuweisenden noch nicht abgeschlossenen Investitionen (finanziell) insgesamt müssen mit der Finanzrechnung abstimbar sein. Eine Abstimmung hat mindestens zum Bilanzstichtag zu erfolgen.

§ 14

Die Übernahme aktivierungsfähiger Investitionen in die Grundmittelrechnung ist zu protokollieren. Im Protokoll sind zu erfassen und nachzuweisen:

- die Investitionsnummer,
- die Merkmale für Grundmittel gemäß § 5 Abs. 1, mit Ausnahme des Verschleißes und der Angaben zur Aussonderung,
- der Zeitpunkt der Nutzungsfähigkeit.

§ 15

Schwerpunkte der Auswertung in der Investitionsrechnung sind:

- der Stand der Vorbereitung der Investitionen einschließlich der Termineinhaltung,
- die vertraglichen Bindungen, insbesondere der bilanzierungspflichtigen Lieferungen und Leistungen,
- der materielle Fertigungsstand der Investitionen, die Einhaltung der Termine,
- der Stand und die Entwicklung der unvollendeten Investitionen,
- die Einhaltung des Investitionsaufwandes laut Grundsatzentscheidung, entstandene Mehrkosten und ihre Ursachen,
- die Einsparung von Arbeitsplätzen und die Gewinnung von Arbeitskräften durch Investitionen; die Quellen (Maßnahmen) der Gewinnung benötigter Arbeitskräfte,

- die Erreichung des mit der Grundsatzentscheidung festgelegten Leistungs- und Effektivitätszuwachses sowie weiterer technischer und ökonomischer Kennziffern laut Grundsatzentscheidung.

Materialrechnung

§ 16

In der Materialrechnung sind der Materialbedarf, die Materialzu- und -abgänge, die Materialbestände, die Materialdisposition und -bereitstellung, die Fonds an Energieträgern, Rohstoffen und Material sowie die vertraglichen Bindungen und ihre Erfüllung mengen- und wertmäßig zu erfassen und nachzuweisen.

§ 17

(1) Das Material ist nach Artikeln als detaillierteste Materialeinheit zu erfassen und nachzuweisen.

(2) Auftrags- und typengebundene Spezialwerkzeuge und Spezialvorrichtungen, deren Kosten Bestandteil der Kalkulation der Preise der damit hergestellten Erzeugnisse bzw. Leistungen sind, sowie geringwertige und schnellverschleißende Arbeitsmittel sind wie Material zu behandeln. Die Inventarisierungspflicht gemäß § 7 Abs. 3 ist zu beachten.

§ 18

(1) Je Materialartikel sind folgende Merkmale zu erfassen und nachzuweisen:

- Artikelnummer und Artikelbezeichnung,
- Qualitätsmerkmale,
- Nummer der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog,
- Konto des Kontenrahmens,
- Menge und Maßeinheit,
- Preis je Maßeinheit und Gesamtpreis,
- Termine,
- Lagerort.

(2) Bei Materialzugängen sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- Vertragspartner und Lieferer,
- Nummer und Datum des Vertrages,
- Datum des Materialeinganges,
- Realisierung der Fonds an Energieträgern, Rohstoffen und Material,
- gesondert berechnete Transport- und Verpackungskosten,
- Handelsspanne,
- Leihverpackung.

(3) Beim Materialverbrauch sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- Datum der Entnahme,
- Materialverbrauchsnormen und andere Normative des Materialverbrauchs,
- verbrauchende Kostenstelle,
- zu belastender Kostenträger,
- Auftragsnummer.

§ 19

(1) Die Materialzugänge sind mengen- und wertmäßig nachzuweisen nach

- Zugangsarten,
- Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog (mindestens in der Gliederung der zentral bilanzierten S- und M-Positionen),
- Konten des Kontenrahmens.

Materialkäufe sind getrennt nach Bezug aus dem Inland und Bezug durch Import nach Wirtschaftsgebieten nachzuweisen.

(2) Die Materialabgänge sind mengen- und wertmäßig nachzuweisen nach

- Abgangsarten,
- Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog (mindestens in der Gliederung der zentral bilanzierten S- und M-Positionen),
- Konten des Kontenrahmens,

- Kostenstellen,
- Kostenträgern.

(3) Die Materialbestände sind mengen- und wertmäßig nachzuweisen nach

- Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog bzw. Positionen des Umlaufmittelpfades,
- Konten des Kontenrahmens,
- Materialvorratsnormen,
- Mindestbestand,
- Lieferterminen,
- Vornotierung.

Im Betrieb nicht mehr benötigte Materialbestände sind gesondert nachzuweisen.

§ 20

(1) Materialzugänge sind: Kauf, Eigenproduktion, Rückgewinnung, Aufwertungen, Inventurplusdifferenzen, Umlagerungen vom Handelswarenlager.

(2) Als Materialzugang ist das Material zum Zeitpunkt der Abnahme bzw. Übernahme aus der eigenen Produktion oder der Umlagerung vom Handelswarenlager zu erfassen und nachzuweisen. Die übrigen im Abs. 1 genannten Zugänge sind zum Zeitpunkt der Feststellung zu erfassen und nachzuweisen. Zu den Materialzugängen gehören nicht Materialrückgaben aus dem eigenen Betrieb. Bei Abnahmeverweigerung gilt bei Vorliegen der Rechnung das Material als unterwegs befindlich.

(3) Materialabgänge sind: Verbrauch, Verkauf, Umlagerungen in das Handelswarenlager, Abwertung, Verschrottung, Inventurminusdifferenzen. Materialrückgaben aus dem eigenen Betrieb sind als Korrektur des Materialabganges zu erfassen und nachzuweisen.

(4) Als Materialverbrauch ist das Material grundsätzlich zum Zeitpunkt der Entnahme aus dem Materiallager für den Betriebsverbrauch bzw. in der Bauindustrie zum Zeitpunkt des Einbaues zu erfassen und nachzuweisen. Dabei sind die Bestimmungen des § 101 zu beachten. Die übrigen Abgänge sind zum Zeitpunkt der Feststellung zu erfassen und nachzuweisen. Kleinmaterial gemäß § 21 Abs. 1 ist unabhängig von seinem tatsächlichen Verbrauch bei Eingang im Betrieb in die Kosten zu verrechnen.

(5) Der Materialbestand ist das auf Lager befindliche betriebseigene Material. Als Materialbestand gilt auch das bestellte Material, sofern es nicht als Bestand an unfertigen Erzeugnissen nachgewiesen wird. Das auf Grund des technologischen Arbeitsablaufes in der Produktion befindliche Material ist unabhängig vom Bearbeitungsgrad als Bestand an unfertigen Erzeugnissen nachzuweisen, soweit nicht die Bestimmungen des § 101 zutreffen.

(6) Der Materialbestand in den Baubetrieben umfaßt das noch nicht eingebaute betriebseigene Material. Alles auf Baustellen befindliche Material, das im Rahmen der Bauproduktion angeordnet wurde, ist als Bestand an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen der Bauproduktion nachzuweisen.

§ 21

(1) Auf den wertmäßigen Nachweis der Materialbestände kann verzichtet werden, sofern sie von geringer wirtschaftlicher Bedeutung sind, die Aussagefähigkeit der Kostenrechnung und die Durchsetzung der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung dadurch nicht beeinträchtigt werden. Die Richtwerte für Kleinmaterial sind in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen. Kleinmaterial ist lagermäßig zu verwalten und mengenmäßig nachzuweisen. Diese Materialien sind von den Betrieben in einer Nomenklatur aufzuführen, die vom Hauptbuchhalter zu bestätigen ist.

(2) Zur sofortigen Behebung von Störungen an Arbeitsmitteln können für betriebstypische Hilfsmaterialien und Ersatzteile Handlager eingerichtet werden. Bei der Übernahme in die Handlager sind die betriebstypischen Hilfsmaterialien und Ersatzteile in die Kosten zu verrechnen. Zum Bilanzstichtag sind die über die festgelegten Höchstbestände hinausgehenden Bestände der Handlager in den Materialbestand zurückzuführen.

(3) Für die Materialbestandshaltung in den Handlagern ist in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen,

- welche Materialien in Handlagern geführt werden dürfen sowie der mengen- und wertmäßige Höchstbestand je Materialartikel;
- für welche besonders wertvollen bzw. wichtigen Materialien ein mengenmäßiger Nachweis zu führen und bei Entnahme der Empfang zu bestätigen ist;
- welche Lagerbedingungen zur Sicherung des sozialistischen Eigentums einzuhalten sind;
- unter welchen Bedingungen Handlager eingerichtet werden können.

§ 22

(1) Die Monatssummen des Materialverbrauchs nach Kostenarten sind mit den entsprechenden Monatssummen der Kostenstellen- bzw. Kostenträgerrechnung abzustimmen.

(2) Die in der Materialrechnung nachgewiesenen wertmäßigen Bestände sind mindestens zum Bilanzstichtag mit der Finanzrechnung abzustimmen.

§ 23

Für den Nachweis der Bestände an betriebseigener Leihverpackung und deren Wertminderung sind in den Richtlinien gemäß § 104 Festlegungen zu treffen.

§ 24

Schwerpunkte der Auswertung in der Materialrechnung sind die:

- Einhaltung der Bestell- und Liefertermine,
- Einhaltung der Materialvorratsnormen,
- Einhaltung der staatlichen Normative des Materialverbrauchs,
- vom Umlaufmittelpfaden abweichenden Materialbestände und ihre Ursachen,
- Verwertbarkeit der nicht für die eigene Produktion benötigten Bestände an Material,
- Fondsrückgaben,
- Entwicklung des absoluten und spezifischen Verbrauchs volkswirtschaftlich wichtiger Energieträger, Roh- und Werkstoffe,
- Entwicklung des erzeugnisbezogenen Verbrauchs wichtiger mineralischer Rohstoffe (mindestens in der Gliederung der zentral bilanzierten S- und M-Positionen) und des Verbrauchs an Verpackungsmitteln,
- Einhaltung der Materialverbrauchsnormen und ihre Altersstruktur,
- Einhaltung der geplanten Maßnahmen der Materialsubstitution und zur Einsparung von Importmaterial,
- Verwertung und das Aufkommen der Sekundärrohstoffe und Abprodukte.

Arbeitskräfterechnung

§ 25

(1) In der Arbeitskräfterechnung sind Anzahl, Struktur und Einsatzmerkmale der Arbeitskräfte sowie der Lehrlinge, Zugänge und Abgänge von Arbeitskräften, durch Einsparung von Arbeitsplätzen gewonnene Arbeitskräfte und ihr Wiedereinsatz für neue Aufgaben, Arbeitszeit, Erholungsurlaub und Ausfallzeiten, Erfüllung der Kennziffern des Arbeitsaufwandes, Brutto- und Nettolöhne, Prämien und andere Einkünfte, die Qualifikation der Arbeitskräfte, ihr qualifikationsgerechter Einsatz und die Teilnahme an Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ausgewählte Angaben über die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erfassen und nachzuweisen.

(2) Die Arbeitskräfterechnung ist so zu führen, daß die termingerechte und vollständige Abrechnung der Belege über Arbeitszeit und Arbeitslohn nach Beendigung der Arbeit bzw. am Ende des Abrechnungszeitraumes gewährleistet ist.

§ 26

(1) Je Arbeitskraft sind folgende Merkmale zu erfassen und nachzuweisen:

1. Allgemeines

- Familienname, Rufname,

- Anschrift und Gemeindenummer der Hauptwohnung, Anschrift der Nebenwohnung,
 - Personenkennzahl,
 - Personalnummer,
 - Familienstand,
 - Namen und Geburtsdaten der Kinder, für die Anspruch auf staatliches Kindergeld und/oder Anspruch auf Steuerermäßigung (Kinderermäßigung) besteht, getrennt nach
 - haushaltszugehörigen (unterhalts- und/oder sorgeberechtigten),
 - unterhaltsberechtigten, aber nicht haushaltszugehörigen Kindern,
 - Anzahl der im Haushalt des Werk tätigen lebenden pflegebedürftigen Familienangehörigen,
 - Grad/Stufe des Körperschadens bzw. der Körperbeschädigung,
 - Steuerklasse, Ansprüche auf Steuerermäßigungen,
 - Datum des Beitritts zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung und der Beendigung, Zeiträume der Unterbrechung,
 - Urlaubsanspruch,
 - Gewährung eines Hausarbeitstages,
 - Rehabilitand,
 - Rentenart,
 - Quelle des Zuganges,
 - Ursache des Abganges, darunter im Zusammenhang mit der Einsparung von Arbeitsplätzen für den Wiedereinsatz in einem anderen Betrieb gewonnen;
2. Arbeitsrechtsverhältnis
- Voll- oder Teilbeschäftigung,
 - vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit,
 - Beginn, zeitliche Befristung und Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses,
 - zweites Arbeitsrechtsverhältnis,
 - Beginn der Betriebszugehörigkeit/Zweigzugehörigkeit,
 - ruhendes Arbeitsrechtsverhältnis (Grund, Dauer),
 - Einzelvertrag;
3. Qualifikation und Einsatz
- Schulbildung,
 - erworbener Beruf (Berufe),
 - erforderliche und erreichte Qualifikationsstufe,
 - vereinbarte Arbeitsaufgabe/ausgeübte Tätigkeit,
 - qualifikationsgerechter Einsatz,
 - ausbildungsgerechter Einsatz,
 - Berechtigungsnachweise,
 - Tätigkeitshauptgruppe,
 - Zugehörigkeit zum stellenplanpflichtigen Personal,
 - Kostenstelle und Arbeitsbereich,
 - Auslandseinsatz,
 - Heimarbeit,
 - Lohnform,
 - Lohn- bzw. Gehaltsgruppe, Tarif-/Grundlohn-/Gehaltstabelle,
 - Technisierungsstufe (Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsstufe),
 - Tätigkeit unter Arbeiterschwernissen durch Überschreitung arbeitshygienischer Normative,
 - Schichtsystem;
4. Arbeitszeit (ohne Überstunden), Erholungsurlaub und Ausfallzeiten, die zur nominellen Arbeitszeit gehören
- tatsächlich geleistete Arbeitszeit ohne Überstunden,
 - Erholungsurlaub,
 - Arbeitsbefreiung durch ärztliches Attest, davon wegen Krankheit,
 - für Kuren,
 - zur Pflege erkrankter Kinder (mit Geldleistungen der Sozialversicherung),
 - unbezahlte Freistellung von der Arbeit, darunter zur Pflege erkrankter Kinder (ohne Geldleistungen der Sozialversicherung),
 - durch gesetzliche Regelungen begründete Ausfallzeiten, davon
 - bezahlte Freistellung von der Arbeit, davon zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Verpflichtungen, für fachliche und gesellschaftspolitische Qualifizierung, aus persönlichen Gründen, darunter für Hausarbeitstage,
 - Ausfallzeiten auf Grund gesetzlicher Schutzbestimmungen,
 - Schwangerschafts- und Wochenurlaub,
 - Ausfallzeiten infolge Warte- und Stillstandszeiten,
 - unentschuldigtes Fehlen;
5. Bezahlte Zeiten, die nicht zur nominellen Arbeitszeit gehören
- Überstunden (einschließlich Arbeitsbereitschaft mit Arbeitsleistungen),
 - bezahlte Zeit für arbeitsfreie Wochenfeiertage,
 - bezahlte Zeit für Belehrungen außerhalb der Arbeitszeit,
 - bezahlte Zeit für Arbeitsbereitschaft ohne Arbeitsleistungen,
 - Differenzzeit (Rechengröße), für die im Zusammenhang mit der weiteren schrittweisen Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche Lohnausgleich gezahlt wird;
6. Zusammengefaßte Zeiten
- bezahlte Zeiten (aus Lohnfonds) insgesamt ohne Arbeitsstunden für freiwillige Produktionseinsätze im Rahmen von Solidaritätsaktionen und ohne Differenzzeit,
 - bezahlte Ausfallzeiten (aus Lohnfonds) insgesamt,
 - Ausfallzeiten mit Geldleistungen der Sozialversicherung insgesamt,
 - nicht bezahlte Ausfallzeiten insgesamt;
7. Arbeitsleistung
- Art, Menge und Qualität der geleisteten Arbeit,
 - vorgegebene Kennziffern des Arbeitsaufwandes und ihre Erfüllung, getrennt nach
 - technisch begründeten Arbeitsnormen, darunter auf der Basis überbetrieblicher Zeitnormative,
 - vorläufigen Arbeitsnormen,
 - Mengennormen,
 - anderen Kennzahlen der Arbeitsleistung;
8. Arbeitslohn, andere Einkünfte, Lohnabzüge und Lohn-einbehalten
- Brutto- und Nettolohn,
 - andere zum Arbeitseinkommen zählende Einkünfte außer Prämien,
 - nicht zum Arbeitseinkommen zählende Einkünfte, außer Reisekostenvergütungen,
 - Brutto- und Nettodurchschnittslohn und -verdienst,
 - Tariflohn, Mehrlohn, Zuschläge und andere Bestandteile des Bruttolohnes,
 - laut Tabelle steuerpflichtiger Teil, steuerbegünstigter Teil, steuerfreier Teil des Bruttolohnes,
 - der Sozialversicherungspflicht unterliegender Teil des Bruttolohnes,
 - der freiwilligen Zusatzrentenversicherung zugrunde liegender Teil des Bruttolohnes,
 - Lohnsteuer, Sozialversicherungspflichtbeitrag,
 - Beitrag zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung,
 - andere Lohn-einbehalten;
9. Aus- und Weiterbildung
- Ausbildungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen sowie deren Beginn und Abschluß (Monat, Jahr).

(2) Besonderheiten der Erfassung und Nachweisführung bei kollektiven Leistungs- und Zeitvorgaben und kollektiver Entlohnung, beim Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte sowie bei der Delegierung von Arbeitskräften in andere Betriebe zur Leistung sozialistischer Hilfe sind in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen.

(3) Für Arbeitskräfte, die durch Einsparung von Arbeitsplätzen für neue Aufgaben im eigenen Betrieb gewonnen und wiederingesetzt wurden, sind gesondert zu erfassen und nachzuweisen:

- Familienname, Rufname,
- Personenkennzahl,
- Personalnummer,
- erreichte Qualifikationsstufe,
- erworbener Beruf (Berufe),
- bisherige Arbeitsaufgabe/Tätigkeit, neue Arbeitsaufgabe/Tätigkeit,
- bisheriger Arbeitsbereich, neuer Arbeitsbereich,
- durch den Wiedereinsatz erforderliche Ausbildungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen sowie deren Beginn und Abschluß (Monat, Jahr),
- Quelle (Maßnahme) der Gewinnung der Arbeitskraft,
- volkswirtschaftlicher Einsatzschwerpunkt.

(4) Bei freiwilligen Produktionseinsätzen im Rahmen von Solidaritätsaktionen ist der Nachweis der geleisteten Arbeitsstunden und des zu Lasten des Lohnfonds abgeführten Spendenbetrages zu gewährleisten.

(5) Je Lehrling sind zu erfassen und nachzuweisen:

- Merkmale gemäß Abs. 1, soweit sie für Lehrlinge zutreffen,
- Ausbildungsberuf,
- Beginn und Beendigung der Berufsausbildung,
- Berufsausbildung mit oder ohne Abitur,
- Brutto- und Nettolehrlingsentgelt.

(6) Für Arbeitskräfte und für Lehrlinge, deren ständiger Arbeitsort bzw. Ausbildungsort sich in einer anderen Gemeinde als der Sitz des Betriebes befindet, ist die Gemeindenummer des ständigen Arbeitsortes bzw. Ausbildungsortes nachzuweisen. Für Lehrlinge, die in einer Nebenwohnung wohnen, ist die Gemeindenummer der Nebenwohnung nachzuweisen.

§ 27

(1) Die Bestandteile der Bruttolöhne, die Prämien und andere Einkünfte der Werk tätigen sowie die Lehrlingsentgelte sind nachzuweisen nach:

- Kostenarten und
- Finanzierungsquellen.

(2) In der Arbeitskräfterechnung sind die Erfordernisse der Kosten- und Leistungsrechnung hinsichtlich der Zurechnung von Arbeitsaufwandskennziffern (Zeiten und/oder Löhnen) zu

- Kostenträgern bzw. Kostenträgergruppen,
 - Bauarbeiten und Sortimenten
- zu berücksichtigen.

§ 28

(1) Die Anzahl der Arbeitskräfte ist in Personen (Stichtags- und Durchschnittszahlen) und in Vollbeschäftigteneinheiten (Durchschnittszahlen) nachzuweisen.

(2) Die Anzahl der Lehrlinge ist in Personen (Stichtags- und Durchschnittszahlen) nachzuweisen.

§ 29

(1) Innerhalb der Arbeitskräfterechnung sind insbesondere abzustimmen:

- die in den Belegen über Arbeitszeit und Arbeitslohn je Arbeitskraft erfaßte tatsächlich geleistete Arbeitszeit und die Ausfallzeit sowie der Erholungsurlaub mit den entsprechenden Angaben laut Nachweisen über die Anwesenheit bzw. Abwesenheit der Arbeitskräfte,
- die Arbeitskräfte laut Nachweisen über die Lohnzahlungen mit den Arbeitskräften laut Nachweisen über die tatsächlich im Betrieb Beschäftigten.

(2) Die Lohnsummen der Arbeitskräfterechnung sind mit den entsprechenden Lohnsummen der Kostenrechnung abzustimmen.

§ 30

(1) Schwerpunkte der Auswertung in der Arbeitskräfterechnung sind:

- die Einhaltung der geplanten Anzahl der Arbeitskräfte und des geplanten Lohnfonds bzw. Lohnfondszuwachses,
- die Entwicklung der Struktur der Arbeitskräfte, zum Beispiel nach Tätigkeitshauptgruppen, Qualifikationsstufen, Altersgruppen, Geschlecht,
- der rationelle, qualifikations- und ausbildungsgerechte Einsatz der Arbeitskräfte,
- die zielgerichtete Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte,
- die Entwicklung der Arbeit im Schichtsystem,
- die Vorgabe und die Einhaltung von Kennziffern des Arbeitsaufwandes, von Arbeitskräftenormativen und -richtwerten,
- die Ausnutzung des verfügbaren Arbeitszeitfonds, die Entwicklung der Ausfallzeiten, insbesondere der beeinflussbaren, die Ausfallursachen, die Entwicklung der Überstunden,
- die leistungsorientierte Lohngestaltung und die stimulierende Wirkung der Prämienformen,
- die Quellen der Zugänge von Arbeitskräften, die Ursachen der Abgänge von Arbeitskräften und die Entwicklung der Arbeitskräftefluktuation,
- die Aufnahme von Schulabgängern in die Berufsausbildung,
- die Gewinnung von Arbeitskräften durch Einsparung von Arbeitsplätzen nach Quellen (Maßnahmen) der Gewinnung, der Wiedereinsatz der gewonnenen Arbeitskräfte für neue Aufgaben im eigenen Betrieb nach volkswirtschaftlichen Einsatzschwerpunkten und Arbeitsaufgaben/Tätigkeiten,
- die Um- bzw. Neugestaltung von Arbeitsplätzen durch Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Abbau bzw. die Beseitigung von Arbeiterschwernissen, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen, Rehabilitanden und Rentner.

(2) Die Auswertung der Kennziffern der Arbeitskräfterechnung ist auch mit dem Ziel durchzuführen, Schlußfolgerungen für die Sicherung des planmäßigen technologischen Ablaufes, die Durchsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und die Verbesserung der Betriebsorganisation abzuleiten. Insbesondere sind die Schwerpunkte für das Arbeitsstudium und die Arbeitsgestaltung, für die Arbeit mit Kennziffern des Arbeitsaufwandes, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie für die Rationalisierung der Leitungs- und Verwaltungsarbeit aufzuzeigen.

Leistungsrechnung

§ 31

In der Leistungsrechnung sind zu erfassen und nachzuweisen:

- die Nettoproduktion und ihre Berechnungselemente,
- die wertmäßigen Gesamtkennziffern der Warenproduktion und weitere wertmäßige Produktions- und Leistungskennziffern,
- die Produktion, der Export und der Inlandsumsatz der Erzeugnisse und Leistungen nach der Art, dem Umfang, dem Sortiment, der Qualität; die Neuaufnahme, die Verlagerung und die Einstellung sowie der Erneuerungsgrad der Produktion; der Inlandsumsatz nach Verwendungsarten,
- die Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln und die Bauproduktion der eigenen Bauabteilungen sowie deren Verwendung,
- die vertragliche Bindung der Produktion und die vertragsgerechte Realisierung nach Produktions- und Absatzzeiträumen und Vertragspartnern,
- der Bestand und die Bestandsänderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Leistungen,
- die tatsächliche Kapazitätsausnutzung der Produktionseinheiten.

§ 32

(1) Je Erzeugnis bzw. Leistung sind folgende Merkmale zu erfassen:

- Artikelnummer und Bezeichnung des Erzeugnisses bzw. der Leistung,
- Nummer der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur,
- Nummer der Anlagen- und Leistungsnomenklatur,
- Kostenträger,
- Kostenstelle/Leistungsstelle,
- Produktionsauftragsnummer,
- Qualitätsmerkmal,
- Ausschuß, Nacharbeiten, Garantieleistungen sowie qualitätsbedingte Erlösschmälerungen,
- Produktionstermine,
- Datum der Aufnahme des Erzeugnisses in die Produktion bzw. des Beginns der Leistung,
- Vorratsnorm,
- Menge und Maßeinheit,
- Zeit und Zeiteinheit,
- Preis je Maßeinheit nach Preisarten,
- Erlösschmälerungen, Preiszu- und -abschläge,
- Lagerort.

(2) Die im betrieblichen Reproduktionsprozeß anfallenden Abprodukte und Sekundärrohstoffe sind nach Art, Nummer der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur und Menge zu erfassen und nachzuweisen.

(3) Für die Leistungen der Bauindustrie sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- Standort,
- Bauarbeiten und Sortimente,
- Bauzeit,
- Durchführung des Bauvorhabens in General-, Haupt- oder Nachauftragnehmerschaft,
- vertragliche Bindung und Realisierung der Projektierungs- und Kooperationsleistungen.

(4) Bei eigenen Projektierungsleistungen ist außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen der Wertumfang der Investitionen, für die die Projektierung erfolgt, nachzuweisen.

(5) Bei Leistungen für Forschung und Entwicklung sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- Bezeichnung und Positionsnummer laut Nomenklatur der Arbeitsstufen und Leistungen von Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik,
- Termin der Überleitung/Einführung in die Produktion.

(6) Für die zum Absatz bestimmten und abgesetzten Erzeugnisse und Leistungen sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- vertragliche Bindung und Realisierung nach Vertragspartnern und Terminen,
- Export von Erzeugnissen, materiellen und immateriellen Leistungen,
- Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung nach Sortiment, Qualität und Terminen,
- Zulieferungen für den Anlagenexport und für den Anlagenbau, Erzeugnisse und Leistungen für den Materialverbrauch und für Investitionen nach Sortiment, Qualität und Terminen.

(7) Die Betriebe haben die in Anspruch genommene Gütertransportmenge (t) und die Gütertransportleistung (tkm)

- nach den öffentlichen Transportträgern Deutsche Reichsbahn, Binnenschifffahrt und öffentlicher Kraftverkehr in der Gliederung
 - Transporte im Binnenverkehr,
 - Transporte im grenzüberschreitenden Verkehr,
 - nach Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen in der Gliederung
 - Absatz- und Bezugstransporte, getrennt nach Binnenverkehr und grenzüberschreitendem Verkehr,
 - produktionsgebundene technologische Transporte
- zu erfassen und nachzuweisen.

(8) Der Eigenverbrauch von Erzeugnissen und Leistungen ist nach verbrauchenden Kostenstellen und/oder Kostenträgern zu erfassen.

(9) Die Erfassungsmerkmale für Verkehrsleistungen der Verkehrsbetriebe sowie für die Leistungen des Post- und Fernmeldewesens sind in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen.

§ 33

(1) Zur Durchsetzung der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung sind mindestens für die produzierenden und produktionsvorbereitenden Kostenstellen die Leistungen zu erfassen und nachzuweisen.

(2) Zur Messung der Stellenleistung sind Mengengrößen, Zeitgrößen, technisch-ökonomische Kennziffern oder in besonderen Fällen Wertgrößen anzuwenden.

(3) Verschiedene, nicht unmittelbar zusammenfaßbare Leistungsarten einer Kostenstelle sind auf eine repräsentative Größe umzurechnen.

§ 34

(1) Die Erzeugnisse und Leistungen sind nachzuweisen nach

- Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur,
- Positionen der Anlagen- und Leistungsnomenklatur,
- Positionen des Umlaufmittelplanes,
- dem Sortiment,
- Produktions- und Absatzzeiträumen,
- Qualitätsmerkmalen,
- Export nach Wirtschafts- und Währungsgebieten, Ländern und Außenhandelsbetrieben,
- Verwendung im Inland für
 - Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung,
 - Zulieferungen für den Anlagenexport,
 - Zulieferungen für den Anlagenbau,
 - Materialverbrauch,
 - Investitionen,
 - Modernisierung von Arbeits- und Werkzeugmaschinen sowie Ausrüstungen,
- Kostenträgern und ggf. Produktionsaufträgen,
- Kostenstellen/Leistungsstellen,
- verbrauchenden Kostenstellen,
- Konten des Kontenrahmens.

(2) Die Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln und die Bauproduktion der eigenen Bauabteilungen sind jeweils in der Verwendung für Eigenbedarf, gegliedert nach Produktion, Investitionen, Generalreparaturen, laufende Instandhaltung, und für Verkauf an Dritte nachzuweisen.

(3) Die Leistungen des Industrieanlagenbaus, die Warenproduktion der Baubetriebe und die Projektierungsleistungen sind zusätzlich zu den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen wertmäßig nach eigenen und fremden Leistungen nachzuweisen.

(4) Die Gruppierungsmerkmale für Verkehrsleistungen der Verkehrsbetriebe sowie für die Leistungen des Post- und Fernmeldewesens sind in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen.

(5) Die Leistungen der kulturellen und sozialen Einrichtungen, der Einrichtungen der Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung sowie die Dienstleistungen der Betriebe und Kombinate sind mengen- und/oder wertmäßig nachzuweisen nach

- Leistungsarten,
- Kostenstellen/Leistungsstellen,
- Konten des Kontenrahmens.

Die Leistungen der kulturellen und sozialen Einrichtungen sind in Übereinstimmung mit der Kostenstellenrechnung gemäß § 52 Abs. 3 nachzuweisen.

(6) Die Stellenleistungen sind mengen- und/oder wertmäßig nachzuweisen nach

- Leistungsarten,
- Kostenträgern,
- verbrauchenden Kostenstellen und/oder Kostenträgern, soweit es sich um Eigenverbrauch handelt.

(1) Zugänge zum Bestand an fertigen Erzeugnissen sind fertiggestellte Erzeugnisse auf der Grundlage der Fertigmeldung, Aufwertungen und Inventurplusdifferenzen. Rücklieferungen von fertigen Erzeugnissen gehören nicht zu den Zugängen.

(2) Die Zugänge zum Bestand sind zum Zeitpunkt der Übergabe an das Fertigerzeugnislager oder zum Zeitpunkt der Feststellung zu erfassen und nachzuweisen. Für Erzeugnisse, die von der Art her nicht Bestände eines Fertigerzeugnislagers werden können, gilt für die Erfassung als Bestandszugang der Zeitpunkt der Fertigstellung.

(3) Abgänge vom Bestand an fertigen Erzeugnissen sind Verkäufe, Umlagerungen in Materiallager, Abwertungen, Verschrottungen und Inventurminusdifferenzen. Rücklieferungen von fertigen Erzeugnissen sind als Korrektur des Verkaufs nachzuweisen.

(4) Die Abgänge vom Bestand an fertigen Erzeugnissen sind zum Zeitpunkt des Verlassens des Betriebes bzw. bei Bereitstellung entsprechend den Bestimmungen des Vertragsgesetzes zum Zeitpunkt des Verlassens des Lagers, die übrigen Abgänge zum Zeitpunkt der Feststellung zu erfassen und nachzuweisen. Abweichende Regelungen beim Export werden in Buchungsanweisungen und in Richtlinien zu den zentralisierten Berichterstattungen festgelegt.

(5) Fertige Erzeugnisse, die sich vorübergehend außerhalb des Lagers oder des Betriebes befinden, sind innerhalb des Bestandsnachweises gesondert auszuweisen.

(6) Die General- und Hauptauftragnehmer haben die Leistungen des Industrieanlagenbaus bis zur Rechnungslegung als unfertige Industrieanlagen nachzuweisen. Fertiggestellte und übergebene, jedoch noch nicht abgerechnete Industrieanlagen gelten als unfertige Anlagen. Zu den Beständen an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen des Industrieanlagenbaus gehören auch auf der Baustelle befindliche Ausrüstungen und angearbeitetes Material.

(7) Erzeugnisse und Leistungen der Bauproduktion in der Bauindustrie sind bis zur Übergabe der im Vertrag festgelegten nutzungsfähigen Einheiten bzw. Arbeitsetappen als unfertige Erzeugnisse und Leistungen entsprechend dem jeweiligen Fertigstellungsgrad nachzuweisen. Übergebene, aber noch nicht in Rechnung gestellte Erzeugnisse und Leistungen der Bauproduktion sind als abgesetzte Warenproduktion nachzuweisen. Zu den Beständen an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen der Bauproduktion gehören auch auf der Baustelle befindliche, im Rahmen der Bauproduktion angearbeitete Materialien. Leistungen des Industrieanlagenbaus einschließlich der auf Baustellen lagernden Ausrüstungen sind von den General- und Hauptauftragnehmern der Bauindustrie entsprechend den für die Bauindustrie getroffenen Festlegungen zu behandeln, jedoch gesondert nachzuweisen.

§ 36

(1) In der Leistungsrechnung sind in Verbindung mit den Angaben der Kostenrechnung die Berechnungselemente der Kennziffer Nettoproduktion mindestens in folgender Gliederung nachzuweisen:

- Warenproduktion der Industrie, Produktion des Bauwesens, Warenproduktion des Industrieanlagenbaus, Warenproduktion des Verkehrswesens,
- Bestandsänderungen an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen,
- Verbrauch von Material,
- Verbrauch von produktiven Leistungen,
- Verbrauch von Arbeitsmitteln.

(2) Für die inhaltliche Bestimmung und die weitere Gliederung der Berechnungselemente der Nettoproduktion und für die Festlegung weiterer Berechnungselemente gelten die Festlegungen der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft, der Rahmenrichtlinie für die Planung der Kombinate und Betriebe sowie der Richtlinien zu den zentralisierten Berichterstattungen. Der Ermittlung der Kennziffer Nettoproduktion zum 1. Werktag des dem Berichtszeitraum folgenden Monats sind außerdem die dazu durch die Ministerien erlassenen Festlegungen zugrunde zu legen.

(1) Für den Nachweis der tatsächlich erreichten Ausnutzung der Produktionskapazität sind zu erfassen:

- die Maschinen und Anlagen nach Produktionseinheiten,
- der nominelle Zeitfonds der Maschinen und Anlagen der Produktionseinheit,
- die geplanten und tatsächlichen Stillstandszeiten der Maschinen und Anlagen der Produktionseinheit und deren Ursachen,
- der für die Produktion zur Verfügung stehende Zeitfonds der Maschinen und Anlagen der Produktionseinheit,
- der tatsächlich eingesetzte Zeitfonds der Maschinen und Anlagen der Produktionseinheit,
- der Zeitaufwand je Erzeugnis- bzw. Leistungseinheit oder Erzeugnis- bzw. Leistungseinheiten je Zeiteinheit.

(2) Wird die Produktionsleistung im wesentlichen durch die Arbeitskraft bestimmt, ist entsprechend den Festlegungen zur Kapazitätsplanung der Nachweis der tatsächlich erreichten Produktionskapazität auf der Grundlage arbeitskräftebezogener Produktionseinheiten zu führen. Es ist der geplante und tatsächliche Arbeitszeitfonds der Produktionsarbeiter der Produktionseinheit nachzuweisen.

(3) In den Richtlinien gemäß § 104 sind ausgehend von den Regelungen der Kombinate zur Kapazitätsplanung spezifische Festlegungen zum Nachweis der tatsächlich erreichten Ausnutzung der Produktionskapazität zu treffen.

§ 38

(1) Der mengenmäßige Nachweis der Erzeugnisse und materiellen Leistungen ist laufend zu führen.

(2) Für Leistungen der kulturellen und sozialen Einrichtungen, der Einrichtungen der Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung und für Dienstleistungen ist der mengen- und/oder wertmäßige Nachweis so zu führen, daß eine kurzfristige Information über die abgerechneten Leistungen gesichert ist.

(3) Der mengen- und/oder wertmäßige Nachweis des Eigenverbrauchs hat laufend, jedoch mindestens zum Monatsende zu erfolgen.

(4) Der wertmäßige Nachweis der hergestellten Erzeugnisse und materiellen Leistungen hat innerhalb des Monats dekadeweise zu erfolgen.

(5) Der wertmäßige Nachweis aller anderen Leistungen hat mindestens zum Monatsende zu erfolgen.

(6) Die abgesetzten Erzeugnisse und Leistungen sind innerhalb des Monats dekadeweise wertmäßig nachzuweisen und mindestens zum Monatsende wertmäßig mit der Finanzrechnung abzustimmen.

(7) Der Bestand an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Leistungen ist mindestens zum Bilanzstichtag mit der Finanzrechnung abzustimmen.

§ 39

Schwerpunkte der Auswertung in der Leistungsrechnung sind:

- die Entwicklung der Nettoproduktion nach Berechnungselementen, des Exports, der Produktion und des Absatzes der Erzeugnisse und Leistungen,
- die Entwicklung der wertmäßigen Gesamtkennziffern der Warenproduktion und weiterer wichtiger wertmäßiger Produktions- und Absatzkennziffern,
- die Entwicklung des Produktionssortiments, der Qualität; der Erneuerungsgrad und die Altersstruktur der Produktion,
- die Ausnutzung der Produktionskapazität,
- die Entwicklung der Kontinuität der Produktion und des Produktionsrhythmus,
- die vertragliche Bindung der Produktion und die Erfüllung der Verträge nach Vertragspartnern des Inlandes und des Auslandes,
- die Entwicklung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Leistungen, die Einhaltung der Vorrats-

normen, der Umfang und die Ursachen der Abweichungen von den Planbeständen, die Altersstruktur des Bestandes an fertigen Erzeugnissen.

Warenrechnung

§ 40

(1) In der Warenrechnung sind der Handelswarenbedarf, die Handelswarenzugänge und -abgänge und die Handelswarenbestände, die Handelswarendisposition und -bereitstellung sowie die vertragliche Bindung und vertragsgerechte Realisierung nach Absatzzeiträumen und Vertragspartnern zu erfassen und nachzuweisen.

(2) Soweit die Handelsware nur eine geringe Bedeutung und einen geringen Umfang hat, kann auf eine selbständige Warenrechnung verzichtet werden. Die Anforderungen der Warenrechnung sind in diesem Fall durch die Material- oder Leistungsrechnung zu erfüllen.

§ 41

(1) Je Artikel bzw. Partie sind zu erfassen:

- Artikel- und/oder Partienummer und Bezeichnung,
- Nummer der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog,
- Nummer der Binnenhandels-Schlüsselliste zum Warenumsatz und Warenfonds,
- Qualitätsmerkmale,
- Menge und Maßeinheit,
- Preis je Maßeinheit nach Preisarten,
- Handelsspannen und Erlösschmälerungen aus Handelsspannenteilung,
- Preiszu- und -abschläge, Rabatte,
- Lagerort.

(2) Für Handelswarenzugänge sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- Datum des Einganges,
- berechnete Transport- und Verpackungskosten,
- nicht realisierte Handelsspanne,
- Leihverpackung.

(3) Für Handelswarenabgänge sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- Datum des Abganges,
- berechnete Transport- und Verpackungskosten,
- Handelsspannen,
- mit dem Warenumsatz verbundene Erlösschmälerungen,
- Leihverpackung.

(4) Für Handelswarenbestände sind außer den im Abs. 1 festgelegten Merkmalen zu erfassen:

- Angaben über Bestellungen,
- Angaben der Disposition.

§ 42

(1) Die Handelswarenzugänge sind mengen- und/oder wertmäßig nachzuweisen nach:

- Zugangsarten,
- Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog,
- Positionen der Binnenhandels-Schlüsselliste zum Warenumsatz und Warenfonds,
- Konten des Kontenrahmens,
- Inlandsbezug oder Import.

(2) Die Handelswarenabgänge sind mengen- und/oder wertmäßig nachzuweisen nach:

- Abgangsarten,
- Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog,
- Positionen der Binnenhandels-Schlüsselliste zum Warenumsatz und Warenfonds,
- Geschäftsarten,
- Abnehmern (Inland; Export),
- Konten des Kontenrahmens.

(3) Die Handelswarenbestände sind mengen- und/oder wertmäßig nachzuweisen nach:

- Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog,
- Positionen der Binnenhandels-Schlüsselliste zum Warenumsatz und Warenfonds,
- Positionen des Umlaufmittelplanes,
- Altersstruktur und Verwendbarkeit,
- Konten des Kontenrahmens.

§ 43

(1) Handelswarenzugänge sind Kauf von Handelsware und Umlagerungen aus anderen Lagern in das Handelswarenlager. Als Handelswarenzugang gelten außerdem Aufwertungen und Inventurplusdifferenzen. Handelswarenrücklieferungen gehören nicht zu den Zugängen.

(2) Als Handelswarenzugang ist die Handelsware nach Durchführung der Wareneingangskontrolle und nach ordnungsgemäßer Übernahme vom Lieferer bzw. nach der Umlagerung aus anderen Lagern in das Handelswarenlager nachzuweisen. Die übrigen Zugänge sind zum Zeitpunkt der Feststellung zu erfassen und nachzuweisen. Bei Abnahmeverweigerung gilt bei Vorliegen der Rechnung die Handelsware als unterwegs befindlich.

(3) Handelswarenabgänge sind Verkauf von Handelsware und Umlagerungen vom Handelswarenlager in andere Lager. Als Handelswarenabgänge gelten außerdem Aufwertungen, Verschrottungen und Inventurminusdifferenzen. Handelswarenrücklieferungen sind als Korrektur des Verkaufs nachzuweisen.

(4) Die Handelswarenverkäufe sind zum Zeitpunkt des Verlassens des Betriebes bzw. der Warenbereitstellung entsprechend dem Vertragsgesetz zu erfassen und nachzuweisen. Die Umlagerungen sind zum Zeitpunkt des Verlassens des Lagers und die übrigen Abgänge sind zum Zeitpunkt der Feststellung zu erfassen und nachzuweisen. Abweichende Regelungen beim Export werden in Buchungsanweisungen und in den Richtlinien zur Exportberichterstattung getroffen.

(5) Die Handelswarenkäufe und -verkäufe sind am Monatsende und die Bestände sind mindestens zum Bilanzstichtag wertmäßig mit der Finanzrechnung abzustimmen.

§ 44

Schwerpunkte der Auswertung in der Warenrechnung sind:

- der Stand des Vertragsabschlusses und der Vertragsrealisierung bei der Handelswarenbeschaffung und dem -umsatz,
- die Entwicklung und Sortimentsstruktur der Warenbestände,
- die Altersstruktur der Warenbestände,
- die Einhaltung der Bestandsnormative sowie die Ursachen der Abweichungen vom Planbestand.

Kostenrechnung

§ 45

(1) Mit der Kostenrechnung sind die Kosten des Betriebes nach Kostenarten, Kostenstellen und Kostenträgern, die Selbstkostensenkung des Betriebes und die Senkung der Selbstkosten der Erzeugnisse und Leistungen sowie die Senkung der Materialkosten nachzuweisen, die Einhaltung von vorgegebenen Limiten, Normen und Normativen zu kontrollieren und der sozialistische Wettbewerb durch die Förderung von Initiativen der Werktätigen zur Kostensenkung wirksam zu unterstützen.

(2) Zur leistungsmäßigen Nutzung der Kostenrechnung und zur Durchsetzung einer permanenten Kostenarbeit sind ausagefähige und aktuelle Informationen für eine kurzfristige Abrechnung der Hauptkennziffern der Leistungsbewertung zur Verfügung zu stellen. Mit der Kostenanalyse ist die Wirkung der Faktoren der umfassenden Intensivierung auf die Senkung der Kosten sichtbar zu machen. Durch Kostenvergleiche zwischen Verantwortungsbereichen, vergleichbaren technologischen Prozessen und vergleichbaren Erzeugnissen sind Reserven aufzudecken und Voraussetzungen zur Überwindung von Niveauunterschieden zu schaffen.

(3) Durch das Rechnen mit Kosten ist vor allem auf die kurzfristige Bereitstellung aktueller und entscheidungsbezogener Kosteninformationen Einfluß zu nehmen und die Qualifizierung von Vorschaurechnungen zu unterstützen.

(4) Innerhalb der Kostenrechnung sind auch die in der Ordnung der Planung festgelegten gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen nach der Art und dem Ort ihrer Entstehung nachzuweisen.

§ 46

(1) Die Kostenrechnung umfaßt die

- Kostenartenrechnung,
- Kostenstellenrechnung,
- Kostenträgerrechnung.

(2) In der Kostenrechnung sind neben Wertangaben auch Mengen- und Zeitangaben zu verwenden.

(3) Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie für andere wesentliche wissenschaftlich-technische Maßnahmen sind themen- bzw. aufgabenbezogen nach Kostenarten, Kostenstellen und/oder Kostenträgern nachzuweisen. Die Anforderungen der Nutzenrechnung sind dabei zu beachten. Zur besseren Kontrolle können die Aufwendungen für die in einem Pflichtenheft festgelegten Maßnahmekomplexe ausgehend von der Bedeutung enthaltener Einzelmaßnahmen in mehreren Kostenstellen und/oder Kostenträgern nachgewiesen werden.

§ 47

(1) Die Kostenrechnung ist als normative Kostenrechnung unter Berücksichtigung der Reproduktionsbedingungen, der Informationserfordernisse, des Standes der Organisation und der Datenverarbeitung auf der Grundlage

- der Vorgabe laufender und/oder durchschnittlicher Kostennormative,
- der Erfassung, Nachweisführung und Auswertung der Abweichungen von den Kostennormativen während und/oder nach Abschluß des Reproduktionsprozesses bzw. Abrechnungszeitraumes

durchzuführen. In den Richtlinien gemäß § 104 ist festzulegen, in welcher Form die normative Kostenrechnung unter Beachtung der Beziehungen zu den anderen Rechnungen von Rechnungsführung und Statistik zu organisieren ist.

(2) Laufende Kostennormative sind für den jeweiligen Abrechnungszeitraum für gültig erklärte und vorgegebene Kostenarten oder Kostenkomplexe je Leistungseinheit.

(3) Durchschnittliche Kostennormative sind als Jahres- oder Quartalsdurchschnittsgrößen vorgegebene Kostenarten oder Kostenkomplexe je Leistungseinheit. Sie sind unmittelbar mit dem Kostenplan für das Jahr bzw. für das jeweilige Quartal verbunden.

(4) Als Leistungseinheiten können für die Kostennormative sowohl Mengen- als auch Zeiteinheiten, gegebenenfalls auch Wertgrößen, zur Anwendung kommen.

§ 48

(1) Kostennormative sind insbesondere für die technologischen Kosten, mindestens für Material und Lohn, zu bilden. Durch die Erarbeitung und Vorgabe von Normativen der Kosten für Leitung und Verwaltung ist die normative Kostenrechnung zu vervollkommen.

(2) Die vorgegebenen Kostennormative sind auf die tatsächliche Leistung umzurechnen. Dabei ist die Wirkung der Kostendynamik zu berücksichtigen.

(3) Die Normierung der Kostenarten und Kostenkomplexe je Leistungseinheit hat grundsätzlich von Zeit- und Mengennormen sowie von technisch-ökonomischen Kennziffern auszugehen.

(4) Kostennormative für Abteilungsleitungs-, Beschaffungs-, Betriebsleitungs- und Absatzkosten können auf den Zeitraum bezogen werden.

§ 49

(1) Abweichungen von Kostennormativen sind als Verbrauchsabweichungen und leistungsbedingte Abweichungen nachzuweisen.

(2) Verbrauchsabweichungen entstehen aus Mehr- oder Minderverbrauch gegenüber den vorgegebenen Kostennormativen der Kostenstellen bzw. Kostenträger.

(3) Leistungsbedingte Abweichungen ergeben sich aus dem unterschiedlichen Verhalten einzelner Kostenarten oder Kostenkomplexe zur Entwicklung der Leistung.

(4) Positive und negative Abweichungen von den Kostennormativen sind getrennt nachzuweisen und nach Ursachen und Kostenstellen/Kostenträgern zu gliedern.

(5) Die Abweichungen von den Kostennormativen sind zusammen mit den verursachten gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen sowie den nicht zu planenden Kosten eine wesentliche Grundlage für die Beurteilung der Kostenstellen im sozialistischen Wettbewerb und des Betriebes im Leistungsvergleich.

§ 50

Kostenartenrechnung

(1) Mit der Kostenartenrechnung sind folgende Aufgaben zu lösen:

- Nachweis der Kosten sowie der gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen nach der Art ihrer Entstehung im Reproduktionsprozeß,
- sachliche und zeitliche Abgrenzung der Kosten,
- Ermittlung der Kosten des Produktionsverbrauchs (in Verbindung mit der Kostenstellenrechnung),
- Kontrolle der Einhaltung vorgegebener Limite und Kontingente (in Verbindung mit der Materialrechnung).

(2) Die Kosten sowohl die gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen sind grundsätzlich unabhängig von ihrer Finanzierungsquelle nach der Art ihrer Entstehung unsaldiert nachzuweisen. Vorauslagte Beträge sind als durchlaufende Posten nachzuweisen. Die sich aus diesen Festlegungen ergebenden Anforderungen werden mit dem verbindlichen Kontenrahmen geregelt.

(3) Kosten sind im Zeitraum ihrer Entstehung in tatsächlicher Höhe zu erfassen und nachzuweisen. Verrechnungspreise für Material und fremde Leistungen sowie Planbeträge für zu verrechnende Kosten können in der Kostenrechnung verwendet werden und gelten als Kosten tatsächlicher Höhe.

(4) Auftretende Abweichungen zwischen Verrechnungspreisen für Material und Leistungen und den effektiven Preisen sind im Zeitraum ihrer Entstehung als Kosten bzw. Kostengutschriften nachzuweisen.

(5) Die Abgrenzung von Kosten hat gemäß § 100 zu erfolgen. Abgegrenzte Beträge gelten als Kosten tatsächlicher Höhe.

Kostenstellenrechnung

§ 51

(1) Mit der Kostenstellenrechnung sind folgende Aufgaben zu lösen:

- Nachweis der Kosten sowie der gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen nach dem Ort der Entstehung und Verursachung,
- Gegenüberstellung der Kosten und der Leistungen der Kostenstellen (Stellenleistung), Vergleich mit vorgegebenen normativen Kosten und Sichtbarmachung der Abweichungen von normativen Kosten,
- Nachweis der Kosten für Leitung und Verwaltung auf der Grundlage der dazu von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegebenen Richtlinie,
- Ausweis der Zuschlagsbasen und Verrechnungsgrößen sowie Ermittlung der Zuschlagssätze für die Zurechnung der indirekten Kosten auf Kostenträger.

(2) Die Kostenstellenrechnung ist als wesentliche Grundlage für die Abrechnung der Kennziffern der Haushaltsbücher im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs zu nutzen.

§ 52

(1) Kostenstellen sind örtlich und/oder funktionell abgrenzbare Bereiche des Betriebes. Daneben können fiktive Kostenstellen gebildet werden, die ausschließlich abrechnungstechnische Belange erfüllen und nicht von der Kostenentstehung bzw. Kostenverursachung abzuleiten sind. Zum Zwecke der Ausgliederung der Kosten, die entsprechend den Rechtsvorschriften nicht in die Selbstkosten verrechnet werden dürfen, können Ausgliederungskostenstellen gebildet werden.

(2) Die Kostenstellen sind nach ihrer Stellung zur Haupttätigkeit des Betriebes zu bilden und grundsätzlich zu gliedern nach

- technologischem Bereich, der die produzierenden Kostenstellen, die Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungskostenstellen sowie die Kostenstellen der Abteilungsleitungen umfaßt,
- Beschaffungsbereich,
- Betriebsleitungsbereich,
- Absatzbereich,
- Betreuungsbereich.

(3) Bei der Bildung der Kostenstellen im Betreuungsbereich sowie für die Lehrlingsausbildung und Erwachsenenqualifizierung ist zu gewährleisten, daß die Aufwendungen für

- die Arbeiterversorgung,
- die kulturelle Betreuung,
- die gesundheitliche und soziale Betreuung,
- die Sport- und Jugendbetreuung,
- die Kinderbetreuung,
- das Ferien- und Erholungswesen,
- das Wohnungswesen sowie
- die Kosten für die Lehrlingsausbildung und Erwachsenenqualifizierung

gesondert nachgewiesen werden.

(4) Auf die Bildung von Kostenstellen für die Abteilungsleitungen sowie für Beschaffung und Absatz kann verzichtet werden, wenn die hier nachzuweisenden Kosten einen unerheblichen Umfang haben. In diesem Falle sind diese Kosten in den produzierenden Kostenstellen, den Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungskostenstellen oder in den Kostenstellen des Betriebsleitungsbereiches nachzuweisen, wobei der gesonderte Nachweis der Kosten für Leitung und Verwaltung zu sichern ist.

(5) Auf der Grundlage von Rahmenstrukturplänen der zentralen Staatsorgane haben die Kombinate für ihren Verantwortungsbereich einheitliche Kostenstellenverzeichnisse (-nomenklaturen), mindestens jedoch Grundsätze für einheitliche Kostenstellenverzeichnisse (-nomenklaturen) als Bestandteil der Richtlinien gemäß § 104, herauszugeben. Die einheitliche Bildung der Kostenstellen in den Betrieben eines Kombinats muß grundsätzlich von der Zuordnung vergleichbarer Tätigkeiten ausgehen. Mit den Kostenstellenverzeichnissen (-nomenklaturen) sind einheitliche Bezeichnungen durchzusetzen und einheitliche Nummernsysteme anzustreben.

(6) Die Kostenstellen sind so zu bilden, daß sie gleichzeitig als Leistungsstellen fungieren und mit dem Verantwortungsbereich eines Leiters übereinstimmen. Sie sind grundsätzlich die kleinsten abzurechnenden Einheiten.

(7) Hochproduktive bzw. hochwertige Anlagen sind grundsätzlich als gesonderte Kostenstellen zu führen. In den Richtlinien gemäß § 104 ist festzulegen, welche Anlagen als Kostenstellen abzurechnen sind.

(8) Ein Betriebsteil ist mindestens als eine Kostenstelle zu führen.

(9) Mit dem Nachweis der Kosten nach dem Ort der Kostenentstehung und -verursachung ist über die Abrechnung von Kostenstellen hinaus die Abrechnung von Brigaden und Arbeitsplätzen, die nicht mit dem Verantwortungsbereich eines Leiters gleichzusetzen sind, zu sichern, wenn dies zur Information der Werktätigen, zur Unterstützung des sozialistischen Wettbewerbs und der Führung der Haushaltsbücher oder aus anderen Gründen der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung erforderlich ist.

(10) Bei der Nachweisführung der Kosten nach dem Ort der Kostenentstehung und -verursachung sind die Erfordernisse der Kalkulation sowie der Abrechnung von wissenschaftlich-technischen Aufgaben und der Anlaufphase von Investitionen gemäß § 79 zu berücksichtigen.

(11) Die Kosten werden primär nach dem Entstehungsprinzip nachgewiesen. Fallen Kostenentstehung und -verursachung auseinander, ist außer der Kostenentstehung grundsätzlich auch die Kostenverursachung nachzuweisen. Das gilt auch für gesellschaftlich nicht notwendige Aufwendungen.

§ 53

(1) In den Kostenstellen sind grundsätzlich die von ihnen beeinflussbaren Kosten nachzuweisen. Beeinflussbar sind Kosten sowohl direkt (in absoluter Höhe) als auch indirekt (relativ über die Leistung).

(2) Auf fiktiven Kostenstellen können die den Kostenträgern direkt zugerechneten Kosten, die für eine kostenstellenbezogene Kostenkontrolle ohne Aussage sind, und/oder die nicht durch innerbetriebliche Verantwortungsbereiche verursachten Kosten nachgewiesen werden.

§ 54

(1) Kosten für Hilfsleistungen, die der Unterstützung der Haupttätigkeit des Betriebes dienen, sind grundsätzlich in gesonderten Kostenstellen nachzuweisen. Die Verrechnung dieser Hilfsleistungen hat vorrangig im Auftragsverfahren oder entsprechend der verbrauchten Leistung zu erfolgen.

(2) Sofern die Hilfsleistungen nur einen geringen Umfang haben und überwiegend von den Kostenstellen des Betriebsleitungsbereiches verbraucht werden oder zweigebundene Besonderheiten es erfordern, kann eine differenzierte Verrechnung entfallen. In diesem Falle sind diese Kosten in die Betriebsleitungskosten einzubeziehen.

(3) Soweit die Kosten für Hilfsleistungen nicht in gesonderten Kostenstellen nachgewiesen werden, sind Festlegungen über die Art der Verrechnung dieser Kosten in den Richtlinien gemäß § 104 zu treffen.

§ 55

In der Kostenstellenrechnung ist bei gegebenen Voraussetzungen eine kombinierte Kosten- und Ergebnisrechnung durchzuführen.

Kostenträgerrechnung

§ 56

(1) Die Kostenträgerrechnung gliedert sich in

- Kostenträgerzeitrechnung,
- Kostenträgerstückrechnung.

(2) Mit der Kostenträgerzeitrechnung sind folgende Aufgaben zu lösen:

- Ermittlung der Gesamtselbstkosten sowie der Kostenkomplexe und Kostenelemente gemäß § 58 Absätze 1, 2 und 8 für die Kostenträger bzw. Kostenträgergruppen und die Leistung des Betriebes, bezogen auf den Abrechnungszeitraum,
- Ermittlung des Ergebnisses nach Kostenträgern bzw. Kostenträgergruppen durch Gegenüberstellung der Selbstkosten und der Erlöse bzw. der innerbetrieblichen Verrechnungspreise,
- rechnerische Ermittlung des wertmäßigen Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen,
- Kontrolle der Selbstkosten durch Gegenüberstellung der tatsächlichen Selbstkosten und der kostenträgerbezogenen Vorgaben bzw. Normative.

(3) Mit der Kostenträgerstückrechnung sind folgende Aufgaben zu lösen:

- Kalkulation der Selbstkosten und Ermittlung des Ergebnisses je Leistungseinheit eines Kostenträgers oder Auftrages auf der Grundlage des Kalkulationsschemas gemäß § 58 Abs. 1, insbesondere auch für die Zwecke der Preisbildung,
- Kontrolle der Selbstkosten je Leistungseinheit durch Gegenüberstellung der tatsächlichen und der normativen Selbstkosten bzw. Ausweis der Abweichungen von den normativen Selbstkosten.

§ 57

(1) Kostenträger sind Erzeugnisse und Leistungen, denen Selbstkosten zugerechnet werden. Die Möglichkeiten einer direkten Zurechnung der Kosten auf die Kostenträger sind weitestgehend zu nutzen. Insbesondere ist eine direkte Zurechnung der technologischen Kosten anzustreben.

(2) Die Selbstkosten für zum Absatz bestimmte Erzeugnisse und Leistungen ergeben sich aus der Kalkulation dieser Erzeugnisse und Leistungen gemäß § 58 Abs. 1 bzw. aus der Zu-

sammenfassung der Selbstkosten oder innerbetrieblichen Verrechnungspreise solcher Kostenträger, die in diese zum Absatz bestimmten Erzeugnisse und Leistungen eingehen. Die Ermittlung der Selbstkosten der in zum Absatz bestimmte Erzeugnisse und Leistungen eingehenden Kostenträger hat gemäß § 58 Abs. 1 zu erfolgen.

(3) Bei einem umfangreichen Sortiment können auf der Grundlage der Gleichartigkeit bzw. Ähnlichkeit der Erzeugnisse und Leistungen, des Fertigungsprozesses sowie des Kostenniveaus und der Kostenstruktur Kostenträgergruppen gebildet und abgerechnet werden. Dabei ist zu gewährleisten, daß zentralbilanzierte Erzeugnisse und Leistungen (S- und M-Positionen), Exporterzeugnisse, Erzeugnisse der Mikroelektronik und, soweit in diesen nicht enthalten, alle neuentwickelten Erzeugnisse als gesonderte Kostenträger zu führen sind.

(4) Die Bildung der Kostenträger oder Kostenträgergruppen und die Ermittlung der Selbstkosten für zum Absatz bestimmte Erzeugnisse und Leistungen gemäß Abs. 2 müssen für die Planung und Abrechnung nach gleichen Grundsätzen erfolgen und die Zusammenfassung nach der Erzeugnis- und Leistungsamenklatur ermöglichen.

(5) Die Kosten für Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen sind entsprechend den im jeweiligen Fachbereichsstandard getroffenen Festlegungen nachzuweisen.

(6) Für den Nachweis der Kosten für Baustelleneinrichtungen sind von den Auftragnehmern je Investition gesonderte Kostenträger und/oder Kostenstellen zu bilden.

§ 58

(1) Für die Ermittlung der Gesamtselbstkosten der Kostenträger ist folgendes Kalkulationsschema anzuwenden:

Direkte technologische Kosten
+ Indirekte technologische Kosten
= Technologische Kosten
+ Abteilungsleitungskosten
= Abteilungskosten
+ Beschaffungskosten
+ Betriebsleitungskosten
= Produktions-selbstkosten
+ Absatzkosten
= Gesamtselbstkosten

(2) Technologische Kosten sind Kosten, die für den unmittelbaren Produktionsprozeß sowie für Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungstätigkeiten entstehen, und Kosten, die als unmittelbare Voraussetzung des Produktionsprozesses notwendig sind (Kosten für Rohrleitungssysteme, Behälter u. a.). Technologische Kosten sind den Kostenträgern weitestgehend direkt (direkte technologische Kosten) bzw. unter Verwendung von Zurechnungsbasen indirekt (indirekte technologische Kosten) zuzurechnen. Die direkten technologischen Kosten sind mindestens zu gliedern in

- Material,
- auftrags- und typengebundene Spezialwerkzeuge sowie Spezialvorrichtungen, Werkzeuge und Lehren,
- Verbrauch produktiver Leistungen,
- Lohn,
- Beitrag für gesellschaftliche Fonds (auf den direkt zu-rechenbaren Lohn bezogener Anteil),
- Zuführungen zum Fonds Wissenschaft und Technik, so-wweit nicht indirekt verrechnet,
- Patent- und Lizenzgebühren,
- sonstige direkte technologische Kosten.

(3) Beschaffungskosten sind Kosten, die für Materialplan-ung, -disposition, -bestellung, -bezug und -lagerung ent- stehen. Bei Bewertung des Materials zu Einstandspreisen sind die Bezugskosten nicht Teil der Beschaffungskosten.

(4) Leitungskosten sind Kosten, die im Leitungsbereich der Betriebe und Betriebsteile und in den Kostenstellen der Ab- teilungsleitungen im technologischen Bereich entstehen. Be- trieb-leitungskosten sind der Teil der Leitungskosten, der für die Leitung, Planung, Abrechnung, Kontrolle, Sicherung und Verwaltung des Betriebes entsteht. Den Betriebsleitungs- kosten sind auch die entsprechend den Rechtsvorschriften als Selbstkosten nachzuweisenden Betreuungskosten zuzurechnen. Abteilungsleitungskosten sind der Teil der Leitungskosten, der für die Leitung von produzierenden bzw. Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsabteilungen und/oder Zwi- schenleitungen entsteht.

(5) Absatzkosten sind Kosten, die für den Verkauf, das Fer- tigwarenlager, den Versand, die Absatzdisposition, die Fak- turierung, die Werbung, die Messen, die Bedarfs- und Markt- forschung sowie für Verkaufsbüros und den Kundendienst, auch außerhalb des Territoriums der Deutschen Demokrati- schen Republik, entstehen.

(6) Beschaffungs-, Leitungs- und Absatzkosten sind nicht- technologische Kosten (Gemeinkosten). Sie können den Kostenträgern direkt oder indirekt zugerechnet werden.

(7) Bei Anwendung normativer Kalkulation können die Ge- samt-selbstkosten nach normativen Gesamtselbstkosten und nach Abweichungen von den normativen Gesamtselbstkosten unterteilt werden. Die positiven und negativen Abweichun- gen von den normativen Gesamtselbstkosten sind vorrangig in den Kostenstellen bzw. als Kostenarten oder Kostenkomplexe zu kontrollieren.

(8) Vereinfachungen durch Zusammenfassung von Kalkula- tionspositionen sind zulässig, wobei die Grundgliederung in technologische Kosten, Beschaffungs-, Leitungs- und Absatz- kosten sowie die Untergliederung der direkten technologischen Kosten gemäß Abs. 2 nachweisbar bleiben muß. In Ausnahme- fällen können die Beschaffungs- und Absatzkosten unter Be- achtung der Bewertungsvorschriften für unfertige Erzeug- nisse und Leistungen innerhalb der Leitungskosten verrech- net und die Kosten für die Abteilungsleitungen gemäß § 52 Abs. 4 nachgewiesen werden.

(9) Die Selbstkosten sind den Kostenträgern als Normativ- oder Istgrößen zuzurechnen. Es ist zu gewährleisten, daß die sich aus der Zurechnung von normativen Selbstkosten erge- benden Abweichungen den Kostenträgern zugerechnet wer- den können.

§ 59

(1) Die direkten technologischen Kosten sind in der Kosten- trägerzeitrechnung grundsätzlich monatlich abzurechnen.

(2) Die Abrechnungszeiträume der Zurechnung für die übrigen Kalkulationspositionen sind unter Beachtung der Auf- gabenstellung der Kostenträgerzeitrechnung in den Richt- linien gemäß § 104 festzulegen.

§ 60

(1) Für die Kalkulation der Preise gelten hinsichtlich der Höhe und des Umfanges der den Kostenträgern zuzurech- nenden Selbstkosten die preisrechtlichen Bestimmungen.

(2) Die in den Richtlinien gemäß § 104 zur Kalkulation der Selbstkosten und Preise zu treffenden Festlegungen sind mit den für die Ausarbeitung und Bestätigung der speziellen Kal- kulationsrichtlinien verantwortlichen Organen abzustimmen.

§ 61

(1) Die Kalkulation der Selbstkosten und Preise umfaßt die Vor- und Nachkalkulation.

(2) Die Vorkalkulation ist grundsätzlich auf der Basis nor- mativer Kosten aufzustellen.

(3) Die Festlegung des Umfangs der in die Vorkalkulation einzubeziehenden Selbstkosten hat den Erfordernissen der weiteren Erhöhung der Effektivität der Produktion durch Senkung der Selbstkosten der Erzeugnisse, insbesondere des Produktionsverbrauchs, zu entsprechen.

(4) Die Nachkalkulation ist aus den Ist-Selbstkosten oder den normativen Selbstkosten und den Abweichungen von den normativen Selbstkosten aufzustellen.

(5) In der Nachkalkulation brauchen die Kostenträger nur bis zu den direkten technologischen Kosten abgerechnet zu werden. Die Möglichkeit der Durchrechnung bis zu den Gesamtselbstkosten ist zu gewährleisten.

(6) Die Nachkalkulation ist, soweit in Preisvorschriften des Amtes für Preise nicht anders bestimmt, mindestens einmal innerhalb eines Jahres für Haupterzeugnisse, insbesondere zentralbilanzierte Erzeugnisse und Leistungen (S- und M-Positionen), Exporterzeugnisse, Erzeugnisse der Mikroelektronik und, soweit in diesen nicht enthalten, für alle neu entwickelten Erzeugnisse bis zu den Gesamtselbstkosten durchzuführen.

(7) In den Richtlinien gemäß § 104 ist festzulegen, für welche weiteren Erzeugnisse jährlich Nachkalkulationen durchzuführen sind.

§ 62

Für die Aufstellung von Verflechtungsbilanzen ist ein ergebnis- bzw. leistungsbezogener Nachweis des Verbrauches von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit nach den Nomenklaturen für die Verflechtungsbilanzen zu gewährleisten.

§ 63

(1) Für die Ermittlung der Selbstkosten der Kostenträger können folgende Kalkulationsverfahren angewendet werden:

- Zuschlagskalkulation,
- Divisionskalkulation,
- Sonderformen der Kalkulationsverfahren (z. B. Kuppelproduktion),
- kombinierte Formen dieser Kalkulationsverfahren.

(2) Die Anwendung der entsprechenden Kalkulationsverfahren ist in den Richtlinien gemäß § 104 festzulegen.

Auswertung der Kostenentwicklung und Rechnen mit Kosten

§ 64

Mit der Auswertung der Kostenentwicklung sind Verlustquellen aufzudecken, die Mobilisierung von Reserven wirksam zu unterstützen und auf die ständige Qualifizierung der Kostenplanung und Kostennormierung Einfluß zu nehmen. Schwerpunkte der Auswertung in der Kostenrechnung sind:

- die Entwicklung der Kosten nach Kostenarten und Kostenstellen sowie nach Kostenträgern insgesamt und nach Kostenkomplexen und -elementen,
- die Entwicklung des Produktionsverbrauchs und seiner Bestandteile,
- die Abweichungen von den normativen Kosten und ihre Ursachen,
- die Selbstkostenveränderungen gegenüber dem Vorjahr unter Berücksichtigung der Leistungsentwicklung, insbesondere die Selbstkostensenkung, bezogen auf die Gesamtselbstkosten und Kostenkomplexe,
- das Verhalten der Kosten zur Leistung der Kostenstellen und des Betriebes (Kostendynamik) sowie andere die Kosten beeinflussende Faktoren, wie Sortiments-, Preis-, Kapazitäts-, Kooperations- und andere Veränderungen,
- die Kosten für Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen,
- der Einfluß der Kostenentwicklung auf das Ergebnis und die Entwicklung der Selbstkosten je Leistungseinheit,
- die Entwicklung der Kosten der Erzeugnisse gemäß § 61 Abs. 6 über mehrere Jahre,
- die Kosten für Leitung und Verwaltung,
- die Kosten für Umweltschutz und Wasserwirtschaft,
- die Transportkosten,
- die Entwicklung der gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen.

§ 65

(1) Zur umfassenden Nutzung der Kostenrechnung und zur Durchsetzung der permanenten Kostenarbeit sowie zur analytischen Durchdringung des Reproduktionsprozesses einschließlich der Erarbeitung entscheidungsbezogener Kosteninformationen ist das Rechnen mit Kosten weiterzuentwickeln.

(2) Durch das Rechnen mit Kosten

- ist insbesondere in Verbindung mit den Ergebnissen der Leistungsrechnung des laufenden Monats sowie den exakten Ergebnissen über Kosten, Effektivität und Nutzen aus wissenschaftlich-technischen Maßnahmen abgelaufener Abrechnungsperioden die Bereitstellung aktueller Informationen sowie die Ermittlung von Vorschauwerten einschließlich der für die konzeptionelle Arbeit notwendigen Werte zu unterstützen;
- ist in der Phase der Produktionsvorbereitung auf das Kostenniveau neu zu entwickelnder Erzeugnisse und Produktionsverfahren durch die Forschung und Entwicklung sowie in der Phase der Produktionsdurchführung auf die Erhöhung der Effektivität der technologischen Prozesse durch eine rationelle Organisation der Produktion und Auslastung der Produktionskapazitäten Einfluß zu nehmen;
- sind Informationen in Verbindung mit wissenschaftlich-technischen Daten, z. B. für die Optimierung des Zeit-Kosten-Verhältnisses bei Investitions- und Forschungsvorhaben, zur Unterstützung der Gebrauchswert-Kosten-Analyse und für die operative Leitung bzw. vorbeugende Kostenkontrolle, zu gewinnen.

(3) Das Rechnen mit Kosten ist vor allem anzuwenden zur

- Bestimmung, Abrechnung und Kontrolle ökonomischer Vorgaben in den Pflichtenheften für Aufgaben der Forschung und Entwicklung,
- ökonomischen Begründung für die Bildung und Verwendung des Fonds Wissenschaft und Technik,
- Preisbildung für wissenschaftlich-technische Leistungen bzw. zur Ermittlung und Kontrolle der Entgelte für die Vergabe wissenschaftlich-technischer Leistungen.

(4) Durch Anwendung mathematisch-statistischer oder anderer Methoden, z. B. Netzplankalkulation, Teilkostenrechnung, Limitkalkulation, ist das Rechnen mit Kosten zu qualifizieren.

§ 66

Finanzrechnung

(1) In der Finanzrechnung sind

- die materiellen und finanziellen Mittel nach ihrer Zusammensetzung, ihren Quellen, ihrer Zweckbestimmung, ihren Veränderungen und nach den einzelnen Phasen des Reproduktionsprozesses,
- das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit und
- die Verwendung der erwirtschafteten und erhaltenen Mittel vollständig im Wertausdruck nachzuweisen und die buchhalterische Bilanz sowie die Ergebnisrechnung aufzustellen.

(2) Die Finanzrechnung umfaßt die Kontenführung und das Kontokorrent. Betriebe, die Außenhandelsfunktion ausüben und gleichzeitig Valutaplanträger sind, haben eine Valutarechnung nach gesonderten Festlegungen durchzuführen.

Kontenführung

§ 67

(1) In der Kontenführung erfolgt der einheitliche wertmäßige Nachweis der Kennziffern des Reproduktionsprozesses entsprechend der verbindlichen Gliederung des Kontenrahmens sachlich und zeitlich geordnet auf analytischen oder synthetischen Konten mittels der doppelten Buchführung (Doppik).

(2) Die sachliche Ordnung erfolgt nach ihrem Inhalt zu den Positionen des Kontenrahmens.

(3) Die zeitliche Ordnung erfolgt durch Zuordnung zu den Abrechnungszeiträumen.

(4) Gleichartige Daten sind in Nachweisen periodisch zu sammeln und als Sammelbuchungen in die Kontenführung zu übernehmen. Kassen-, Postscheck- und Bankbestände – gegliedert nach Guthaben und Kreditarten – sowie die Zu- und Abgänge an baren und unbaren finanziellen Mitteln sind in Form der Kassen-, Postscheck- und Banksammelverrechnung zu erfassen, nachzuweisen und auszuwerten. Die Bestände laut Kassennachweis bzw. laut Postscheck- oder Bankauszug sind zum Monatsende mit den entsprechenden Konten der Kontenführung abzustimmen.

(5) Auf analytischen Konten hat der Nachweis der Daten über den Reproduktionsprozeß zu erfolgen, die in keiner anderen Rechnung von Rechnungsführung und Statistik analytisch nachzuweisen sind.

(6) Auf synthetischen Konten sind die in den einzelnen Rechnungen von Rechnungsführung und Statistik analytisch nachgewiesenen Daten über den Reproduktionsprozeß zusammengefaßt nachzuweisen.

(7) Von den Kombinat- und Betrieben ist festzulegen, welche Positionen des verbindlichen Kontenrahmens bzw. Kontenplanes als Konten im Rahmen der Kontenführung zu führen sind.

(8) Sofern die Kontenführung mittels elektronischer Datenverarbeitung erfolgt, gelten als Konten und Nachweise die dabei verwendeten bzw. gewonnenen visuell lesbaren Datenträger oder maschinell gewinnbare Daten. Sie müssen den Anforderungen der Ordnungsmäßigkeit entsprechen.

§ 68

(1) Zu Jahresbeginn sind alle aktiven und passiven Konten, auf die Bestände vorzutragen sind, zu eröffnen. Die Eröffnungsbuchungen sind auf einem besonderen Nachweis zu sammeln. Alle anderen Konten werden bei Bedarf eingerichtet.

(2) Die formelle Richtigkeit der Buchungen auf den Konten ist monatlich abzustimmen und durch Aufstellen einer Saldenbilanz zu kontrollieren.

(3) Die sachliche Richtigkeit der auf den Konten nachgewiesenen Bestände ist vor allem durch den Vergleich mit den durch Inventur ermittelten tatsächlichen Beständen zu kontrollieren. Inventurdifferenzen sind gemäß den geltenden Rechtsvorschriften zu behandeln.

(4) Nach Bestätigung der Bilanz und der Ergebnisrechnung sind die Konten so abzuschließen, daß Nachbuchungen nicht möglich sind.

§ 69

(1) Zum 31. Dezember jeden Jahres sind eine Bilanz und eine Ergebnisrechnung aufzustellen, die aus der Kontenführung und den Nachweisen der Rechnungen von Rechnungsführung und Statistik zu entwickeln sind und sachlich sowie rechnerisch mit diesen übereinstimmen müssen.

(2) Umfang und Inhalt der Bilanz und der Ergebnisrechnung werden mit den Richtlinien zu den zentralisierten Berichterstattungen geregelt. Mit der Bilanz und der Ergebnisrechnung wird die formelle und sachliche Richtigkeit der Kontenführung sowie aller zahlenmäßigen Informationen, die aus anderen Rechnungen von Rechnungsführung und Statistik zum Jahresabschluß gewonnen wurden, erklärt.

§ 70

(1) Beenden volkseigene Kombinate, Kombinatbetriebe oder Betriebe ihre Rechtsfähigkeit, haben sie Schlußbilanzen aufzustellen. Wird mit der Einstellung der Tätigkeit ein Abwicklungsverfahren festgelegt, ist der Abwicklungsbevollmächtigte verpflichtet, zu Beginn und zum Abschluß des Abwicklungsverfahrens eine Bilanz aufzustellen.

(2) Bei Neugründung von volkseigenen Kombinat- und Kombinatbetrieben oder Betrieben sind Eröffnungsbilanzen aufzustellen.

(3) Bei Gründung durch Zusammenlegung bestehender volkseigener Kombinate, Kombinatbetriebe oder Betriebe

bzw. durch Ausgliederung von Betriebsteilen ist in der Anweisung zur Gründung festzulegen, ob Schluß- und Eröffnungsbilanzen aufzustellen sind bzw. wie die materiellen und finanziellen Mittel und Fonds in Rechnungsführung und Statistik nachzuweisen sind. Dabei ist zu sichern, daß diese Buchungen auf einem besonderen Nachweis gesammelt werden.

(4) Für die Angliederung von volkseigenen Kombinat- und Kombinatbetrieben, Betrieben oder Betriebsteilen an bestehende gilt Abs 3 entsprechend.

(5) Die Leiter der zentralen Staatsorgane können in Übereinstimmung mit dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und dem Minister der Finanzen die Aufstellung von Bilanzen auch in anderen Fällen anweisen.

§ 71

(1) Durch Prüfung festgestellte Unrichtigkeiten in der Bilanz und in der Ergebnisrechnung sind in alter Rechnung zu berichtigen, sofern die Staatliche Finanzrevision bzw. die zuständigen Revisionsorgane nicht andere Auflagen erteilen.

(2) Zur Wahrung der Bilanzkontinuität sind die Bestände der bestätigten Schlußbilanz grundsätzlich unverändert auf das folgende Jahr vorzutragen. Sofern die Kontinuität zwischen der bestätigten Schlußbilanz und der Eröffnungsbilanz nicht durch einfachen Vergleich belegt werden kann, ist der Zusammenhang durch eine Bilanzbrücke nachzuweisen. Veränderungen des Inhalts, der Bezeichnung oder der Numerierung von Konten, die Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit von Bilanzpositionen der bestätigten Schlußbilanz und der Eröffnungsbilanz haben, sind durch eine Kontenbrücke nachzuweisen.

(3) Die Bestimmungen des Abs. 2 gelten entsprechend, wenn gemäß § 70 Absätze 3 bis 5 während des Jahres Schluß- und Eröffnungsbilanzen aufzustellen sind.

§ 72

Schwerpunkte der Auswertung in der Finanzrechnung sind die Entwicklung der Grund-, Umlauf- und zweckgebundenen Mittel sowie ihre Deckung hinsichtlich der Auswirkungen auf die Liquidität und die Finanzbeziehungen zum Staatshaushalt.

Kontokorrent

§ 73

Im Kontokorrent sind die Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten sowie deren Veränderungen zu erfassen und nachzuweisen.

§ 74

(1) Forderungen und Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik sind, soweit keine elektronische Datenverarbeitung erfolgt, kontenlos zu erfassen und analytisch nachzuweisen. Andere Forderungen und Verbindlichkeiten können auf Einzelkonten nachgewiesen werden.

(2) Forderungen und Verbindlichkeiten müssen nach Schuld- und Gläubigern aufgliederungsfähig sein.

(3) Die Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten, die im kontenlosen Kontokorrent nachgewiesen werden, sind zum Monatsende mit den entsprechenden Konten der Kontenführung abzustimmen.

§ 75

- (1) Forderungen sind zu gruppieren und auszuwerten nach
- Art ihrer Entstehung,
 - Forderungen, deren Zahlungsfrist noch nicht abgelaufen ist,
 - Forderungen, deren Zahlungsfrist abgelaufen ist (überfällige Forderungen),
 - zweifelhaften Forderungen,
 - strittigen Forderungen,
 - uneinbringlichen Forderungen,
 - ausgebuchten, nichtverjährten Forderungen.

(2) Verbindlichkeiten sind zu gruppieren und auszuwerten nach

- Art ihrer Entstehung,
- Verbindlichkeiten, deren Zahlungsfrist noch nicht abgelaufen ist,
- Verbindlichkeiten, deren Zahlungsfrist abgelaufen ist (überfällige Verbindlichkeiten),
- zweifelhaften Verbindlichkeiten,
- strittigen Verbindlichkeiten,
- verjährten Verbindlichkeiten.

(3) Im Ergebnis der Auswertung gemäß den Absätzen 1 und 2 hat die

- Mahnung der Schuldner nach Ablauf der Zahlungsfrist,
- Veranlassung der Durchsetzung bzw. Geltendmachung überfälliger Forderungen,
- Berechnung von Verspätungszinsen bzw. Verzugszuschlägen,
- Bearbeitung eingegangener Mahnungen,
- Prüfung der Berechtigung von berechneten Verspätungszinsen bzw. Verzugszuschlägen zu erfolgen.

§ 76

(1) Die Gruppierung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach der Art ihrer Entstehung wird durch den Kontenrahmen bzw. den Kontenplan bestimmt.

(2) Eine Forderung oder Verbindlichkeit wird mit Ablauf der in Rechtsvorschriften festgelegten oder der vertraglich vereinbarten Zahlungsfrist fällig.

(3) Eine Forderung oder Verbindlichkeit ist ganz oder teilweise zweifelhaft, wenn Schuldner oder Gläubiger zeitweilig nicht bestimmbar sind. Eine Forderung ist auch dann zweifelhaft, wenn der Schuldner die Einrede der Verjährung geltend machen kann oder wenn er für längere Zeit zahlungsunfähig ist.

(4) Zweifelhafte Forderungen gemäß Abs. 3 sind kostenwirksam auszubuchen. Das Ausbuchen dieser Forderungen bedeutet nicht den Verzicht auf diese Forderung. Diese ausgebuchten Forderungen sind bis zum Nachweis der Uneinbringlichkeit statistisch zu führen und laufend zu überwachen. Forderungen, die wegen Zahlungsunfähigkeit des Schuldners ausgebucht wurden, sind einzutreiben, sobald die Zahlungsfähigkeit wieder hergestellt ist.

(5) Die Verjährung von Ansprüchen aus Forderungen ist durch geeignete Maßnahmen zu verhindern.

(6) Eine Forderung oder Verbindlichkeit ist strittig, wenn sie dem Grund oder der Höhe nach vom Schuldner bestritten wird und beim Gläubiger eine schriftliche Reklamation vorliegt.

(7) Eine Forderung ist uneinbringlich, wenn der Anspruch untergegangen ist oder nicht mehr durchgesetzt werden kann. Uneinbringliche Forderungen sind kostenwirksam auszubuchen.

(8) Eine Verbindlichkeit ist verjährt, wenn feststeht, daß der Gläubiger seine Forderungen entsprechend den Rechtsvorschriften nicht mehr durchsetzen kann. Verjährte Verbindlichkeiten sind auszubuchen.

Nutzensrechnung

§ 77

(1) Der Nachweis über die Erfüllung der Aufgaben zur Intensivierung des betrieblichen Reproduktionsprozesses erfolgt auf der Grundlage der in den anderen Rechnungen von Rechnungsführung und Statistik erfaßten zahlenmäßigen Informationen. In der Nutzensrechnung sind für wissenschaftlich-technische Aufgaben, Investitionen, Generalreparaturen sowie technische und organisatorische Maßnahmen einschließlich Maßnahmen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation – im folgenden Aufgaben genannt – die tatsächlich im Betrieb eingetretenen einmaligen und laufenden Aufwendungen sowie

die betrieblichen Ergebnisse aufgabenbezogen in ökonomischen, technisch-ökonomischen und technischen Kennziffern mengen-, zeit- und/oder wertmäßig nachzuweisen, den Plan-kennziffern bzw. Vorgabewerten gegenüberzustellen und auszuwerten. Die Nutzensrechnung erfaßt nicht den Anwender-nutzen für Aufgaben, die zur Intensivierung in anderen Betrieben beitragen.

(2) Die mit der Rahmenrichtlinie für die Ermittlung, Planung, Kontrolle und Abrechnung der Effektivität der Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts getroffenen Festlegungen zur Nachweisführung des ökonomischen Nutzens sind konsequent durchzusetzen.

§ 78

(1) Mit der Auswertung der Erfüllung der im Plan Wissenschaft und Technik festgelegten Aufgaben ist je Aufgabenkomplex einzuschätzen,

- welche ökonomischen Ergebnisse, insbesondere Zuwachs an Warenproduktion, darunter für den Export und Fertigerzeugnisse für die Bevölkerung; Nettoproduktion, Nettogewinn, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten und Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse, realisiert,
- welche Einsparungen an Material, Energie, Rohstoffen, Arbeitszeit und Arbeitsplätzen erzielt und wieviel Arbeitskräfte gewonnen,
- wie die höchstmögliche Ausnutzung der neugeschaffenen Produktionskapazitäten verwirklicht,
- wie die Zielstellungen zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration und zur Erhöhung der Effektivität der Außenhandelsbeziehungen erfüllt,
- welche Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen erreicht wurden.

(2) Die betrieblichen Aufwendungen und die im Betrieb wirksam werdenden Ergebnisse sind von der wissenschaftlich-technischen Vorbereitung bis zur Realisierung in der Produktion nachzuweisen und auszuwerten.

§ 79

(1) Die einmaligen und die laufenden Aufwendungen für Aufgaben sind gesondert für die

- Vorbereitungsphase (Phase bis zum Beginn der Produktionswirksamkeit),
- Anlaufphase (Phase ab Zeitpunkt der Produktionswirksamkeit bis einschließlich des ersten vollen Kalenderjahres, in dem die geplanten ökonomischen, technisch-ökonomischen und technischen Kennziffern von Anfang an voll erreicht werden)

über Kostenstellen und/oder Kostenträger zu erfassen, nachzuweisen und auszuwerten. In der Anlaufphase sind die betreffenden Kostenträger als Einzelkostenträger für den festgelegten Abrechnungszeitraum gesondert abzurechnen.

(2) Die für Investitionen entstandenen einmaligen Aufwendungen für die Vorbereitungsphase sind aufgabenbezogen in der Investitionsrechnung zu erfassen, nachzuweisen und auszuwerten. Die für die Anlaufphase gemäß Abs. 1 getroffenen Festlegungen sind auch für die Investitionen verbindlich.

§ 80

(1) Eine aufgabenbezogene Abrechnung der Selbstkostensenkung hat über die Kostenstellen- und/oder Kostenträgerrechnung bzw. als statistische Abrechnung in der Nutzensrechnung auf der Grundlage der Erfüllung der ökonomischen, technisch-ökonomischen und technischen Vorgaben zu erfolgen.

(2) Die Selbstkostensenkung ist in der Nutzensrechnung als absolute Kostensenkung (Verbrauchsabweichung) und relative Kostensenkung (leistungsbedingte Abweichung) nachzuweisen. Der Nachweis einer relativen Kostensenkung wird nur bei einer Veränderung des Produktions- bzw. Leistungsvolumens und/oder einer Sortimentsveränderung notwendig.

Gesamtrechnung

§ 81

(1) Die Gesamtrechnung ist für das Kombinat und den Betrieb zu führen.

(2) In der Gesamtrechnung sind auf der Grundlage ausgewählter Kennziffern, ihrer Kombination, Systematisierung und analytischen Durchdringung umfassende Informationen über den Reproduktionsprozeß in seiner Komplexität bereitzustellen. Die in der Gesamtrechnung zu erarbeitenden zahlenmäßigen Informationen sind zur Planausarbeitung und -aufschlüsselung, zur Vorbereitung von Leitungsentscheidungen und Rechenschaftslegungen sowie zur Führung des Leistungsvergleichs und zur Förderung der Initiative der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb zu nutzen.

(3) Die Auswahl der Kennziffern und ihre Auswertung hat mit dem Ziel zu erfolgen, die Wechselbeziehungen und ursächlichen Zusammenhänge zwischen den Faktoren und Ergebnissen der intensiv erweiterten Reproduktion in ihrer Konkretheit sichtbar zu machen. Die Auswertung einschließlich der Analyse ist auf Aussagen über das erreichte Entwicklungsniveau sowie über das Entwicklungstempo und über Entwicklungstendenzen des Reproduktionsprozesses sowie auf das Erkennen der Ursachen von Abweichungen zum Plan zu konzentrieren. Dabei ist die Ableitung von Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und Effektivität zu gewährleisten.

§ 82

(1) Zur rationellen Gestaltung komplexer Auswertungen sind Gesamtübersichten zu entwickeln, in denen der Zusammenhang und die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischen Prozessen durch entsprechende Kennziffern darzustellen sind. Gesamtübersichten sind insbesondere für die qualitativen Faktoren zur Einschätzung der umfassenden Intensivierung, vorrangig durch die zunehmende Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik, zu führen. Gleichzeitig sind mit den Gesamtübersichten Grundlagen für komplexe Analysen zu schaffen; insbesondere sind das Wachstum der Produktion, der Nettoproduktion und des Exports, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erneuerung der Produktion und die Erhöhung des qualitativen Niveaus der Erzeugnisse einschließlich der Produktion hochwertiger Konsumgüter, die Senkung der Selbstkosten, insbesondere des Produktionsverbrauchs, die Entwicklung des Nettogewinns und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in ihren wechselseitigen Zusammenhängen zu analysieren.

(2) Zur Qualifizierung der Planausarbeitung, zur Durchführung von Leistungs- und Effektivitätsvergleichen sowie zur Ableitung von Entwicklungstendenzen sind langfristige Reihen für wichtige Kennziffern zu führen und zu nutzen.

(3) Für volkswirtschaftlich wichtige Kennziffern wird zur Gewährleistung der Einheitlichkeit durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik die Methodik und Organisation der Ausarbeitung von langfristigen Reihen geregelt. Für zweigspezifische Kennziffern haben die entsprechenden Festlegungen in den Richtlinien gemäß § 104 zu erfolgen.

§ 83

(1) Der Mindestumfang der in der Gesamtrechnung nachzuweisenden und auszuwertenden Kennziffern ist nach dem Grundsatz einer minimalen Anzahl von Kennziffern bei maximaler Aussage als Rahmenkennziffernprogramm festzulegen. In das Rahmenkennziffernprogramm sind auch die Kennziffern aufzunehmen, deren voraussichtliche Entwicklung zu ermitteln ist. Im Rahmenkennziffernprogramm müssen enthalten sein:

- die Nomenklatur der wichtigsten Kennziffern, einschließlich der staatlichen Plankennziffern, die den Reproduktionsprozeß des Kombinats und des Betriebes charakterisieren;
- die Methodik, nach der die Kennziffern der Gesamtrechnung zu bilden sind;
- Hinweise zum Ziel, zur Methodik und Periodizität der Auswertung in der Gesamtrechnung;

- mathematisch-statistische Methoden, die unter Berücksichtigung des in den Kombinaten bzw. Betrieben erreichten Standes der Datenverarbeitung anzuwenden sind.

(2) Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Aussagen über einen längeren Zeitraum ist das Rahmenkennziffernprogramm mindestens für einen Fünfjahrplanzeitraum weitgehend konstant zu halten.

(3) Die Rahmenkennziffernprogramme sind Bestandteil der Richtlinien gemäß § 104.

Gesamtrechnung für das Kombinat

§ 84

(1) In der Gesamtrechnung für das Kombinat ist der Kreislauf der intensiv erweiterten Reproduktion in der Einheit aller Phasen und Bestandteile komplex nachzuweisen und allseitig auszuwerten. Zur Gewährleistung und Entwicklung des in sich geschlossenen Reproduktionsprozesses des Kombinats sind insbesondere Informationen für die Leitung der Plandurchführung, die Sicherung der Rationalisierung und die Erhöhung der Effektivität des Zusammenwirkens arbeitsteiliger Einheiten bei vorrangiger Einbeziehung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erarbeiten.

(2) Als Datenbasis der Gesamtrechnung für das Kombinat sind Informationen aus

- den zentralisierten Berichterstattungen und den fachlichen Berichterstattungen,
- Fallmeldungen der Kombinatbetriebe,
- Rechenschaftslegungen und Rapporten der Direktoren der Kombinatbetriebe gegenüber dem Generaldirektor des Kombinats sowie Berichten gesellschaftlicher Organisationen,
- wissenschaftlich-technischen Dokumentationen und anderen Aufzeichnungen

zu nutzen.

(3) Zur rationellen Gestaltung und zur effektiven Arbeit mit den Ergebnissen der Gesamtrechnung für das Kombinat ist diese in zunehmendem Maße auf der Basis von Datenbanken bzw. datenbankähnlichen Lösungen zu organisieren.

§ 85

(1) Die in der Gesamtrechnung für das Kombinat bereitzustellenden Informationen sind zur Kontrolle der Planerfüllung, zur Beurteilung des Niveaus und der Dynamik des Reproduktionsprozesses, zur Führung von Betriebsvergleichen zum Erschließen von Reserven der Intensivierung und damit zur Vorbereitung von Leitungsentscheidungen in der Planung und der Plandurchführung zu nutzen.

(2) Mit der Gesamtrechnung für das Kombinat sind zusätzlich zu den in den §§ 81 und 82 geforderten Aussagen insbesondere Informationen bereitzustellen über

- den Stand und die Entwicklung des in sich geschlossenen Reproduktionsprozesses des Kombinats,
- die Effektivität der Integration von Forschungs- und Entwicklungs-, Rationalisierungs- sowie Absatzkapazitäten in den Reproduktionsprozeß,
- die Erneuerung der Produktion und die Einführung von Schlüsseltechnologien,
- die Vertiefung der Arbeitsteilung und die Auswirkungen organisatorischer und struktureller Veränderungen mit überbetrieblichem Charakter,
- die Liefer- und Leistungsverflechtungen zwischen den Kombinatbetrieben,
- den Stand bei der Transportoptimierung,
- die einheitliche Grundfondsreproduktion,
- die Verbesserung der Material- und Energieökonomie einschließlich der Sekundärrohstoffbasis sowie über die Beschleunigung des Umschlages der materiellen Bestände,
- die Umsetzung der Konzeptionen zur höheren Veredelung der Produktion,

- die effektive Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens,
- die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in den Kombinatbetrieben,
- die Erfüllung materieller und finanzieller Verpflichtungen des Kombinats.

§ 86

Die Bereitstellung zahlenmäßiger Informationen über den in sich geschlossenen Reproduktionsprozeß des Kombinats und deren Nutzung für die Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle im Kombinat erfordern,

- den Leistungsvergleich zwischen den Kombinatbetrieben als ständige Arbeitsmethode zur Aufdeckung von Reserven durchzusetzen und zu qualifizieren;
- Berechnungen über die Auswirkungen der Entwicklung grundlegender ökonomischer Proportionen und Wachstumsrelationen durchzuführen;
- Effektivitätsrechnungen zu zwischenbetrieblichen wirtschafts- und produktionsorganisatorischen Veränderungen und anderen Maßnahmen mit überbetrieblichem Charakter zu erarbeiten;
- Berechnungen zur Qualifizierung der Verflechtungsbeziehungen im Kombinat, insbesondere zur Gestaltung effektiver Kooperationsbeziehungen zwischen den Kombinatbetrieben, durchzuführen;
- Basisinformationen zur Ableitung bzw. Begründung verbindlicher Bestwerte und Normen für die Kombinatbetriebe zu erarbeiten.

§ 87

Gesamtrechnung für den Betrieb

(1) In der Gesamtrechnung für den Betrieb sind der Stand und die Entwicklung der Effektivität des betrieblichen Reproduktionsprozesses komplex nachzuweisen und allseitig auszuwerten. Damit ist aufzuzeigen, welchen Beitrag der Betrieb durch die Erfüllung bzw. Überbietung der ihm übertragenen Planaufgaben für die Gesamtentwicklung des Kombinats leistet.

(2) Mit der Gesamtrechnung für den Betrieb sind zusätzlich zu den in den §§ 81 und 82 geforderten Aussagen Informationen über

- die Planerfüllung des gesamten Betriebes und einzelner Struktureinheiten,
 - die Wirkung der Intensivierungsfaktoren, insbesondere der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts,
 - die Ergebnisse innerbetrieblicher Leistungs- und Effektivitätsvergleiche zur Aufdeckung von Reserven,
 - die Führung und Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs,
 - die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen,
 - die voraussichtliche Entwicklung mindestens von Produktion und Absatz (Inland/Export), Nettoproduktion und Produktionsverbrauch, Kosten und Ergebnis sowie Investitionen der Folgemonate
- zu erarbeiten.

(3) Als Datenbasis der Gesamtrechnung für den Betrieb sind vor allem

- die in den einzelnen Rechnungen von Rechnungsführung und Statistik der Betriebe nachgewiesenen Kennziffern,
 - die zahlenmäßigen Informationen aus zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen,
 - Informationen aus Rechenschaftslegungen und Rapporten der Fachdirektoren gegenüber dem Direktor des Betriebes und Berichten gesellschaftlicher Organisationen,
 - Kennziffern und Informationen aus wissenschaftlich-technischen Dokumentationen und anderen Aufzeichnungen
- zu nutzen.

Bewertung der Grundmittel

§ 88

(1) Grundmittel sind mit ihrem Bruttowert und Verschleiß zu bewerten. Der Nettowert ergibt sich als Differenzbetrag zwischen Bruttowert und Verschleiß.

(2) Als Bruttowert gilt:

- für gekaufte neue Grundmittel der Anschaffungspreis (Neuwert),
- für gekaufte gebrauchte unbewegliche und bewegliche Grundmittel sowie für umgesetzte Grundmittel der beim verkaufenden bzw. abgebenden Betrieb zum Zeitpunkt des Verkaufs bzw. der Umsetzung aktivierte Bruttowert,
- für abgelöste themengebundene Grundmittel der Forschung und Entwicklung sowie andere im Rahmen von wissenschaftlich-technischen Aufgaben hergestellte Grundmittel der Ablösungsbetrag zuzüglich der Wertminderung, die der bis zur Ablösung eingetretenen Gebrauchsminde- rung entspricht und bei der Festlegung des Ablösungsbetrages berücksichtigt wurde,
- für Grundmittel, die durch Solidaritätsleistungen, Leistungen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Masseninitiative sowie sonstiger organisierter freiwilliger Tätigkeit von Bürgern oder Brigaden usw. geschaffen wurden, grundsätzlich der Industrieabgabepreis bzw. der Bruttowert bereits vorhandener, vergleichbarer Grundmittel,
- für Grundmittel aus der Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln und/oder aus eigenen Bauleistungen der Preis gemäß § 93 Absätze 5 und 6 zuzüglich der weiteren bis zur Inbetriebnahme des Grundmittels entstandenen Aufwendungen, die entsprechend Abs. 4 zum Anschaffungspreis gehören,
- für übrige Grundmittel, die durch eigene Leistungen geschaffen wurden, der Wert gemäß § 90,
- für Dämme und Einschnitte der Anschaffungspreis (außer bei der Deutschen Reichsbahn),
- für aufgefundene Grundmittel der ursprüngliche Anschaffungspreis (Neuwert) bzw. der Bruttowert bereits vorhandener, vergleichbarer Grundmittel,
- für unbewertete Grundmittel der Wert entsprechend den Regelungen für die Grundmittelumbewertung.

(3) Der Verschleiß beinhaltet grundsätzlich die Summe der Abschreibungsbeträge. Als Verschleiß zum Zeitpunkt des Erwerbs von Grundmitteln gilt:

- für gekaufte gebrauchte unbewegliche Grundmittel der Differenzbetrag zwischen dem Kaufpreis und dem Bruttowert,
- für gekaufte gebrauchte bewegliche Grundmittel der Differenzbetrag zwischen dem Kaufpreis zuzüglich der bis zur Inbetriebnahme des Grundmittels entstandenen Aufwendungen, die entsprechend Abs. 4 zum Anschaffungspreis gehören, und dem Bruttowert,
- für umgesetzte Grundmittel der Differenzbetrag zwischen dem übernommenen Nettowert und dem Bruttowert,
- für abgelöste themengebundene Grundmittel der Forschung und Entwicklung sowie andere im Rahmen von wissenschaftlich-technischen Aufgaben hergestellte Grundmittel die Wertminderung, die der bis zur Ablösung eingetretenen Gebrauchsminde- rung entspricht und bei der Festlegung des Ablösungsbetrages berücksichtigt wurde,
- für aufgefundene Grundmittel der Differenzbetrag zwischen dem auf der Grundlage der Restnutzungsdauer zu ermittelnden Nettowert und dem Bruttowert.

(4) Zum Anschaffungspreis der Grundmittel gehören:

- der Einstandspreis,
- Kosten für Montage und Einbau (einschließlich Fundamentierung),
- Aufwendungen für die Vorbereitung von Investitionen, sofern nicht in entsprechenden Rechtsvorschriften andere Festlegungen getroffen wurden,

- Kosten für die Planierung des Baugebietes, für Geländeaufschüttungen bei Hangbauten, Aufwendungen für Baustelleneinrichtungen, für Provisorien und ähnliche Leistungen,
- anteilige Kosten für Bauleitungstätigkeit des Investitionsauftraggebers oder seiner Beauftragten,
- Kosten für Funktionsproben, Probebetrieb, Leistungsveruche und ähnliche, sofern sie im Investitionsplan enthalten sind, nicht durch nicht gehörige Vertragserfüllung verursacht wurden und nicht durch den Preis für die durchgeführten Lieferungen und Leistungen abgegolten sind,
- anteilige Kosten für die Abnahme der Investitionen, soweit derartige Kosten zusätzlich entstehen und weder von den Betrieben oder Einrichtungen, denen die mit der Abnahme Beauftragten arbeitsrechtlich angehören, zu übernehmen noch von den Generalauftragnehmern, Hauptauftragnehmern bzw. Nachauftragnehmern auf Grund von Verträgen oder allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen zu tragen sind,
- Kosten auf Grund zusätzlicher, über den Vertrag hinausgehender Anforderungen bezüglich technischer Verbesserungen von Grundmitteln,
- auf der Grundlage der Grundsatzentscheidung vereinbarte Preiszuschläge für die Durchführung der Investition, wenn die dem Industriepreis zugrunde liegenden technischen und ökonomischen Kennziffern überboten wurden,
- sonstige Kosten, die auf Grund von Rechtsvorschriften als Investitionsaufwand zu behandeln und zu aktivieren sind.

(5) Zum Anschaffungspreis der Grundmittel gehören nicht:

- Mehrkosten für Investitionen gemäß den hierfür geltenden Rechtsvorschriften,
- Anlaufkosten zur Aufnahme der Produktion bzw. zur Inbetriebnahme der Investitionen,
- Preiszuschläge für vorfristige Fertigstellung,
- Preiszuschläge auf Grund mangelhafter Vorbereitung und Durchführung von Investitionen,
- Bodennutzungsgebühren und Ausgleichszahlungen für Wirtschafterschwernisse sowie Eigentümerentschädigungen,
- Kosten für Umsetzungen, örtliche Verlagerungen, Abbruch und Verschrottung von Grundmitteln in Verbindung mit einer Investition,
- Aufwendungen für den Erwerb von Gebäuden, baulichen bzw. sonstigen Anlagen und Einrichtungen, die in Verbindung mit der Investitionsdurchführung abgerissen werden müssen,
- Aufwendungen für Maßnahmen, die infolge einer Investition zum Schutze oder zur Sicherung der Funktionsfähigkeit bestehender Anlagen und Einrichtungen durchgeführt werden müssen.

(6) Aus Investitionsmitteln finanzierte Aufwendungen für

- Grünanlagen, künstlich hergestellte unbefestigte Geländeebenen,
- den Erwerb von Gebäuden, baulichen bzw. sonstigen Anlagen und Einrichtungen, die in Verbindung mit der Investitionsdurchführung abgerissen werden müssen,
- Ausgleichszahlungen für Wirtschafterschwernisse, Eigentümerentschädigungen,
- Maßnahmen, die infolge einer Investition zum Schutz oder zur Sicherung der Funktionsfähigkeit bestehender Anlagen und Einrichtungen durchgeführt werden müssen,
- Umsetzungen, örtliche Verlagerungen, Abbruch und Verschrottung von Grundmitteln in Verbindung mit einer Investition

sind nach Abschluß der Investition sofort in die Selbstkosten zu verrechnen bzw. im Umlaufmittelbereich zu aktivieren und innerhalb von 5 Jahren in die Selbstkosten zu verrechnen sowie planmäßig dem Investitionsfonds zuzuführen.

(7) Bei Erhöhung der Leistungsfähigkeit eines Grundmittels durch Einbau selbst hergestellter und/oder gekaufter Rationa-

lisierungsmittel sind der Brutto- und der Nettowert im Umfang der dafür in Anspruch genommenen Investitionsmittel zu erhöhen.

(8) Aufwendungen für Generalreparaturen und laufende Instandhaltung verändern nicht den Brutto- oder den Nettowert der Grundmittel.

(9) Der Bruttowert ist je Grundmittel auf volle Marktbeträge auf- oder abzurunden.

§ 89

(1) Grundmittel, die Montage, Ein- und Ausbauten erfordern, sind einschließlich der für diese Arbeiten entstandenen Kosten nach erfolgreich abgeschlossenem Probebetrieb zum Zeitpunkt des Nachweises der Nutzungsfähigkeit, der die Fertigstellung und Qualitätsabnahme voraussetzt, als Grundmittel zu aktivieren.

(2) Objekte einer Investition, die auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen im Wirtschaftsvertrag zum Zwecke der zeitweiligen Nutzung als Baustelleneinrichtungen vorgezogen wurden, sind nach erfolgter Abnahme gesondert nachzuweisen und erst zum Zeitpunkt ihrer Nutzungsfähigkeit für den endgültigen Verwendungszweck als Grundmittel zu aktivieren.

(3) Sofern bei der Aufnahme der Nutzung eine Abgrenzung der Grundmittel nach Inventarobjekten nicht vorgenommen werden kann, ist grundsätzlich eine pauschale Aktivierung und Abschreibung vorzunehmen. Die Abgrenzung der Grundmittel nach Inventarobjekten sowie die Endabrechnung der pauschalen Aktivierung und Abschreibung haben grundsätzlich innerhalb von zwei Monaten nach der Pauschalaktivierung zu erfolgen.

(4) Werden Grundmittel vor der endgültigen Fertigstellung bzw. Qualitätsabnahme ganz oder teilweise in Betrieb genommen, so hat die Aktivierung bzw. Teilaktivierung als Grundmittel zum Zeitpunkt des Nutzungsbeginns zu erfolgen.

(5) Grundmittel, die

- Montage oder Einbau nicht erfordern,
- Montage oder Einbau zwar erfordern, aber als ständige Reserve bestimmt sind,

sind zum Zeitpunkt ihrer Anschaffung als Grundmittel zu aktivieren.

(6) Besteht eine Investition aus verschiedenen Grundmitteln und kann der Nachweis der Nutzungsfähigkeit von Grundmitteln erst nach Fertigstellung der Investition erbracht werden, gilt als Zeitpunkt der Nutzungsfähigkeit der Grundmittel der Zeitpunkt des Nachweises der Nutzungsfähigkeit der Investition.

§ 90

(1) Eigene Leistungen für Investitionen sind grundsätzlich zu Industrieabgabepreisen zu bewerten.

(2) Für eigene Leistungen gemäß Abs. 1 kann in den Richtlinien gemäß § 104 festgelegt werden, daß betriebliche Stundenverrechnungssätze, einschließlich der bestätigten Zuschläge für indirekte Kosten und des Gewinnzuschlages, sowie Regelleistungspreise für Handwerksleistungen anzuwenden sind.

§ 91

(1) Die Berechnung oder Neuberechnung der Abschreibungsbeträge hat auf der Grundlage der in den Rechtsvorschriften über die Abschreibung der Grundmittel festgelegten oder neu zu ermittelnden Abschreibungssätze vom Bruttowert der einzelnen Grundmittel zu erfolgen.

(2) Abweichend von den Festlegungen des Abs. 1 sind durch die Betriebe und Kombinate für folgende Grundmittel in Abhängigkeit vom jeweiligen Nettowert und der neuen Restnutzungsdauer des einzelnen Inventarobjektes die Abschreibungssätze neu zu ermitteln und anzuwenden:

- gekaufte gebrauchte bewegliche Grundmittel,

- abgelöste themengebundene Grundmittel der Forschung und Entwicklung sowie andere im Rahmen von wissenschaftlich-technischen Aufgaben hergestellte Grundmittel,
- aufgefundene Grundmittel,
- Grundmittel, deren Brutto- und Nettowert gemäß § 88 Abs. 7 erhöht worden sind.

(3) Die Abschreibung der Grundmittel außer Erstausrstattungen beginnt mit dem ersten Tag des auf die Aktivierung des Grundmittels im Grundmittelbereich folgenden Monats. Die Abschreibung der Erstausrstattungen beginnt ab 1. Januar des auf ihre Aktivierung folgenden Jahres.

(4) Die Grundmittel einschließlich Erstausrstattungen sind grundsätzlich bis zur Höhe des Bruttowertes abzuschreiben. Die Abschreibung endet, wenn die Summe der Abschreibungsbeträge (der Verschleiß) den Bruttowert erreicht hat oder das Grundmittel vorher ausgesondert wird.

(5) Grundmittel sind nach ihrer Aussonderung infolge Verkauf, Umsetzung, Abbruch, Verschrottung oder eines Schadensfalles auszubuchen. Die Ausbuchung der Erstausrstattungen hat zu erfolgen, wenn die Summe der Abschreibungsbeträge den Bruttowert erreicht hat.

(6) Werden Grundmittel ausgesondert, bevor die Summe der Abschreibungsbeträge den Bruttowert erreicht hat, sind die Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen über die Behandlung der Restbuchwerte zu beachten.

(7) Die Abschreibungen sind je Grundmittel und Monat auf volle Marktbeträge auf- oder abzurunden.

Bewertung der materiellen und finanziellen Umlaufmittel

§ 92

(1) Material und alle gemäß § 17 wie Material zu behandelnden geringwertigen und schnellverschleißenden Arbeitsmittel und auftrags- und typengebundenen Spezialwerkzeuge und Spezialvorrichtungen sind zu

- Materialverrechnungspreisen,
- effektiven Preisen oder
- rollenden Durchschnittspreisen

zu bewerten. Die Materialverrechnungspreise und rollenden Durchschnittspreise sind jeweils auf der Grundlage der Einkaufs- oder der Einstandspreise zu bilden.

(2) Der Einkaufspreis entspricht dem preisrechtlich zulässigen Abgabepreis des Lieferanten. Einstandspreise ergeben sich aus der Addition der Einkaufspreise und der Bezugskosten. Frankopreise gelten als Einstandspreise.

(3) Der Materialverrechnungspreis ist ein innerbetrieblicher Planpreis, der unverändert für den Planungszeitraum gilt, sofern nicht in anderen Rechtsvorschriften abweichende Regelungen getroffen werden. Er ist als gewogenes arithmetisches Mittel auf der Grundlage der für den jeweiligen Planungszeitraum geltenden effektiven Preise zu bilden. Materialverrechnungspreise sind grundsätzlich anzuwenden, wenn für gleiche Materialartikel unterschiedliche Preise und/oder unterschiedliche Bezugskosten auftreten. Die Differenzen zwischen Materialverrechnungspreisen und effektiven Preisen sind zum Zeitpunkt ihres Entstehens in die Selbstkosten zu verrechnen. Bei zweckgebundenen Materialien sind die Differenzen aus zweckgebundenen Mitteln zu finanzieren.

(4) Vorräte gemäß Abs. 1, die zu Materialverrechnungspreisen bewertet sind, sind zu Beginn des Planjahres auf die für diesen Zeitraum geltenden Materialverrechnungspreise umzubewerten. Die Umbewertung erfolgt zu Lasten oder zugunsten der Selbstkosten, sofern nicht in anderen Rechtsvorschriften abweichende Regelungen getroffen werden.

(5) Effektive Preise sind die in den Lieferbeziehungen tatsächlich zur Anwendung kommenden preisrechtlich zulässigen Preise. Die Bewertung zu effektiven Preisen kann erfolgen

- zu Einkaufspreisen, wenn für gleiche Materialartikel gleiche Einkaufspreise gelten,

- zu Einstandspreisen, wenn die Einkaufspreise der Materialartikel gleich sind und gleiche Bezugskosten entstehen. Diese Bewertungsform kann auch für Einzelteile und Sonderanfertigungen angewandt werden.

(6) Die Bewertung zu rollenden Durchschnittspreisen kann erfolgen, wenn die Einkaufs- oder Einstandspreise infolge Saisonpreisbildung oder aus anderen Gründen erheblichen Schwankungen unterliegen.

(7) Berechnetes, aber noch nicht eingegangenes Material ist mit dem Einkaufspreis laut Rechnung zu bewerten.

(8) Eingegangenes, aber noch nicht berechnetes Material ist grundsätzlich zu Materialverrechnungspreisen zu bewerten. Soweit die Bewertung nicht zu Materialverrechnungspreisen erfolgt oder kein Materialverrechnungspreis besteht, ist der Preis sorgfältig zu ermitteln bzw. zu schätzen.

(9) Materialbestände, die auf Grund ihrer Beschaffenheit oder aus anderen Gründen nicht mehr oder nur bedingt ihrem ursprünglichen Verwendungszweck zugeführt werden können, sind entsprechend ihrer Verwendungsmöglichkeit zu bewerten. Die Umbewertung hat zum Zeitpunkt des Eintretens bzw. der Feststellung der Wertminderung, spätestens bei der Inventur, in Rechnung für das laufende Jahr zu erfolgen. Wertgeminderte Bestände sind als solche zu kennzeichnen.

§ 93

(1) Die Bewertung der unfertigen Erzeugnisse und Leistungen hat zu Produktionsselfkosten grundsätzlich mit jahresdurchschnittlichen oder laufenden Kostennormativen zu erfolgen.

(2) Die Bewertung der fertigen Erzeugnisse und Leistungen erfolgt zu Gesamtselbstkosten grundsätzlich mit jahresdurchschnittlichen oder laufenden Kostennormativen.

(3) Sofern auf Grund zweigebundener Besonderheiten die Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Leistungen nicht gemäß den Absätzen 1 und 2 bewertet werden können, kann in den Richtlinien gemäß § 104 die Bewertung zu angefallenen direkten technologischen Kosten abzüglich Mehrkosten, zuzüglich Normative für übrige direkte sowie indirekte Kosten, festgelegt werden. Mehrkosten sind Überschreitungen der jahresdurchschnittlichen bzw. laufenden Kostennormative oder kostenerhöhende Abweichungen von den technologischen Vorgaben.

(4) Die fertiggestellten industriellen Erzeugnisse und materiellen Leistungen sind entsprechend den Festlegungen zur Planung und der Richtlinien zu den zentralisierten Berichterstattungen zu Industrieabgabepreisen, zu Betriebspreisen sowie zu konstanten Planpreisen zu bewerten. Konsumgüter sind außerdem zu Einzelhandelsverkaufspreisen zu bewerten.

(5) Die in Eigenproduktion hergestellten Rationalisierungsmittel sind

- bei Verwendung für Investitionen im eigenen Betrieb und für leistungserhöhende Generalreparaturen zu Preisen,
- bei Verwendung für die laufende Instandhaltung und als auftrags- und typengebundene Spezialwerkzeuge und -vorrichtungen zu Produktionsselfkosten grundsätzlich mit jahresdurchschnittlichen oder laufenden Kostennormativen bzw. darauf aufbauenden innerbetrieblichen Verrechnungspreisen

zu bewerten.

(6) Die Leistungen der eigenen Bauproduktion der Industriebetriebe sind

- bei Verwendung für eigene Investitionen zu Industrieabgabepreisen,
 - bei Verwendung für Baureparaturen und sonstige Baumaßnahmen zu Produktionsselfkosten grundsätzlich mit jahresdurchschnittlichen oder laufenden Kostennormativen bzw. darauf aufbauenden innerbetrieblichen Verrechnungspreisen
- zu bewerten.

(7) Wissenschaftlich-technische Leistungen sind entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften zu bewerten.

(8) Die zu Beginn des Planjahres vorhandenen und gemäß Absätzen 1 bis 3 bewerteten Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Leistungen sind umzubewerten. Die Umbewertungsdifferenz ist entsprechend bestehender Rechtsvorschriften zu behandeln.

(9) In den Richtlinien gemäß § 104 ist festzulegen, inwieweit in Ausnahmefällen die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse und Leistungen zu Istkosten erfolgt, sofern eine andere Bewertungsform nicht angewandt werden kann. In diesem Falle ist die Zustimmung des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik einzuholen.

(10) Bestände an unfertigen Anlagen des Industrieanlagenbaus sind

- für Lieferungen und Leistungen zu geltenden Preisen entsprechend den Preisbestimmungen des Jahres, in dem die Lieferungen und Leistungen übernommen wurden,
- für die in den Beständen enthaltenen Leistungen der GAN und HAN für die Koordinierung und einheitliche Leitung zu Ist-Produktionsselbstkosten

zu bewerten.

(11) Die Bewertung der unfertigen Bauproduktion hat in Abhängigkeit vom mengenmäßigen Bestand bzw. vom Fertigungsgrad zu Plangesamtselbstkosten grundsätzlich mit jahresdurchschnittlichen oder laufenden Kostennormativen zu erfolgen. Der Bestand an unfertiger Bauproduktion aus Kooperation, bewertet zu Preisen, ist Bestandteil der Plangesamtselbstkosten.

(12) Der Eigenverbrauch von Stufenerzeugnissen ist gemäß Abs. 1 zu bewerten. Sofern diese Bewertung nicht möglich bzw. zweckmäßig ist, entscheidet das Kombinat nach Bestätigung des Antrages durch das Ministerium der Finanzen über die Bewertung des Eigenverbrauchs der Stufenerzeugnisse zu Industrieabgabepreisen oder Abteilungskosten.

(13) Für selbsterzeugte Vorleistungen gelten die Absätze 1 bis 4 und 8 sinngemäß, soweit nicht andere preisrechtliche Bestimmungen anzuwenden sind. Sie sind innerhalb von 2 Jahren, in Ausnahmefällen bis zu 5 Jahren, in die Selbstkosten zu verrechnen.

(14) Die innerbetrieblichen materiellen Leistungen sind, sofern nicht andere Rechtsvorschriften die Bewertung regeln, zu geltenden Preisen, Gesamtselbstkosten, Produktionsselbstkosten oder Abteilungskosten bzw. darauf aufbauenden innerbetrieblichen Verrechnungspreisen zu bewerten.

(15) Die Bewertung von Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen erfolgt entsprechend den im jeweiligen Fachbereichsstandard getroffenen Festlegungen.

(16) Sekundärrohstoffe sind nach den geltenden Preisbestimmungen oder zu Preisen, die ihrer Verwendungsmöglichkeit entsprechen, zu bewerten.

(17) Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Leistungen, die auf Grund ihrer Beschaffenheit oder aus anderen Gründen nicht mehr oder nur bedingt ihrem ursprünglichen Verwendungszweck zugeführt werden können, sind entsprechend ihrer Verwendungsmöglichkeit zu bewerten. Die Umbewertung hat zum Zeitpunkt des Eintretens bzw. der Feststellung der Wertminderung, spätestens bei der Inventur, in Rechnung für das laufende Jahr zu erfolgen. Wertgeminderte Bestände sind als solche zu kennzeichnen.

§ 94

(1) Die Bewertung der Handelswarenbestände erfolgt grundsätzlich zu

- Industrieabgabepreisen,
- Großhandelsabgabepreisen,
- Einzelhandelsverkaufspreisen,
- Gaststättenverkaufspreisen.

(2) In den Richtlinien gemäß § 104 sind die Bewertungsformen für die Handelswarenbestände gemäß den Bestimmungen des Abs. 1 festzulegen.

(3) Werden Handelswarenbestände zu Großhandelsabgabepreisen bzw. Einzelhandelsverkaufspreisen bewertet, ist die nicht realisierte Handelsspanne getrennt nachzuweisen.

§ 95

Bare Mittel und Gutscheine sowie Bank- und Postscheckguthaben sind in ihrer tatsächlichen Bestandshöhe in Mark nachzuweisen.

§ 96

Devisenwerte sind entsprechend den von der Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik festgelegten Umrechnungssätzen in Mark nachzuweisen.

§ 97

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in Höhe des Rechnungsbetrages bzw. auf der Grundlage und in Höhe vorliegender Abrechnungen zu bewerten. Das gilt auch für zweifelhafte und strittige Forderungen und Verbindlichkeiten sowie für ausgebuchte, nicht verjährte Forderungen.

§ 98

Verluste an materiellen und finanziellen Mitteln dürfen nur gegen finanzielle Fonds ausgebucht werden, sofern das in Rechtsvorschriften ausdrücklich festgelegt ist.

§ 99

Die Staatsorgane und Kombinate haben in den Richtlinien gemäß § 104 zu gewährleisten, daß innerhalb eines Wirtschaftsbereiches bzw. -zweiges eine einheitliche Bewertung erfolgt.

Abgrenzungen

§ 100

(1) Als Ausgaben für künftige Abrechnungszeiträume sind solche nachzuweisen, die in späteren Abrechnungszeiträumen in die Selbstkosten eingehen.

(2) Als Einnahmen für künftige Abrechnungszeiträume sind solche nachzuweisen, die sich auf die wirtschaftliche Tätigkeit späterer Abrechnungszeiträume beziehen.

(3) Einnahmen und Ausgaben für künftige Abrechnungszeiträume sind nicht in das Ergebnis des abgelaufenen Abrechnungszeitraumes einzubeziehen. Die Rechtsvorschriften über das Verbot von Anzahlungen und Vorauszahlungen werden hierdurch nicht berührt.

(4) Anlaufkosten sind entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften nachzuweisen.

(5) Zur Gewährleistung einer dem Entstehungsprinzip entsprechenden Kostenbelastung und eines leistungsbezogenen Kostennachweises sowie zum richtigen Nachweis des Betriebsergebnisses sind in den Richtlinien gemäß § 104 Festlegungen über Abgrenzungen von Kosten und anderen Aufwendungen innerhalb des Jahres und zum Bilanzstichtag zu treffen.

(6) Auf die Abgrenzung von periodisch in annähernd gleicher Höhe wiederkehrenden Einnahmen und Ausgaben für künftige und vergangene Abrechnungszeiträume kann verzichtet werden.

(7) Noch nicht in Anspruch genommener Urlaubslohn braucht zum Bilanzstichtag nicht abgegrenzt zu werden, wenn das in der Planung berücksichtigt ist.

§ 101

Noch nicht bearbeitetes Material, das als unfertige Erzeugnisse nachgewiesen wird, ist zum Bilanzstichtag als Materialbestand zu führen und in die Auswertung gemäß § 24 ein-

zubeziehen, sofern die Bereitstellung zur Produktion nicht im Rahmen des technologisch bedingten Arbeitsablaufes erfolgt.

§ 102

(1) Verbindlichkeiten, die ihrem Grund nach feststehen, für die aber noch nicht Rechnung gelegt ist, ausgenommen die Festlegungen gemäß § 100 Abs. 6, sind mindestens zum Bilanzstichtag als Verbindlichkeiten in unbestimmter Höhe auszuweisen, sofern nicht in Rechtsvorschriften andere Festlegungen getroffen werden.

(2) Die Verbindlichkeiten in unbestimmter Höhe sind durch Verträge, sonstige Unterlagen und sorgfältige Schätzungen zu bestimmen.

(3) Sobald die endgültige Höhe der entsprechenden Verbindlichkeit feststeht, ist die Differenz zwischen der erfaßten und der tatsächlichen Höhe nachzuweisen.

§ 103

Rückstellungen dürfen nicht gebildet werden, sofern nicht in anderen Rechtsvorschriften Ausnahmen festgelegt sind.

§ 104

Richtlinien

(1) Zur einheitlichen Durchsetzung der Erfassung, Nachweisführung und Bewertung sind die bestehenden Zweigrichtlinien für Rechnungsführung und Statistik der Staatsorgane bzw. Kombinate zu ergänzen, sofern in dieser Anordnung eine Konkretisierung festgelegt ist. Veränderungen der in den Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen über Rechnungsführung und Statistik enthaltenen Regelungen mit den Zweigrichtlinien sind nicht zulässig.

(2) Über Einschränkungen der in dieser Anordnung festgelegten Erfassung und Nachweisführung für Betriebe mit geringer Betriebsgröße, die entsprechend der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR, Teile A und R, in reduziertem Umfang planen, entscheiden die Leiter der zuständigen Fachorgane der Räte der Bezirke auf Antrag der Betriebe, sofern keine anderen Weisungen der zuständigen Minister vorliegen. Die Nachweisführung und die Bereitstellung der zahlenmäßigen Informationen zentralisierter und fachlicher Berichterstattungen sind zu gewährleisten.

§ 105

Schlußbestimmungen

(1) Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- die Anordnung vom 20. Juni 1975 über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat (Sonderdruck Nr. 800 des Gesetzblattes),
- die Anordnung Nr. 2 vom 14. November 1979 über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat (GBl. I Nr. 41 S. 391),
- die Anordnung Nr. 3 vom 6. September 1982 über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat (GBl. I Nr. 35 S. 604),
- die Anordnung Nr. 4 vom 3. November 1983 über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat (GBl. I Nr. 34 S. 338).

Berlin, den 6. August 1985

Der Leiter
der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
Prof. Dr. sc. Dr. h. c. D o n d a

**Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz
in Rechnungsführung und Statistik
vom 6. August 1985**

Anlage 1

zu § 17 Abs. 1 vorstehender Verordnung

- In den Vereinbarungen sind zu regeln:
- die konkrete Zielstellung zur rationellen Abdeckung des Informationsbedarfes aller Leitungsebenen und die gemeinsame Verantwortung der Partner für die Lösung der Gesamtaufgabe,
 - die Ausarbeitung der Aufgabenstellung und die Festlegung der Etappen zur Vorbereitung der Organisationslösung sowie die Festlegung der konkreten Verantwortlichkeit,
 - die gemeinsame Bestätigung des Projektes, die Ausarbeitung/Inkraftsetzung einer gemeinsamen Anweisung zur Anwendung des Projektes und der damit verbundenen Aufgaben, Rechte und Pflichten der Vereinbarungspartner,
 - Festlegungen zur Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung bei der weiteren Qualifizierung und Rationalisierung des Projektes,
 - die Form der Bestätigung der Wahrhaftigkeit der zahlenmäßigen Informationen.

Anlage 2zu § 17 Abs. 1 und § 19
Absätze 2, 3 und 5
vorstehender Verordnung**Registriervermerke****a) Registriervermerk**

Registriert als
fachliche Berichterstattung unter der
Reg.-Nr. am
Befristet bis zum

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.

b) Registriervermerk

Registriert als fachliche Berichterstattung unter der
Reg.-Nr. am
Befristet bis zum

Generaldirektor

c) Registriervermerk

Registriert als einmalige fachliche Berichterstattung/Fallinformation unter der
Reg.-Nr. am
Befristet bis zum

Minister,
Leiter eines anderen zentralen Staatsorgans,
Vorsitzender des Rates des Bezirkes

Anlage 3

zu § 20 vorstehender Verordnung

Mit der Informationsordnung sind insbesondere zu regeln:

- Grundsätze über Inhalt und Organisation der fachlichen Berichterstattungen des jeweiligen Verantwortungsbereiches unter Beachtung ihrer Beziehungen und Abgrenzun-

gen zu den zentralisierten Berichterstattungen zur Ausschließung von Doppelberichterstattungen,

- Festlegungen über Inhalt und Organisation der Fallinformation an das übergeordnete Organ über Abweichungen vom Plan sowie über außergewöhnliche Vorkommnisse,
- Verantwortung und Terminstellung für die Kontrolle der Einhaltung der in der Informationsordnung getroffenen Festlegungen im jeweiligen Verantwortungsbereich,
- eindeutige Festlegungen über die Verantwortung und Verfahrensweise bei der Vorbereitung und Durchführung der fachlichen Berichterstattungen,
- die differenzierten Anforderungen an die fachlichen Berichterstattungen entsprechend der Betriebsgröße und dem Stand der Datenverarbeitungstechnik,
- die Nachweisführung über Inhalt und Bezeichnung der Informationen, Nummer des Registriervermerks, Bezeichnung der Informationspflichtigen, Befragtenkreis, Umfang, Periodizität und Fälligkeitstermin der Information, Art des Informationsträgers, Sender und Empfänger der Information, Informationskanal und Vertraulichkeitsgrad der Information.

Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik

vom 6. August 1985

Auf der Grundlage des § 11 der Verordnung vom 11. Juli 1985 über Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 23 S. 261) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane, den Vorsitzenden der Räte der Bezirke, dem Präsidenten des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe folgendes angeordnet:

§ 1**Geltungsbereich**

(1) Diese Anordnung regelt die Ordnungsmäßigkeit sowie den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik bei der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung, Nachweisführung und Berichterstattung zahlenmäßiger Informationen (nachstehend Daten genannt).

(2) Diese Anordnung gilt für

- Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen (nachstehend Betriebe genannt),
- Kombinate,
- Staatsorgane.

(3) Der Minister für Nationale Verteidigung, der Minister für Staatssicherheit und der Minister des Innern sind berechtigt, auf der Grundlage dieser Anordnung für die Betriebe ihres Verantwortungsbereiches spezielle Festlegungen zu treffen.

(4) Die Bestimmungen dieser Anordnung für Kombinate gelten für wirtschaftsleitende Organe entsprechend.

(5) Nachstehend werden Minister und Leiter anderer zentraler Staatsorgane, Vorsitzende der örtlichen Räte, Generaldirektoren der Kombinate und Direktoren der Betriebe als Leiter bezeichnet.

(6) Die Rechte und Pflichten der Leiter zentraler Staatsorgane gelten auch für die zentralen Vorstände des Verbandes der Konsumgenossenschaften der DDR und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

(7) Die Rechte und Pflichten der Leiter von Betrieben gelten auch für die Vorsitzenden bzw. die Vorstände von Genossenschaften.

(8) Für die nach gesonderten Rechtsvorschriften über die Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik arbeitenden Betriebe¹ gilt diese Anordnung insoweit, wie sie die elektronische Datenverarbeitung anwenden.

(9) Die Vorschriften über die Aufbewahrungsfristen gemäß Anlage 3 zu dieser Anordnung gelten nicht für Staatsorgane und staatliche Einrichtungen.

§ 2

Allgemeine Anforderungen

(1) Die Ordnungsmäßigkeit beinhaltet die wahrheitsgemäße, vollständige, termingerechte und rationelle Erfassung, Verarbeitung, Speicherung und Nachweissführung der Daten, ihre Übermittlung, die Berichterstattung, die Aufbewahrung der Dokumente von Rechnungsführung und Statistik sowie die Kontrolle der Durchsetzung dieser Regelungen. Der Datenschutz beinhaltet Maßnahmen zum Schutz der Datenbestände vor unberechtigtem Zugriff bzw. unberechtigter Modifikation.

(2) Die Festlegungen dieser Anordnung sind unter Beachtung der Rechtsvorschriften zum Schutz von Staats- und Dienstgeheimnissen durchzusetzen.

(3) Die in Rechtsträgerschaft oder in Eigentum der Betriebe, Kombinate und der Staatsorgane befindlichen materiellen und finanziellen Mittel und Fonds sind in Rechnungsführung und Statistik vollständig zu erfassen und nachzuweisen.

(4) Die Bewertung der in Rechnungsführung und Statistik erfaßten und nachgewiesenen materiellen und finanziellen Mittel und Fonds gilt als ordnungsgemäß, wenn die in Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen geregelten Verfahren der Bewertung eingehalten werden.

(5) Zur Gewährleistung des exakten Ausweises des sozialistischen Eigentums in Rechnungsführung und Statistik und der Ausfertigung wahrheitsgemäßer Jahresabschlußdokumente sind regelmäßig Inventuren auf der Grundlage der entsprechenden Rechtsvorschriften durchzuführen.

(6) Die Mikroverfilmung von Dokumenten der Rechnungsführung und Statistik ist grundsätzlich zulässig. Belege dürfen nicht durch Mikrofilme ersetzt werden.

Erfassung

§ 3

(1) Die Erfassung der Daten und ihre Speicherung bis zur Verarbeitung hat

- schriftlich auf Belegen oder
- auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung zu erfolgen.

(2) Mit den Belegen bzw. Programmen zur Erfassung auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung sind zu gewährleisten:

- die einmalige und lückenlose Erfassung der Daten,
- die einheitliche Kennzeichnung gleicher Erfassungseinheiten,
- die Einheit von Mengen-, Zeit- und Wertangaben,
- die eindeutige Zuordnung der Erfassungseinheiten zu den Positionen der volkswirtschaftlichen Systematiken und Nomenklaturen einschließlich der für die Bereiche der Volkswirtschaft geltenden Kontenrahmen.

(3) Der Umfang der zu erfassenden Daten ergibt sich aus den Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen über Rech-

nungsführung und Statistik, den Richtlinien zur Berichterstattung, aus Datenverarbeitungsprojekten und Festlegungen zuständiger Leiter.

(4) Die Daten sind einzeln oder zusammengefaßt zu den durch Rechtsvorschriften und anderen Festlegungen bestimmten Terminen, spätestens nach Ablauf des Vorgangs, für die festgelegten Zeiträume bzw. Zeitpunkte zu erfassen.

§ 4

(1) Ein Beleg hat mindestens folgende Angaben zu enthalten:

- Aussteller,
- Belegnummer bzw. Zuordnungsbegriff,
- Bezeichnung des Sachverhaltes, des Prozesses bzw. des Auftrages,
- Mengen- und/oder Wert- und/oder Zeitangaben,
- Datum der Ausstellung und bei einem Fremdbeleg das Datum des Eingangs,
- Unterschrift bzw. Signum des befugten Belegausstellers. Ausgangsrechnungen sind von der Unterschriftspflicht ausgenommen.

(2) Die Verantwortung für die Erfassung bei schriftlicher Ausfertigung obliegt dem befugten Belegaussteller und für die Kontrolle dem zuständigen Leiter.

(3) Als Belege gelten auch Datenträger in Form von Verbundlochkarten, Zeichenlochkarten, Markierungsbelegen u. ä. einschließlich der dazu gehörenden Verschlüsselungsnomenklaturen. Sie haben die Unterschrift des Belegausstellers zu enthalten.

(4) Belege sind so auszufertigen, daß die Dauerhaftigkeit der Eintragungen und die Erkennbarkeit nachträglicher Veränderungen gewährleistet werden. In den Betrieben und Kombinate sind Festlegungen über die Verfahrensweise bei Korrekturen von Daten auf Belegen und über Befugnisse zur Durchführung von Korrekturen zu treffen.

(5) Belege haben Beweiskraft und sichern die Revisionsfähigkeit in Rechnungsführung und Statistik.

(6) Nicht als Belege gelten maschinenlesbare Datenträger, die

- durch Übernahme von Daten von schriftlich angefertigten Belegen,
- gleichzeitig mit der Ausfertigung von Belegen entstehen.

(7) Über den Durchlauf der Belege sowie über die Kriterien und Fristen der Bearbeitung sind in den Betrieben und Kombinate eindeutige Festlegungen zu treffen. Die Betriebe und Kombinate haben eine vollständige Sammlung aller angewandten Belege und Aufbereitungsnachweise anzulegen, die ständig zu aktualisieren ist.

(8) Zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen

- Führung der Kassen,
- Auslösung von Zahlungsanweisungen,
- Behandlung belegmäßig erfaßter Daten

sind die Anforderungen gemäß Anlage 1 zu dieser Anordnung einzuhalten. Die Hauptbuchhalter legen fest, welche Zahlungsbelege über die in Rechtsvorschriften geforderte Kontrollunterschrift hinaus ebenfalls ihre Kontrollunterschrift tragen müssen.

(9) Der Minister für Post- und Fernmeldewesen regelt für seinen Bereich und der Minister für Verkehrswesen regelt für die Deutsche Reichsbahn Besonderheiten im Zusammenhang mit der Kassenführung und den Zahlungsanweisungen gemäß Anlage 1 zu dieser Anordnung. Der Präsident der Staatsbank der DDR regelt für den Bereich der Geld- und Kreditinstitute zusätzliche Besonderheiten zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit.

¹ Z. Z. gelten:

- Anordnung Nr. 2 vom 29. Dezember 1972 über vereinfachte Anforderungen an die Erfassung und Nachweissführung in Rechnungsführung und Statistik (GBl. I 1973 Nr. 5 S. 60),
- Anordnung vom 14. Oktober 1970 über die Einbeziehung der Kommissionshandelsbetriebe sowie der übrigen privaten Betriebe und der selbstständig tätigen Bürger in das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik (Sonderdruck Nr. 685 des Gesetzblattes) in der Fassung der Anordnung Nr. 2 vom 29. Dezember 1972 (GBl. I 1973 Nr. 5 S. 68).

§ 5

(1) Durch automatisierte Datenverarbeitung erfaßte Daten gelten als ordnungsgemäß, wenn die zu ihrer Gewinnung eingesetzten Erfassungs- und Meßgeräte sowie die Datenverarbeitungsprogramme die exakte Erfassung und Verarbeitung gewährleisten. Die Funktionsfähigkeit und -sicherheit der eingesetzten Technik ist durch periodische Kontrollen nachzuweisen.

(2) Die gemäß Abs. 1 erfaßten Daten gelten als belegmäßig nachgewiesen, wenn

- nach der automatisierten Erfassung eine Datenausgabe und eine Bestätigung der Richtigkeit der Angaben durch Namenscode bzw. Unterschrift des Verantwortlichen erfolgt,
- bei einer unmittelbaren Weiterverarbeitung nach den Festlegungen gemäß § 7 Abs. 1 verfahren und ihre Einhaltung periodisch kontrolliert und durch Unterschrift bestätigt wird.

§ 6

(1) Die Übertragung der auf Belegen oder Medien der elektronischen Datenverarbeitung erfaßten Daten hat zu ihrer weiteren Verarbeitung so zu erfolgen, daß

- die Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit der übertragenen Daten kontrollfähig erhalten bleibt,
- gesicherte Übertragungswege und Übertragungskanäle benutzt werden,
- die Daten gegen unberechtigten Zugriff und gegen ihre Vernichtung oder Veränderung geschützt sind.

(2) Vor der Übergabe von Belegen zur weiteren Verarbeitung ist zu kontrollieren, ob diese

- die vorgeschriebenen Ordnungsmerkmale enthalten,
- sachlich und rechnerisch geprüft sowie
- vollständig ausgefüllt und deutlich lesbar sind.

Die Kontrolle obliegt dem Auftraggeber. Die Übergabe der Belege hat auf der Grundlage von Vereinbarungen oder betrieblichen Festlegungen zu erfolgen.

(3) Der Datenträgertransport hat den Anforderungen an den Datenschutz zu entsprechen. Jeder Sendung von Datenträgern ist vom Absender ein Datenträgerbegleitschein oder ein anderer geeigneter Nachweis beizufügen, aus dem der Inhalt der Sendung, die Anzahl der Behälter oder Datenträger, die Benennung des Auftrages u. a. ersichtlich sein müssen.

(4) Die Richtigkeit der Übertragung erfaßter Daten in andere Medien ist durch geeignete Kontrollen zu überprüfen. Mehrfachübertragungen sind, soweit dies nicht ausdrücklich angewiesen, durch organisatorische Maßnahmen auszuschließen.

(5) Die Anwendung der Datenfernübertragung darf nur auf der Grundlage spezieller Vereinbarungen erfolgen. Es sind Fehlererkennungs- und Korrektursysteme zu vereinbaren sowie zum Schutz der Daten technische und programmtechnische Mittel anzuwenden sowie organisatorische und chiffriertechnische Methoden festzulegen.

Verarbeitung, Speicherung, Nachweisführung

§ 7

(1) Die Verarbeitung der erfaßten Daten zur Gewinnung von Kennziffern und Kennziffernübersichten hat zu den festgelegten Zeitpunkten und für die festgelegten Zeiträume zu erfolgen. Die Leiter der Kombinate und Betriebe haben zu gewährleisten, daß

- Kontrollschritte programmiert sind, die die Richtigkeit der Dateneingabe, -verarbeitung und -ausgabe dokumentieren,
- unbefugte Eingriffe in die Datenverarbeitung ausgeschlossen sind (z. B. Programmabbruch bei Eingriff),

– Prüfprogramme auf der Grundlage von Abstimmlichkeiten zwischen ökonomischen Ergebnissen angewandt werden,

– Belege und andere Datenträger sowie gespeicherte Daten gegen widerrechtliche Veränderung, Beschädigung, Verlust, unberechtigte Vernichtung und unerlaubten Zugriff geschützt sind.

Bei der Verarbeitung von Daten in Struktureinheiten, Betrieben und Einrichtungen der Datenverarbeitung sind die in der Anlage 2 zu dieser Anordnung gestellten weiteren Anforderungen an die Ordnungsmäßigkeit einzuhalten.

(2) Zusätzlich zu den von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik verbindlich vorgeschriebenen Kontrollen der mittels automatisierter Datenverarbeitung gewonnenen Ergebnisse sind Festlegungen darüber zu treffen, durch welche eigenen Kontrollprogramme oder Methoden die zu gewinnenden Ergebnisse ordnungsgemäß gesichert werden.

(3) Bei der Eingabe von Daten im Dialogbetrieb und bei der Speicherung der eingegebenen Daten sind technische und programmtechnische Kontroll- bzw. Sicherungsmethoden anzuwenden sowie die erforderlichen personellen und räumlichen Bedingungen zu gewährleisten. Hinsichtlich der Durchführung von Recherchen über Bildschirm sind die Datenbestände mit geeigneten Mitteln gegen Veränderungen zu schützen.

(4) Die als Resultat der automatisierten Datenverarbeitung gewonnenen Kennziffern und Kennziffernübersichten in Form von

- Maschinenausdrucken oder Mikrofilmen,
- abrufbereiten gespeicherten Datenbeständen

sind unabhängig von ihrer weiteren Auswertung von dem sachlich zuständigen Leiter zur Nutzung freizugeben. Die Freigabe zur Nutzung bzw. die Übergabe der zu übermittelnden Ergebnisse an die vorgesehenen Empfänger ist nachzuweisen. Das trifft auch für Ergebnisse zu, die aus zentralisierten oder fachlichen Berichterstattungen gewonnen werden.

§ 8

(1) Die Speicherung der erfaßten Daten bzw. der gewonnenen Ergebnisse der Datenverarbeitung hat kontrollfähig auf Konten, Tabellen, Listen, in Journalen und Bilanzen oder auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung zu erfolgen.

(2) Die gemäß Abs. 1 nachgewiesenen Daten sind hinsichtlich der Vollständigkeit, Wahrhaftigkeit, sachlichen Richtigkeit und Aktualität in geeigneter Weise regelmäßig zu kontrollieren. Die Richtigkeit ist zu bestätigen. Die nachgewiesenen Bestände gelten als ordnungsgemäß, wenn

- eine systematische Abstimmung der Bewegungsdaten mit den Bestandsdaten erfolgt,
- sie durch Inventuren belegt sind.

(3) Der Nachweis der Kontensalden auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung gilt als ordnungsgemäß, wenn durch maschineninterne Kontrollen die richtige und vollständige Dateneingabe und -ausgabe der Ergebnisse gewährleistet sind und für die Kontenführung in Datenspeichern/Datenbanken programmierte Summenabstimmungen vorgenommen werden.

§ 9

(1) Die als Stammdaten geführten Daten, die über einen verhältnismäßig langen Zeitraum in Aufgaben der automatisierten Datenverarbeitung eingehen und nur relativ wenigen Änderungen unterliegen, sind so einzusetzen, daß sie zum Zeitpunkt ihrer Nutzung dem aktuellen Stand entsprechen und die sachlich richtige Darstellung der Ergebnisse aus Rechnungsführung und Statistik gewährleisten. Stammdatenerfassungen und -änderungen sind durch Belege zu dokumentieren. Es ist ein betrieblicher Änderungsdienst einzurichten,

der die termingemäße Bearbeitung der Änderungsmeldungen zur Aktualisierung der Stammdaten gewährleistet.

(2) Organisatorisch und programmtechnisch ist zu sichern, daß Stammdaten nicht durch unbefugtes Löschen oder aus anderen Gründen verlorengehen und ein unbefugtes Benutzen oder Fälschen von Stammdaten ausgeschlossen wird. Für das Ändern bzw. Löschen von Stammdaten sind Verantwortliche namentlich zu benennen. Die erteilten Befugnisse zum Ändern bzw. Löschen von Stammdaten sowie die Einhaltung der Festlegungen zum Stammdatenänderungsdienst sind mindestens halbjährlich zu kontrollieren.

(3) Es ist zu sichern, daß Stammdaten, die einer Stammdatei erstmalig oder zum Zwecke der Aktualisierung zugeführt werden, durch die für den jeweiligen Datenfonds Verantwortlichen zur Einspeicherung freigegeben werden. Die Übereinstimmung der eingegebenen Daten mit den abgespeicherten Daten ist von den gemäß Abs. 2 benannten Verantwortlichen zu prüfen und zu bestätigen.

(4) Zur Sicherung der Übereinstimmung der in den Nachweisen der Lohnzahlung erfaßten Arbeitskräfte mit den tatsächlich beschäftigten Arbeitskräften sind die zutreffenden Stammdaten mindestens zweimal im Jahr in geeigneter Weise zu überprüfen. Andere Stammdaten, die wiederholt in zahlungsauslösende Vorgänge einbezogen werden, sind hinsichtlich der sachlichen Richtigkeit jährlich zu überprüfen. Zur Überprüfung sind sachkundige Mitarbeiter einzusetzen, die an der Auslösung von Zahlungsvorgängen nicht beteiligt sein dürfen. Die durchgeführte Überprüfung der Stammdaten ist durch Unterschrift zu bestätigen.

§ 10

(1) Die Ordnungsmäßigkeit und den Schutz der Daten in Datenspeichern/Datenbanken haben die für den Aufbau und die Nutzung der Datenbestände verantwortlichen Leiter zu gewährleisten.

(2) In den Betrieben, Kombinate und Staatsorganen sind Nutzerordnungen zu erarbeiten, in denen die Nutzung der Datenbestände in Datenspeichern/Datenbanken, deren Bereitstellung bzw. Übermittlung geregelt und die zur Nutzung Berechtigten festgelegt werden. Die Gültigkeit der Berechtigung ist ständig zu kontrollieren. Über die Datenausgabe ist ein lückenloses Protokoll zu führen.

(3) Die für die Datenbestände Verantwortlichen haben zu sichern, daß die für die zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen sowie die zur eigenen und fremden Nutzung erforderlichen Daten zu den festgelegten oder vereinbarten Zeitpunkten ordnungsgemäß bereitstehen.

(4) Die auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung erfaßten und verarbeiteten Daten müssen im Rahmen der Aufbewahrungsfristen gemäß Anlage 3 zu dieser Anordnung in ihrer Aufgliederung erhalten bleiben und bei Bedarf (z. B. Erfüllung der Anforderungen der Revisionsorgane) über einen Maschinendruck oder über Bildschirm abrufbereit sein, sofern keine Eingabedokumentation als Druckliste oder in anderer Form revisionsfähig vorliegt.

§ 11

Berichtswesen

(1) Die zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen sind, unabhängig von der Form der Übermittlung der Daten gemäß § 17 Abs. 4 der Verordnung vom 11. Juli 1985 über Rechnungsführung und Statistik an die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und an andere befugte Empfänger, Dokumente mit belegmäßigem Charakter. Die an den Beleg gestellten Anforderungen gelten auch für zentralisierte und fachliche Berichterstattungen.

(2) Die Unterschrift bzw. der Bestätigungscode in der gemäß Abs. 3 zulässigen Form schließt die Bestätigung ein, daß die

mit den Richtlinien zu den Berichterstattungen vorgegebenen Prüfbedingungen angewandt wurden.

(3) Die Bestätigung der Wahrhaftigkeit der Daten der Berichterstattung, die auf maschinenlesbaren Datenträgern übergeben werden, hat

- auf gesondertem Begleitschein oder
- als Bestätigungscode in vereinbarter Form

zu erfolgen. Bei der Fernübertragung von Daten der Berichterstattung durch Betriebe und Kombinate bzw. bei Abruf aus Datenbanken gilt als Bestätigung ihrer Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit der im Rahmen der abzuschließenden Vereinbarungen festgelegte Bestätigungscode.

(4) Werden Berichterstattungen durch Betriebe und Einrichtungen der Datenverarbeitung durchgeführt, entbindet das die Betriebe und Kombinate nicht von ihrer Verantwortung für die wahrheitsgemäße, vollständige und termingerechte Berichterstattung an die vorgesehenen Empfänger.

(5) Von den Empfängern der Berichterstattungen im Prüfprozeß festgestellte Fehler sind den Berichtspflichtigen mitzuteilen und in Übereinstimmung mit diesen zu berichtigen. Korrekturen sind durch die Berichtspflichtigen schriftlich zu bestätigen.

§ 12

Aufbewahrungspflicht

Die Dokumente von Rechnungsführung und Statistik sind gemäß den Anforderungen und Fristen nach Anlage 3 dieser Anordnung aufzubewahren. Die Zuordnung der Dokumente zu den Fristen der Aufbewahrung ist detailliert festzulegen. Diese Festlegungen sind zum Bestandteil der betrieblichen Archivordnung zu erklären.

§ 13

Verantwortung

(1) Für die Durchsetzung der Festlegungen dieser Anordnung tragen gemäß § 22 Abs. 1 der Verordnung vom 11. Juli 1985 über Rechnungsführung und Statistik die Leiter der Staatsorgane, Kombinate und Betriebe die Verantwortung.

(2) Die Leiter der Kombinate und Betriebe haben die Bestimmungen dieser Anordnung zu konkretisieren.

(3) Die Hauptbuchhalter, Leiter für Haushaltswirtschaft bzw. Verantwortlichen für Rechnungsführung und Statistik sind gegenüber ihrem Leiter für die Kontrolle über die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik verantwortlich. Sie haben ihre Tätigkeit besonders darauf zu richten, Verstöße gegen die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik sowie gegen die Sicherheit und den Schutz des sozialistischen Eigentums zu verhindern bzw. im Rahmen ihrer Kontrolltätigkeit frühzeitig aufzudecken.

§ 14

Prüfung der Ordnungsmäßigkeit

(1) Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik sowie die für die Betriebe und Kombinate bzw. Staatsorgane zuständigen Revisionsorgane sind berechtigt, die Einhaltung der Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik zu überprüfen und gemäß den Rechtsvorschriften Auflagen zur Herstellung der Ordnungsmäßigkeit zu erteilen.

(2) Die Prüfung und Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlußdokumente obliegt dem in gesonderten Rechtsvorschriften genannten Revisionsorgan. Die Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlußberichtes des Betriebes bzw. Kombinates ist Voraussetzung zur Ertei-

lung der Entlastung des betreffenden Leiters für das zurückliegende Planjahr.

(3) Das zuständige Revisionsorgan ist berechtigt, bei allen Revisionsaufgaben, unabhängig vom juristischen Status der Betriebe und Einrichtungen der Datenverarbeitung, die Prüfungshandlungen auf diese auszudehnen, wenn das für die qualifizierte Erfüllung der Revisionsaufträge erforderlich ist.

(4) Das zuständige Revisionsorgan kann zur Durchführung von Prüfungshandlungen die Datenverarbeitungsanlagen in Betrieben und Kombinat in Anspruch nehmen. Die dabei entstehenden Kosten tragen die geprüften Betriebe bzw. Kombinate.

§ 15

Ordnungsstrafbestimmungen

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Leiter eines Kombinates, Betriebes oder als Vorsitzender einer Genossenschaft

a) entgegen den Bestimmungen des § 7 Abs. 1 es unterläßt, entsprechende Festlegungen über die Verarbeitung und Speicherung von Daten und deren Sicherung zu treffen,

b) entgegen den Bestimmungen des § 9 Absätze 1 und 2 es unterläßt, Festlegungen über einen Stammdatenänderungsdienst zu treffen und deren Einhaltung zu kontrollieren,

c) entgegen den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 nicht sichert, daß die Nutzung der Datenbestände aus Datenspeichern/Datenbanken nur durch Berechtigte erfolgt,

d) entgegen den Bestimmungen des § 13 Absätze 1 und 2 es unterläßt, die Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik durchzusetzen,

2. als Hauptbuchhalter oder Leiter für Haushaltswirtschaft bzw. als Verantwortlicher für Rechnungsführung und Statistik gegen die Pflicht gemäß § 13 Abs. 3 verstößt, die Einhaltung der Ordnungsmäßigkeit und des Datenschutzes zu kontrollieren,

3. als leitender Mitarbeiter

a) entgegen den Bestimmungen des § 7 Absätze 1 und 3 die Anwendung von Kontroll- und Sicherungsmethoden sowie von Prüfprogrammen zur Datenkontrolle unterläßt,

b) entgegen den Bestimmungen § 9 Abs. 2 es zuläßt, verursacht oder veranlaßt, daß Stammdaten unbefugt gelöscht werden, aus anderen Gründen verlorengehen oder unbefugt benutzt oder verfälscht werden,

c) entgegen den Bestimmungen des § 9 Abs. 4 es unterläßt, Stammdaten, die wiederholt in zahlungsauslösende Vorgänge einbezogen werden, ordnungsgemäß zu überprüfen,

d) entgegen den Bestimmungen gemäß § 12 die Vernichtung von dienstlichem Schriftgut der Rechnungsführung und Statistik vor Ablauf der festgelegten Aufbewahrungsfristen durchführt oder veranlaßt,

kann mit einem Verweis oder einer Ordnungsstrafe von 10 M bis 500 M belegt werden.

(2) Eine Ordnungsstrafe bis 1 000 M kann bei vorsätzlicher Ordnungswidrigkeit gemäß Abs. 1 ausgesprochen werden, wenn

1. ein größerer Schaden verursacht wurde oder hätte verursacht werden können,

2. die gesellschaftlichen Interessen grob mißachtet wurden oder

3. sie aus Vorteilsstreben oder wiederholt innerhalb von 2 Jahren begangen und mit Ordnungsstrafe geahndet wurde.

(3) Die Durchführung von Ordnungsstrafverfahren obliegt den Leitern der Abteilungen der Zentralstelle und den Leitern der Bezirksstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie den Leitern der Inspektionen der Staatlichen Finanzrevision.

(4) Für die Durchführung von Ordnungsstrafverfahren und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten — OWG — (GBl. I Nr. 3 S. 101).

§ 16

Schlußbestimmungen

(1) Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

— die Anordnung vom 31. Dezember 1975 über die Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik (GBl. I 1976 Nr. 2 S. 21),

— die Anordnung Nr. 2 vom 14. November 1979 über die Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 41 S. 392).

Berlin, den 6. August 1985

Der Leiter

der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik

Prof. Dr. sc. Dr. h. c. D o n d a

Anlage 1

zu vorstehender Anordnung

Anforderungen an die Kassenführung und an zahlungsauslösende Belege sowie Sicherung belegmäßig erfaßter Daten

1. Anforderungen an die Kassenführung

1.1. Für Kassen ist ein Kassennachweis zu führen, in dem die Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Reihenfolge und der tatsächliche Kassenbestand nachzuweisen sind.

Einzahlungen dürfen nur entgegengenommen und Auszahlungen aus der Kasse nur geleistet werden, wenn ordnungsgemäße Belege gemäß Abschn. 2 Ziff. 2.4. mit Angabe des Zahlungsgrundes und des Betrages in Buchstaben vorliegen. Für alle Ein- und Auszahlungen ist die Unterschrift des Einzahlenden bzw. Auszahlenden sowie des Geldempfängers erforderlich. Für Einzahlungen dürfen nur nummerngesicherte Vordrucke verwendet werden. Verschriebene Einzahlungsbelege sind mit einem Ungültigkeitsvermerk zu versehen und aufzubewahren. Als Kassenbelege gelten ausschließlich Originalbelege, keine Durchschriften. In Geld- und Kreditinstituten sowie für den Valutaverkehr gelten spezifische Vordrucke.

1.2. Die quittierten Belege sind, soweit Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmen, außerhalb des Zugriffsbereiches des Kassierers nach laufender Numerierung geordnet aufzubewahren.

- 1.3. In den Haupt- und Nebenkassen sind die Barbestände und die Vereinnahmten Schecks täglich mit dem Kassennachweis abzustimmen. Die Nebenkassen sind mindestens vor jedem Monatsschluß mit der Hauptkasse abzurechnen.
- 1.4. Es ist unzulässig, finanzielle Mittel in Kassen oder Beständen zu deponieren, zu vereinnahmen oder zu verwalten, die nicht in Rechnungsführung und Statistik nachgewiesen werden.
2. Anforderungen an zahlungsauslösende Belege
 - 2.1. Auf Belegen, die Zahlungen unmittelbar auslösen, ist die sachliche und die rechnerische Richtigkeit der Belegangaben von den hierzu Beauftragten festzustellen und durch Unterschrift zu bestätigen.
 - 2.2. Mit der Feststellung der sachlichen Richtigkeit wird bestätigt, daß die Zahlung dem Grunde und der Höhe nach in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften und festgelegten Begrenzungen oder Genehmigungspflichten an den angegebenen Empfänger, zu dem angegebenen Zeitpunkt, aus den zulässigen Finanzierungsquellen und in der vorgesehenen Zahlungsweise zu leisten ist. Zur Feststellung der sachlichen Richtigkeit gehört insbesondere die Bestätigung, daß die in Rechnung gestellten Lieferungen und Leistungen
 - ordnungsgemäß überprüft und abgenommen wurden,
 - den abgeschlossenen Verträgen in Menge, Qualität, den Gebrauchseigenschaften und der Funktionsfähigkeit entsprechen,
 - zu zulässigen Preisen berechnet wurden,
 - dem Umfang, dem zeitlichen Aufwand oder der Menge nach richtig erfaßt wurden,
 - entsprechend den Rechtsvorschriften vom Lieferer bzw. Leistenden berechnet werden dürfen,
 - soweit sie für Investitionen erbracht wurden, nach der Art und dem Wertumfang dem für die Durchführung des einzelnen Vorhabens bzw. Teilvorhabens mit der Grundsatzentscheidung festgelegten Investitionsaufwand entsprechen.
 Die Feststellung der sachlichen Richtigkeit schließt die Verantwortung für die gewissenhaft geprüfte Vollständigkeit der Belegangaben ein.
- 2.3. Mit der Feststellung der rechnerischen Richtigkeit wird bestätigt, daß die dem zu zahlenden Betrag zugrunde liegenden Berechnungen geprüft und für richtig befunden wurden.
- 2.4. Auf der Grundlage der Feststellungsvermerke über die sachliche und die rechnerische Richtigkeit sind die Zahlungsbelege durch die hierzu Beauftragten mit Datum und Unterschrift zur Zahlung anzuweisen. Die Zahlungsanweisung ist Voraussetzung für Zahlungen zu Lasten von Bank- und Postscheckkonten und für Kassenauszahlungen. Die Feststellung der sachlichen und der rechnerischen Richtigkeit sowie die Anweisung zur Zahlung darf nicht durch die gleiche Person erfolgen, soweit nicht in Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist.
- 2.5. Die Feststellungsvermerke über die sachliche und die rechnerische Richtigkeit sowie die Zahlungsanweisung dürfen nicht erteilt werden, wenn keine eindeutige Klarheit über die Rechtmäßigkeit des Zahlungsanspruches bzw. seine Höhe besteht oder andere Gründe eine Nichterteilung rechtfertigen. Über derartige Belege hat der zuständige Leiter unverzüglich zu entscheiden.
- 2.6. Bei der Anwendung des Lastschriftverfahrens bzw. von Daueraufträgen für ständig sich wiederholende Zah-

lungen kann die Prüfung und Feststellung der sachlichen sowie der rechnerischen Richtigkeit und der Vollständigkeit der Belegangaben nach Abbuchung des Rechnungsbetrages vom Bank- bzw. Postscheckkonto erfolgen.

- 2.7. Auf die Prüfung der rechnerischen Richtigkeit und deren Feststellung kann verzichtet werden, wenn Eingangsrechnungen zweifelsfrei mittels Fakturiermaschinen oder Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung ausgefertigt sind. Die Prüfung der sachlichen Richtigkeit wird hiervon nicht berührt.
3. Sicherung belegmäßig erfaßter Daten
 - 3.1. Visuell lesbare Datenträger
 - 3.1.1. Belegangaben dürfen nicht unkenntlich gemacht werden. Berichtigungen sind nur durch Befugte gemäß den betrieblichen Festlegungen zulässig, wenn Zweifel an der Berechtigung einer Korrektur ausgeschlossen sind und eine Übernahme von Daten auf maschinenlesbare Datenträger noch nicht erfolgt ist. Notwendige Korrekturen sind so vorzunehmen, daß die ursprünglichen Angaben nach ihrer Streichung gut lesbar erhalten bleiben. Belegberichtigungen sind durch die Befugten mit Datum und Unterschrift/Signum zu bestätigen. Betragskorrekturen auf Kassenbelegen sowie Betrags- und Kontonummernänderungen auf Belegen der Geld- und Kreditinstitute sind unzulässig.
 - 3.1.2. Belege müssen nach ihrer Buchung oder nach der Übernahme der Daten zur elektronischen Datenverarbeitung eindeutig gekennzeichnet (z. B. durch Stempelaufdruck „gelocht, geprüft“) oder durch andere Verfahren so gesichert sein, daß die Möglichkeit ihrer nochmaligen ungerechtfertigten Buchung oder Übernahme zur Datenverarbeitung ausgeschlossen ist.
 - 3.1.3. In Bestandsnachweisen (ohne Kassennachweise gemäß Abschn. 1), in denen die Buchung von Zu- und Abgängen auf der Grundlage von Belegen erfolgt, sind erforderliche Korrekturen mittels Beleg unter Angabe des Sachverhaltes und der Feststellung der sachlichen Richtigkeit durchzuführen. In allen anderen Fällen sind erforderliche Korrekturen in Bestandsnachweisen so vorzunehmen, daß die ursprünglichen Angaben nach der Korrektur gut lesbar erhalten bleiben. Solche Berichtigungen haben das Datum und die Unterschrift oder das Signum des Ändernden auszuweisen. Mit der Unterschrift wird die Wahrhaftigkeit der durchgeführten Korrektur bestätigt.
 - 3.1.4. In den Festlegungen gemäß § 4 Abs. 7 sind auch Regelungen zur Belegaufbewahrung zu treffen, damit innerhalb der Aufbewahrungsfrist jederzeit eine lückenlose Wiedergabe der erfaßten Vorgänge möglich ist. Die Ablage hat, soweit Rechtsvorschriften nicht etwas anderes zulassen, nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet zu erfolgen. Bei zeitweiliger Überlassung von Belegen zum Zwecke der Datenverarbeitung oder aus anderen Gründen sind die Grundsätze der Ordnungsmäßigkeit zu beachten.
 - 3.2. Maschinenlesbare Datenträger
 - 3.2.1. Auf maschinenlesbare Datenträger übernommene oder auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung bzw. Datenbanken gespeicherte belegmäßig erfaßte Daten sowie die gemäß § 8 nachgewiesenen Datenbestände dürfen nur auf der Grundlage von Korrekturbelegen berichtigt werden.
 - 3.2.2. Korrekturen sind so durchzuführen, daß die falschen Daten gelöscht und die richtigen Daten neu eingegeben werden. Andere Korrekturverfahren sind nicht statthaft.
 - 3.2.3. Die Korrekturbelege sind aufzubewahren.

Anlage 2

zu vorstehender Anordnung

Datenverarbeitung in Struktureinheiten, Betrieben und Einrichtungen der Datenverarbeitung**1. Auftragsbearbeitung**

- 1.1. Die Annahme von Aufträgen, Belegen, maschinenlesbaren Datenträgern und anderen Dokumenten zur Ausführung von Arbeitsaufgaben der Datenverarbeitung sowie die Rückgabe dieser Unterlagen mit den Datenverarbeitungsergebnissen erfolgt nur durch einen von dem zuständigen Leiter hierfür festgelegten Verantwortungsbe-
reich. Über die Annahme und die Rückgabe ist ein schriftlicher Nachweis zu führen.
- 1.2. Für jede durchzuführende Arbeit ist ein Arbeitsauftrag in Übereinstimmung mit den Sicherheitsbestimmungen und den Projektunterlagen auszufertigen. Bei periodisch wiederkehrenden Arbeiten können Dauerarbeitsaufträge verwendet werden. Vom Inhalt des Arbeitsauftrages haben nur die mit seiner Ausführung unmittelbar beauftragten Mitarbeiter Kenntnis zu erhalten.
- 1.3. Nach der Ausführung der Arbeitsaufträge sind die dazugehörigen Unterlagen und Datenträger in Übereinstimmung mit der gültigen Aktenordnung, Archivordnung und den vertraglichen Vereinbarungen in gesicherten Räumen aufzubewahren.
- 1.4. Nicht mehr benötigte Unterlagen und Datenträger sind nur im Einvernehmen mit dem Auftraggeber zu vernichten.
- 1.5. Zur körperlichen und organisatorischen Sicherung von Datenträgern und Daten sind Maßnahmen festzulegen, die den technisch-organisatorischen Möglichkeiten der angewendeten Datenverarbeitungstechnik entsprechen.
- 1.6. Es ist zu gewährleisten, daß
 - die Aufgaben und die Verantwortung der Organisatoren und Programmierer von denen des Bedienungspersonals klar abgegrenzt werden,
 - eine nicht geplante Überschreibung oder/und Vernichtung von Daten verhindert sowie die vollständige Übernahme der für das laufende Programm benötigten Daten geprüft wird,
 - die Verarbeitung für den Auftrag nicht vorgesehener Daten ausgeschlossen wird,
 - durch das Doppeln der Stammbänder oder/und durch Archivierung nach dem Generationsprinzip die Rekonstruktion verlorengegangener Daten ermöglicht wird.
- 1.7. Maschinenlesbare Datenträger, die für den Auftraggeber besonders wichtige Daten oder Programme enthalten, sind zu doppeln. Originaldatenträger und Duplikate sind zu kennzeichnen. Die Originale sind der Archivordnung entsprechend aufzubewahren und zur Anfertigung neuer Duplikate zu verwenden.
- 1.8. Mit der Übernahme der Belegangaben auf maschinenlesbare Datenträger ist erst nach Feststellung der Einhaltung der vereinbarten Anlieferbedingungen zu beginnen. Werden nach erfolgter Übernahme von Belegangaben auf maschinenlesbare Datenträger Berichtigungen erforderlich, sind diese nur auf der Grundlage von Korrekturbelegen durchzuführen.

2. Programmausarbeitung und -änderung

- 2.1. Der Ausarbeitung der Programme muß eine vom Anwender bestätigte Problemdokumentation zugrunde liegen. Die Datenverarbeitungsprogramme sind so zu gestalten, daß durch programmierte Kontrollen die ordnungsgemäße Dateneingabe, -verarbeitung und -ausgabe gesichert sind. Die Programme sind vor ihrer Anwendung zu testen. Die Testprotokolle sind Bestandteil der Projektdokumentation.

- 2.2. Wenn Rechtsvorschriften und andere Festlegungen sowie rationellere Lösungen Programmänderungen erfordern, ist wie bei der Neuaufstellung eines Programms zu verfahren.

- 2.3. Fremdprojektierte Programme sind vor der Übernahme durch den Anwender auf Paßfähigkeit zu prüfen und für den Einsatz freizugeben.

3. Kontrolle der Funktionsfähigkeit und -sicherheit der Datenverarbeitungsanlagen

Funktionsfähigkeit und -sicherheit der Datenverarbeitungsanlagen sind im Rahmen der TGL von Beauftragten ständig zu überprüfen. Aufgaben und Ziele sowie das Ergebnis der Überprüfung sind von der Datenverarbeitungseinrichtung schriftlich festzuhalten.

4. Dateneingabe

- 4.1. Es ist zu gewährleisten, daß durch geeignete Maßnahmen die Dateneingabe kontrolliert, erkennbare Fehler festgestellt und ausgedruckt oder über Bildschirm ausgewiesen werden. Das gilt auch für Dateneingaben im Rahmen der Datenfernübertragung. Zwischen den Vertragspartnern sind zur Gewährleistung der vollständigen und richtigen Dateneingabe Kontrollen zur gegenseitigen Abstimmung zu vereinbaren. Die Kontrollen sind nachzuweisen.
- 4.2. Fehler der Dateneingabe sind zu registrieren und zu analysieren. Der Wiederholung dieser Fehler ist durch entsprechende Maßnahmen vorzubeugen. Die Berichtigung von Dateneingabefehlern ist kenntlich zu machen.

5. Programmabarbeitung

- 5.1. Für jede Programmabarbeitung im Rahmen der Rechnungsführung und Statistik ist von der Datenverarbeitungseinrichtung ein Protokoll zu fertigen, mit dem die ordnungsgemäße Abarbeitung des Programms entsprechend der Arbeitsanweisung nachgewiesen wird. Das Protokoll kann manuell, maschinell oder als Kombination beider Formen ausgefertigt werden.
- 5.2. Fehlerhafte Daten sind auszudrucken bzw. über Bildschirm auszuweisen und zu korrigieren.
- 5.3. Bei Unterbrechungen während der Programmabarbeitung durch Störungen ist zu gewährleisten, daß nach Beseitigung der Störung die Programme ordnungsgemäß bis zum Ende abgearbeitet werden. Die Ursachen der Störungen sind zu protokollieren und zu analysieren.
- 5.4. Unbefugten Eingriffen in den Ablauf der Abarbeitung ist durch geeignete Maßnahmen vorzubeugen. Unbefugte Eingriffe während der Programmabarbeitung sind dem zuständigen Leiter sofort schriftlich zu melden.
- 5.5. Über die Zulässigkeit der Abarbeitung von Programmen mit höherer Geheimhaltungsstufe im Multibetrieb entscheidet der Auftraggeber. Hierüber sind Vereinbarungen zu treffen.

6. Datenausgabe

- 6.1. Die Ausgabe von Daten hat in dauerhafter Form zu erfolgen. Dauerhafte Formen sind Journale, Konten, Listen, Tabellen (auch in Form von Drucklisten), Lochkarten, Lochbänder und Mikrofilme. Elektromagnetische Speichermedien gelten auch als dauerhafte Form, wenn eine die Datensicherung gewährleistende Regeneration durchgeführt wird.
- 6.2. Optische oder akustische Signale sind als Formen der Datenausgabe nur zum Zwecke der innerbetrieblichen Information zulässig, soweit übergeordnete Organe keine anderen Festlegungen treffen.
- 6.3. Umfang und Periodizität der Datenausgabe sind im Projekt festzulegen.

- 6.4. Die Datenverarbeitungseinrichtungen haben die Datenausgabe einer qualitativen Endkontrolle zu unterziehen und diese zu bestätigen. Durch Vereinbarungen der Partner ist die Form der Endkontrolle festzulegen.
- 6.5. Durch organisatorische und rechnergestützte Maßnahmen ist zu sichern, daß Datenverarbeitungsergebnisse sowie Daten aus Datenspeichern/Datenbanken nur an Empfangsberechtigte übergeben und vor unbefugtem Zugriff geschützt werden.
7. Projektdokumentation
- 7.1. Für jedes im Rahmen von Rechnungsführung und Statistik angewandte Projekt muß eine bestätigte Projektdokumentation vorhanden sein. Sie hat die zur Auftragsausführung notwendigen organisatorischen und programmtechnischen Unterlagen zu enthalten. Diese müssen vollständig sein und dem neuesten Stand entsprechen. Projektänderungen bedingen die Überarbeitung und Veränderung der Projektdokumentation.
- 7.2. Die Projektdokumentation ist mindestens in zweifacher Ausfertigung zu führen. Eine Ausfertigung ist zu archivieren. In Vereinbarungen zwischen den Partnern ist der Ort der Archivierung festzulegen.
- 7.3. Änderungen in der Projektdokumentation bedürfen der schriftlichen Vereinbarung der Partner.
8. Programmverwaltung
- 8.1. Die Programme sind gesondert zu verwalten. Die hierfür Verantwortlichen sind in einer Nomenklatur zu benennen. Arbeitsprogramme dürfen grundsätzlich weder von Organisatoren oder Programmierern noch vom Bedienungspersonal der Anlage verwaltet werden. Ausnahmen hat der zuständige Leiter schriftlich festzulegen.
- 8.2. Durch verbindliche Anweisungen sind die Programmbereitstellung und die Kennzeichnung der Programme gegen Verwechslung zu sichern.

Anlage 3

zu vorstehender Anordnung

Aufbewahrung und Aufbewahrungsfristen der Dokumente von Rechnungsführung und Statistik

1. Aufbewahrungspflicht

- 1.1. Die Belege, Nachweise, maschinenlesbaren Datenträger, Datenverarbeitungsprogramme, Schlüssel, Systematiken und Nomenklaturen, Berichterstattungen, Auswertungsunterlagen einschließlich Analysen und sonstigen Dokumente von Rechnungsführung und Statistik (dienstliches Schriftgut) sind vollständig und übersichtlich aufzubewahren. Maschinenlesbare Datenträger gemäß § 4 Abs. 6 unterliegen nicht der Aufbewahrungspflicht.
- 1.2. Bei der Wahl des Aufbewahrungsortes sind der Geheimhaltungsgrad der Dokumente und der Schutz vor Schädigung, Verlust bzw. Diebstahl zu berücksichtigen. Es sind Vorkehrungen zu treffen, die eine widerrechtliche Veränderung der Datenträger, Projektdokumente, Nachweise und Berichte sowie die unbefugte Entnahme von Informationen verhindern. Die Aufbewahrung der Projektdokumente hat zugriffsbereit zu erfolgen.
- 1.3. Bei der Aufbewahrung der maschinenlesbaren Datenträger sind sowohl technische als auch technologische Erfordernisse zu berücksichtigen. Maschinenlesbare Datenträger sind in gesicherten Räumen aufzubewahren, die

Schutz gegen unbefugten Zugriff und vor Beschädigung gewährleisten.

- 1.4. Beschädigte maschinenlesbare Datenträger sind vor der Übergabe zur Aufbewahrung an das Verwaltungsarchiv auszusondern, gemäß den betrieblichen Festlegungen zu behandeln und durch neue zu ersetzen. Die Erneuerung maschinenlesbarer Datenträger, die Belege sind, ist nachzuweisen. Gleiches gilt für die Abgabe an das zuständige Endarchiv.
- 1.5. Die Mikroverfilmung von Aufbereitungsnachweisen ist im Rahmen der entsprechenden Rechtsvorschriften zulässig.
- 1.6. Bei Verlust von Datenträgern, Projektdokumenten, Nachweisen und Berichten ist ein Protokoll anzufertigen. Besteht der Verdacht einer strafbaren Handlung, sind die Leiter der Betriebe und die Hauptbuchhalter zur sofortigen Information der zuständigen Staatsorgane verpflichtet.

2. Aufbewahrungsfristen

- 2.1. Für die Aufbewahrung der Dokumente gemäß Ziff. 1.1. in den Verwaltungsarchiven der Betriebe und Kombinate gelten folgende Fristen:

Unbefristet sind aufzubewahren:

- Eröffnungs- und Schlußbilanzen,
- bestätigte Jahresabschlußdokumente,
- Jahresberichte, -gesamtübersichten und -analysen,
- statistische Fortschreibungsreihen über langfristige Zusammenhangs- bzw. Abhängigkeitsentwicklungen,
- Grundmittelkarteikarten bzw. die entsprechenden Speichermedien der Inventarobjekte für unbewegliche Grundmittel,
- Grundstücksakten,
- Unterlagen über die Eigentumsverhältnisse am verwalteten Vermögen und die während der Verwaltung eingetretenen Veränderungen des Wertes treuhänderisch verwalteten Vermögens.

10 Jahre sind aufzubewahren:

- die den Betrieben von den Kontroll- und Revisionsorganen und den übergeordneten Organen übergebenen Revisionsprotokolle sowie die Berichte der innerbetrieblichen Kontroll- und Revisionsorgane,
- Dokumente der zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen, die zur Aufstellung langfristiger statistischer Fortschreibungsreihen dienen,
- Dokumente über die Berechnung und Abrechnung von Abgaben und Steuern.

5 Jahre sind aufzubewahren:

- Monats- und Quartalsberichte, -gesamtübersichten, -analysen über die Durchführung des Planes, Jahreskostenrechnung, Journale, Konten,
- Kennziffernübersichten,
- Unterlagen über den Abgang von Grundmitteln einschließlich Verschrottungsprotokolle,
- Systematiken, Nomenklaturen, Schlüssellisten, soweit sie nicht Bestandteil der Projektdokumentation sind,
- Abrechnungen der Betriebe über die Haushaltsbeziehungen,
- Inventurprotokolle,
- Datenverarbeitungsprojekte, die nicht mehr angewandt werden,
- abgelaufene Nutzungsverträge einschließlich der Unterlagen zur Geltendmachung von Forderungen aus diesen Verträgen,

- Abrechnungsunterlagen für Löhne und Gehälter, einschließlich der Lohn- und Gehaltslisten, ohne Nachweise für die Rentenberechnung,
- Tagesabschlußbücher, Bankabrechnungsbücher und Tagesauszüge der kontoführenden Kreditinstitute sowie Bürokassenbücher, Schecküberwachungslisten, Quittungsbücher, Wertmarkennachweise.

2 Jahre sind aufzubewahren:

- Belege (für Belege der nach 2 Jahren noch nicht realisierten Forderungen oder Verbindlichkeiten enden die Aufbewahrungsfristen mit dem Ablauf der Verjährungsfristen), sofern nicht längere Aufbewahrungsfristen bestimmt oder vereinbart wurden,
- übrige Aufbereitungsnachweise (Karteien, Listen, Tabellen, sonstige Inventurunterlagen, Protokolle, Dokumente der zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen, Salden- und Fehlerlisten der EDV-Projekte), sofern keine längeren Aufbewahrungsfristen festgelegt sind,
- Grundmittelkarteikarten bzw. die entsprechenden Speichermedien der Inventarobjekte für bewegliche Grundmittel nach dem Ausscheiden aus dem Grundmittelbestand. Auf maschinenlesbare Datenträger bzw. auf Datenbanken übernommene Karteien können vorzeitig gelöscht bzw. vernichtet werden, wenn von dem zuständigen Revisionsorgan nach einer an Ort und Stelle durchgeführten regelmäßigen Finanzrevision der Jahresabschluß bestätigt worden ist. Bei Löschung vor einer Prüfung ist ein Ausdruck der gespeicherten Daten anzufertigen.

Längerfristig sind aufzubewahren:

- Nachweise für die Rentenberechnung 2 Jahre nach Eintritt in das Rentenalter eines Sozialversicherungspflichtigen,
 - nichtperiodische bzw. längerfristige Ergebnisse und Berichte.
- 2.2. Unterlagen, die für die Aufgabenerfüllung nicht mehr ständig benötigt werden, sind nach der vom zuständigen Revisionsorgan durchgeführten Finanzrevision dem Verwaltungsarchiv des Betriebes oder Kombinats in einfacher Ausfertigung zu übergeben.
- 2.3. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem 1. Tag des Kalenderjahres, das dem Datum des letzten auf dem Beleg erfaßten Vorganges folgt bzw. bei Verträgen mit deren Erfüllung.
- 2.4. Ergeben sich auf Grund verschiedener Rechtsvorschriften unterschiedliche Aufbewahrungsfristen, so gilt die jeweils längste Aufbewahrungsfrist.
- 2.5. Wird vor Ende der Aufbewahrungsfrist ein gerichtliches oder anderes Verfahren eingeleitet, so endet die Aufbewahrungsfrist erst nach Eintritt der Rechtskraft der angeordneten Maßnahmen.
- 2.6. Sofern nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vom zuständigen Revisionsorgan noch keine regelmäßige Finanzrevision an Ort und Stelle durchgeführt wurde, dürfen aufbewahrungspflichtige Unterlagen nicht vernichtet werden. In diesen Fällen endet die Aufbewahrungsfrist 3 Monate nach Abschluß der durchgeführten Finanzrevision.
- 2.7. Wird gegen Revisionsfeststellungen und -auflagen Beschwerde eingelegt, endet die Aufbewahrungsfrist 3 Monate nach der endgültigen Entscheidung über die Beschwerde.
3. Kassation.
- 3.1. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen können die der Aufbewahrungspflicht unterliegenden Dokumente von

Rechnungsführung und Statistik unter Beachtung der entsprechenden Rechtsvorschriften kassiert werden, sofern

- sie nicht als Archivgut zur dauernden Aufbewahrung und Übernahme in das zuständige Endarchiv bestimmt worden sind und
- ihre Auswertung für betriebsgeschichtliche Zwecke abgeschlossen ist.

- 3.2. Über die Kassation der Dokumente, die nicht zur Übernahme in das zuständige Endarchiv bestimmt worden sind, entscheiden die Leiter der Betriebe und Kombinate nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist und über die Kassation der gemäß Abschn. 2 Ziff. 2.1. unbefristet aufzubewahrenden Dokumente nach Ablauf von 25 Jahren.

Anordnung Nr. 62¹ über die Ausgabe von Gedenkmünzen der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. August 1985

§ 1

(1) Die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik gibt auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I Nr. 62 S. 580) mit Wirkung vom 30. August 1985 Gedenkmünzen im Nennwert von 10 Mark der Deutschen Demokratischen Republik in Umlauf. Die Ausgabe erfolgt anlässlich des 175jährigen Bestehens der Humboldt-Universität zu Berlin.

(2) Die Gedenkmünzen haben folgendes Aussehen:

- a) Vorderseite
Universitätsgebäude, im Vordergrund die Denkmäler der Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt. Darüber dreizeilig „1810 * 1985 HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN“.
- b) Rückseite
Die Wertzahl „10“, darunter „MARK“ und dreizeilig „DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK 1985“, sowie das Staatselement der Deutschen Demokratischen Republik. Über der Wertzahl befindet sich der Buchstabe „A“ als Zeichen der Prägestätte.
- c) Rand
Glatt, mit vertiefter Inschrift „10 MARK * 10 MARK * 10 MARK *“.

§ 2

Die Gedenkmünzen bestehen aus einer Legierung von 500 Teilen Silber und 500 Teilen Kupfer, haben einen Durchmesser von 31 mm und eine Masse von 17,0 g. Sie werden in einer Stückzahl von 55 000 ausgeprägt.

§ 3

Diese Anordnung tritt am 30. August 1985 in Kraft.

Berlin, den 9. August 1985

Der Präsident der Staatsbank
der Deutschen Demokratischen Republik

I. V.: Taut
Vizepräsident

¹ Anordnung Nr. 61 vom 15. Juli 1985 (GBl. I Nr. 21 S. 252)

**Definitionen für Planung, Rechnungsführung
und Statistik, Ausgabe 1980 (Auszug)**

Auszug

Definitionen

**für Planung,
Rechnungsführung und Statistik**

Ausgabe 1980

Herausgeber:

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik



STAATSVERLAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Vorwort	I - 3
Übersicht über den Inhalt der Teile	I - 4
Volkswirtschaftsplanung	I - 5
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	I - 15
Volkswirtschaftliche Systematisierung	I - 39
Territoriale Ökonomie, Planung und Statistik	I - 77
Umweltschutz	I - 107
Datenverarbeitung	I - 119

(610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Lizenz-Nr. 751 - 4045/80 Da

Gesamtherstellung: Druckhaus Weimar

(Rollenoffsetdruck)

V o r w o r t

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik gibt in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission die vorliegende Ausgabe 1980 der Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik heraus.

Die Neuausgabe wurde entsprechend den Grundsätzen und Erfordernissen der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981 - 1985 erarbeitet. Sie ist in allen Betrieben, Kombinaten, Staats- und wirtschaftsleitenden Organen verbindlich anzuwenden und gilt ab Planjahr 1981. Ergänzungen zu den Definitionen werden bei Bedarf jährlich veröffentlicht.

Im Aufbau sind gegenüber der Ausgabe 1973 folgende Veränderungen eingetreten:

Im Teil I ist der Abschnitt "Umweltschutz" dazugekommen.

Im Teil V ist der Abschnitt "Volks- Berufs- Wohnraum- und Gebäudezählung" weggefallen.

Die noch erforderlichen Begriffe dieses Abschnitts sind in die Abschnitte "Bevölkerung", "Lebensniveau" und "Bauwesen" eingegangen.

Übersicht über den Inhalt der Teile

- Teil I Volkswirtschaftsplanung
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Volkswirtschaftliche Systematisierung
Territoriale Ökonomie, Planung und Statistik
Umweltschutz
Datenverarbeitung
- Teil II Investitionen
Grundmittel
Wissenschaft und Technik
Preise
Kosten
Finanzen
- Teil III Industrie
Handwerk
Bauwesen
Materialwirtschaft
Produktionsmittelhandel
Außenwirtschaft
- Teil IV Verkehr
Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft
- Teil V Arbeitskräfte und Löhne
Bevölkerung
Binnenhandel mit Konsumgütern
Örtliche Versorgungswirtschaft
Lebensniveau
- Teil VI Bildungswesen
Kultur und Kunst
Gesundheits- und Sozialwesen
Erholungswesen
Körperkultur und Sport

**Volkswirtschaftliche Systematiken für die statistische
Arbeit der DDR**

Volkswirtschaftliche Systematiken für die statistische Arbeit der DDR

Abteilung
Volkswirtschaftliche
Systematisierung



MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK
STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK

Volkswirtschaftliche Systematiken für die statistische Arbeit der DDR

=====

	<u>Seite</u>
Vorwort	1
0. Notwendigkeit und Bedeutung von volkswirtschaftlichen Systematiken	3
1. <u>Systematiken über die Struktur der Volkswirtschaft</u> <u>Wirtschaftseinheiten</u>	
1.1 Betriebssystematik (einschl. Systematik für die Zuordnung der Handwerksbetriebe)	5
1.2 Schlüsselsystematik der Staatsorgane, der den zentralen Staatsorganen unterstellten Kombinate, der wirtschaftsleitenden Organe, Versorgungsbereiche und Fondsträger sowie der Bezirke	17
1.3 Einheitliche Betriebsnummer	21
<u>Territoriale Struktur</u>	
1.4 Verzeichnis der Gemeinden der DDR	29
1.5 Territorialer Grundschlüssel	33
2. <u>Systematiken zu Erzeugnissen</u>	
2.1 Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR (ELN)	37
2.2 Zentraler Artikelkatalog der Volkswirtschaft der DDR	57
2.3 Bilanzverzeichnis (einschl. Anlagen- und Leistungsnomenklatur)	61
2.4 Binnenhandelsschlüsselliste	67
2.5 Nomenklatur und Verzeichnis der Abschreibsätze für Grundmittel	71
2.6 Schlüssel der statistisch- und der physikalisch-technischen Maßeinheiten	73

	<u>Seite</u>
3. <u>Systematiken über das gesellschaftliche Arbeitsvermögen - Volkswirtschaftliche Arbeitskräftesystematiken</u>	79
3.1 Systematik der Berufe	82
3.2 Systematik des Qualifizierungsniveaus	86
3.3 Systematik der akademischen Grade	86
3.4 Systematik des ausbildungsgerechten Einsatzes	86
3.5 Systematik der Arbeitskräfte nach Technisierungsstufen	87
3.6 Systematik der Berechtigungsnachweise	87
3.7 Systematik der Tätigkeiten	87
3.8 Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens	88
3.9 Systematik der Fremdsprachen	89
3.10 Systematik der Sprachbeherrschung	89
3.11 Systematik Verliehene Titel	89
3.12 Systematik der Hochschullehrer	90
3.13 Systematik der Auszeichnungen	90
3.14 Systematik der Abgangsgründe	90
3.15 Systematik der Zugangsquellen	91
3.16 Systematik - Körperbeschädigte	91
3.17 Systematik der Kategorien der Arbeitszeit	91
3.18 Systematik der Schichtarbeit	91
4. <u>Kennziffernsystematiken</u>	
4.1 Aufbau eines einheitlichen Kennziffernidentifikators	105
4.2 Zeitraumsschlüssel	111
4.3 Phasenschlüssel	114
5. <u>Sonstige Systematiken</u>	
5.1 Länderschlüssel	117
5.2 Währungsschlüssel	120
6. <u>Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik</u>	121

V o r w o r t

Mit der "Verordnung über Rechnungsführung und Statistik" vom 20. 6. 1975, GBl. I, 31, wurde die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik für die Sicherung der verbindlichen Anwendung von volkswirtschaftlichen Systematiken und Nomenklaturen sowie Definitionen von Kennziffern und Begriffen verantwortlich gemacht. So wurde festgelegt, daß

- zur Durchsetzung einheitlicher Zuordnungsprinzipien in der Planung, Bilanzierung und Abrechnung die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegebenen volkswirtschaftlichen Systematiken und Nomenklaturen anzuwenden sind;
- für die inhaltliche Bestimmung, einheitliche Abgrenzung und eindeutige Aussage der Informationen die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission und den zuständigen zentralen Staatsorganen herausgegebenen verbindlichen Definitionen in der Planung sowie Rechnungsführung und Statistik anzuwenden sind.

Ausgehend von der Verantwortlichkeit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die Systematisierung und die Erarbeitung von Definitionen in der Volkswirtschaft der DDR wurde von der Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung die vorliegende Broschüre erarbeitet, um allen Anwendern von Systematiken, weiteren Interessenten, Lernenden, v. a. auch ausländischen Gästen einen Überblick zu geben, welche wichtigsten Systematiken und Nomenklaturen sowie Definitionen in der Volkswirtschaft der DDR angewendet werden.

Die Autoren waren bestrebt, neben der Darstellung des Inhalts, des Aufbaus und der Anwendung der entsprechenden Systematiken, auch einige Fakten über die historische Entwicklung der einen oder anderen Systematik zusammenzutragen, Zusammenhänge zwischen den Systematiken darzustellen sowie Perspektiven ihrer Weiterentwicklung aufzuzeigen.

Die Länge und Ausführlichkeit der Artikel ist deshalb nicht mit der Bedeutung der behandelten Systematik gleichzusetzen, sondern sie haben ihre Ursachen in der unterschiedlichen Entwicklung sowie der Problematik und Kompliziertheit ihres Aufbaus und ihrer Anwendung.

Es ist beabsichtigt, die Broschüre in Abständen zu überarbeiten und neu herauszugeben in Abhängigkeit von der Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Systematiken und ausgehend von den Erfahrungen, die mit dieser Broschüre gemacht werden.

- - - - -

Notwendigkeit und Bedeutung von volkswirtschaftlichen Systematiken

Bei der Aufstellung, Durchführung und Abrechnung der Pläne nehmen Maßnahmen der sozialistischen Rationalisierung, Nutzung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, Einsparung von Arbeitskräften, Anwendung der modernen Rechentechnik und die Senkung des Verwaltungsaufwandes einen wichtigen Platz ein.

Dabei spielen Systematiken mit volkswirtschaftlicher Bedeutung bei der einheitlichen und richtigen Erfassung, Darstellung und Analyse gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse eine immer größere Rolle. Volkswirtschaftliche Systematiken ermöglichen es, die für die Leitung und Planung erforderlichen Informationen durch wissenschaftliche Gruppierungen und Relativierungen zu gewinnen, um fundierte Entscheidungen in der Volkswirtschaft treffen zu können. Mit dem wachsenden Einsatz von EDVA für die Zwecke der Leitung der Volkswirtschaft, der Planung, Darstellung, Abrechnung, Kontrolle und Analyse der ökonomischen Prozesse der Volkswirtschaft, insbesondere der verschiedensten Pläne in allen ihren Teilen und auf allen Ebenen sowie der statistischen Berichterstattung über die Planabrechnung nimmt die Bedeutung volkswirtschaftlicher Systematiken noch zu.

- Volkswirtschaftliche Systematiken sind somit Arbeitsmittel zur einheitlichen Ordnung der zahlreichen Erfassungsobjekte und zur Schaffung aussagekräftiger Gruppierungen. Sie müssen den Bedingungen und Bedürfnissen aller Ebenen angepaßt sein, um die Vergleichbarkeit und Aggregationsfähigkeit der betrieblichen Daten und Kennziffern bis hin zur volkswirtschaftlichen Gesamtdarstellung zu sichern. Die Möglichkeit der prognostischen Arbeit mit den volkswirtschaftlichen Systematiken muß gegeben sein. Sie müssen für die Anwendung in der maschinellen Datenverarbeitung geeignet sein und ihre Einführung und rationelle Nutzung fördern. Schließlich haben sie den Bedingungen der Arbeit in den Betrieben zu entsprechen und die Aufbereitung von Primärbelegen zu ermöglichen.

Entsprechend den objektiven politischen und ökonomischen Erfordernissen und Möglichkeiten muß eine ständige Vervollkommenung der

Systematiken erfolgen. Das kann eine laufende Ergänzung und Präzisierung der bestehenden Systematik sein oder auch, in größeren Zeitabständen, etappenweise, die Überarbeitung der alten oder Schaffung einer neuen Systematik, die den neuen Anforderungen und Bedingungen entspricht.

Eng verbunden mit der Systematisierung und Verschlüsselung der Erscheinungen in der Volkswirtschaft ist die Definition der zur Leitung, Planung und Abrechnung verwendeten Kennziffern und Begriffe. Die Definitionen haben die Aufgabe, den Inhalt der Kennziffern und Begriffe konkret zu fixieren, die Abgrenzungen zwischen ihnen festzulegen und gegebenenfalls durch Berechnungsformeln u. ä. eine exakte und einheitliche Auswertung der gewonnenen Daten für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft zu ermöglichen. Durch genaue Definition erhalten Systematiken erst ihren vollen Wert.

Eine besondere Bedeutung haben internationale Systematiken. Für die wachsende Zusammenarbeit im RGW, mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern nimmt die Frage der Verständigung in einer einheitlichen Sprache, der Festlegung exakter Abgrenzungen und Inhalte bei gemeinsamen Planungs- und anderen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sonstigen gesellschaftlichen Vorhaben, beim Austausch von Daten und Kennziffern, bei der Erfassung der verschiedensten Erscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft ständig zu. Diese Aufgabe der Verständigung kann für bestimmte Bereiche von internationalen Systematiken übernommen werden.

Auch in der UNO und ihren Organisationen wird eine rege Tätigkeit auf dem Gebiet der Systematisierung, insbesondere für statistische Zwecke, entfaltet.

Deshalb wird der Mitarbeit an Systematisierungsaufgaben im Rahmen des RGW und der Beobachtung der Tätigkeit auf dem Gebiet der Systematisierung in der UNO große Aufmerksamkeit gewidmet.

Für wichtige internationale Systematiken, nach denen Zahlenlieferungen an internationale Organisationen erfolgen, wurden Verbindungsschlüssel zu den entsprechenden volkswirtschaftlichen Systematiken der DDR erarbeitet. Auf sie wird in den Artikeln zu den volkswirtschaftlichen Systematiken hingewiesen.

Betriebssystematik
=====

Notwendigkeit und Zielstellung

Die Betriebssystematik (BS) ist die verbindliche Systematik für die Planung und statistische Abrechnung nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen. Die Zuordnung der Betriebe und Einrichtungen erfolgt unabhängig von der Unterstellung unter ein Staats- oder wirtschaftsleitendes Organ und der sozialökonomischen Struktur. Bei der Darstellung statistischer Daten nach Wirtschaftszweigen oder anderen Gruppierungen der BS wird der Betrieb in seiner Gesamtheit einer Wirtschaftsgruppe zugeordnet. Ausschlaggebend für die Zuordnung, die durch die Dienststellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erfolgt, ist der Schwerpunkt der Produktion bzw. Leistung des Betriebes oder der Hauptzweck der Einrichtung.

Die Notwendigkeit der Schaffung der BS bestand darin, daß ein Instrument benötigt wurde, das frei ist von Veränderungen der verwaltungsmäßigen Unterstellung der Betriebe und deren Gruppierungen die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeitsteilung widerspiegeln, die sich historisch herausgebildet hat.

Mit Hilfe der BS werden untersucht und charakterisiert

- die gesellschaftliche Arbeitsteilung;
- die Struktur und die strukturellen Veränderungen in der Volkswirtschaft;
- die Entwicklungsrichtungen der Volkswirtschaft, die sich ableiten aus der Beobachtung langfristiger statistischer Reihen.

Die BS hat also keine operativen Aufgaben zur Lenkung und Planung des Wirtschaftsprozesses zu erfüllen, sondern dient strategischen Entscheidungsfindungen. Darüber hinaus ist sie stark mit der internationalen Arbeit und mit der Öffentlichkeitsarbeit verbunden - Aufgaben, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Bis Ende 1955 wurde in der Planung und Abrechnung die Zusammenfassung der Ergebnisse der Betriebe (Zuordnung des Betriebes als Gesamtheit = als örtliche Einheit bezeichnet) ausschließlich nach Verantwortungsbereichen (VVB, Fachministerien usw.) vorgenommen.

Diese Methode war für die o. g. Aufgabenstellung nicht befriedigend, da es sich durch die wechselnden Unterstellungsverhältnisse notwendig machte, für dynamische Vergleiche umfangreiche und komplizierte Umrechnungen vorzunehmen.

Ein Vorläufer der Betriebssystematik war die Systematik der Arbeitsstätten (Juni 1950), die für die Aufbereitung der Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1950 nach Wirtschaftszweigen und -klassen geschaffen wurde. Sie baute auf die Volkswirtschaftliche Grundsystematik auf, die seit dem 1. Januar 1947 bestand. Die ersten beiden Stellen waren mit dieser identisch, die die Volkswirtschaft in 10 Bereiche gliederte und diese weiter in Gruppen unterteilte. Dadurch stimmte die Systematik der Arbeitsstätten mit der Grundgliederung der Erzeugnisse im Allgemeinen Warenverzeichnis überein, da dieses Verzeichnis auch auf der Volkswirtschaftlichen Grundsystematik basierte.

Durch die Weiterführung der Codierung in der 3. und 4. Stelle der Systematik der Arbeitsstätten nach Wirtschaftszweigen und -klassen wurde eine relativ lückenlose Aufzählung und Klassifizierung der bestehenden Betriebskategorien und -bezeichnungen erreicht.

Entscheidendes Kriterium für die Einordnung der Betriebe in Zweige und Klassen war das Schwergewicht der Tätigkeit.

Es gab also bereits 1950 eine Gliederung der Betriebe und Einrichtungen nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen, die jedoch praktisch nur für die Aufbereitung der Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1950 sowie für einige weitere spezielle Belange - wie z. B. für die Festlegung der Gefahrenklassen für Betriebe und für Steuernummern - angewandt wurde. Sie konnte jedoch nicht für eine Systematisierung der Betriebe nach örtlichen Einheiten für die Folgejahre verwendet werden.

Die bestehende Systematik der Arbeitsstätten konnte besonders die Forderung nach analoger Gliederung mit den Erzeugnissen nicht erfüllen, da die Fehler und Mängel der Volkswirtschaftlichen Grundsystematik zur Schaffung einer neuen Grundsystematik - der Planungssystematik - geführt hatte, die den an sie gestellten Anforderungen in der Gliederung besser entsprach. Nach dieser neuen Planungssystematik erfolgte bereits die Planung und statistische Abrechnung der

Erzeugnisse (Schlüsselliste für Produktion, Materialwirtschaft und Außenhandel). Die Gliederung der Betriebe und Einrichtungen mußte also ebenfalls auf der Grundlage der Planungssystematik erarbeitet werden.

Von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik wurde eine Betriebssystematik ausgearbeitet, die 1956 in Kraft gesetzt wurde. Entsprechend der Planungssystematik wurde in der BS die Aufteilung der Volkswirtschaft in 9 Bereiche vorgenommen, die sich in Zweige untergliederten. Die in der BS über die Planungssystematik hinausgehende Betriebsgruppierung nach Wirtschaftsgruppen (Dreisteller) unterschied die Betriebe der materiellen Sphäre zusätzlich nach der überwiegenden Verwendung ihrer Hauptproduktion bzw. nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in Wirtschaftsgruppen der Abteilung I und der Abteilung II der Volkswirtschaft.

1966 wurde eine neue Betriebssystematik wirksam, die eine wesentliche Weiterentwicklung darstellt und die mit geringfügigen Veränderungen gegenwärtig gültig ist.

Die Erarbeitung der Betriebssystematik ab 1966

Die Betriebssystematik und die Erzeugnis- und Leistungs-nomenklatur der DDR (ELN) wurden um 1965 parallel erarbeitet. Beide waren ursprünglich in den produzierenden Bereichen auch in ihrer Gliederung und Verschlüsselung analog aufgebaut. Bei der kritischen Durchsicht des Entwurfs der Betriebssystematik zeigte sich jedoch, daß es weder möglich noch zweckmäßig war, für jeden Viersteller der ELN eine gesonderte Wirtschaftsgruppe zu bilden, d. h. daß die Betriebe oft nicht in der gleichen Weise wie die Erzeugnisse zu gliedern waren. Ein weiteres Problem bestand darin, daß z. B. im Wirtschaftssektor (Zweisteller) Maschinen- und Fahrzeugbau 24 Industriezweige notwendig waren, d. h. daß die Verschlüsselung der Industriezweige vier Stellen erforderte. Ausgehend von den erforderlichen vier Stellen für die Industriezweige wurde von der Abteilung Industrie der SZS vorgeschlagen, zur Erleichterung der Aufbereitung innerhalb der Wirtschaftsbereiche die Wirtschaftszweige fortlaufend zu numerieren. So lassen sich beispielsweise die Industriezweige

1 551 0 Landmaschinenbau
 1 552 0 Fördermittel- und Hebezeugbau
 1 553 0 Verbrennungskraftmaschinen-, Pumpen- und Verdichterbau
 1 554 0 Bauteile- und Maschinenelementeindustrie
 1 555 0 Bau von Metallkonstruktionen
 1 556 0 Gießereien und Schmieden
 1 557 0 Metallwarenindustrie
 usw. bei der Aufbereitung mit den zweistelligen Nummern 51 bis
 57 verschlüsseln.

Diese und weitere Gründe führten dazu, daß die Verschlüsselung der Wirtschaftszweige und der Viersteller der ELN nicht übereinstimmen. Dagegen wurde eine inhaltliche Analogie zwischen beiden Nomenklaturen erreicht. Durch die Bildung einiger zusätzlicher Wirtschaftszweige und -gruppen bzw. durch Zusammenlegungen sowie durch die im Laufe der Zeit erfolgten Ergänzungen zur ELN ist diese Analogie zwar nicht mehr durchgängig auf den ersten Blick erkennbar, aber im Prinzip noch vorhanden.

Dafür ein Beispiel. Es zeigt, wie den Industriezweigen der Chemischen Industrie (= Wirtschaftssektor 11) entsprechende Dreisteller der ELN gegenübergestellt werden können.

Wirtschaftszweig der BS		Grundgliederung (Dreisteller)d.ELN	
1 114 0	Kali- u. Steinsalzind.	141	Erzeugn. d. Ind. bergbauchem. Rohstoffe
1 115 0	Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	113	Erdöl, Erdgas, Erdölprodukte u. synthetische Produkte der Kohleveredelung
1 116 0	Anorganische und org. Grundchemie	(142	Erz. d. anorgan. Grundchemie
		(143	Erz. d. organischen Grundchem.
1 118 0	Pharmazeutische Ind.	144	Erz. d. pharmazeut. Industrie
1 119 0	Plastindustrie	145	Erz. der Plastindustrie
1 121 0	Gummi- u. Asbestind.	146	Erz. d. Gummi- u. Asbestind.
1 122 0	Chemiefaserindustrie	147	Erz. d. Chemiefaserindustrie
1 123 0	Ind. chem. u. chem.-techn. Spezialerzeugnisse	(148	Chem.- und chem.-techn. Spezialerzeugn. überwiegend f.d. Produktion
		(149	Chem. u. chem.-techn. Spezialerzeugn. überwiegend für die Konsumtion

Die Erarbeitung der BS erfolgt in Verantwortung der Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung der SZS. Durch sie wird auch der Vertrieb der BS, die im Reprodruckverfahren in der Druckerei der SZS hergestellt wird, organisiert.

Inhalt und Aufbau der BS

Die BS weist 4 Ebenen (Stufen) von Gruppierungen aus:

	<u>Stellenzahl</u>
1. Wirtschaftsbereich	X 000 0
2. Wirtschaftssektor (wird im Wirtschaftsbereich Industrie auch als Industriebereich bezeichnet)	X X00 0
3. Wirtschaftszweig	X XXX 0
4. Wirtschaftsgruppe	X XXX X

Um eine gewisse Ausgewogenheit bei den Wirtschaftszweigen zu erreichen, wird die Gliederung nicht immer konsequent eingehalten.

Bei den Wirtschaftsbereichen

2 Bauwirtschaft

7 Dienstleistende Wirtschaft

wird auf die Bildung von Wirtschaftssektoren (Zweisteller) verzichtet. Dem Wirtschaftsbereich schließt sich unmittelbar der Wirtschaftszweig an.

Auch die Untergliederung der Wirtschaftszweige nach Wirtschaftsgruppen ist nicht überall durchgeführt. Die Untergliederung fehlt dort, wo sich die Betriebe eines Wirtschaftszweiges durch fehlende Unterscheidungsmerkmale nicht aufteilen lassen bzw. eine Untergliederung nach Wirtschaftsgruppen - z. B. durch die geringe Zahl der bestehenden Betriebe - nicht sinnvoll ist.

Beispiele: 1 532 0 Bau von Bergbauausrüstungen
1 547 0 Schienenfahrzeugbau
4 115 0 Luftverkehr.

Die Volkswirtschaft der DDR wird in der BS in 9 Wirtschaftsbereiche gegliedert, die gleichzeitig eine Zuordnung zur Sphäre der materiellen Produktion und zur nichtproduktiven Sphäre zulassen.

Wirtschaftsbereiche:

1. Industrie
2. Bauwirtschaft
3. Land- und Forstwirtschaft

4. Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
5. Handel
6. Sonstige Zweige der materiellen Produktion
7. Dienstleistende Wirtschaft
8. Einrichtungen der Wissenschaft, Kultur und des Gesundheits- und Sozialwesens
9. Staatliche Verwaltung, gesellschaftliche Organisationen

Zur Abgrenzung zwischen beiden Sphären ist zu bemerken, daß entsprechend der Politischen Ökonomie des Sozialismus zur Sphäre der materiellen Produktion im Bereich des Verkehrs, Post- und Fernmeldewesens nur der Gütertransport und das Nachrichtenwesen, die die Zweige der materiellen Produktion versorgen, gehören. Aus praktischen Erwägungen werden jedoch Verkehr und Nachrichtenwesen als Ganzes der Sphäre der materiellen Produktion zugeordnet.

Die Gliederung der BS nach Wirtschaftszweigen s. Anlage 1.

Grundsätze für die Zuordnung der Betriebe und Einrichtungen:

1. Jede Betriebseinheit erhält eine fünfstellige Schlüsselnummer.

Als Betriebseinheiten gelten:

- alle als juristische Person anerkannten Betriebe,
- alle Betriebe der volkseigenen Kombinate, die von einem Ministerium bzw. den örtlichen Staatsorganen bestätigt wurden,
- alle wirtschaftlich selbständigen Organe und Einrichtungen

2. Die Zuordnung der Betriebseinheit zu den Wirtschaftsgruppen erfolgt entsprechend dem Schwerpunkt der Produktion bzw. Leistung oder dem Hauptzweck der Einrichtung.

Die Zuordnung der Industriebetriebe wird anhand der wertmäßig überwiegenden Produktion vorgenommen, und zwar auf der Basis der Abrechnung der Erzeugnispositionen des Betriebes.

(Bei Wirtschaftszweigen ohne Untergliederung nach Wirtschaftsgruppen gilt der Wirtschaftszweig mit einer Null an der fünften Stelle als Wirtschaftsgruppe.)

3. Jede Betriebseinheit wird nur einer Wirtschaftsgruppe zugeordnet.
4. Die Zuordnung ist unabhängig von der sozialökonomischen Struktur und der Unterstellung unter ein staatliches oder Wirtschaftsorgan vorzunehmen.

Die Zuordnung der Betriebe und Einrichtungen wird von den Dienststellen der SZS in Zusammenarbeit mit den Fachorganen festgelegt. Eine Änderung der Zuordnung darf nur nach Zustimmung der für den Wirtschaftszweig verantwortlichen Fachabteilung der SZS in Berlin vorgenommen werden und soll nur dann erfolgen, wenn die Hauptproduktion des Betriebes grundsätzlich umgestellt wird. Änderungen treten jeweils am 1. Januar des dem Antrag folgenden Jahres in Kraft

Beziehungen zu anderen Systematiken

Wie im Abschnitt Erarbeitung der BS dargestellt, besteht eine enge Verbindung in der Grundgliederung der BS und der ELN. Diese weitgehende inhaltliche Übereinstimmung der Grundstrukturen ist bedeutungsvoll für die Verflechtung der technischen und örtlichen Einheiten; das ist die Gegenüberstellung der Produktion der Betriebe gegliedert auf der einen Seite nach Erzeugnis(-haupt)gruppen (Zusammenfassung der Erzeugnispositionen der ELN = technische Einheiten) und auf der anderen Seite nach Wirtschaftszweigen (örtliche Einheiten).

Auf der Grundlage der Betriebssystematik wurde die "Systematik für die Zuordnung der Handwerksbetriebe sowie der Gewerbebetriebe, deren Inhaber in der Gewerberolle der Handwerkskammern der Bezirke eingetragen sind" (kurz Handwerkssystematik genannt) erarbeitet.

Die Handwerkssystematik ist das verbindliche Verzeichnis für die Planung und statistische Abrechnung der Handwerksbetriebe nach Betriebseinheiten. Als Betriebseinheit gilt der Handwerks-/Gewerbebetrieb in seiner Gesamtheit (Einzelhandwerker oder die gesamte PGH).

Im Vorwort der Handwerkssystematik wird auf die Übereinstimmung der Ziffern 1 bis 5 zwischen der Betriebs- und Handwerkssystematik hingewiesen. Dieses Prinzip ist in der Handwerkssystematik durchgängig verwirklicht worden. Für die Zuordnung der Handwerksbetriebe wurde eine zusätzliche 6. Stelle eingeführt.

Analog der Betriebssystematik erfolgt die Zuordnung des Handwerksbetriebes nach dem Schwerpunkt der Leistung.

Auch der Grundsatz, daß jeder Handwerksbetrieb nur einem 6Steller der Systematik zuzuordnen ist, entspricht der Methodik der Betriebssystematik.

Für die internationale Arbeit im Rahmen des RGW wird die Klassifikation der Volkswirtschaftszweige des RGW verwendet. Sie entspricht in der Methodik der BS. Auch die Zuordnung der Zweige zur materiellen und unproduktiven Sphäre stimmt mit geringen Ausnahmen in beiden Systematiken überein.

Die Hauptabweichungen liegen bei folgenden Gruppierungen:

Gruppierung:	BS:	KVWZ/RGW:
Holzeinschlag	Land-u.Forstw.	Industrie
Seen-und Fluß-fischerei	" "	"
F/E-Zentren	materielle Prod.	nichtprod. Bereich
Apotheken	Gesundheitswesen	Handel

Um die Übermittlung von Zahlenangaben an das RGW-Sekretariat nach einheitlichen Grundsätzen und mit minimalen Aufwand vorzunehmen, wurde durch die Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung im Jahre 1979 eine "Nummernbrücke zwischen der Klassifikation der Volkswirtschaftszweige der Mitgliedsländer des RGW und der Betriebssystematik der DDR" herausgegeben.

Anwendung der BS

Die Anwendung der BS ist durch ihre Zielstellung geprägt (s. Abschnitt Notwendigkeit und Zielstellung). Hauptanwender sind die SZS und die SPK sowie wissenschaftliche Institute und Einrichtungen für die Verfolgung langfristiger Reihen über die Entwicklung der Volkswirtschaft und ihrer Struktur, für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Veröffentlichungen (z. B. im Statistischen Jahrbuch).

Die verbindliche Anwendung der BS für die Planung und damit auch für die statistische Abrechnung wird seit 1960 in den "Methodischen Grundsätzen für die Planung der Volkswirtschaft" festgelegt, die als Sonderdruck des Gesetzblattes veröffentlicht wurde.

Pflegearbeiten und Weiterentwicklung der BS

Zur Sicherung der langfristigen Vergleichbarkeit über Angaben der Entwicklung der Volkswirtschaft und ihrer Struktur ist es oberster Grundsatz, die BS möglichst konstant zu halten. Da jedoch der Weiterentwicklung der Volkswirtschaft Rechnung getragen werden muß, werden in größeren Zeitabständen Aktualisierungen vorgenommen. Die BS, Ausgabe 1966, wurde 1975 präzisiert. Es ist geplant, mit Beginn des nächsten Fünfjahrplanes im Jahre 1986 eine neue BS wirksam werden zu lassen.

Die Überarbeitung wird in folgenden Richtungen vorgenommen:

- Aktualisierung des Inhalts und der Zuordnung von Gruppierungen zu Wirtschaftszweigen und Bereichen auf Grund des Entstehens neuer Wirtschaftskomplexe und der Wandlung der Bedeutung bestehender;
- Überprüfung der methodischen Grundsätze und des Aufbaus der BS;
- Beschreibung des Inhalts der Positionen der BS, die eine einheitliche Auslegung des Inhalts der Positionen sichert;
- Prüfung, wie die Abweichungen zur Klassifikation der Volkswirtschaftszweige des RGW weitgehend beseitigt werden können.

Im Zusammenhang mit dieser Überarbeitung ist es angebracht, die Bezeichnung der BS zu ändern in "Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR". Diese Bezeichnung würde den Inhalt der Systematik besser charakterisieren.

Die Betriebssystematik hat folgende Grundgliederung:

- 1 Industrie
- 10 Energie- und Brennstoffindustrie
- 11 Chemische Industrie
- 12 Metallurgie
- 13 Baumaterialienindustrie
- 14 Wasserwirtschaft
- 15 Maschinen- und Fahrzeugbau
- 16 Elektrotechnik/ Elektronik/ Gerätebau
- 17 Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)
- 18 Textilindustrie
- 19 Lebensmittelindustrie

- 2 Bauwirtschaft

- 3 Land- und Forstwirtschaft
- 31 Landwirtschaft
- 32 Binnenfischerei
- 33 Veterinärwesen
- 34 Agrochemie einschl. Pflanzenschutz
- 35 Trocknung und Pelletierung
- 36 Forstwirtschaft

- 4 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
- 41 Verkehr
- 45 Post- und Fernmeldewesen

- 5 Handel
- 51 Außenhandel
- 52 Binnenhandel
- 53 Kühl- und Lagerhäuser

- 6 Sonstige Zweige des produzierenden Bereichs
- 61 Wirtschaftsleitende Organe
- 62 Forschungs- und Entwicklungszentren der wirtschaftsleitenden Organe

- 63 Projektierungs- und Anlagenbaubetriebe
- 64 Geologische Untersuchungen
- 65 Verlage
- 66 Reparaturkombinate
- 67 Textiles Reinigungswesen
- 68 Rechenbetriebe
- 69 Sonstige Gruppen des produzierenden Bereichs

- 7 Dienstleistende Wirtschaft

- 8 Einrichtungen der Wissenschaft, Bildung, Kultur und des Gesundheits- und Sozialwesens
- 81 Wissenschaft und Forschung
- 82 Bildungswesen
- 83 Kultur und Kunst
- 84 Gesundheitswesen
- 85 Sozialwesen
- 86 Körperkultur und Sport
- 87 Erholungswesen und Touristik
- 88 Sozialversicherung

- 9 Staatliche Verwaltung, gesellschaftliche Organisationen
- 91 Staatliche Wirtschaftsleitungen
- 92 Staatliche Verwaltungen
- 95 Parteien und Massenorganisationen
- 98 Interessengemeinschaften

Schlüsselsystematik der Staatsorgane, der den zentralen Staatsorganen unterstellten Kombinate, der wirtschaftsleitenden Organe, Versorgungsbereiche und Fondsträger sowie der Bezirke
=====

Die o. g. Schlüsselsystematik (kurz WO-Schlüssel genannt) ist der verbindliche Schlüssel für die Gruppierung von Daten nach Verantwortungsbereichen und Betrieben.

Die Betriebe und Einrichtungen werden den staatlichen und gesellschaftlichen Organen zugeordnet, denen sie direkt unterstellt sind (Im Gegensatz dazu werden die Betriebe und Einrichtungen nach der Betriebssystematik unabhängig vom Unterstellungsverhältnis und von den Eigentumsformen gruppiert.).

Der WO-Schlüssel dient als einheitliche Schlüsselsystematik hauptsächlich der Planung, Bilanzierung, Realisierung und Abrechnung. Sie wird von der Abteilung Planung, Koordinierung und Kontrolle (PKK) der SZS erarbeitet und herausgegeben. Der WO-Schlüssel erscheint als Anordnung im Gesetzblatt Sonderdruck: z. Z. gilt der Sonderdruck Nr. 1078 vom 20. August 1982.

Notwendig werdende Änderungen im Schlüssel sind durch die zentralen Staatsorgane jährlich bis 28. Februar der SZS mitzuteilen, die die Überarbeitung vornimmt. Die sich ergebenden Änderungen werden durch Anordnung des Vorsitzenden der SPK und des Leiters der SZS in Kraft gesetzt.

Der Schlüssel gilt für die Staatsorgane, die den zentralen Staatsorganen unterstellten Kombinate, die wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe und Einrichtungen, die die Aufgaben eines Versorgungsbereiches oder Fondsträgers bzw. eine wirtschaftsleitende Funktion wahrnehmen.

Das Schlüsselverzeichnis beinhaltet den

- vierstelligen Schlüssel der Staatsorgane, der den zentralen Staatsorganen unterstellten Kombinate, der wirtschaftsleitenden Organe
- den zweistelligen Schlüssel der Bezirke (er ist identisch mit der Systematisierung der Bezirke des "Verzeichnisses der Gemeinden der DDR").

Der vierstellige Schlüssel ist so aufgebaut, daß der Zweisteller das Staatsorgan und der Viersteller die Kombinate, Betriebe und Einrichtungen verschlüsseln. Mit den Nummern 01 bis 79 werden Ministerien und zentrale Staatsorgane, mit den Nummern 81 bis 98 die Abteilungen der Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden kodiert. Im örtlichen Bereich wird die 4. Stelle der Schlüssel-Nr. zur Unterscheidung der Unterstellung genutzt (1 = bezirksgeleitet; 2 = kreis-, stadt- und gemeindegeleitet).

Neben der Schlüssel-Nr., der vollen Bezeichnung der im Schlüsselverzeichnis aufgeführten Staatsorgane, Kombinate, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe und Einrichtungen, ist für die maschinelle Datenverarbeitung eine Kurzbezeichnung (Alpha-Text) enthalten. Der Alpha-Text umfaßt maximal 20 Stellen und darf bei maschineller Anschreibung nicht verändert werden.

Außerdem sind im Schlüsselverzeichnis die Versorgungsbereiche durch das Kurzzeichen "Vb" und die Fondsträger durch das Kurzzeichen "F" kenntlich gemacht. Die Fondsträger der örtlichen Wirtschaft haben die vierstellige Schlüsselnummer in Verbindung mit der zweistelligen Schlüsselnummer des Bezirkes anzuwenden.
Beispiel:

8100 01 Wirtschaftsrat des Bezirkes Rostock

Beispiele aus dem Schlüsselverzeichnis befinden sich in den Anlagen 1 und 2

Anlage 1

1. Beispiel aus der Systematik der Staatsorgane, der den zentralen Staatsorganen unterstellten Kombinate, der wirtschaftsleitenden Organe, Versorgungsbereiche und Fondsträger sowie der Bezirke

Schlüssel- Nr.	Ver- sor- gungs- be- reich	Fonds- träger	Staatsorgan, das dem zentralen Staats- organ unterstellte Kombinat bzw. wirtschaftsleitende Organ	Alpha-Text
0100	Vb		Ministerium für Kohle und Energie	Min. Kohle/Energie
0121	F		VE Braunkohlenkombinat, Bitterfeld	Komb. BK Bitterfeld
0122	F		VE Braunkohlenkombinat, Senftenberg	Komb. BK Senftenberg
0123	F		VE Kombinat Anlagenbau Braunkohle, Regis	Komb. Anlagenbau BK
0132	F		VEB Gaskombinat, Schwarze Pumpe	Gaskombinat
0141	F		VE Kombinat Braunkohlenkraftwerke Jüschwalde	Komb. BK Kraftwerke
0142	F		VE Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner", Greifswald	Komb. Kernkraftwerke
0145	F		VE Kombinat Verbundnetze Energie, Berlin	Komb. Verbundn. Energ.
0151	F		VEB Energiekombinat, Berlin	Energiekomb. Berlin
0152	F		VEB Energiekombinat, Cottbus	Energiekomb. Cottbus
0153	F		VEB Energiekombinat, Dresden	Energiekomb. Dresden
0154	F		VEB Energiekombinat, Erfurt	Energiekomb. Erfurt
0155	F		VEB Energiekombinat, Frankfurt/Oder	Energiekomb. Frankf.
0156	F		VEB Energiekombinat, Gera	Energiekomb. Gera
0157	F		VEB Energiekombinat, Halle	Energiekomb. Halle
0158	F		VEB Energiekombinat, Karl-Marx-Stadt	Energiekomb. K-M-St.
0159	F		VEB Energiekombinat, Leipzig	Energiekomb. Leipzig
0160	F		VEB Energiekombinat, Magdeburg	Energiekomb. Magdeb.
0161	F		VEB Energiekombinat, Neubrandenburg	Energiekomb. Noddb.
usw.				

2. Beispiel aus der Systematik der Staatsorgane, der den zentralen Staatsorganen unterstellten Kombinate, der wirtschaftsleitenden Organe, Versorgungsbereiche und Fonds-träger sowie der Bezirke

Schlüssel-Nr.	Ver-sor-gungs-be-reich	Fonds-träger	Staatsorgan, das dem zentralen Staatsorgan unterstellte Kombinat bzw. wirtschaftsleitende Organ	Alpha-Text
1	2	3	4	5
(8000)			Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden (Schlüssel-Nr. 81 .. bis 98..)	Oertl. Raete
8100	F		Wirtschaftsrat des Bezirkes (ohne Örtliche Versorgungswirtschaft)	WdB
8110			Bezirksgeleitete Industrie (ohne Holz- und Kulturwaren und ohne Lebensmittel-industrie)	Bez.g.Ind.o.Holz/LMI
8160			Bezirksgeleitete Holz-und Kulturwaren-industrie	Holz/Kulturw. Ind.
8190			Bezirksgeleitete Lebensmittelindustrie	Lebensmittelind.
Im örtlichen Bereich (ab Schlüssel-Nr. 82..) ist zu beachten, daß die 4. Stelle der Schlüssel-Nr. (...0) zur Unterscheidung der Unterstellung genutzt wird; bezirksgeleitet = ...1 kreis-, stadt- und gemeindegeleitet = ...2				
8200			Abteilung Örtliche Versorgungswirtschaft	OEVV
8210			VE Textilreinigung	Textilreinigung
8220			VE Hauswirtschaftliche und persönliche Dienstleistungen	Dienstleist.hwl.
8230			VE Stadtwirtschaft	Stadtwirtschaft
8240			VE Produktionsbetriebe der ÖVV	Prod.Betr.OEVV
usw.				

Einheitliche Betriebsnummer
=====

Notwendigkeit und Zielstellung

Mit dem verstärkten Einsatz maschineller Datenverarbeitungsanlagen in den Betrieben zur Rationalisierung der Verwaltungsarbeit wurde im IV. Quartal 1969 damit begonnen, an die Betriebe einheitliche Betriebsnummern zu vergeben. Sie wurden am 1. 1. 1971 als alleinige und verbindliche Betriebsidentifikatoren auf der Grundlage der Anordnung zur Vergabe und Anwendung einheitlicher Betriebsnummern vom 4. November 1969 (Gbl. Teil II, Nr. 92 vom 1. 12. 1969) gültig. Die einheitliche BN wurde insbesondere für die Betriebe ausgearbeitet, die die Datenverarbeitungstechnik anwenden oder deren Einführung vorbereiteten.

Als Grundlage für den Aufbau wichtiger Organisationsmittel, wie z. B. Kataloge, Kundenkarteien, Leitkartensätze, Stammdatenbänder und dgl. sollten mit der Einführung der einheitlichen Betriebsnummer die Voraussetzungen für den überbetrieblichen Austausch maschinenlesbaren Datenträger geschaffen werden, ein Erfordernis für die Organisation der durchgängigen Datenverarbeitung in der gesamten Volkswirtschaft.

Die einheitliche Betriebsnummer hat zwei Vorgänger.

In den Jahren 1948/49 wurde im Gebiet der DDR vom Statistischen Zentralamt eine 9stellige Betriebsnummer eingeführt, um die Betriebe nach einheitlichen Gesichtspunkten statistisch erfassen und aufbereiten zu können. Sie war gekoppelt mit Merkmalen der Charakterisierung des Betriebes und beinhaltete die Zugehörigkeit zum Wirtschaftszweig entsprechend der Volkswirtschaftlichen Grundsystematik vom 1. 1. 1947, die Eigentumsform und den Kreis entsprechend dem Sitz des Betriebes.

Diese Koppelung stellte sich als Nachteil bei der Arbeit mit der Betriebsnummer heraus. Durch zahlreiche Änderungen in der Zugehörigkeit der Betriebe zu den Eigentumsformen machten sich viele Veränderungen der Betriebsnummern notwendig. Als mit Wirkung vom 31.12. 1955 die Volkswirtschaftliche Grundsystematik ihre Gültigkeit verlor, mußte auch ein neues System von Betriebsnummern zur Anwendung kommen.

Ab 1. 1. 1956 wurden von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik neue sechsstellige Betriebsnummern herausgegeben. Sie enthielten in den ersten beiden Stellen die Nummer des Bezirkes, in dem der Hauptsitz des Betriebes liegt; die vier weiteren Stellen beinhalteten eine fortlaufende Zählnummer. Die Verbindung der Betriebsnummer mit der Bezirksnummer zwang, bei regionalen Änderungen die Betriebsnummer zu verändern. Ein weiterer Nachteil war, daß nicht die Möglichkeit bestand, die Betriebsnummern bei der Eingabe in Datenträger automatisch zu prüfen. Dazu wäre eine Prüfziffer erforderlich gewesen.

Diese unter den Bedingungen der Lochkartentechnik noch vertretbaren Festlegungen für die Vergabe von Betriebsnummern wurden unter den Bedingungen der elektronischen Datenverarbeitung und ganz besonders der Datenspeicherung zu einem echten Hemmnis, das sich auf

- die Möglichkeit der ordnungsgemäßen Kontrolle der richtigen Einspeicherung von Betrieben,
- die Bildung und Fortführung langfristiger Reihen im Datenspeicher und
- eine Rationalisierung des Änderungsdienstes des statistischen Betriebsregisters auswirkte.

Die 6stellige Betriebsnummer bestand unverändert bis zur Einführung der einheitlichen 8stelligen Betriebsnummer am 1. 1. 1971.

Erarbeitung einer einheitlichen Betriebsnummer (BN)

Die Methodik für die Gestaltung der einheitlichen Betriebsnummer (BN) wurde von der Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung der SZS erarbeitet. Es wurde davon ausgegangen, die BN so aufzubauen, daß sie keinen größeren Veränderungen unterworfen ist. Daher wurde auf eine Bindung an charakterisierende Merkmale verzichtet.

Durch die Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung wurde eine "Anordnung zur Vergabe und Anwendung einheitlicher Betriebsnummern vom 4. November 1969" erarbeitet, die im Gesetzblatt Teil II, Nr. 92 vom 1. 12. 1969 veröffentlicht wurde. In ihr wird die verbindliche Einführung der BN ab 1. 1. 1971 festgelegt.

Für die Vergabe der BN wurden die Bezirksstellen der SZS verantwortlich gemacht. Sie erhielten von der Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung eine Arbeitsrichtlinie, nach der die Vergabe der BN einheitlich erfolgt. Weiterhin erhielten die Bezirksstellen (Abt. PKK) je nach Umfang der vorhandenen Betriebe ein Nummernkontingent in Form einer Liste mit Anschreibung der BN. Auf den Listen war ein entsprechender Bereich für den Namen und die Anschrift des Betriebes frei gelassen, die bei der Erstvergabe der BN in die Listen eingetragen wurden. In den Folgejahren wurden durch die Bezirksstellen zur Nachweisführung der vergebenen BN andere Arbeitsmittel geschaffen, wie z. B. Karteikarten. In den letzten Jahren sind die überwiegende Anzahl der Bezirksstellen dazu übergegangen, diesen Nachweis mit Hilfe von EDV-Dateien zu führen.

Inhalt und Aufbau der Einheitlichen Betriebsnummer

Bei der Gestaltung der Betriebsnummer wurde von dem Grundsatz ausgegangen, daß jede Betriebsnummer nur einmal auftreten darf. Bei mehreren Hunderttausend Betrieben, Teilbetrieben, Arbeitsstätten, Einrichtungen usw. der Volkswirtschaft ist zumindest eine 6stellige Zählnummer erforderlich. Die verbleibende Reserve an Betriebsnummern hätte jedoch nicht ausgereicht, um auch in späteren Jahren alle betrieblichen Veränderungen, wie Neugründungen, Betriebsteilungen u. a., damit abzufangen. Demzufolge wurde eine 7stellige laufende Nummer gewählt.

Die Betriebsnummer setzt sich zusammen aus einer 7stelligen laufenden Nummer plus einer Prüfziffer an der 8. Stelle. Die 8stellige Ziffernfolge ist ohne Unterbrechung zu schreiben. Die Prüfziffer wird nach Modul 11, Prüfstrest 10 ermittelt. (Die Berechnung der Prüfziffer nach Modul 11, Prüfstrest 10 ist in einem Artikel der Zeitschrift Rechentechnik/Datenverarbeitung, Nr. 12/1969 dargestellt.)

Dieses Prüfverfahren wird auch auf die Artikelnummer (Zentraler Artikelkatalog) und auf die Personenkennzahl angewendet. Auf dem Gebiet der Systematisierung wird somit der Zahlenprüfung nach Modul 11, Prüfstrest 10 der Vorrang gegeben. Eine volkswirtschaftliche Tendenz für andere Anwendungsgebiete kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden.

Bei der ursprünglichen Herausgabe der Nummernkontingente wurden die Zahlenbereiche durch die Ziffern "0" und "9" in der ersten Stelle voneinander unterschieden. Für den Zahlenbereich in der ersten Stelle mit "0" beginnend war charakteristisch, daß die Nummern in der 6. und 7. Stelle jeweils mit "0" versehen sind. Sie waren als aufteilbare Grundnummern aufzufassen, die an Kombinate und andere Hauptbetriebe, denen weitere Arbeitsstätten angeschlossen oder unterstellt sind, vergeben wurden. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, alle angeschlossenen oder unterstellten Betriebs-einheiten in der 6. und 7. Stelle der Grundnummer fortlaufend zu numerieren. Es konnte also an alle angeschlossenen oder unterstellten Arbeitsstätten jeweils eine eigene, aber vom Kombinat oder Hauptbetrieb abhängige Betriebsnummer - in den ersten fünf Stellen waren die Betriebsnummern identisch - vergeben werden. Die Betriebsnummern in der ersten Stelle mit "9" beginnend waren frei von solchem Merkmal und wurden an Betriebe vergeben, denen keine weiteren Arbeitsstätten angeschlossen oder unterstellt waren.

Bei der Arbeit mit den BN - besonders der Fortschreibung langfristiger Reihen im Datenspeicher - machte sich immer mehr der Nachteil bemerkbar, daß ein Teil der BN von der übergeordneten Einheit (Kombinat) abhingen. Dies wirkte sich besonders im Prozeß der Strukturumbildung in der Volkswirtschaft von VVB zu Kombinat aus. Mit Wirkung vom 1. 2. 1976 erfolgte daher die Festlegung, daß die bis zu diesem Zeitpunkt vergebenen Betriebsnummern fest an die Betriebe gebunden sind, d. h. sie werden nicht mehr verändert, wenn z. B. ein Betrieb in der Folgezeit einem anderen Kombinat oder Hauptbetrieb unterstellt werden sollte. Damit wurde ein von allen Informationen freier Identifikator geschaffen.

Bei Betriebszusammenlegungen oder Angliederungen erhält der neu entstandene Betrieb die BN des ökonomisch bedeutendsten dieser ehemaligen Betriebe. Bei Betriebstrennungen oder Ausgliederungen werden neue BN nur dann vergeben, wenn die abgetrennten Teile bisher keine eigene BN hatten. Als Auflösung eines Betriebes gilt seine juristische und körperliche Auflösung - die BN wird gelöscht.

Der Wegfall der Verbindung von Betriebsnummer und Kombinatnummer in der einheitlichen BN hat zur Folge, daß die Möglichkeiten der Aggregation aller zu einem Kombinat gehörenden Betriebe zu einem Gesamtergebnis des Kombinates im Prozeß der elektronischen Informationsverarbeitung nicht mehr gegeben war.

Zur Wahrung der Aussage über die Zugehörigkeit der Betriebe zu einem Kombinat wurde ab 1. 1. 1976 eine Kombinatnummer als Aufbereitungsschlüssel in der SES eingeführt.

Die Kombinatnummer erhalten alle Kombinate mit statistisch abrechnungspflichtigen nachgeordneten Einheiten, die bei der maschinellen Verarbeitung zum Kombinatsergebnis aggregiert werden müssen. Die Kombinatnummer ist eine fortlaufende dreistellige Zahl. Das Kombinat behält - analog der Betriebsnummer - die Kombinatnummer von seiner Gründung bis zur Auflösung. Deshalb dürfen an Kombinatnummern keinerlei Merkmale gebunden werden.

Die Kombinatnummer soll nur den Zwecken der statistischen Aufbereitung dienen. Sie darf nicht auf den Geschäftspapieren der Kombinate und Kombinatbetriebe erscheinen und wird auch nicht in die "Allgemeinen Angaben" der statistischen Formblätter aufgenommen.

Anwendung der einheitlichen Betriebsnummer

In der "AO zur Vergabe und Anwendung einheitlicher Betriebsnummern" ist festgelegt, daß die Betriebe und Einrichtungen aller Wirtschaftsbereiche und Eigentumsformen die BN führen: Kombinate, volkseigene Betriebe, Genossenschaften, Gesellschaften sowie staatliche Organe und Einrichtungen, selbständige Gewerbebetriebe, freiberuflich Tätige und andere selbständig wirtschaftenden Einheiten.

BN wurden an ca. 400 000 Betriebe und betriebliche Einheiten vergeben. Das sind wesentlich mehr als für statistische Berichterstattungen abrechnungspflichtig sind und im Statistischen Betriebsregister (SBR) enthalten sind (50 000 bis 55 000 Betriebe und Einrichtungen).

Es war notwendig, auch an nichtselbständige Betriebe und Betriebsteile, die in Besteller- und Lieferbeziehungen mit anderen Betrieben stehen, eine Betriebsnummer zu vergeben.

Die Betriebe, mit denen diese betrieblichen Einheiten in Direktbeziehungen stehen, benötigen für ihre Arbeit mit Hilfe der BN die Betriebsnummern von diesen Einheiten. Dem Leiter der nichtselbstän-

digen Betriebseinheit werden vom Direktor des Betriebes bestimmte Rechte und Pflichten übertragen.

Danach richtet sich, wie sie im überbetrieblichen Geschäftsverkehr auftreten kann, ob sie berechtigt ist Wirtschaftsverträge abzuschließen.

Als Kriterium für die Vergabe einer Betriebsnummer kann schon genügen, wenn die Betriebseinheit Rechnungsempfänger ist, weil es aus praktischer Sicht als sinnvoll erachtet wird, wenn die Rechnungslegung unmittelbar an den Betriebsteil erfolgt und nicht auf dem Umweg über den Betrieb. Durch die genannte Anordnung sind die Betriebe und Einrichtungen verpflichtet, im überbetrieblichen Geschäftsverkehr und in allen statistischen Erhebungen die einheitliche BN anzugeben.

Den Betrieben und Organen ist die Nutzung anderer Nummernsysteme in ihrem Bereich gestattet. Im allgemeinen verwenden die wirtschaftsleitenden Organe für die Betriebe ihres Leitungsbereiches eigene, kürzere Betriebsnummern und nicht die 8stellige Betriebsnummer. Keinem Organ oder Betrieb ist es jedoch gestattet, von Geschäftspartnern interne Kundennummern zu verlangen und von der Angabe dieser internen Nummer die Lieferung eines Erzeugnisses oder die Ausführung einer Leistung abhängig zu machen.

Entsprechend der Anordnung sind die Betriebe und Einrichtungen verpflichtet, im überbetrieblichen Geschäftsverkehr auf Briefbögen, Verträgen, Bestellungen, Lieferscheinen, Rechnungen u. ä. und in allen statistischen Erhebungen ihre Betriebsnummer anzugeben. D. h. die Betriebsnummer tritt nicht allein auf, sondern immer in Verbindung mit dem Namen und der Anschrift des Betriebes oder der Einrichtung auf den Geschäftspapieren, aus denen die Partner die Angaben für die Aufstellung eines Besteller-Lieferer-Kataloges entnehmen können.

Das ist zu beachten, weil es außer dem Statistischen Betriebsregister kein einheitliches zusammengefaßtes Material (Gesamtverzeichnis) über Betriebsnummern gibt.

Die Betriebsnummern, die nicht im Statistischen Betriebsregister gepflegt werden, sind ausschließlich in den Bezirksstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, die die Betriebsnummernvergabe eigenverantwortlich durchführen, vorhanden.

Die Nummernvergabe wird wie folgt durchgeführt:

Der Betrieb stellt einen Antrag auf Betriebsnummern für sich und seine betrieblichen Einheiten an die entsprechend seinem Sitz zuständige Bezirksstelle.

Um zu sichern, daß nur solche betrieblichen Einheiten eine Betriebsnummer erhalten, die in Besteller- oder Lieferbeziehungen mit anderen Betrieben stehen, bestätigt der Hauptbuchhalter des Betriebes auf dem Antrag die Notwendigkeit einer selbständigen BN für die aufgeführten betrieblichen Einheiten.

Die Bezirksstellen vergeben anhand der gestellten Anträge für die Betriebe und betrieblichen Einheiten die Betriebsnummern.

Liegen betriebliche Einheiten auf dem Territorium anderer Bezirke, so ist den entsprechenden Bezirksstellen mitzuteilen, welche BN die jeweilige betriebliche Einheit erhalten hat.

Verzeichnis der Gemeinden der DDR

=====

Notwendigkeit und Zielstellung der Schaffung des Verzeichnisses der Gemeinden der DDR

Das Verzeichnis der Gemeinden der DDR ist eine volkswirtschaftliche Systematik zur Darstellung ökonomischer, kultureller und sozialer Prozesse in den Territorien.

Mit der Erarbeitung des Verzeichnisses der Gemeinden der DDR wurden wichtige Voraussetzungen geschaffen für analytisch und prognostisch begründete Entscheidungen zur planmäßigen Entwicklung des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Reproduktion und seiner Teilprozesse in den territorialen Einheiten.

Die Anwendung des Verzeichnisses der Gemeinden der DDR ermöglicht eine rationelle Planung und Abrechnung volkswirtschaftlich wichtiger Informationen wie beispielsweise über

- das Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion,
- die Erhöhung der Effektivität,
- den wissenschaftlich-technischen Fortschritt,
- das Wachstum der Arbeitsproduktivität und
- die ständige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung

nach dem Standort ihrer Erscheinungen. Das Verzeichnis der Gemeinden der DDR ist damit ein wichtiges Arbeitsmittel zur zielgerichteten und planmäßigen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden der DDR.

Inhalt und Aufbau des Verzeichnisses der Gemeinden der DDR

Im Verzeichnis der Gemeinden der DDR sind sämtliche Gemeinden der DDR systematisch und in alphabetischer Reihenfolge namentlich ausgewiesen. Es basiert auf der Gemeinde- und Ortsstruktur nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1975.

Zur Charakterisierung der Größe der Gemeinden nach der Anzahl der Wohnbevölkerung ist jede Gemeinde einer Gemeindegrößenklasse zugeordnet, die dem Stand vom 30. 6. 1975 entspricht. Die Gruppierung

der Gemeindegrößenklassen ist im Vorwort des Verzeichnisses enthalten.

Das Verzeichnis der Gemeinden der DDR gliedert sich in drei Teile:

- A - Übersicht der Gemeinden der DDR mit 1000 und mehr Einwohnern
- B - Systematisches Verzeichnis der Gemeinden
- C - Alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden

Teil A:

In der Übersicht der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern sind auf der Grundlage des Standes der Wohnbevölkerung alle dazu zählenden Gemeinden der DDR, geführt von der Gemeinde mit der größten Einwohnerzahl fortlaufend nach der Größe der Wohnbevölkerungszahl namentlich enthalten.

Teil B:

Im systematischen Verzeichnis der Gemeinden sind die Gemeinden der DDR nach Bezirken und innerhalb des Bezirkes nach Kreisen gruppiert, nach einer aufsteigenden Gemeindenummer ausgewiesen.

Systematisches Ordnungsprinzip ist die Bezirks- und Kreiszugehörigkeit der Gemeinden am Stichtag des Gebietsstandes, für den das Verzeichnis erarbeitet wird.

Die Nummerierung erfolgt nach dem dekadischen System durch eine sechsstellige Schlüsselnummer, die die Bezirks- und Kreiszugehörigkeit jeder Gemeinde ausweist. Die ersten zwei Stellen drücken die laufende Nummer des Bezirkes, die weiteren zwei Stellen die laufende Nummer des Kreises innerhalb des Bezirkes und die letzten zwei Stellen die laufende Nummer der Gemeinde innerhalb des betreffenden Kreises aus.

Beispiel:

Gemeinde Sagast

Gemeinde-Nr. 04 13 46



Bezirk Potsdam

Kreis Pritzwalk

Nr. der Gemeinde innerhalb des Kreises

Am Anfang des systematischen Verzeichnisses der Gemeinden informiert eine Gesamtübersicht über alle Bezirke der DDR und folgende dazugehörige Angaben:

- Schlüssel-Nr. des Bezirkes
- Name des Bezirkes
- Anzahl der Kreise innerhalb des Bezirkes
- Anzahl der Landkreise innerhalb des Bezirkes
- Anzahl der Stadtkreise innerhalb des Bezirkes
- Anzahl der Gemeinden innerhalb des Bezirkes

Darüber hinaus ist für die DDR insgesamt die Summe der genannten Kreise und Gemeinden ausgewiesen.

In Abänderung zu den vorhergehenden Verzeichnissen der Gemeinden der DDR sind die Bezirke nicht mehr nach ihrer fortlaufenden Schlüssel-Nr., sondern nach alphabetischer Reihenfolge angeschrieben. Damit steht entsprechend ihrer politisch-ökonomischen Bedeutung die Hauptstadt der DDR an erster Stelle.

Nach der Bezirksanschreibung folgt die systematische Kreisübersicht, in der zu Beginn bezirksweise alle Kreise namentlich und mit ihrer Schlüsselnummer ebenfalls in alphabetisch geordneter Reihenfolge der Bezirke und innerhalb dieser nach aufsteigender Kreisnummer angeschrieben sind. Daran schließt sich je Bezirk in der Zweiteilung

- a) Kreisübersicht
- b) Gemeinden nach Kreisen

das eigentliche Verzeichnis der Gemeinden an.

Die Kreisübersicht gibt Auskunft über

- die Zahl der Gemeinden des Bezirkes insgesamt,
- die Schlüssel-Nr. des jeweiligen Kreises,
- den Namen des Kreises mit Hinweis auf Land- oder Stadtkreis und
- die Zahl der Gemeinden innerhalb eines jeden Kreises.

Analog der Reihenfolge in der Kreisübersicht sind unter b) alle Gemeinden des Bezirkes nach Kreisen und innerhalb dieser nach der fortlaufenden Gemeinde-Nr. mit folgenden Angaben enthalten:

- Name des Kreises bzw. der Gemeinde
- Schlüssel-Nr. des Kreises (4stellig) bzw. der Gemeinde (6stellig)
- Schlüssel-Nr. der Gemeindegrößenklasse (2stellig) nach der Zahl der Einwohner.

Eine Ausnahme bilden die Angaben über die Hauptstadt Berlin, die unter a) eine Übersicht der Stadtbezirke mit

- Schlüssel-Nr. des Stadtbezirkes,
 - Name des Stadtbezirkes und
 - Zahl der Ortsteile je Stadtbezirk
- enthält. Unter b) sind die Ortsteile nach Stadtbezirken mit folgenden Informationen angeschrieben:
- Name des Stadtbezirkes bzw. des Ortsteiles,
 - Schlüssel-Nr. des Stadtbezirkes,
 - Schlüssel-Nr. des Ortsteiles.

Die Ortsteile sind mit einer zweistelligen fortlaufenden Nummer je Stadtbezirk verschlüsselt.

Teil C:

Im alphabetischen Verzeichnis der Gemeinden sind alle Gemeinden der DDR namentlich mit der sechsstelligen Gemeinde-Nr. und der vierstelligen Postleitzahl der DDR ausgewiesen.

Da die Gemeinde- und Ortsstruktur der DDR einer ständigen Entwicklung unterliegt, wird das Verzeichnis der Gemeinden turnusgemäß entsprechend dem bestehenden Gebietsstand der DDR aktualisiert. Es wird von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erarbeitet und in Buchform den Nutzern zur Verfügung gestellt. Herausgeber ist der Staatsverlag der DDR.

Das Verzeichnis der Gemeinden der DDR steht in enger Korrespondenz zu dem Territorialen Grundschlüssel, indem die sechsstellige Gemeinde-Nr. voll in der zehnstelligen Nummer des Territorialen Grundschlüssels integriert ist.

Anwendung des Verzeichnisses der Gemeinden der DDR

Das Verzeichnis der Gemeinden der DDR wird grundsätzlich für alle statistischen Erhebungs-, Aufbereitungs- und Auswertungsprozesse angewendet. Jede Erfassungseinheit ist territorial gegliedert, so daß je nach Erfassungsebene der Bezirk (die 1.zwei Stellen), der Kreis (die 1.vier Stellen) oder die Gemeinde (alle sechs Stellen der Gemeinde-Nr.) für die Zuordnung der Berichtspflichtigen von Bedeutung sind.

Das Verzeichnis der Gemeinden der DDR trägt volkswirtschaftlichen Charakter und ist für alle Berichterstattungspflichtigen zur Kennzeichnung ihrer territorialen Zugehörigkeit verbindlich. Als fester Bestandteil des statistischen Betriebsregisters sind die Daten des Verzeichnisses der Gemeinden der DDR maschinell gespeichert.

Territorialer Grundschlüssel =====

Notwendigkeit und Zielstellung der Schaffung des Territorialen Grundschlüssels

Der Territoriale Grundschlüssel ist eine volkswirtschaftliche Systematik zur Verschlüsselung der Untergliederung des Territoriums der Stadtkreise, kreisangehörigen Städte, Stadtbezirke und Gemeinden in Wohnbezirke, Straßen und Häuser bzw. Grundstücke.

Er wurde auf der Grundlage und in Ergänzung des Gemeindeverzeichnisses der DDR für die weitere Vervollkommenung der Darstellung gesellschaftlicher, insbesondere ökonomischer und demographischer Prozesse im Territorium erarbeitet und dient vor allem den örtlichen Räten zur Qualifizierung ihrer Leitungstätigkeit.

Als wichtiges Instrument der Territorial- und Bevölkerungsstatistik ermöglicht der Territoriale Grundschlüssel eine rationelle Planung und Abrechnung hinsichtlich der

- territorialen Standortverteilung der Produktivkräfte;
- territorialen Bilanzierung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und der Bauproduktion sowie des effektivsten Einsatzes der territorialen Ressourcen;
- Standortverteilung der Investitionen und deren territoriale Sicherung;
- Entwicklung des Siedlungsnetzes und der Siedlungsstruktur;
- ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklung im Territorium zur Koordinierung der Maßnahmen der Betriebe, Einrichtungen und örtlichen Räte mit dem Ziel, die Übereinstimmung der Entwicklung der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft mit der Entwicklung in den Territorien zu sichern.

Erarbeitung des Territorialen Grundschlüssels

Mit der "Anordnung über die Anwendung des Territorialen Grundschlüssels bei der Untergliederung der Territorien der Stadtkreise, der kreisangehörigen Städte, Stadtbezirke und Gemeinden vom 5.12.1968" wurden die örtlichen Räte verpflichtet, eine Unterteilung ihres Territoriums für Klassifizierungen vorzunehmen mit dem Ziel, den

zu erarbeitenden Territorialen Grundschlüssel für die Erfassung, Aufbereitung und Wahrung der Einheitlichkeit in der Dokumentation von Daten anzuwenden.

Auf Grund der "Anordnung über den Territorialen Grundschlüssel vom 6.12.1976" hatten die örtlichen Räte zusätzlich zu sichern, daß der Territoriale Grundschlüssel ab 1.1.1978 dokumentiert vorliegt und mindestens jährlich eine Aktualisierung vorgenommen wird.

Für die einheitliche Erfassung, Dokumentation und Aktualisierung des Territorialen Grundschlüssels ist im Stadtkreis ohne Stadtbezirke der Erste Stellvertreter des Oberbürgermeisters, im Stadtbezirk der Erste Stellvertreter des Stadtbezirksbürgermeisters und in kreisangehörigen Städten und Gemeinden der Bürgermeister verantwortlich.

Die erforderlichen Bestimmungen zur Erfassung, Dokumentation und Aktualisierung des Territorialen Grundschlüssels werden von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erlassen.

Inhalt und Aufbau des Territorialen Grundschlüssels

Der Territoriale Grundschlüssel ist zehnstellig. Er schließt an die sechsstellige Gemeinde-Nr. entsprechend dem Verzeichnis der Gemeinden der DDR an und umfaßt in nachstehender Reihenfolge:

- 3 Stellen für den Wohnbezirk,
- 2 Stellen für die Straße (bzw. den Straßenabschnitt) im Wohnbezirk,
- 3 Stellen für die Haus-/Grundstücks-Nr.,
- 1 Stelle für die alphabetische Unterteilung der Haus-/ Grundstücks-Nr.,
- 1 Stelle für die Prüfziffer.

Beispiel für die Anwendung des Territorialen Grundschlüssels:

Wohnbezirk
3

Straße
Dorfstraße

Grundstück
4 B

Prüfziffer
4

003

02

004 2

Die Prüfziffer wird maschinell gebildet und dient der Datensicherung.

Die Gliederungseinheiten Gemarkung, Flur und Flurstück, die in der staatlichen Grundstücksdokumentation des Liegenschaftsdienstes Anwendung finden, werden im Territorialen Grundschlüssel nicht verschlüsselt.

Sind bei begründetem Bedarf vom Aufbau des Territorialen Grundschlüssels abweichende territoriale Untergliederungen erforderlich, so erfolgt ihre Abgrenzung entweder durch Addressierung von Grundstücken, Straßen und Wohnbezirken mittels Territorialem Grundschlüssel oder durch Ergänzung des Territorialen Grundschlüssels mit zusätzlichen Schlüsseln. Das Grundstück als kleinste Bezugseinheit im Territorialen Grundschlüssel kann so beliebig zu größeren territorialen Einheiten, wie zu Grundstücksblöcken (Gevierten), Wohnbezirksteilen, Wohngebieten und anderen territorialen Gruppierungen (z. B. Wahlbezirken, Einschulungsgebieten, Versorgungsbereichen, Zählbezirken) zusammengefaßt bzw. aggregiert werden.

Anwendung des Territorialen Grundschlüssels

Der Territoriale Grundschlüssel hat volkswirtschaftlich verbindlichen Charakter und wird angewendet für die einheitliche und rationelle Erfassung, Aufbereitung, Dokumentation und Aktualisierung territorialer Daten über Wohnbezirke, Straßen und Häuser bzw. Grundstücke.

Die mit Hilfe des Territorialen Grundschlüssels gewonnenen Informationen ermöglichen den örtlichen Räten, Abgeordneten und gesellschaftlichen Kräften die weitere zielgerichtete und effektive Gestaltung der ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklung in ihrem Territorium.

Aktualisierung des Territorialen Grundschlüssels

Die Aktualisierung des Territorialen Grundschlüssels umfaßt alle durch Beschlüsse der Volksvertretungen bzw. durch Ratsbeschlüsse festgelegten Veränderungen zur territorialen Gliederung bzw. zur Wohnbezirkseinteilung und Straßenbezeichnung wie z. B.:

- Veränderungen der territorialen Gliederung
 - . Bildung und Auflösung von Kreisen
 - . Bildung und Auflösung von Stadtbezirken in Stadtkreisen
 - . Bildung und Zusammenschluß von Städten und Gemeinden
 - . Änderung von Kreisgrenzen
 - . Änderung von Stadt- und Gemeindegrenzen

- Veränderungen zu Wohnbezirken in Städten und Gemeinden
 - . Bildung, Auflösung und Zusammenschluß von Wohnbezirken
 - . Änderung der Wohnbezirksgrenzen
 - . Änderung vorgegebener Wohnbezirksnummern
 - . Änderung von Wohnbezirksbezeichnungen
- Veränderungen zu Straßen innerhalb der Wohnbezirke
 - . Bildung und Auflösung von Straßen
 - . Änderung der Straßenabgrenzung
 - . Änderung der Straßenbezeichnungen
 - . Änderung vorgegebener Straßennummern
- Veränderungen bei Grundstücksnummern
 - . Bildung und Auflösung von Grundstücken
 - . Änderung vergebener Grundstücksnummern
- Veränderungen der Ortsteilnummern
- Veränderungen der Postleitzahlen

In Verantwortung der örtlichen Staatsorgane wird der Territoriale Grundschlüssel mindestens jährlich einmal aktualisiert, so daß die in ihm enthaltenen Daten mit den tatsächlichen territorialen Untergliederungen in Übereinstimmung bleiben.

Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR (ELN)

=====

Entwicklung der Erzeugnisklassifikation in der DDR

Erzeugnisklassifikationen sind wichtige Arbeitsmittel für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung der Produktion. Daher wurde bereits im August 1946 von der damaligen Deutschen Zentralverwaltung der Industrie ein Allgemeines Warenverzeichnis herausgegeben, das für die Planung und Statistik auf dem Gebiet der heutigen DDR Gültigkeit hatte. Dieses Verzeichnis enthielt fünfstelligen Warennummern und war in 25 Hauptgruppen der Industrie und Landwirtschaft unterteilt.

Dieses Verzeichnis entsprach bald nicht mehr den Anforderungen. Im Juli 1947 wurde daher der Beschluß gefaßt, ein neues Warenverzeichnis zu entwickeln und es nach der vom 1.1.1947 an gültigen Volkswirtschaftlichen Grundsystematik zu gliedern. Die Übereinstimmung mit der zweistelligen Volkswirtschaftlichen Grundsystematik bezog sich auf die Bereiche mit Warenproduktion:

- 10 , Land- und Forstwirtschaft
- 20 Bergbau, Energie, Metallurgie
- 30 Eisen- und Metallverarbeitung
- 40 Chemie
- 50 Holz- und Kunstmassenverarbeitung
- 60 Verbrauchsgüter

Dieses neue sechsstelligen Allgemeine Warenverzeichnis wurde 1949 herausgegeben.

Die während des Zweijahrplanes gesammelten Erfahrungen zeigten, daß auch die sechsstelligen Warennummern den Anforderungen nicht mehr entsprachen. Als besonderer Mangel wurde die grobe Zusammenfassung der Erzeugnisse angesehen. Eine Verfeinerung nach Warenarten machte sich daher erforderlich. Um jedoch die Vergleichbarkeit zu erhalten, wurde der Inhalt der bisherigen sechsstelligen Warennummern beibehalten und die Verfeinerung durch Hinzufügen der siebenten und achten Stelle vorgenommen. Dieses achtstelligen Warenverzeichnis wurde ab 1. Januar 1951 eingeführt.

Das "Allgemeine Warenverzeichnis" war als Basisnomenklatur für die Erzeugnisklassifikation der DDR anzusehen. Aufgrund seines Aufbaues, basierend auf den Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre, konnte es jedoch sehr bald nicht mehr als unmittelbare Planungssystematik für die Produktion verwendet werden. Aus diesem Grunde bestand neben dem "Allgemeinen Warenverzeichnis" eine "Schlüsselliste", in der die Positionen des "Allgemeinen Warenverzeichnisses" zu ca. 5 000 "Planpositionen" entsprechend den Erfordernissen von Planung und Abrechnung neu gruppiert wurden. Dieser Dualismus auf dem Gebiet der Erzeugnissystematisierung war unbefriedigend. Die vervollkommnete sozialistische Planung in der DDR erforderte somit auch eine grundsätzliche neue Klassifikation der Erzeugnisse.

Nach gründlicher Vorbereitung wurde daher die noch heute gültige "Erzeugnis- und Leistungs-nomenklatur der DDR" (ELN) mit Wirkung vom 1.1.1968 eingeführt.

Zielstellung an eine neue Systematisierung der Erzeugnisse

Zur Erarbeitung der ELN wurden in einer Richtlinie die Zielstellung der Systematik sowie die Prinzipien des Aufbaus der Erarbeitung festgelegt. Als besonders wesentliche Fakten sind zu nennen:

- Die Systematik muß so aufgebaut sein, daß sie den Informationsbedürfnissen der leitenden Organe der Volkswirtschaft der verschiedenen Ebenen entspricht, um fundierte Entscheidungen für Planung, Leitung und Entwicklung der Produktion treffen zu können.
- Sie muß die Erfassung, Darstellung und Analysierung der ökonomischen Prozesse nach der Erzeugnisstruktur ermöglichen.
- Sie muß als Arbeitsmittel eine einheitliche Ordnung der zahlreichen Erzeugnisse und die Bildung aussagekräftiger Gruppierungen sichern.
- Sie muß die Bildung paßfähiger Bilanzen ermöglichen.
- Sie muß den Bedingungen der Arbeit in den Betrieben entsprechen.
- Sie muß die rationelle Nutzung der maschinellen Datenverarbeitung ermöglichen.

Aus diesen prinzipiellen Forderungen an die Erzeugnissystematik ergaben sich vor allem folgende Prämissen:

- Die Erzeugnissystematik muß universellen Charakter tragen und möglichst umfassend anwendbar sein. Die Anwendungsbreite hat sich zumindest zu erstrecken auf
 - . die Planung, Bilanzierung und Abrechnung der Produktion
 - . die Planung, Bilanzierung und Abrechnung des Außenhandels
 - . die materiell-technische Versorgung der Volkswirtschaft
 - . die Preisbildung.
- Sie muß sowohl die Funktion des "Allgemeinen Warenverzeichnisses" als auch der "Schlüsselliste" übernehmen.
- Sie muß eine unkomplizierte Umcodierung zu den Positionen der Erzeugnisklassifikation des Konsumgüterbinnenhandels zulassen.
- Sie muß der historisch gewachsenen Produktionsstruktur der DDR entsprechen.

Prinzipielle Anforderungen

Wie bei jeder Systematik waren bei der Erarbeitung zur Erreichung der vorstehend genannten Zielstellung grundsätzliche Forderungen einzuhalten. Als wichtigste seien genannt:

- Die in die Systematik aufzunehmenden Erzeugnisse und zusammenfassenden Oberbegriffe müssen den Gegenstand eindeutig identifizieren. So dürfen z. B. Erzeugnisse nicht mit "groß" oder "klein", "schwer" oder "leicht" abgegrenzt sein und somit die Zuordnung dem Ermessen des jeweiligen Anwenders überlassen, sondern die Abgrenzungskriterien haben nach technischen Merkmalen eindeutig zu erfolgen.
- Die Gruppierung innerhalb eines Erzeugniskomplexes soll durchgängig einheitlich nach den gleichen Merkmalen erfolgen. Würde man z. B. Kraftfahrzeuge auf der gleichen Gruppierungsebene sowohl nach der PS-Zahl als nach dem Verwendungszweck aufführen, wären mehrere Zuordnungsmöglichkeiten gegeben. Unterschiedliche Gruppierungsmerkmale müssen daher nacheinander in verschiedenen Ebenen der Systematik ausgedrückt werden.
- Die Bezeichnung der Positionen mit Fantasienamen, Fabrikzeichnungen u. ä. kann nur dann akzeptiert werden, wenn diese

Bezeichnungen sich als Erzeugnistyp allgemein durchgesetzt haben, wie z. B. Siemens-Martin-Stahl.

- Die Abgrenzungen und Bezeichnungen der Erzeugnisse sollen den geltenden Standards entsprechen.
- Die Systematik muß so aufgebaut sein, daß alle Erzeugnisse, die in der Volkswirtschaft hergestellt oder importiert werden, den Positionen eindeutig zugeordnet werden können. Als Hilfsmittel wurden für weniger bedeutsame Erzeugnisse die Positionen "Sonstige" auf jeder Klassifizierungsebene geschaffen, die in der Regel jeweils die Codebezeichnung 9 erhielten.
- Wegen der ständigen Entwicklung neuer Erzeugnisse muß eine Erzeugnissystematik eine relativ große Redundanz haben, um diese neuen Erzeugnisse sinnvoll einordnen zu können.
- Der Code selbst soll möglichst kurz und überschaubar sein.

Inhalt der ELN der DDR

In der ELN sind die Erzeugnisse der Industrie (einschließlich des produzierenden Handwerks), der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Fischerei und der Bauwirtschaft systematisiert, die im Inland produziert oder aus dem Ausland eingeführt werden. Diese Systematisierung geschieht in den ca. 100 000 Positionen der ELN. Da in der Volkswirtschaft etwa 100 Millionen Artikel hergestellt werden, konnte nicht für jeden Artikel eine gesonderte ELN-Position geschaffen werden. Die Auswahl wurde in der Weise vorgenommen, daß Erzeugnisse von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung, die in der Planung, Bilanzierung oder Abrechnung eine hervorragende Stelle einnehmen, als Einzelpositionen in der Systematik erscheinen. Je nach der Wichtigkeit werden andere Erzeugnisse in kleineren oder größeren Gruppen zusammengefaßt. Erzeugnisse von untergeordneter Bedeutung werden den Positionen "Sonstige" zugeordnet. Trotz dieser Wertigkeit bei der Systematisierung wurde angestrebt, eine allgemeine Homogenität in der Gesamtsystematik durchzusetzen. Neben den Erzeugnissen der produzierenden Bereiche enthält die ELN auch materielle Leistungen, wie z. B. Reparatur-, Montage- und Veredelungsleistungen.

Ende der 70er Jahre wurde die ELN um die Leistungen weiterer Bereiche der Volkswirtschaft ergänzt.

Jede Position der ELN setzt sich aus der verbindlichen verbalen Bezeichnung und der 8stelligen Schlüssel-Nummer zusammen.

Außerdem sind zu jeder ELN-Position eine oder mehrere Maßeinheiten sowie deren Schlüssel-Nummern angegeben (s. S. 73)

Aufbau der ELN

Die Grundgliederung der ELN entspricht in erster Linie den historisch gewachsenen Produktionsstrukturen in der DDR. Um den Aufbau möglichst voll nach den praktischen Bedürfnissen von Planung, Bilanzierung und Abrechnung gestalten zu können, wurde bewußt auf einen Aufbau nach einem theoretisch möglichen einheitlichen Gesichtspunkt verzichtet. Daher enthält die ELN unterschiedliche Elemente in der Grundgliederung:

- Gliederungen nach dem Grundmaterial (z. B. Erzeugnisse der Schwarzmetallurgie, Erzeugnisse der Buntmetallurgie, Erzeugnisse der Glas- und Keramikindustrie, Erzeugnisse der Holzindustrie),
- Gliederungen nach dem Verwendungszweck (z. B. Erzeugnisse der Lebensmittelindustrie, Erzeugnisse der Kulturwarenindustrie, Erzeugnisse der Sportwarenindustrie, Erzeugnisse der Möbelindustrie),
- Gliederungen nach der Produktionstechnik (z. B. Erzeugnisse der chemischen Industrie, Erzeugnisse der Gießereien, Erzeugnisse der Schmieden).

Bei diesem Grundaufbau nach unterschiedlichen Gesichtspunkten wurden auftretende Probleme der Abgrenzung in Kauf genommen.

Die Grundgliederung ist für die Erzeugnisse der Industrie ein 3Steller, für alle übrigen Bereiche der Volkswirtschaft ein 2Steller. Die erste Stelle wurde analog der Zweigklassifikation der Volkswirtschaft gebildet (Grundgliederung der ELN s. Anl. 1).

Die Schlüssel-Nummer der ELN hat eine Länge von 8 Stellen, der Aufbau wurde, von sehr geringen Ausnahmen abgesehen, nach dem dekadischen Prinzip vorgenommen. Dieses dekadische Prinzip wurde in der Weise angewandt, daß in jeder Gliederungsstufe (Stelle der Schlüssel-Nummer) die 0 zur Kennzeichnung des zusammenfassenden Oberbegriffs verwendet wird und für die Unterteilung neun Möglichkeiten gegeben sind. Die Ziffer 9 jeder Stelle kennzeichnet dabei, wie bereits angedeutet, den Begriff "Sonstige" für diese Gliederungsebene.

Die Gliederungsgesichtspunkte der einzelnen Stufen ergeben sich aus der Art der Erzeugnisse des betreffenden 3Stellers und den Anforderungen der Planung, Bilanzierung und Abrechnung (Beispiele der Weitergliederung siehe Anlage 2).

Bei einem Teil der Erzeugnisgruppen gelten - insbesondere in der 7. und 8. Stelle - gleiche Gliederungsmerkmale für mehrere 4-, 5- oder 6Steller. Um die Übersichtlichkeit der Systematik zu erhöhen und ihr Volumen in Grenzen zu halten, wurden in derartigen Fällen diese sich ständig wiederholenden Gliederungselemente nicht bei jeder Position aufgeführt, sondern generell an den Anfang des betreffenden Oberbegriffs gesetzt (Beispiel siehe Anlage 3).

Rechtsgrundlagen für die Schaffung der ELN und ihrer Anwendung

Grundlage für die Erarbeitung und Einführung der ELN war ein Beschluß der Ökonomischen Kommission beim Präsidium des Ministerrates der DDR im August 1964. In ihm wurde die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR (SZS) für die Leitung aller Arbeiten zur Schaffung der ELN verantwortlich gemacht.

Die Verantwortung der SZS für die Übernahme von Aufgaben der volkswirtschaftlichen Systematisierung ist in ihrem Statut prinzipiell festgelegt.

In der Verordnung über Rechnungsführung und Statistik wird diese Grundsatzfestlegung des Statutes weiter spezifiziert. Hier wird u. a. festgelegt, daß die unter Leitung der SZS erarbeiteten Systematiken von allen Staatsorganen, wirtschaftsleitenden Organen und Betrieben anzuwenden sind und die Leiter der zentralen Staatsorgane

weitere Systematiken nur auf Basis der volkswirtschaftlichen Systematiken der SZS und nach vorheriger Abstimmung mit der SZS herausgeben können.

Die verbindliche Anwendung der ELN in der Volkswirtschaftsplanung wird noch einmal konkret in der Ordnung der Planung für die jeweiligen Fünfjahrplanzeiträume durch die Staatliche Plankommission angewiesen.

Analog wird die ELN für die statistische Berichterstattung mit den Richtlinien für das statistische Berichtswesen durchgesetzt. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Rechtsgrundlagen, die die Durchsetzung der ELN auf speziellen Anwendungsgebieten regeln, wie z. B. für

- . die Etikettierung der Waren
- . die einheitliche Zuordnung der Erzeugnisse zu den Positionen der ELN
- . die Verantwortung für die Zuordnung der Einzelerzeugnisse
- . die Anwendung in der Preisbildung
- . die Anwendung bei der Artikelkatalogisierung.

Erarbeitung der ELN

Zur Realisierung der vom Präsidium des Ministerrates der DDR vorgegebenen Aufgabenstellung wurde unter Leitung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR ein Arbeitskreis gebildet, dem entscheidungsbefugte Mitarbeiter aller zentralen Staatsorgane angehörten, in deren Arbeitsgebiet eine Erzeugnisssystematik Bedeutung haben konnte.

Dieser Arbeitskreis beriet und bestätigte zunächst die von der SZS vorgelegten methodischen Prinzipien, die Grundgliederung und die Arbeitsorganisation. Die Ausarbeitung der Feingliederung der ELN bis zur 8. Stelle wurde dann von den damals zuständigen Vereinigungen Volkseigener Betriebe und den Kombinatzen vorgenommen. Die übergeordneten zentralen Staatsorgane hatten diese Entwürfe für ihren Bereich zu koordinieren und übergaben den Gesamtentwurf der SZS.

Hier fand eine nochmalige Überprüfung auf Einhaltung der methodischen Grundsätze, die Kontrolle auf Überschneidungen, Vollständigkeit und in anderen inhaltlichen Fragen statt.

Der Arbeitskreis beriet abschließend in Etappen den von der SZS vorgelegten redigierten Entwurf. Dieser Arbeitskreis war gleichzeitig kompetent für die endgültige Bestätigung der Systematik.

Die Aufgaben der Endredaktion und Drucklegung wurden abschließend durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR durchgeführt. Diese Erarbeitungsmethode sicherte, daß sowohl die Belange der Volkswirtschaftsplanung, Bilanzierung und Abrechnung wie die Gliederungsbedürfnisse der Betriebe ihren Niederschlag fanden.

Anwendung der ELN

Das Anwendungsgebiet der ELN läßt sich vom Grundsatz wie folgt definieren: Die ELN ist die Basissystematik für die Leitung, Planung, Bilanzierung und Abrechnung der Produktion, des Außenhandels und der materiell-technischen Versorgung auf allen Ebenen der Volkswirtschaft.

Das Wort Basissystematik bedeutet folgendes: Die ELN enthält ca. 100 000 Positionen. Es ist nicht das Ziel der Volkswirtschaftsplanung irgendeiner Leitungsebene, alle Positionen zu planen, zu bilanzieren oder in der statistischen Abrechnung zu erfassen. Hierzu werden spezielle Planungs- bzw. Abrechnungsnomenklaturen erarbeitet. Diese speziellen Nomenklaturen sind entsprechend der Aufgabenstellung, dem Erfassungszeitraum und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Erzeugnisse unterschiedlich in ihrem Umfang und Inhalt. Entscheidend ist jedoch, daß ihnen allen die ELN zugrunde liegt, sie stellen nur Auszüge unter Verwendung der Bezeichnung und Codierung der ELN dar. Diese Einheitlichkeit der Sprache sichert exakte Vergleichsmöglichkeiten, eine konkrete Planabrechnung und die Aufstellung langfristiger Reihen.

In einigen Fällen, so insbesondere im Bilanzverzeichnis, werden bei bestimmten Gruppen mehrere ELN-Positionen bzw. Oberbegriffe zu einer Bilanzposition zusammengefaßt. Dieses Verfahren hebt jedoch den Grundsatz der Priorität der ELN nicht auf.

Die Verwendung einer Nomenklatur für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung in ihren jeweils weiter differenzierten Aufgabengebieten sichert ebenfalls, daß alle in der Volkswirtschaft gewonnenen Daten konkret zueinander in Beziehung gesetzt werden können. Auch ist die Verwendung einer einheitlichen Nomenklatur für die Produktion, den Außenhandel und die materiell-technische Versorgung eine der Voraussetzungen für eine durchgehende volkswirtschaftliche Bilanzierung.

Nach diesen Darlegungen dürfte selbstverständlich sein, daß die ELN gleichermaßen für alle zentralen wie örtlichen Staatsorgane, Kombinate und für die Betriebe gültig ist. Um ihren Aufgaben für die o. g. Zwecke nachkommen zu können, haben die Produktionsbetriebe ihre Produktionsdaten usw. nach ELN-Positionen zu erfassen.

Neben der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung der ELN ist sie ebenso bedeutungsvoll für den zwischenbetrieblichen Geschäftsverkehr. Die einheitlichen Vordrucke für Verträge, Rechnungen, Lieferorscheine verlangen die Angaben der für das Erzeugnis zutreffenden ELN-Nummer.

Wenn es in Einzelfällen unterschiedliche Auslegungen über die Zuordnung von Erzeugnissen zu den Positionen der ELN gibt, so haben die für die Bilanzierung des betreffenden Erzeugnisses zuständigen Kombinate bzw. Organe über die Zuordnung zu entscheiden. Wird keine Einigung erzielt, sind die Minister für eine endgültige Entscheidungsfindung verantwortlich.

Welches Organ bilanzverantwortlich ist, regelt das Bilanzverzeichnis. Hinzuzufügen ist noch, daß unterschiedliche methodische Auslegungen durch die SZS auf der Basis des Grundaufbaus und der Grundmethodik der ELN geklärt werden.

Pflege der ELN

Zur Sicherung einer einheitlichen Planung, Bilanzierung und Abrechnung der Produktion sowie zur langfristigen Vergleichbarkeit der Entwicklung ist es oberster Grundsatz, die ELN möglichst konstant zu halten.

Andererseits muß jedoch die ständige technische Weiterentwicklung auch in der ELN ihren Niederschlag finden. Aus diesem Grunde gibt

die SZS jährlich "Ergänzungen" zur ELN heraus. Die Ergänzungen beinhalten in der Regel Neuaufnahmen von Erzeugnissen. Andererseits bedingt die technische Weiterentwicklung auch, daß Gruppen in ihrem Grundaufbau verändert werden müssen.

Der Verfahrensweg zur Erarbeitung der Ergänzungen wurde von der SZS in einer "Ordnung zur Erarbeitung und Herausgabe von Ergänzungen der ELN" festgelegt. Entsprechend dieser Ordnung sind die Vorschläge von den im Bilanzverzeichnis festgelegten Bilanzorganen bei der SZS einzureichen. Je nach der Bedeutung der von der Änderung betroffenen Erzeugnisse sind Abstimmungsunterlagen mit anderen Organen und Betrieben beizubringen.

Die SZS überprüft diese Vorschläge und entscheidet über die Aufnahme in die ELN.

Die redaktionelle Bearbeitung und Drucklegung wird von der SZS vorgenommen. Besonders hervorzuheben ist, daß alle Seiten, auf denen auch nur wenige Veränderungen erfolgen, als Auswechselseiten neu gedruckt werden. Hierdurch wird der Aufwand zur Einarbeitung der Ergänzung auf ein Minimum beschränkt und werden Fehler beim Einbessern vermieden.

Technische Gestaltung und Vertrieb

Die ELN wird zur leichteren Handhabbarkeit in 9 Bänden herausgegeben. Der Inhalt der Bände entspricht nicht immer der laufenden Reihenfolge des 3stelligen Grundaufbaus, um die praktische Arbeit mit der ELN zu erleichtern (z. B. Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft wurden in einem Band zusammengefaßt).

Die derzeit gültige Ausgabe wurde im Repro-Verfahren und Offsetdruck hergestellt.

Zum leichteren Einarbeiten der "Ergänzungen" erscheint die ELN als Lose-Blatt-Werk mit bedruckten Reißmechanik-Ordnern im Format A 5. Diese Form sichert, wie bereits erwähnt, ein einfaches Einarbeiten aller Ergänzungen.

Die Systematik wird im Rahmen des Verlags- und Vertriebssystems für amtliche Dokumente hergestellt und kann von allen Betrieben und Organen bezogen werden. (Publikationsbeispiele s. Anlage 4)

Systematiken, die in unmittelbarer Verbindung zur ELN stehen

Zu diesem Komplex gehören insbesondere zwei Systematiken,

1. der Schlüssel der statistischen und physikalisch-technischen Maßeinheiten (LE-Schlüssel), (s. S. 73)
2. der "Zentrale Artikelkatalog der Volkswirtschaft der DDR" (ZAK). (s. S. 57)

Grundgliederung der

Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR

- 111 Elektroenergie, künstliche Gase und Wärmeenergie
- 112 Erzeugnisse der Industrie fester Brennstoffe
- 113 Erdöl, Erdgas, Erdölprodukte und synthetische Produkte der Kohleveredlung
- 114 Brennstoffe für Kernkraftwerke

- 121 Erzeugnisse der Schwarzmetallurgie (einschl. Erze)
- 122 Erzeugnisse der NE-Metallurgie (einschl. Erze)
- 124 Erzeugnisse der Gießereien
- 125 Erzeugnisse der Schmieden

- 131 Maschinen und Ausrüstungen für die Grundstoffindustrie, Bau- und Baustoffindustrie, Glas- und Keramikindustrie sowie luft- und kältetechnische Ausrüstungen
- 132 Maschinen und Ausrüstungen für die metall- und plastverarbeitende Industrie
- 133 Maschinen und Ausrüstungen für die Leicht- und Lebensmittelindustrie und Verpackungsmaschinen
- 134 Transport- und Fördermittel und landwirtschaftliche Maschinen
- 135 Komplettierungsteile des Maschinenbaus
- 136 Elektrotechnische Erzeugnisse
- 137 Elektronische Erzeugnisse
- 138 Erzeugnisse für die Automatisierung und Erzeugnisse des Gerätebaus
- 139 Erzeugnisse des Maschinenbaus für Haushalt und Wirtschaft

- 141 Erzeugnisse der Industrie bergbauchemischer Rohstoffe
- 142 Erzeugnisse der anorganischen Grundchemie
- 143 Erzeugnisse der organischen Grundchemie
- 144 Erzeugnisse der pharmazeutischen Industrie
- 145 Erzeugnisse der Plastikindustrie
- 146 Erzeugnisse der Gummi- und Asbestindustrie
- 147 Erzeugnisse der Chemiefaserindustrie
- 148 Chemische und chemisch-technische Spezialerzeugnisse überwiegend für die Produktion
- 149 Chemische und chemisch-technische Spezialerzeugnisse überwiegend für die Konsumtion

- 151 Erzeugnisse der Baustoffindustrie
- 152 Erzeugnisse der Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft
- 153 Erzeugnisse der Glas- und Feinkeramikindustrie
- 154 Erzeugnisse der holzverarbeitenden Industrie
- 155 Erzeugnisse der Zellstoff-, Papier- und Pappenindustrie
- 156 Erzeugnisse der polygraphischen Industrie
- 157 Erzeugnisse der Möbelindustrie

- 161 Erzeugnisse der Industrie zur Aufbereitung
textiler Rohstoffe
- 162 Erzeugnisse der Spinnereien und Zwirnereien
- 163 Textile Flächengebilde Baumwoll-, Woll- und
Seidenindustrie
- 164 Textile Flächengebilde Raumtextilien und Technische
Textilien
- 165 Erzeugnisse der Trikotagen- und Strumpfindustrie
- 166 Erzeugnisse der sonstigen Textilindustrie
- 167 Erzeugnisse der Konfektionsindustrie
- 168 Erzeugnisse der Leder-, Kunstleder-, Rauchwaren-
industrie
- 169 Erzeugnisse der Schuhindustrie und Lederwarenindustrie

- 171 Erzeugnisse der Fischindustrie
- 172 Erzeugnisse der Fleischindustrie
- 173 Erzeugnisse der Milchindustrie und Ei-Erzeugnisse
- 174 Erzeugnisse der Mühlen-, Nahrungsmittel-, Backwaren-
und Teigwarenindustrie
- 175 Erzeugnisse der Pflanzenfettindustrie
- 176 Erzeugnisse der Zucker-, Süßwaren- und
Stärkeindustrie
- 177 Erzeugnisse der obst- und gemüseverarbeitenden
Industrie
- 178 Erzeugnisse der Gärungs- und Getränkeindustrie
- 179 Erzeugnisse der Tabakwaren- und sonstigen
Lebensmittelindustrie

- 181 Erzeugnisse der Spezial- und Mischfuttermittel-
industrie
- 182 Erzeugnisse der Kulturwaren- und Bürstenindustrie
- 184 Erzeugnisse der Schallplatten- und Filmkopier-
industrie
- 187 Erzeugnisse der Wasserwirtschaft
- 188 Erzeugnisse der sonstigen Industrie
- 189 Altstoffe und Produktionsabfälle

- 210 Gebäude und bauliche Anlagen für Industrie und
Lagerwirtschaft
- 220 Gebäude und bauliche Anlagen für die Wasser-
wirtschaft
- 230 Gebäude und bauliche Anlagen für landwirt-
schaftliche Zwecke
- 240 Gebäude und bauliche Anlagen für Verkehr, Post-
und Fernmeldewesen
- 250 Gebäude und bauliche Anlagen für Wohnzwecke
- 260 Gebäude und bauliche Anlagen für gesellschaft-
liche Zwecke

- 312 Erzeugnisse des Pflanzenbaus
- 313 Erzeugnisse der Viehwirtschaft
- 320 Erzeugnisse der Binnenfischerei
- 350 Erzeugnisse der Forstwirtschaft

400 Verkehrsleistungen

500 Handelsleistungen

- 610 Leistungen der wirtschaftsleitenden Organe
- 620 Forschungs- und Entwicklungsleistungen der angewandten Forschung und Entwicklung
- 630 Projektierungsleistungen
- 640 Geologische Leistungen
- 650 Verlagsleistungen
- 670 Leistungen der Textilreinigung
- 680 Datenverarbeitungsleistungen

- 720 Vermittlungs-, Werbe- und Beratungsleistungen sowie Leistungen der Nachrichten-, Schreib- und Übersetzungsbüros
- 730 Leistungen des Vermiet- und Ausleihwesens
- 740 Beherbergungsleistungen
- 750 Leistungen der Wohnungswirtschaft
- 760 Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen
- 770 Leistungen des Geld- und Kreditwesens sowie des Wettspielwesens
- 790 Sonstige Dienstleistungen

- 810 Leistungen von Wissenschaft und Forschung (Grundlagenforschung)
- 820 Leistungen des Bildungswesens
- 830 Kulturelle und künstlerische Leistungen
- 840 Leistungen des Gesundheitswesens
- 850 Leistungen des Sozialwesens
- 860 Leistungen für Körperkultur und Sport
- 870 Leistungen für Erholung und Tourismus
- 880 Leistungen der Sozialversicherung

- 900 Leistungen der staatlichen Verwaltungen und gesellschaftlichen Organisationen

Weitergliederung von Positionen der Grundgliederung

Beispiel: Aufbau des 3-Stellers 112

<u>Schlüssel-Nr.</u>	<u>Erzeugnisposition</u>
112 00 00 0	Erzeugnisse der Industrie fester Brennstoffe
112 10 00 0	Steinkohle (TGL 5179)
112 20 00 0	Steinkohlenkoks (TGL 23827)
112 30 00 0	Rohbraunkohle (TGL 11213) (Förder- und Klarkohle)
112 40 00 0	Rohbraunkohle (TGL 11213) (Siebkohle)
112 50 00 0	Braunkohlenbrikett (TGL 13134)
112 60 00 0	Trockenbraunkohle, Braunkohlen- brennstaub, Preßlinge und Preßsteine
112 70 00 0	Braunkohlenkoks
112 90 00 0	Sonstige Erzeugnisse der Industrie fester Brennstoffe

Der 4-Steller 112 10 00 0 ist in folgende 5-Steller unterteilt:

112 11 00 0	Energetische Steinkohle (ohne Anthrazit 112 13 00 0)
112 12 00 0	Verkokbare Steinkohle
112 13 00 0	Anthrazit

Die Gliederung des 5-Stellers 112 11 00 0 ist in der 6. Stelle wie folgt vorgenommen:

112 11 10 0	Energetische Steinkohle bis 4500 kcal/t (ohne für Ver- kokungszwecke - 112 11 30 0)
112 11 20 0	Energetische Steinkohle über 4500 kcal/t (ohne für Ver- kokungszwecke - 112 11 30 0)
112 11 30 0	Energetische Steinkohle für Verkokungszwecke

Gliederung des 7-Stellers der Gruppe 112 11 10 0:

112 11 11 0	Energetische Steinkohle bis 4500 kcal/kg (ohne für Ver- kokungszwecke - 112 11 30 0) bis 2700 kcal/kg
12 0	-- über 2700 bis 3000 kcal/kg
13 0	-- über 3000 bis 3300 kcal/kg
14 0	-- über 3300 bis 3600 kcal/kg
15 0	-- über 3600 bis 3900 kcal/kg
16 0	-- über 3900 bis 4200 kcal/kg
17 0	-- über 4200 bis 4500 kcal/kg

Die Gliederung der 8. Stelle für die gesamte Gruppe 112 11 00 0
ist - soweit zutreffend - wie folgt vorzunehmen:

- 1 Körnung über 30 mm,
ohne ballastreich
- 2 - über 10 bis 30 mm,
ohne ballastreich
- 3 - bis 10 mm,
ohne ballastreich
- 4 ballastreich

Beispiel der Darstellung sich wiederholender
Gliederungsmerkmale

Die Gliederung der 8. Stelle für
die Gruppe

151 13 00 0

ist - soweit zutreffend - wie folgt
vorzunehmen:

- 1 - 0 bis 0,063 um Körnung
- 2 - 0 bis 0,09 um Körnung
- 3 - 0 bis 1,25 um Körnung
- 4 - 0 bis 63 um Körnung
- 5 - 8 bis 63 um Körnung
- 6 - 0 bis 90 um Körnung
- 7 - 63 bis 120 um Körnung
- 9 - Sonstige Körnung

Maßeinheiten jeweils wie bei den
unterteilten Positionen

151 13 00 0	<u>Gips- und Anhydritstein</u>	t	044
10 0	<u>Gipsstein</u>	t	044
11 0	-, 84 % CaSO_4 -Gehalt	t	044
12 0	-, 69 % CaSO_4 -Gehalt	t	044
13 0	-, 60 % CaSO_4 -Gehalt	t	044
19 0	Sonstiger Gipsstein	t	044
20 0	<u>Anhydritstein</u>	t	044
21 0	-, 92 % CaSO_4 -Gehalt	t	044
22 0	-, 89 % CaSO_4 -Gehalt	t	044
23 0	-, 85 % CaSO_4 -Gehalt	t	044
29 0	Sonstiger Anhydritstein	t	044
30 0	<u>Fluoranhydrit</u>	t	044
31 0	-, 85 % CaSO_4 -Gehalt	t	044
39 0	Sonstiger Fluoranhydrit	t	044

112	Erzeugnisse der Industrie fester Brennstoffe		112
Schlüssel-Nr.	Erzeugnisposition	Maßeinheit	
112 12 00 0	<u>Verkokbare Steinkohle</u>	t	044
10 0	<u>Kokskohle</u>	t	044
11 0	Kokskohle bis 12 % Wasser und bis 1 % Schwefel	t	044
1	-- bis 8 % Wasser, bis 6 % Asche ...	t	044
2	-- bis 8 % Wasser, über 6 bis 7,5 % Asche	t	044
3	-- bis 8 % Wasser, über 7,5 bis 9 % Asche	t	044
4	-- bis 8 % Wasser, über 9 bis 11 % Asche	t	044
5	-- über 8 bis 12 % Wasser, bis 6 % Asche	t	044
6	-- über 8 bis 12 % Wasser, über 6 bis 7,5 % Asche	t	044
7	-- über 8 bis 12 % Wasser, über 7,5 bis 9 % Asche	t	044
8	-- über 8 bis 12 % Wasser, über 9 bis 11 % Asche	t	044
12 0	Kokskohle über 12 % Wasser und bis 1 % Schwefel	t	044
1	-- bis 16 % Wasser, bis 6 % Asche ..	t	044
2	-- bis 16 % Wasser, über 6 bis 7,5 % Asche	t	044
3	-- bis 16 % Wasser, über 7,5 bis 9 % Asche	t	044
4	-- bis 16 % Wasser, über 9 bis 11 % Asche	t	044
5	-- über 16 % Wasser, bis 6 % Asche..	t	044
6	-- über 16 % Wasser, über 6 bis 7,5 % Asche	t	044
7	-- über 16 % Wasser, über 9 bis 11 % Asche	t	044

Erzeugnisse		169	
der Schuhindustrie und Lederwarenindustrie		169	
Schlüssel-Nr.	Erzeugnisposition	Masseinheit	
169 30 00 0	Erzeugnisse der Schuhindustrie - <u>Sportschuhe</u>	1000 Paar	089
169 31 00 0	<u>Skistiefel mit angespritzter Sohle</u>	1000 Paar	089
10 0	<u>Allgemeine Skistiefel</u>	1000 Paar	089
20 0	<u>Alpin-Skistiefel</u>	1000 Paar	089
30 0	<u>Langlaufstiefel</u>	1000 Paar	089
40 0	<u>Wanderskistiefel</u>	1000 Paar	089
50 0	<u>Sprunglaufstiefel</u>	1000 Paar	089
60 0	<u>Apres-Stiefel</u>	1000 Paar	089
90 0	Sonstige Skistiefel <u>mit angespritzter Sohle</u>	1000 Paar	089
169 32 00 0	<u>Skistiefel (zwiegenäht)</u>	1000 Paar	089
10 0	<u>Allgemeine Skistiefel</u>	1000 Paar	089
20 0	<u>Alpin-Skistiefel</u>	1000 Paar	089
30 0	<u>Langlaufstiefel</u>	1000 Paar	089
40 0	<u>Wanderskistiefel</u>	1000 Paar	089
50 0	<u>Sprunglaufstiefel</u>	1000 Paar	089
60 0	<u>Apres-Stiefel</u>	1000 Paar	089
90 0	<u>Sonstige Skistiefel (zwiegenäht)</u>	1000 Paar	089

Zentraler Artikelkatalog der Volkswirtschaft der DDR (ZAK)

Zielstellung der Schaffung des ZAK

Ausgangspunkt und Grundlage für die Artikelkatalogisierung war ein Ministerratsbeschluss aus dem Jahre 1970. Die konkrete Erarbeitung des ZAK erfolgte aufgrund einer "Anordnung über die Rahmenrichtlinie für die einheitliche Gestaltung des Zentralen Artikelkataloges der Volkswirtschaft der DDR" vom 13.11.1972, erschienen im Gesetzblatt-Sonderdruck Nr. 746 vom 27.12.1972 im Auftrage des Ministers für Materialwirtschaft. Diese Rahmenrichtlinie wurde ausgehend von den Erfahrungen bei der Ausarbeitung des ZAK 1977 überarbeitet und als Gesetzblatt-Sonderdruck Nr. 890 vom 4.1.1977 herausgegeben. Eine Aktualisierung zur Anwendung des ZAK erfolgte mit der Anordnung Nr. 3 vom 11.9.1978 (GBl. Teil I, Nr. 32).

Der ZAK baut grundsätzlich auf der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog der DDR (ELN) auf und die 8stellige Schlüsselnummer der ELN ist fester Bestandteil der 16stelligen ZAK-Nr.

Der ZAK wurde im wesentlichen in den Jahren 1972 - 1979 unter der Leitung des Zentralen Büros für Artikelkatalogisierung von den Hersteller- und Importbetrieben erarbeitet. Er ist ein verbindliches zentrales Arbeitsmittel zur Rationalisierung der vielfältigen Informationsprozesse, insbesondere

- in den Absatz- und Versorgungsprozessen aller Wirtschaftsbereiche (für Wirtschaftsverträge und Rechnungslegung), mit Ausnahme der Bestell- und Lieferbeziehungen im Konsumgüterbinnenhandel und zwischen dem Konsumgütergroß- und Einzelhandel;
- in der Produktionsvorbereitung (Information über die lieferfähigen Artikelsortimente);
- in der Planung, Bilanzierung, Rechnungsführung und Statistik, bezogen auf die verbindliche Zuordnung der Artikel zu den ELN-Positionen, wobei jedoch die Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne und die staatliche Berichterstattung auf der Grundlage der ELN erfolgt;

sowie für wissenschaftlich-technische Dokumentation und Information.

Der ZAK ist in allen Bereichen der Volkswirtschaft der DDR - mit Ausnahme der Bestell- und Lieferbeziehungen zum Konsumgüterbinnenhandel - im zwischenbetrieblichen Bestell- und Lieferverkehr, beginnend ab 1.1.1979 lieferseitig und ab 1.1.1980 verbraucherseitig einzuführen und anzuwenden.

Erarbeitung des ZAK

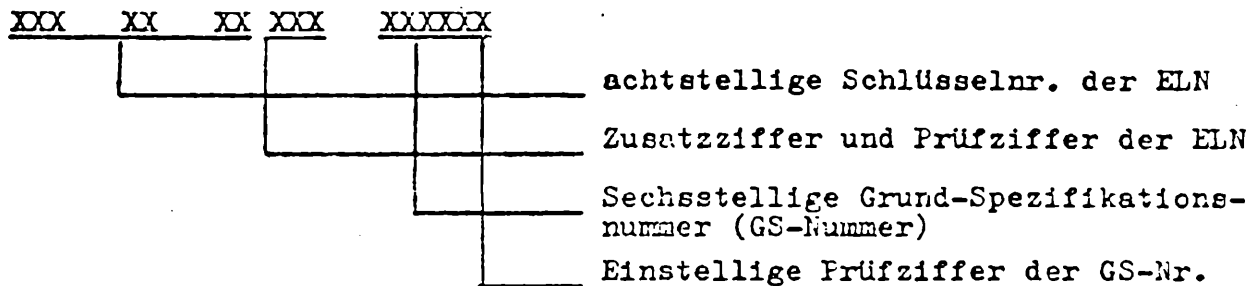
Zur Erarbeitung des ZAK wurde im Ministerium für Materialwirtschaft ein Zentrales Büro für Artikelkatalogisierung (ZBA) gebildet. Weiterhin wurden auf Basis der Vier- bzw. Fünfsteller der ELN Ministerien für die Ausarbeitung in o. g. Richtlinie als verantwortliche zentrale Staatsorgane benannt. In diesen zentralen Staatsorganen wurden Büros für Artikelkatalogisierung (BAK) eingerichtet bzw. Verantwortliche für Artikelkatalogisierung (VAK) berufen. Die BAK bzw. VAK organisieren innerhalb ihres Bereiches unter Anleitung des ZBA die Erarbeitung der entsprechenden Kataloge gemäß der Rahmenrichtlinie. So wurden in den meisten Herstellerbetrieben Verantwortliche für die Artikelkatalogisierung eingesetzt. Diese haben dann gemäß ihrem Produktionssortiment aber auch ihrer ständigen Importe für jede bestell- und lieferfähige Einheit Artikelblätter zu erarbeiten und ihrem BAK zu übergeben. Das BAK überprüft diese Artikelblätter gemäß den Festlegungen der "Anordnung" und stellt danach die geforderten Kataloge zusammen, die dem ZBA übergeben werden. Für die endgültige Überprüfung ist das ZBA verantwortlich.

Inhalt und Aufbau des ZAK

Im ZAK sind alle bestell- und lieferfähigen Artikel aus der DDR-Produktion und aus Importen, die ständig wiederholend geliefert werden, enthalten.

Nicht enthalten sind spezifische Artikel, die nur für den innerbetrieblichen Verbrauch produziert werden, Sonderanfertigungen, kurzzeitig (bis etwa 1 Jahr) wechselnde Artikel (z. B. Modeartikel, Kunstgewerbeartikel, Verlagserzeugnisse u. ä.), Artikel aus speziellen Importen oder Artikel, die ausschließlich für den direkten Export bestimmt sind sowie komplette Industrieanlagen.

Im ZAK sind ca. 100 Millionen Artikel erfaßt, die in ca. 300 Katalogen (500 A5-Mappen Lose-Blatt-Form) veröffentlicht sind. Für alle Artikel wurden 16stellige ZAK-Nr. und einheitliche Erzeugnisbezeichnungen erarbeitet. Die Schlüsselssystematik wurde in folgender Form datenverarbeitungsgerecht aufgebaut:



Bei der Festlegung der Systematik für die Bestimmung der Grundspezifikationsnummer ist grundsätzlich vom neuesten Stand der achtstelligen Schlüsselnummer der ELN auszugehen.

Die einzelnen Artikelblätter für die Kataloge sind entsprechend der Methodik für die Herstellung des ZAK der Volkswirtschaft der DDR vom Dezember 1975 zu erarbeiten.

Die wichtigsten Angaben auf den Artikelblättern sind folgende:

- ELN-Schlüssel
- Hersteller und/oder Lieferer
- Bezeichnung des Artikels bzw. der Artikelgruppe
- TGL-Nr. des Erzeugnisstandards
- Gütezeichen
- Preisvorschrift
- Technische und ökonomische Parameter
- Erzeugnisbezeichnung (Text und ZAK-Nr.)

In jedem Katalog sind weiterhin einheitliche, folgende Angaben enthalten:

- Übersichtsverzeichnis
- Inhaltsverzeichnis
- Sachwortverzeichnis
- Benutzeranleitung
- Herstellerverzeichnis
- Hinweise zum Änderungsdienst
- Erzeugnisse, gegliedert nach ELN

Für die Sicherung der Herstellung und des Vertriebes der Kataloge des ZAK ist das Zentrale Büro für Artikelkatalogisierung 7024 Leipzig, PSF 25, verantwortlich.

Veränderungs- und Ergänzungsvorschläge zur ELN, die im Rahmen der Artikelkatalogisierung erforderlich sind, werden dem ZBA von den bilanzverantwortlichen bzw. bilanzierenden Organen vorgelegt.

Anwendung

Der ZAK der Volkswirtschaft der DDR wird von allen Hersteller- bzw. Lieferbetrieben - einschließlich des Produktionsmittelhandels - und anderen Bedarfsträgern bei Bestellungen, Auftragsbestätigungen, Lieferung und Rechnungslegungen angewendet. So müssen auf den entsprechenden Dokumenten die einheitlichen ZAK-Nr. und Bezeichnungstexte angegeben werden.

Auch auf Wirtschaftsverträgen ist generell die Anwendung der einheitlichen Daten des ZAK zu gewährleisten.

Der Bestell- und Lieferverkehr mit dem Konsumgüterbinnenhandel erfolgt weiterhin auf der Grundlage der Binnenhandelsschlüsselliste zum Warenumsatz- und Warenfonds (HSL).

Zur Sicherung des Informationsbedarfs über den ZAK wurden in den Bezirken Informationsstellen über den ZAK eingerichtet die bei Bedarf genutzt werden können.

Änderungs- und Ergänzungsdienst

Der ZAK der Volkswirtschaft der DDR wird durch einen ständigen Änderungs- und Ergänzungsdienst auf dem neuesten Stand gehalten. Die Leiter der Herstellerbetriebe und Importbetriebe sind verpflichtet, den Änderungs- und Ergänzungsdienst zu organisieren. Dazu haben die Herstellerbetriebe bzw. Importbetriebe mit der Aufnahme der neuen oder veränderten Produktion bzw. nach Erhalt der Erzeugnisse aus dem Import den zuständigen BAK oder VAK schriftliche Mitteilung zu machen. Die BAK oder VAK prüfen diese Änderungsmitteilungen und geben sie schnellstens an das ZBA weiter, das den Druck und Versand der geänderten Artikelblätter organisiert.

Der genaue Ablauf und die Verantwortlichkeit für den Änderungsdienst sind ebenfalls in der AO Nr. 2 über die Rahmenrichtlinie für die inhaltliche Gestaltung und Anwendung des ZAK der Volkswirtschaft der DDR festgelegt.

**Nomenklatur für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung von
Material, Ausrüstungen und Konsumgütern zur Ausarbeitung und
Durchführung der Jahresvolkswirtschaftspläne - Bilanzverzeichnis -
=====**

Notwendigkeit und Zielstellung der Schaffung

Das Bilanzverzeichnis in seiner jetzigen Form wurde in den Jahren ab 1968 erarbeitet und 1972 für die Volkswirtschaft der DDR gültig erklärt. Die Schaffung des Bilanzverzeichnisses geht auf Beschlüsse von Partei und Regierung zurück.

Vorgänger des Bilanzverzeichnisses war eine auf Basis der "Schlüsselliste ausgewählter ELN-Positionen" aufgebaute "Nomenklatur über die Bilanzierung volkswirtschaftlicher Schwerpunktpositionen". Da sich die Bilanzierungsaufgaben vervielfältigten und die Verantwortung der materiellen Bilanzierung auf die Ministerien übertragen wurden, machte es sich erforderlich, ein einheitliches Instrumentarium zur Planung, Bilanzierung und Abrechnung der Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (LAK-Bilanzen) zu schaffen.

Mit der Einführung des Bilanzverzeichnisses wurde erstmalig erreicht, daß Betriebe und Kombinate sowie Staats- und Wirtschaftsorgane umfassend über die Planung, Bilanzierung und Abrechnung einheitlich informiert sind.

Im einzelnen wurde durch das Bilanzverzeichnis folgendes erreicht:

- eine Zuordnung der Bilanzverantwortung zu den Staats- und Wirtschaftsorganen auf Basis der ELN,
- die Zuordnung der zu bilanzierenden Erzeugnispositionen zu den bilanzierenden Organen,
- die Festlegung des Umfangs der lieferseitigen Informationen für die Planung,
- die Regelung des Umfangs der lieferseitig abzurechnenden Bilanzpositionen,
- die Sicherung der verbraucherseitigen Informationen für die Planung und Abrechnung,
- die Festlegung der verantwortlichen Organe für die Bilanzbestätigung.

Erarbeitung der Systematik

Mit der Ausarbeitung des Bilanzverzeichnisses wurde der Minister für Materialwirtschaft in Verbindung mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als gemeinsamen Herausgeber beauftragt.

Die Verantwortlichkeit für die konkrete Ausarbeitung des Bilanzverzeichnisses regelt sich wie folgt:

- Für die Festlegung der Staatsplan- und Ministerbilanzen (S + M-Positionen) ist der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission im Auftrage des Ministerrates verantwortlich.
- Bei Kombinati- und Betriebsbilanzen (C, D und E-Positionen) tragen die bilanzverantwortlichen Minister die Verantwortung.
- Alle Planungsfragen die im Bilanzverzeichnis zu regeln sind, basieren auf der Ordnung der Planung, die von der SPK herausgegeben wird.
- Für die Abrechnung der MAK-Bilanzen und des Materialverbrauchs trägt der Leiter der SZS die Verantwortung.
- Für die Koordinierung aller im Bilanzverzeichnis geregelten Aufgaben zwischen den Herausgebern und den bilanzverantwortlichen Ministerien einschließlich der Klärung der Bilanzverantwortlichkeit ist der Minister für Materialwirtschaft verantwortlich.

Inhalt und Aufbau der Systematik

Das Bilanzverzeichnis ist nach der Systematik der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR gegliedert.

Hier sind alle ELN-Positionen enthalten, für die Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (MAK-Bilanzen) auszuarbeiten sind - einschließlich der im Komplex zu bilanzierenden Erzeugnisse (Komplexbilanzen).

Darüber hinaus enthält das Bilanzverzeichnis die Anlagennomenklatur (ALN) sowie Auswahl-nomenklaturen für spezifische Aufgaben der Bilanzierung.

Das Bilanzverzeichnis enthält im einzelnen folgende Angaben:

- ELN-Nr. (6Steller) bzw. ALN-Nr. (8Steller beginnend mit "0")
- Text der Erzeugnisposition (identisch mit der ELN- oder Anlagenposition)
bzw. der Komplexbilanz (zusammenfassender ELN-Text bzw. Kurzbezeichnung)
- Maßeinheit (lt. Schlüssel der statistischen und physikalisch-technischen Maßeinheiten v. 30.7.1980 - GBl.-Sonderdruck 761/1 v. 31.10.1980)
- Bilanzpyramide (Festlegung des bilanzierenden-, bilanzbestätigenden- bzw. bilanzverantwortlichen Organs)
- Lieferseitige Bilanzinformationen
- Verbraucherseitige Bilanzinformationen
- Außenhandelsorgan (Außenhandelsbetrieb, Importleitbetrieb, Binnenhandelsorgan).

Diese Angaben sind in genau festgelegten Spalten im Bilanzverzeichnis zu finden.

Ausführliche Erläuterungen zu dem Inhalt der Informationen sind dem gültigen Bilanzverzeichnis zu entnehmen.

Das z. Z. gültige Bilanzverzeichnis besteht aus 3 Bänden im Format A 4 mit insgesamt ca. 800 Seiten.

Der Vertrieb wird über den Staatsverlag der DDR durchgeführt.

Anwendung des Bilanzverzeichnisses

Das Bilanzverzeichnis ist für die Ausarbeitung und Durchführung der Jahresvolkswirtschaftspläne auf allen Ebenen der Volkswirtschaft (Betrieb, Kombinat, Ministerium, SPK) anzuwenden.

Das Bilanzverzeichnis mit seinen entsprechenden Festlegungen hat Gesetzeskraft und ist als Anordnung im GBl.-Sonderdruck Nr. 688/13 v. 15.10.1982 veröffentlicht. Die Anordnung trägt die Unterschriften des Ministers für Materialwirtschaft, des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Mit dem Bilanzverzeichnis ist die Möglichkeit einer einheitlichen Planung, Bilanzierung und Abrechnung von Material, Ausrüstungen und Konsumgütern und damit auch der Kontrolle darüber auf den entsprechenden Ebenen der Volkswirtschaft gegeben. Weiterhin dient das Bilanzverzeichnis der Lösung o. g. Aufgaben auf dem Gebiet der Anlagen sowie speziellen volkswirtschaftlichen Schwerpunktaufgaben (z. B. Sekundärrohstoffe und Abprodukte, Ersatzteilpositionen, Zulieferpositionen).

Weitere Aufgaben erfüllt das Bilanzverzeichnis im Zusammenhang mit der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR. Für jeden 4- oder 5Steller der ELN sind im Bilanzverzeichnis bilanzverantwortliche Organe festgelegt. Damit sind sie für eine technisch exakte Gestaltung und eindeutige Definition des jeweiligen ELN-Abschnittes verantwortlich und auch allein berechtigt, entsprechende Änderungen der ELN bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zu beantragen.

Weiterhin haben diese Organe bei Problemen der Zuordnung von Erzeugnissen zu den entsprechenden ELN-Abschnitten die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Das Bilanzverzeichnis und die ELN als volkswirtschaftliche Basisnomenklatur bedingen einander und sind in ihrer Anwendung stets komplex zu betrachten.

Pflegearbeiten

Das Bilanzverzeichnis soll für einen möglichst langen Zeitraum konstant gehalten werden. Die ständig erhöhten Anforderungen an die Leitung, Planung und Bilanzierung unserer Volkswirtschaft zwingen jedoch zu entsprechenden Änderungen in gesetzlichen Grundlagen, so auch im Bilanzverzeichnis.

So wird das Bilanzverzeichnis als Sonderdruck des Gesetzblattes in größeren Zeitabständen vollständig neu herausgegeben bzw. jährlich durch Ergänzungen vervollkommenet.

Änderungen zum Bilanzverzeichnis werden von den jeweiligen Ministerien beim Ministerium für Materialwirtschaft beantragt. Betriebe und Kombinate richten ihre Ergänzungsanträge zum Bilanzverzeichnis an ihr Ministerium. Betrifft die Änderung auch die Er-

zeugnis- und Leistungsnomenklatur, so ist vor der Antragstellung mit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung, abzustimmen.

Um den ständig steigenden hohen Schreib- und Koordinierungsaufwand bei der Ausarbeitung und Fertigstellung des Manuskriptes des Bilanzverzeichnisses bzw. der Ergänzungen als Kopiervorlage für den Druck zu senken, wurde erstmalig ab 1982 ein rechnergestütztes Textverarbeitungs- und Sachverfahren angewendet.

Dies bedingt bestimmte Veränderungen bei der Einreichung der Informationen für die Neuherausgabe des Bilanzverzeichnisses durch die bilanzverantwortlichen Ministerien. Die entsprechenden Informationen, Ausfüllvorschriften und notwendigen Primärbelege werden vom Ministerium für Materialwirtschaft, Abt. Planung, Information und Datenverarbeitung, bereitgestellt.

Mit der Anwendung dieses neuen Verfahrens ist es auch möglich, sämtliche Vorzüge der EDV bei der Arbeit mit dem Bilanzverzeichnis zu nutzen.

Binnenhandelsschlüsselliste (HSL)

=====

Notwendigkeit und Zielstellung

Die Binnenhandelsschlüsselliste (HSL) wurde 1967 vom Ministerium für Handel und Versorgung herausgegeben und in den Folgejahren durch Nachträge bzw. Neudrucke konkretisiert. Sie dient der

- Planung und Planabrechnung des Warenumsatzes und des Warenfonds;
- Bilanzierung des Warenfonds mit dem Warenumsatz;
- Steuerung des Warenumschlages;
- Planung und statistischen Abrechnung der Versorgung nach Einzelartikeln und Sortimenten;
- Prozeßleitung nach Warengruppen und Branchen;
- maschinellen und elektronischen Datenverarbeitung der Warenbewegung im Binnenhandel mit Konsumgütern;
- Rechnungslegung und Etikettierung bei Warenlieferungen an den Binnenhandel und innerhalb des Binnenhandels mit Konsumgütern.

Die HSL berücksichtigt in ihrer Struktur die spezifischen Belange des Konsumgüterbinnenhandels durch die Bildung von Warenhauptgruppen entsprechend der verschiedenen Branchen, während die ELN nach Industriezweigen sowie Land-, Forst- und Bauwirtschaft gegliedert ist. Die Struktur des Groß- und Einzelhandels entspricht historisch den Einkaufsgewohnheiten der Bevölkerung. Sie deckt sich nicht - oder nur in ganz geringen Teilen - mit der Struktur der Industriezweige.

Aus diesem Grunde benötigt der Konsumgüterbinnenhandel eine der Struktur seiner Wirtschaftsorgane und Betriebe entsprechende Warensystematik zur Kontrolle der Warenbewegung, der Bestände, des Warenumsatzes, der Erforschung des realen Bedarfs der Bevölkerung und der Zirkulationskosten im Groß- und Einzelhandel mit dem Ziel ihrer Senkung.

Da die HSL stärker als die ELN die gebrauchswertmäßige Struktur des Warensortiments für die Bevölkerung berücksichtigt, ist sie damit den Erfordernissen für eine bessere Durchleuchtung der Sortimentsstruktur, konkreter Bestandskontrollen, Bedarfsermittlung und Einkaufsplanung für die Versorgung der Bevölkerung angepaßt.

Das drückt sich besonders bei Textilien und Bekleidung, Wirk- und Strickwaren und bei Sport- und Campingartikeln in einer tieferen Untergliederung von Achtstellern der ELN durch den 7Steller der HSL aus.

Gesichtspunkte, wie Technologie und Produktion, wie sie im großen Maße in der ELN berücksichtigt werden, sind für den Konsumgüter-binnenhandel von untergeordnetem Interesse. Da die ELN die Grundlage für die Nomenklaturen zur volkswirtschaftlichen Planung und Bilanzierung bildet, wird die Vergleichbarkeit zwischen den Positionen der HSL und denen der ELN zur Sicherung der Planung und Bilanzierung dadurch gewährleistet, daß zu jeder Position der HSL, sofern sie nicht tiefer als die ELN gegliedert ist, die entsprechende Schlüssel-Nummer der ELN genannt und die Gruppenbildung der ELN angeglichen wird.

Inhalt und Aufbau der Binnenhandels-Schlüsselliste

Die HSL besteht aus 10 selbständigen Teilen. Diese gliedern sich nach den 9 Warenhauptgruppen:

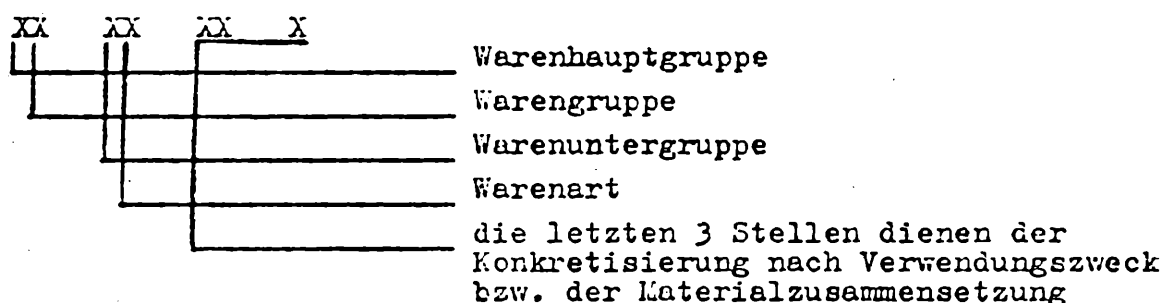
- Teil 1 Nahrungs- und Genußmittel
- Teil 2 Schuhe, Schuhbedarfsartikel, Koffer
Tüschner- und Sattlerwaren
- Teil 3 Bekleidungs- und Wäschestoffe, Raumtextilien und
verwandte Waren, konfektionierte Oberbekleidung,
Pelzwaren
- Teil 4 Strumpfwaren, Handschuhe, Trikotagen, Leib- und
Haushaltwäsche, sonstige Konfektions- und Näher-
zeugnisse, Kurz- und Modewaren, Kopfbekleidung
- Teil 5 Möbel, Kulturwaren, Sportartikel, Papier und
Bürobedarf, polygraphische Erzeugnisse
- Teil 6 Haushalt- und Wirtschaftswaren, Eisenwaren und
Werkzeuge
- Teil 7 Elektroakustik, Elektromaterial, Beleuchtungskörper,
Foto-Kino-Optik, Uhren und Schmuck, Straßenfahrzeuge
und Zubehör
- Teil 8 Artikel für die Körper- und Gesundheitspflege, Wasch-
Reinigungs- und Pflegemittel für den Haushalt, Phar-
mazeutika, sanitäre und hygienische Artikel, Raucher-
bedarfsartikel, Lacke und Anstrichmittel, Saat- und
Pflanzgut, Blumen, Zierpflanzen, Weihnachtsbäume,
Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungs-
mittel, lebende Tiere und zoologischer Bedarf

- Teil 9 Baustoffe, Nutzholz, Bauten und Bauelemente aus Holz, feste Brennstoffe, flüssige Kraft-, Heiz- und Leuchtstoffe, Kfz.-Betriebshilfs- und -pflegemittel, sonstige Öle und Teerprodukte, Gebrauchsgüter, Kunstgegenstände und Antiquitäten
- Teil 10 Nummernschlüssel
(Dieser beinhaltet die Gegenüberstellung der 8stelligen ELN-Schlüssel-Nummer zu den 7stelligen Schlüssel-Nummern der HSL)

Die Verschlüsselung der Positionen der HSL erfolgt nach dem Dezimalsystem.

Stelligkeit: 7stellig

Bedeutung der Schlüsselstellen:



Die Stellen haben folgenden Inhalt:

- | | |
|---|---|
| 1. Stelle - Warenhauptgruppe | - Handelsprogramme der zentralen Wirtschaftsorgane des sozialistischen Konsumgütergroßhandels |
| 2. Stelle - Warengruppe | - Unterteilung der Handelsprogramme nach Branchen |
| 3. Stelle - Warenuntergruppe | - Tiefere Untergliederung der Branche nach Gebrauchswert-, Verbrauchs- und Versorgungskomplexen aus dem Produktions-sortiment |
| 4. Stelle - Warenart | - Weitere Untergliederung zur Herausbildung des Warensortiments |
| 5. bis 7. Stelle - Konkretisierung nach Verwendungszweck bzw. Materialzusammensetzung | - Weitere Untergliederung der Artikelgruppen, Zusammenfassung von Artikeln mit gleichen oder ähnlichen Gebrauchseigenschaften
- Der 7Steller der HSL-Nr. ist die Grundlage für Planung, Bilanzierung und Abrechnung. |

Änderungs- und Ergänzungsdienst

Die Warennomenklaturen werden jährlich mit Gültigkeit ab Januar des darauffolgenden Jahres ergänzt.

Alle Änderungen müssen bis Ende März jeden Jahres vorliegen. Die Verantwortung für die Änderungen liegt beim Ministerium für Handel und Versorgung. Grundlage für die Änderungen ist u. a. die "Ordnung einer Erarbeitung und Herausgabe der Ergänzungen", die besagt, daß für alle Ergänzungen die den Konsumgüterbinnenhandel betreffen, vor Einreichung an die SZS die schriftliche Zustimmung des fachlich zuständigen WO des Konsumgüterbinnenhandels einzuholen ist.

Die einzelnen Nachträge werden in Lose-Blatt-Form ausgetauscht.

Rechtsgrundlage

Hierfür ist die Anordnung über Rechnungsführung und Statistik im sozialistischen Handel vom 22.1.1976 (GBl.-Sonderdruck Nr. 827, Pkt. 8.4) gültig.

Sie besagt, daß die Bestell- und Lieferbedingungen des Konsumgüterbinnenhandels auf der Grundlage der Binnenhandelsschlüsselliste zum Warenumsatz und Warenfonds erfolgt.

Nomenklatur und Verzeichnis der Abschreibungssätze für Grundmittel =====

Notwendigkeit und Zielstellung

Diese Nomenklatur dient der einheitlichen Erfassung des Grundmittelbestandes nach Meldenummern und der einheitlichen Abschreibung der Grundmittel nach Abschreibungsnormativen (nach der Normativen Nutzungsdauer = NND).

Ihre Erarbeitung erfolgte auf Anregung zentraler Staats- und Wirtschaftsorgane in Auswertung der Ergebnisse der Grundmittelumbewertung 1961 - 1963, um eine einheitliche betriebliche Abschreibung der Grundmittel und ihre Zuordnung zu Meldenummern zu sichern.

Erarbeitung

Der Ausarbeitung der Nomenklatur wurden die Ergebnisse der Umbewertung der Grundmittel zugrunde gelegt. Sie erfolgte durch einen zentralen Arbeitskreis, bestehend aus Mitarbeitern der SZS, SPK, des Amtes für Preise und der Fachministerien. Mit spezifischen Grundmittelanwenderbetrieben wurde die Nomenklatur abgestimmt.

Durch den Gesetzblatt-Sonderdruck 550, Berlin, 15. April 1969 "Anordnung über die Nomenklatur und das Verzeichnis der Abschreibungssätze für Grundmittel" vom 16. 9. 1968 sowie die Ergänzungen:

1. Erg. - GBl. Sonderdruck 550/1 (18. 3. 1970)
2. u. 3. Erg. - GBl. Sonderdruck 550/2 (5. 11. 1973)
4. Erg. - GBl. Sonderdruck 550/3 (20. 8. 1976)
5. Erg. - GBl. Sonderdruck 550/4 (Okt. 1979)

wird die Anwendung der Nomenklatur geregelt.

Verantwortlich für die Erarbeitung und Führung der Nomenklatur war bis Mitte 1982 die SZS und danach die SPK.

Inhalt und Aufbau

Die Nomenklatur erfaßt Inventarobjektgruppen in der Gliederung nach dem

2 Steller der Meldenummern = Hauptgruppen

3 Steller der Meldenummern = Gruppen

4 bis 6 Steller der Meldenummern = Untergruppen

Je Meldenummer sind angegeben: der Kurztext, die Normative Nutzungsdauer, die Schichtauslastung und der Abschreibungssatz.

Zur Nomenklatur gehören 2 Anlagen:

Anlage 1: Hinweise zur Bestimmung der Mengeneinheiten für
Grundmittel

Anlage 2: Hinweise zur Bestimmung des technischen Niveaus der
Maschinen und Ausrüstungen

Veränderungen bzw. Neuaufnahmen von Meldenummern und Abschreibungssätzen erfolgen auf Antrag von Grundmittelanwendern. Die Ergänzungen werden in Abständen von 2 - 3 Jahren herausgegeben, je nachdem wie viele Veränderungen und Neuaufnahmen sich angesammelt haben. Die Nomenklatur wird als Lose-Blatt-Sammlung herausgegeben und über den Zentral-Versand Erfurt vertrieben.

Anwendung

Die Nomenklatur und das Verzeichnis der Abschreibungssätze für Grundmittel werden von allen Betrieben angewendet. In bezug auf die Abschreibungspolitik sind sie für alle Betriebe verbindlich. Damit sind die Zuordnung der Grundmittel zu Meldenummern und die Abschreibung der Grundmittel im volkswirtschaftlichen Maßstab einheitlich geregelt. Da die Grundmittelrechnung in den Betrieben überwiegend maschinell erfolgt, sind die Meldenummern je Datensatz des Grundmittelstammbandes enthalten.

Weitere Entwicklung

Im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist auf dem Gebiet der Grundfonds eine durchgreifende Veränderung der Zusammensetzung der Grundmittel zu erwarten, die in der Nomenklatur berücksichtigt werden muß. Die SPK überarbeitet zur Zeit die Nomenklatur in enger Zusammenarbeit mit den Fachministerien. Eine vollständige Überarbeitung der Nomenklatur ist vorgesehen.

**Schlüssel der statistischen und der physikalisch-technischen
Maßeinheiten - Schlüssel der ME -**
=====

Die Verschlüsselung der Maßeinheiten dient der einheitlichen Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Volkswirtschaft bei der Informationsübermittlung in der volkswirtschaftlichen Planung, Bilanzierung und Abrechnung. Zur Zeit gilt die Anlage der "Anordnung über den Schlüssel der statistischen und der physikalisch-technischen Maßeinheiten vom 30. Juli 1980" (GBl.-Sonderdruck Nr. 761/1).

Vorgänger des heute gültigen Schlüssels waren:

- Kennziffern für Mengen-, Wert- und Zeiteinheiten

Dieser Schlüssel war dreistellig und enthielt die Verschlüsselung von 74 Maßeinheiten, die sich auf die Positionen des Allgemeinen Warenverzeichnisses bezogen. Er war Bestandteil des Allgemeinen Warenverzeichnisses und wurde - wie das Warenverzeichnis selbst - bis 1966 angewandt.

- Schlüssel der Maßeinheiten

Dieser Schlüssel ist Bestandteil der ELN und beschränkt sich auf die Verschlüsselung der Maßeinheiten für die Positionen der ELN. Er enthält die Schlüsselnummern von über 90 Maßeinheiten und war ursprünglich zweistellig.

Ein Schlüssel für alle Maßeinheiten von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung wurde 1972 von der Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung der SZS ausgearbeitet und mit den zentralen Staatsorganen, Fachabteilungen der SZS und einigen VVB und Betrieben abgestimmt. Dieser Schlüssel wurde 1973 durch eine Anordnung im Gesetzblatt-Sonderdruck eingeführt. Durch die AO wurden alle Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen verpflichtet, bei der Übermittlung von Informationen in Verbindung mit Maßeinheiten für die volkswirtschaftliche Planung, Bilanzierung und Abrechnung nur diesen Schlüssel anzuwenden.

Der Schlüssel enthält eine dreistellige fortlaufende Schlüsselnummer, die volle Bezeichnung und das Kurzzeichen der Maßeinheit,

B. Quadratmeter m².

gliedert die Maßeinheit in 2 Teile.

Teil A: Maßeinheit zur ELN

(Schlüsselnummern 001 bis 099)

Die Erweiterung des Schlüssels der Maßeinheiten erforderte den Übergang von bisher 2 auf 3 Stellen für die Schlüsselnummer. Um den Aufwand bei den Anwendungen möglichst gering zu halten, wurden die bisherigen Schlüsselnummern der Maßeinheiten zur ELN beibehalten und lediglich durch Vorsetzen einer Null in den dreistelligen Schlüssel eingegliedert.

Teil B: Weitere Maßeinheiten von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung

(Schlüsselnummer 100 bis 799)

In diesem Teil wurden u. a. auch die physikalisch-technischen Einheiten auf der Grundlage der Anordnung vom 26. November 1968 über die Tafel der gesetzlichen Einheiten (Gbl.-Sonderdruck Nr. 605) aufgenommen.

Die Schlüsselnummern 800 bis 999 wurden für interne Maßeinheiten der Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen freigehalten.

Aufgrund der Beschlüsse des Ministerrates

vom 31. Oktober 1974 zur „Vorbereitung der weiteren schrittweisen Einführung des Internationalen Einheitensystems (SI) in der DDR entsprechend dem Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“

vom 23 März 1978 „Zur weiteren Einführung des Internationalen Einheitssystems in der DDR“

wurden vom Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung der DDR-Standard „Einheiten physikalischer Größen“ (TGL 31 5 48) ausgearbeitet, der ab 01.01.1980 verbindlich eingeführt wurde und der die bisher gültige Tafel der gesetzlichen Einheiten ablöste. Damit wurden auch Ergänzungen im Schlüssel der Maßeinheiten erforderlich.

Mit der "Anordnung über den Schlüssel der statistischen und der physikalisch-technischen Maßeinheiten vom 30. Juli 1980" wurde ein überarbeiteter Schlüssel der Maßeinheiten eingeführt (GBl.-Sonderdruck Nr. 761/1).

Im Interesse der Anwendung des Schlüssels der Maßeinheiten wurden die bisher geltenden Verschlüsselungen der Maßeinheiten (GBl.-Sonderdruck Nr. 761) nicht verändert. Es erfolgten auch keine Streichungen.

Aufgenommen wurden physikalische Größen, die im Standard TGL 31 5 48 - Einheiten physikalischer Größen - enthalten sind, aber bisher nicht verschlüsselt waren. Außerdem sind eine Anzahl statistischer Maßeinheiten (hauptsächlich Zähleinheiten) aufgenommen worden.

Der Schlüssel der Maßeinheiten enthält nur - wie der Name sagt - die verbindliche Verschlüsselung der Maßeinheiten. Rechtsvorschriften und andere Festlegungen (in Formblättern, Erläuterungen zu Berichterstattungen usw.) über die Anwendung oder Gültigkeit von Maßeinheiten werden durch diesen Schlüssel nicht berührt.

Bei der Überarbeitung wurde die Aufteilung in die Teile A und B fallen gelassen. Die Einheiten sind nach folgenden Gruppen gegliedert:

- Werteinheiten
- Längeneinheiten
- Flächeneinheiten
- Volumeneinheiten
- Winkелеinheiten
- Zeiteinheiten
- Masseeinheiten
- Einheiten für Arbeit und Leistung
- Sonstige physikalisch-technische Einheiten
- Sonstige technische Sondereinheiten, Kennwörter für logarithmierte Verhältnissgrößen und Zähleinheiten von technischer Bedeutung
- Statistische Zähleinheiten
- Statistische Maßeinheiten für Größen, die Arbeit und Leistung beschreiben, und sonstige statistische Maßeinheiten

Innerhalb der Maßeinheiten-Gruppen gelten folgende Ordnungsprinzipien:

- Die Grundpositionen sind alphabetisch geordnet;
- Teile und Vielfache dieser Positionen sind eingerückt gedruckt und nach der Größe geordnet;
- Positionen, die vom Inhalt her gleich sind, für die jedoch verschiedene Bezeichnungen bestehen, werden unter einer Schlüsselnummer aufgeführt.

Zur schnellen Entschlüsselung der Maßeinheiten sind im Anhang alle Maßeinheiten noch einmal (ohne Kurzzeichen) in aufsteigender Reihenfolge der Schlüsselnummern aufgeführt worden.

Die freien Schlüsselnummern 800 bis 999 können - wie bisher - zur Verschlüsselung interner Maßeinheiten benutzt werden.

Ergänzungen und Änderungen des Schlüssels der Maßeinheiten durch die Anwender sind unzulässig. Ergänzungsanträge werden schriftlich über das übergeordnete Organ bei der SZS, Abt. Volkswirtschaftliche Systematisierung, eingereicht.

Beispiel aus dem Schlüssel der Maßeinheiten

Bezeichnung der Maßeinheit	Kurzzeichen	Schl.-Nr. der ME
<u>Längeneinheiten</u>		
Angström	Å	170
Kabelkilometer	Kabel-km	172
Kabellänge (0,1 sm = 185,2 m)	Kabellänge	171
Meter	m	009
laufende Meter	lfm	
Attometer	am	173
Femtometer	fm	174
Pikometer	pm	175
Nanometer	nm	176
Mikrometer	µm	177
Millimeter	mm	015
Zentimeter	cm	178
Dezimeter	dm	179
Hundert Meter	100 m	010
Hundert laufende Meter	100 lfm	
Kilometer	km	011
Tausend Meter	1 000 m	
Tausend laufende Meter	1 000 lfm	
Megameter	Mm	012
Millionen Meter	Mio M	
Tausend Kilometer	1 000 km	
Gigameter	Gm	180
Meter Breite	m Breite	181
Millimeter Breite	mm Breite	182
Zentimeter Breite	cm Breite	183
Tausend Meter Breite	1 000 m Breite	184
Kilometer Breite	km Breite	
Meter Dicke	m Dicke	185
Millimeter Dicke	mm Dicke	186
Zentimeter Dicke	cm Dicke	187
Meter Gesamtlänge	m Gesamtlänge	188
Millimeter Gesamtlänge	mm Gesamtlänge	189
Zentimeter Gesamtlänge	cm Gesamtlänge	190
Tausend Meter Gesamtlänge	1000 m Gesamt- länge	191
Kilometer Gesamtlänge	km Gesamtlänge	
Tausend Kilometer Gesamtlänge	1000 km Gesamt- länge	

Volkswirtschaftliche Arbeitskräftesystematiken =====

Entwicklung und Verbindlichkeit

Mit der Anordnung über die Einführung und Anwendung Volkswirtschaftlicher Arbeitskräftesystematiken vom 14. Oktober 1974 wurde eine komplexe Lösung der Systematisierung auf dem Gebiet der Arbeitskräfte eingeleitet. Als Arbeitskräftesystematiken gelten alle Systematiken, die einzelne oder mehrere Merkmale zur Charakterisierung der Arbeitskraft zum Inhalt haben. Sie stellen ein wichtiges Arbeitsmittel für die Anwendung der EDV in der Laderarbeit und für die Erfassung von Merkmalen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in den Betrieben, Kombinat, Einrichtungen und zentralen Staatsorganen dar. Sie wurden in Gemeinschaftsarbeit auf der Grundlage einer mit den zuständigen Staatsorganen abgestimmten Konzeption und in enger Zusammenarbeit mit sachkundigen Vertretern aus Betrieben und zentralen staatlichen Organen erarbeitet. Die ersten 8 Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken wurden bereits 1974 nach Diskussion mit rd. 600 Betrieben und Einrichtungen den Betrieben bereitgestellt, um speziell den Nutzern von EDVA die Möglichkeit zu geben, die bisher verwendeten bereichs- oder betriebsinternen Arbeitskräftesystematiken planmäßig auf die Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken umstellen zu können. Am 1.1.1976 sind die Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken für die Planung, Rechnungsführung und Statistik von den Staatsorganen, Kombinat und Betrieben verbindlich anzuwenden.

Die Internationale Standard-Klassifikation der Berufe (ISCO) konnte bei der Ausarbeitung der Arbeitskräftesystematiken nicht zugrunde gelegt werden, weil in der DDR eine strikte Trennung der Inhalte gefordert wurde.

Die ISCO nimmt keine klare Unterscheidung zwischen Berufen mit ihren Qualifikationsstufen und den Tätigkeiten vor. Darüber hinaus sind in der ISCO eine Reihe von Tätigkeiten enthalten, die in der DDR den Erwerb bestimmter Berechtigungsnachweise voraussetzen (z. B. Kapitäne und Flugzeugführer). Die Berechtigungsnachweise werden in der DDR in einer gesonderten Arbeitskräftesystematik ausgewiesen.

Inhalt

Die Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken umfassen
z. Z. folgende Einzelsystematiken:

<u>Bezeichnung der Systematik</u>	<u>Stelligkeit</u>
1. Systematik der Berufe	5
<u>Anlage 1</u> zur Systematik der Berufe Spezialisierungsrichtungen in Ausbildungs- berufen (Facharbeiterausbildung)	2
<u>Anlage 2</u> zur Systematik der Berufe Stichwortverzeichnis - Berufe	
2. Systematik des Qualifikationsniveaus	1
3. Systematik der akademischen Grade	1
4. Systematik des ausbildungsgerechten Einsatzes	1
5. Systematik der Arbeitskräfte nach Techni- sierungsstufen	1
<u>Anlage 1</u> Ergänzungsschlüssel zur Kennzeichnung der Schwere der Arbeit	
6. Systematik der Nutzung des Arbeitsvermögens	2
7. Systematik der Berechtigungsnachweise	4
<u>Anlage 1</u> Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen für Berechtigungsnachweise	
<u>Anlage 2</u> Stichwortverzeichnis - Berechtigungsnachweise	
8. Systematik der Tätigkeiten	4
<u>Anlage 1</u> zur Systematik der Tätigkeiten Alphabetisches Verzeichnis der Tätigkeiten und spezifischen Tätigkeitsbezeichnungen	
<u>Anlage 2</u> zur Systematik der Tätigkeiten Verbindungsschlüssel	
Teil A Tätigkeiten - Tätigkeitshauptgruppen Teil B Tätigkeitshauptgruppen - Tätigkeiten	
9. Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens	
10. Systematik der Fremdsprachen	3
11. Systematik der Sprachbeherrschung	2
12. Systematik der Länder	3
13. Systematik - Familienstand	1
14. Systematik - Geschlecht	1
15. Systematik der Schulbildung	1

16. Systematik der Formen der Durchführung von Bildungsmaßnahmen (Studienformen)	1
17. Systematik - Verleihene Titel	2
18. Systematik - Hochschullehrer	2
19. Systematik der Auszeichnungen	4
20. Systematik der Abgangsgründe	2
21. Systematik der Zugangsquellen	1
22. Systematik - Körperbeschädigte	1
23. Systematik der Kategorien der gesetzlichen Arbeitszeit	1
24. Systematik der Schichtarbeit	1

Form der Arbeitskräftesystematiken und Ergänzungsmöglichkeiten

Alle Arbeitskräftesystematiken legen die verbindliche Bezeichnung und die Schlüsselnummern fest. Die Schlüsselnummern entsprechen den Bedingungen der Verarbeitung mit EDV-Anlagen. Weiterhin sind dem größten Teil der Einzelsystematiken Hinweise zur Zielstellung und zu ihrem Aufbau vorangestellt. Einige Systematiken enthalten ferner methodische Anleitungen.

Umfangreiche Systematiken wurden durch ein alphabetisches Verzeichnis ergänzt. Die Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken werden als Lose-Blattwerk herausgegeben. Auf der Grundlage einer von der SZS geschaffenen und mit den zuständigen Staatsorganen abgestimmten Ordnung werden entsprechend den Erfordernissen jährlich Ergänzungen mittels Auswechsel- bzw. Zusatzseiten veröffentlicht. Ergänzungen sind

- Neuaufnahmen von einzelnen Positionen bzw. neuen Systematiken,
- Streichungen von Positionen,
- begriffliche Änderungen,
- Veränderungen in der Zuordnung.

Vertrieb

Der Vertrieb der Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken erfolgt zentral über das EDV-Vertriebssystem für amtliche Dokumente des Staatsverlages der DDR. Die Bezieher der Grundaussgabe

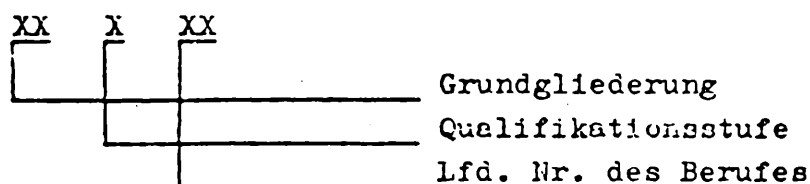
werden ohne nochmalige Bestellung mit den jährlich erscheinenden Ergänzungen beliefert.

Erläuterung ausgewählter Volkswirtschaftlicher Arbeitskräfte-systematiken

Systematik der Berufe (Beispiele s. Anlage_1)

Als Beruf wird ein Komplex von Voraussetzungen verstanden, die zur Ausführung gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten auf einem bestimmten Arbeitsgebiet erforderlich sind und meist in Form einer systematischen Ausbildung erworben sind und durch staatliche Zeugnisse des Facharbeiter-, Meister-, Techniker-, Fachschul- oder Hochschulabschlusses belegt sind. Abgesehen von internen Systematiken der Berufe und Tätigkeiten für die Zwecke der Volkszählung gab es vor der verbindlichen Einführung Volkswirtschaftlicher Arbeitskräftesystematiken keine nach einheitlichen Gesichtspunkten gegliederte Systematik der Berufe aller Qualifikationsstufen. Entsprechend ihrem Verantwortungsbereich hatten in der Vergangenheit verschiedene zentrale staatliche Organe eigene Systematiken mit unterschiedlichem Grundaufbau und unterschiedlichen Schlüsselnummern veröffentlicht. Z. B. gab es für Facharbeiterberufe (außer im Handwerk) eine vierstellige Ausbildungsnomenklatur; für die Zwecke der Volkszählung 1971 wurde eine dreistellige Nomenklatur der Lehr- und Ausbildungsberufe bereit gestellt: die Liste der Handwerksberufe war sechsstellig und die Fachrichtungsnomenklatur für die Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern ist mit einer vierstelligen Schlüsselnummer versehen. Darüber hinaus gab es für eine Reihe von Berufen keinerlei Zuordnungen, z. B. für im Ausland ausgebildete Fach- und Hochschulkader und für traditionelle Berufe aller Qualifikationsstufen. Die Systematik der Berufe umfaßt sämtliche Berufe der Volkswirtschaft (ca. 3000) in denen gegenwärtig eine Ausbildung erfolgt bzw. in der Vergangenheit eine Ausbildung vorgenommen wurde.

Die Systematik der Berufe hat folgenden Aufbau:



Grundgliederung der Systematik der Berufe

Berufe auf dem Gebiet:

- 0 2 Mathematik
- 0 4 Physik
- 0 6 Chemie
- 0 8 Biowissenschaften
- 1 0 Geowissenschaften
- 1 2 Psychologie
- 1 4 Humanmedizin/ Pharmazie
- 1 6 Veterinärmedizin
- 1 8 Bergbau
- 2 0 Energie
- 2 2 Metallurgie/ Werkstoffwesen
- 2 4 Maschinen-, Apparate- und Anlagenbau
- 2 6 Fertigungs- und Verfahrenstechnik
- 2 8 Feinmechanik/ Optik
- 3 0 Elektrotechnik/ Elektronik
- 3 2 Automatisierungstechnik
- 3 4 Holz
- 3 6 Zellstoff/ Papier
- 3 8 Polygraphie/ Reproduktionstechnik
- 4 0 Textil/ Bekleidung
- 4 2 Leder/ Kunstleder
- 4 4 Glas/ Keramik (ohne Baukeramik)
- 4 6 Lebensmittelindustrie (einschl. Fischbe- und -verarbeitung)
- 4 8 Handel/ Gastronomie/ Dienstleistungen
- 5 0 Land-, Forst- und Fischwirtschaft
- 5 2 Wasserwirtschaft
- 5 4 Baumaterialien
- 5 6 Bauwesen (ohne Innenarchitektur)
- 5 8 Verkehr und Transport

- 6 0 Post-, Fernmelde- und Nachrichtenwesen
- 6 2 Wirtschaftswissenschaften/ Verwaltungsorganisation
- 6 4 Philosophisch-historische Wissenschaften, Staats- und Rechtswissenschaften (einschl. Kriminalistik und Brandschutz)
- 6 6 Kultur, Kunst, Kulturwarenherstellung und industrielle Formgestaltung
- 7 0)
- 7 2) Pädagogik
- 7 4)
- 7 6)
- 7 8)
- 7 9) Literatur und Sprachwissenschaften
- 8 0 Theologie
- 9 0 Militärwesen

In Korrespondenz mit der Systematik des Qualifikationsniveaus sind in der Systematik der Berufe folgende Qualifikationsstufen enthalten; (dargestellt in der 3. Stelle der Schlüssel-Nr.)

- 2 = Facharbeiterberufe
- 3 = Meisterberufe
- 4 = Technikerberufe
- 5 = Fachschulberufe
- 6 = Hochschulberufe

Das 'x' hinter der 5stelligen Schlüsselnummer kennzeichnet die Berufe für die in der DDR Aufnahmen bzw. Neuzulassungen zur Ausbildung (Studium) erfolgen. Traditionelle Berufe die nicht mehr ausgebildet werden, haben demzufolge kein nachgestelltes 'x'.

Die Systematik der Spezialisierungsrichtungen stellt eine Weitergliederung der Facharbeiterberufe in der Berufssystematik in der 6. und 7. Stelle dar und wurde als Anlage zur Systematik der Berufe herausgegeben. Die Spezialisierungsrichtungen - z. Z. 600 - sind Bestandteil bestimmter Ausbildungsberufe. Die Spezialisierung erfolgt im Anschluß an eine breite Grundlagenausbildung und vermittelt spezielle Kenntnisse entsprechend der künftigen Tätigkeit. Als weitere Anlage wurde ein Stichwortverzeichnis aller Berufe veröffentlicht.

Weitere in der Volkswirtschaft verwendete Berufssystematiken:

- Die VO vom 7.5.1970 über die Systematik der Ausbildungsberufe (für Facharbeiterberufe) GBl. II Nr. 47 bleibt von der AO über die Einführung und Anwendung Volkswirtschaftlicher Arbeitssystematiken unberührt. Sie regelt u. a. die Stellung der Systematik, den Grundaufbau (Berufsbezeichnung, erforderliche Vorbildung, Ausbildungsdauer usw.) und die Grundbedingungen für das Erlernen eines Ausbildungsberufes. Im Jahre 1975 wurde die 5stellige Schlüsselnummer der Volkswirtschaftlichen Systematik der Berufe in diese Systematik der Ausbildungsberufe übernommen. Damit wurde neben der bereits vorhandenen Übereinstimmung der Berufsbezeichnung auch eine Identität der Schlüsselnummer erreicht.
- Die 5stelligen Schlüsselnummern der Systematik der Fachrichtungen der Meister (Anlage zur 1. DB vom 18.7.1973 zur VO über die Aus- und Weiterbildung der Meister - GBl. SD 758) stimmt mit den Schlüsselnummern der Volkswirtschaftlichen Systematik der Berufe überein.
- Gleiches gilt für das Verzeichnis der Meister des Handwerks (Anlage 1 zur AO vom 30.12.1977 über die Ausbildung der Meister des Handwerks - GBl. I Nr. 9; sowie der AO Nr. 2 vom 20.7.1979 GBl. I Nr. 29).
- Ein Umstellen der Planung der Hoch- und Fachschulkaderaus-
bildung von der Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung (AO vom 7.5.1973 über die Führung der Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung - GBl. SD 757) auf die Volkswirtschaftliche Systematisierung der Berufe war dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen nicht möglich. Der Geltungsbereich dieser beiden Systematiken ist jedoch so abgegrenzt, daß die Planung und Abrechnung des Bestandes an Arbeitskräften (einschl. der Hoch- und Fachschulkader) in der Volkswirtschaft ausschließlich auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Systematik der Berufe vorgenommen wird. Für die Fälle, in denen eine Umschlüsselung notwendig ist, hat die SZS in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen einen Verbindungsschlüssel zur Systematik der Berufe erarbeitet, der alle zu planenden Hoch- und

Fachschulberufe ausweist und die Schlüsselnummern sowohl der Volkswirtschaftlichen Systematik der Berufe als auch der Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung enthält.

Die Hoch- und Fachschulnomenklatur ist gegliedert in die Teile Hochschulausbildung und Fachschulausbildung sowie nach der fachlichen Struktur in Fachrichtungsgruppen und Fachrichtungen.

Systematik des Qualifikationsniveaus

Als Qualifikation bezeichnet man die Gesamtheit der durch Aus- und Weiterbildung sowie durch Erfahrungen in der praktischen Tätigkeit erworbenen Voraussetzungen - Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten - eines Menschen zur Ausübung gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten.

Die Systematik des Qualifikationsniveaus umfaßt die Qualifikationsstufen 0 bis 6, von Ungelernten bis zum Hochschulkader. Die Qualifikationsstufen 2 bis 6 sind Bestandteil der Systematik der Berufe.

Erfaßt werden mit dieser Systematik alle die Hochschulkader, die über den Hochschulabschluß hinausgehende Qualifikationen erworben haben. Z. B.:

- 1 = Diplom eines Wissenschaftszweiges
- 2 = Dr. eines Wissenschaftszweiges (Promotion A)
- 3 = Dr. der Wissenschaften (Promotion B)

Systematik des ausbildungsgerechten Einsatzes

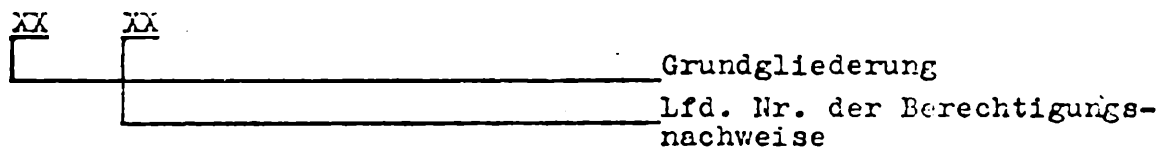
Die Systematik sagt aus, in welchem Maße der Werk tätige die in seiner Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten für seine gegenwärtig ausgeübte Tätigkeit nutzt. Die Systematik wird in der Regel im engen Zusammenhang mit der Berufssystematik und der Tätigkeit betrachtet. Die Systematik ist einstellig. 0 bedeutet ohne erworbenen Beruf tätig, 1 entsprechend dem erworbenen Beruf tätig, 2 dem erworbenen Beruf artverwandt tätig, 3 nicht entsprechend dem erworbenen Beruf sowie nicht im artverwandten Beruf tätig.

Systematik der Arbeitskräfte nach Technisierungsstufen

Diese Systematik ist einstellig. Sie dient u. a. zur Charakterisierung der Arbeitsplätze. Die Systematik umfaßt 9 Technisierungsstufen von der Handarbeit bis zur Arbeit an automatisierten Maschinen. Die Systematik kann mit einem als Anlage beigefügten einstelligen Ergänzungsschlüssel "Schwere der Arbeit" kombiniert werden. Die Systematik der Technisierungsstufen basiert auf der Anlage 2 zur AO über die Nomenklatur des Verzeichnisses der Abschreibungssätze für Grundmittel vom 16. September 1968 (GBl. SD 550 vom 15.4.1969).

Systematik der Berechtigungsnachweise (Beispiele s. Anlage 2)

Die Systematik erfaßt alle personengebundenen Dokumente, deren Erwerb Voraussetzung ist für die Lösung von Spezialaufgaben z. B. zum Bedienen und Überwachen bestimmter Maschinen, zur Anwendung bestimmter Fertigungsverfahren und zur Ausübung bestimmter Funktionen. Die 4stellige Systematik weist rd. 650 in der Volkswirtschaft vorhandene Berechtigungsnachweise aus. Die Systematik hat folgenden Aufbau:

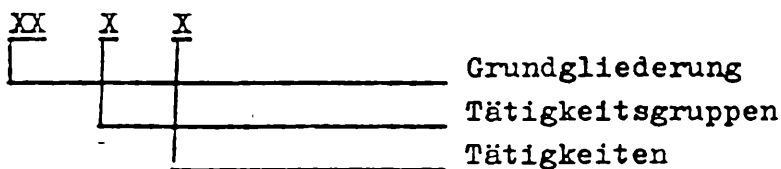


Die Systematik enthält neben der Schlüsselnummer und Bezeichnung des entsprechenden Berechtigungsnachweises Angaben über die Gültigkeitsdauer und gesetzlichen Grundlagen. Der Systematik beigelegt ist eine Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen des Berechtigungsnachweises und ein Stichwortverzeichnis.

Systematik der Tätigkeiten (Beispiele s. Anlage 3)

Die Aufgabe der Systematik der Tätigkeiten ist es, alle in der Volkswirtschaft ausgeübten Tätigkeiten nach einheitlichen Gesichtspunkten zu gliedern. Im Unterschied zum Beruf kennzeichnet der Tätigkeitsbegriff die tatsächlich zu leistende Arbeit. Die Systematik dient u. a. als Grundlage für die Zuordnung von Werkträgern zu den Tätigkeitshauptgruppen der Beschäftigtengliederung in In-

dustrie und Bauwesen sowie zur Erarbeitung von Beschäftigtengruppenkatalogen sowie für arbeits-medizinische Untersuchungen und Auswertungen über das Krankheits- und Unfallgeschehen. Mit der Systematik werden rd. 1600 Tätigkeiten erfaßt. Die Systematik hat folgenden Aufbau:



Ergänzend zur Systematik der Tätigkeiten wurde ein Verbindungsschlüssel zwischen der Volkswirtschaftlichen Systematik der Tätigkeiten und den Tätigkeitshauptgruppen der Beschäftigtengliederung in Industrie und Bauwesen sowie ein Stichwortverzeichnis herausgegeben.

Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens

Zur Vervollständigung der Systematiken über das gesellschaftliche Arbeitsvermögen wurde die gemeinsam von der Staatlichen Plankommission und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erlassene Richtlinie mit in die Loseblatt-Sammlung der Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken veröffentlicht. Die Rahmenrichtlinie beinhaltet die Gliederung

- a) nach Arbeitsbereichen (Zuordnung erfolgt nach der Zugehörigkeit zur jeweiligen Struktureinheit und
- b) nach Tätigkeitshauptgruppen (diese werden ausschließlich auf der Grundlage des Merkmals ausgeübte Tätigkeit gebildet).

Die Arbeitsbereiche stellen gleiche Wirkungsbereiche von Menschen im Arbeitsprozeß dar, die durch gemeinsame Aufgaben und Objekte ihrer Arbeit sachlich miteinander verbunden sind. Die Zuordnung erfolgt im Prinzip nach der Zugehörigkeit zur jeweiligen Struktureinheit (Abteilung).

Die Arbeitsbereiche werden mit einem 2stelligen Schlüssel ausgewiesen, z. B.

- 10 - Produktionsdurchführende Bereiche
- 11 - Produktion - wirtschaftsbereichstypische Leistung
- 12 - Produktion - nichtwirtschaftsbereichstypische Leistung

- 20 - Produktionshilfsbereiche
- 21 - Innerbetrieblicher Transport
- 22 - Reparaturen und Instandhaltung
- 23 - Vorrichtungs-, Werkzeug-, Lehren- und Modellbau usw.

Auf der Grundlage des Merkmals ausgeübte Tätigkeit sind folgende für die Volkswirtschaft, die Zweige, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen wichtige Tätigkeitshauptgruppen anzuwenden:

- 10 - Produktionspersonal
- 11 - Produktionsarbeiter
- 12 - Ingenieur-technisches Personal
- 20 - Produktionsvorbereitendes Personal
- 30 - Leitungs- und Verwaltungspersonal
- 31 - Leitungspersonal
- 32 - Verwaltungspersonal
- 40 - EDV-Personal
- 50 - Betreuungspersonal
- 60 - Pädagogisches Personal
- 90 - Übriges Personal

Systematik der Fremdsprachen

Diese Systematik enthält die wichtigsten Fremdsprachen (ca. 100). Sie korrespondiert mit der Systematik der Länder. Die 1. Stelle kennzeichnet den Erdteil, dem die Sprachbezeichnung zugeordnet wurde, die weiteren 2 Stellen dienen der laufenden Numerierung der Länder. Ergänzend zur Systematik der Fremdsprachen wurde eine 2stellige Systematik der Sprachbeherrschung herausgegeben, die der einheitlichen Verschlüsselung der Sprachkenntnisse von Werktätigen dient. Sie basiert u. a. auf der AO über die Durchführung von Lehrgängen zum Erwerb der Qualifikation als Sprachkundiger.

Systematik verliehene Titel

Die Systematik ist zweistellig. Ein verliehener Titel ist eine staatliche Anerkennung hervorragender bzw. langjähriger verdienstvoller Leistungen auf bestimmten, meist berufsbezogenen Tätigkeitsgebieten. Die Verleihung berechtigt, diesen Titel im Zusammenhang mit dem Namen zu führen. Nicht einbezogen sind in diese Systematik

- a) staatliche Auszeichnungen z. B. Held der Arbeit,
- b) Hochschultitel wie z. B. Ordentlicher Professor,
- c) akademische Grade.

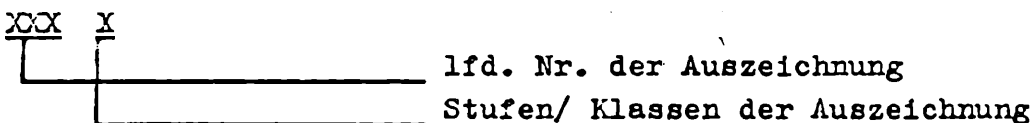
Letztere sind Gegenstand selbständiger Arbeitskräftesystematiken.

Systematik der Hochschullehrer

Diese Systematik ist 2stellig. In ihr werden Titel, die u. a. während der Lehrtätigkeit an der Hochschule geführt werden, z. B. 15 = Hochschuldozent, ausgewiesen.

Systematik der Auszeichnungen (Beispiele s. Anlage 4)

Die Systematik beinhaltet rd. 300 Auszeichnungen (Orden, Preise, Ehrentitel, Medaillen u. a. Auszeichnungen). Die Stiftung und Verleihung erfolgt auf der Grundlage dazu erlassener Regelungen durch den Staatsrat, Ministerrat, Verteidigungsrat der DDR, Minister und Leiter zentraler Staatsorgane, Vertreter der Bezirke und Städte sowie bedeutende Auszeichnungen, gestiftet durch die Zentralen Leitungen demokratischer Organisationen. Verliehene Wanderfahnen und Wanderpreise sowie betriebsinterne Auszeichnungen sind nicht Bestandteil der Systematik. Die Systematik der Auszeichnungen hat folgendes Gliederungsschema:



Systematik der Abgangsgründe

In der Systematik der Abgangsgründe werden Ursachen aufgeführt, die dazu führen können, daß Arbeitskräfte aus einem bestehenden Arbeitsrechtsverhältnis ausscheiden. Die 2stellige Systematik ist gegliedert in 3 große Gruppen:

- Natürliche Abgänge
- Gesellschaftlich notwendige Abgänge
- Betriebliche und persönliche Abgangsgründe.

Diese Gruppen sind weiter untersetzt. Z. B. 22 = Delegierung zum Direktstudium und 52 = Wohnungs- und Wohnortwechsel.

Systematik der Zugangsquellen

In der Systematik der Zugangsquellen sind Zugänge von Arbeitskräften aufgrund eines abgeschlossenen Arbeitsrechtsverhältnisses nach dem Merkmal Herkunft erfaßt worden. (Z. B. Wiederaufnahme der Tätigkeit nach einer Freistellung.) Diese Systematik ist z.Z. noch einstellig und wird voraussichtlich ab 1983 als 2stelliger Schlüssel zur Anwendung kommen.

Systematik der Körperbeschädigten

Der einstellige Schlüssel der Systematik dient der Erfassung von Personen deren physische und psychische Beschädigung durch die Anerkennung als Beschädigter und durch den Besitz des Beschädigtenausweises nachgewiesen ist.

Systematik der Kategorien der Arbeitszeit

Die Systematik bietet die Möglichkeit, vollbeschäftigte Arbeitskräfte nach der gesetzlich differenziert festgelegten Arbeitszeit sowie teilbeschäftigte Arbeitskräfte mit individuell vereinbarter Arbeitszeit zu erfassen.

Systematik der Schichtarbeit

Die Systematik dient zur Erfassung von Werktätigen nach dem Schichtsystem in dem sie tätig sind. Die verschiedenen Schichtsysteme sind mit einer einstelligen Schlüsselnummer versehen.

Überführung von Arbeitskräftesystematiken auf EDVA

Zur Rationalisierung der ständigen Aktualisierungsaufgaben Volkswirtschaftlicher Arbeitskräftesystematiken wurden die 4 umfangreichsten und ständigen Veränderungen unterworfenen Arbeitskräftesystematiken

Systematik der Berufe

"	"	Berechtigungsnachweise
"	"	Tätigkeiten
"	"	Auszeichnungen

auf EDVA überführt.

Damit wurde der Aufwand durch manuelle Prüf- und Schreibarbeiten bei den jährlichen Ergänzungen zu den Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken erheblich gesenkt. Außerdem konnten ohne zusätzliche Arbeiten Übersichten z. B. über vorgenommene Veränderungen, Stichwortverzeichnisse und Verbindungsschlüssel übernommen werden.

Zentralen Organen werden auf Anforderung die auf Magnetband gespeicherten aktuellen Arbeitskräftesystematiken zur Verfügung gestellt.

Entsprechend den Erfordernissen werden die bisher mit Schreibmaschine geschriebenen Manuskriptseiten z. B. der Systematiken oder der Strichwortverzeichnisse durch EDV-Ausdrucke ersetzt.

Ausgewählte Beispiele zur Systematik der Berufe

Schlüssel- Nummer	Beruf
50	Land-, Forst- und Fischwirtschaft
50 2 01 x	Agrotechniker/Mechanisator
50 2 03 x	Gärtner
50 2 08 x	Agrochemiker
50 3 01 x	Meister für Pflanzenproduktion/Feldbau
50 3 03 x	Gärtnermeister/Gemüseproduktion

Ausgewählte Beispiele zu den Spezialisierungsrichtungen in Ausbildungsberufen

Schlüssel- Nummer	Berufsbezeichnung	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Spezialisierungsrichtungen
50 2 01 x	Agrotechniker/ Mechanisator	01 x	Fruchtartenspezifische industriemäßige Ver- fahren
		02 x	Industriemäßige Bodenbearbeitung
		03 x	Industriemäßige Saat- u. Pflanzgutproduktion
		04	Feldgemüseproduktion
		05 x	Hopfenproduktion
50 2 03 x	Gärtner	01 x	Gemüseproduktion/ Freiland
		02 x	Zierpflanzenproduktion
		03 x	Gemüseproduktion unter Glas und Platten
		04 x	Obstproduktion
		05 x	Baumschulen
		06 x	Champignonproduktion

Grundgliederung der Systematik der Berechtigungsnachweise

BNW zur Durchführung von Schweißarbeiten (01 - 15)

- | | | |
|----|--|---|
| 01 | BNW für Schweißarbeiten | - Eisenwerkstoffe in der Ausführungs-
klasse III |
| 02 | BNW " " | - Eisenwerkstoffe in der Ausführungs-
klasse II |
| 03 | BNW " " | - Eisenwerkstoffe in der Ausführungs-
klasse I |
| 04 | BNW " " | - Eisenwerkstoffe in den Ausführungs-
klassen II und I |
| 05 | BNW " " | - Nicht an Ausführungsklassen gebun-
dene Berechtigungsnachweise |
| 06 | BNW " " | - Al und Al-Legierungen in der Aus-
führungsklasse III |
| 07 | BNW " " | - Al und Al-Legierungen in den Aus-
führungsklassen II und I |
| 08 | BNW " " | - Cu und Cu-Legierungen in der Aus-
führungsklasse III |
| 09 | BNW " " | - Cu und Cu-Legierungen in den Aus-
führungsklassen II und I |
| 10 | BNW " " | - Cu und Cu-Legierungen in den Aus-
führungsklassen II und I |
| 11 | BNW " " | - Plaste und BNW für Metallkleb-
stoffverarbeitung, Gießharz- und
Laminiertechnik |
| 12 | BNW für Auftragsschweißen und Widerstandsschweißen | |
| 13 | BNW für sonstige Schweißarbeiten und Lötarbeiten | |
| 15 | BNW für Schweißarbeiten - Verfahrenskombinationen | |

BNW für einige Arbeitsverfahren (20 - 29)

- | | |
|----|--|
| 23 | BNW für den Verkehr mit Sprengmitteln und Schußwaffen sowie
die Verwendung von Schußgeräten |
| 24 | BNW für Vermessungsarbeiten |
| 26 | BNW für die Kontrolle von Arbeitsergebnissen (Prüfung durch
zerstörungsfreie Prüfmethode) |

BNW für die Einrichtung, Bedienung und Instandhaltung von
Maschinen, Fahrzeugen, Geräten und Anlagen (30 - 59)

- 30 BNW für Maschinen, Anlagen und Geräte der Holz-/Metall-
be- und -verarbeitung (Einrichtung, Bedienung und In-
standhaltung)
- 31 BNW für Maschinen und Anlagen der Baumaterialienindustrie
und der Vorfertigung im Bauwesen (Einrichtung, Bedienung
und Instandhaltung)
- 32 BNW für Straßen- und Baumaschinen (Einrichtung, Bedienung
und Instandhaltung) - außer Förder- und Gewinnungstechnik
- 34 BNW für Maschinen der Dampf- und Drucktechnik, der Glas-
und Tanktechnik sowie für Chemieanlagen (Einrichtung, Be-
dienung und Instandhaltung)
- 35 BNW für Maschinen der Fördertechnik - Bagger und Lader
(Einrichtung, Bedienung und Instandhaltung)
- 36 BNW für Maschinen der Fördertechnik - außer Bagger und
Lader - sowie der Versetzungs- und Gleisbremstechnik
(Einrichtung, Bedienung und Instandhaltung)
- 38 BNW für elektrotechnische Maschinen und Aggregate (Ein-
richtung, Bedienung und Instandhaltung)
- 39 BNW für Straßenfahrzeuge/Kraftfahrzeuge - außer Förder-
technik (Bedienung und Instandhaltung)
- 40 BNW für Schienenfahrzeuge (Einrichtung, Bedienung und
Instandhaltung)
- 42 BNW für Wasserfahrzeuge und hydrotechnische Anlagen sowie
BNW auf dem Gebiet der Wasserbautechnik
- 43 BNW für Luftfahrzeuge sowie für luftfahrzeugtechnische An-
lagen und Geräte (Einrichtung, Bedienung, Instandhaltung
und Instandsetzung)
- 44 BNW für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte - einschl.
Binnenfischerei und Forstwirtschaft (Bedienung und In-
standhaltung)
- 46 BNW für die Nahrungsgüterwirtschaft/ Lebensmittelherstellung
- 47 BNW für Eisenbahnsicherungsanlagen (Bau, Bedienung und In-
standhaltung)
- 48 BNW für Anlagen, Maschinen und Geräte zur Informations- und
Nachrichtenübermittlung (Bau, Bedienung und Instandhaltung)
- 50 BNW für Anlagen und Geräte zur Datenverarbeitung (Ein-
richtung, Bedienung und Wartung)
- 52 BNW für Atemschutz-, Sicherheits- und Rettungsgeräte (Ein-
richtung, Bedienung und Instandhaltung)
- 53 BNW für Maschinen und Geräte des Post- und Fernmeldewesens
(Bedienung und Wartung)
- 55 BNW im Bergbau

BNW zur Abnahme und Kontrolle von Maschinen, Fahrzeugen
und Geräten (60 - 69)

- 61 BNW zur Abnahme und Kontrolle von Maschinen der Dampf- und Drucktechnik sowie der Gas- und Tanktechnik
- 62 BNW für die Abnahme und Kontrolle von Maschinen der Fördertechnik sowie von elektrotechnischen Maschinen und Aggregaten (einschl. funktechnische Anlagen)
- 63 BNW für die Abnahme und Kontrolle von Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftfahrzeugen
- 65 BNW für Sachverständige des Bauwesens sowie BNW für von der Obersten Bergbehörde anerkannte Sachverständige und Markscheider

BNW für die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen sowie für
den Umgang mit chemischen Stoffen (70 - 79)

- 70 BNW im Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz
- 71 BNW auf dem Gebiet des Strahlenschutzes
- 72 BNW auf dem Gebiet des Umweltschutzes
- 74 BNW für Dienstaufsicht- und Sicherheitspersonal
- 75 BNW für den Umgang mit chemischen Stoffen (ohne Verarbeitung von chemischen Stoffen)

BNW auf den Gebieten Gesundheitswesen, Kultur, Körperkultur
und Sport, Lenkung und Leitung, Berufsbildung (80 - 90)

- 80 BNW für die medizinischen und mittleren medizinischen Fachkräfte sowie BNW des DRK der DDR und BNW auf dem Gebiet der Hygiene
- 81 BNW auf den Gebieten Kultur, Körperkultur und Sport (einschl. Feriengestaltung)
- 84 BNW für Leitungstätigkeiten
- 86 BNW für Berufsbildung und für sonstige Lehrtätigkeit

Ausgewählte Beispiele zur Systematik der Berechtigungsnachweise

Schl.- Nr.	Berechtigungsnachweis	Gültigkeits- dauer	Gesetzliche Grundlage
44	BNW für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte - einschl. Binnenfischerei u. Forstwirtschaft (Bedienung und Instandhaltung) <u>Traktoren und LKW</u>		
4401	BNW für Traktoren (K 700,) K 700 A, K 701)		
4402	BNW für Traktoren (T 150 K))		ABAO 361/2, Programm des MLFN (510)
4403	BNW für LKW-Streuaufsatz (D 032 N))	unbefristet	
44 04	BNW für LKW-Pflanzenschutz- maschine (Kertitox Global))		
	Getreide- und Halmfutter- ernte - - - - -		
4411	BNW für Mähdrescher (E 512,)) E 516)		
4412	BNW für Feldhäcksler (E 280)		
4413	BNW für Schwadmäher (E 301))	unbefristet	Programm des MLFN (510)
4414	BNW für Anlagenfahrer für) technische Trocknung und) Pelletieranlage)		

Grundgliederung der Systematik der
Tätigkeiten

Schl.- Nr.	Tätigkeit
01	Gewinnen und Aufbereiten von Bodenschätzen <u>ohne</u> Führen/Bedienen/Begleiten der Transport und Fördertechnik (Schl.-Nr. 4400, 4600)
03	Gewinnen/Erzeugen von Wasser; Fortleiten und Verteilen von Wasser und Elektroenergie, <u>ohne</u> Versorgungsanlagen der Gebäude (Schl.-Nr. 4900)
05	Arbeiten zum Stoff- und Energiegewinn und -umwandeln
06	Verarbeiten von Explosivstoffen
07	Metallurgische Arbeiten
09	Richten, Umformen und Gravieren von Metall
10	Trennen und Fügen von Metall, <u>ohne</u> Montage- und Installationsarbeiten (Schl.-Nr. 1200, 1300); Oberflächenbehandeln von Metall und Beschichten von Metall; Be- und Verarbeiten von Edelmetallen, Edelsteinen, Kristallen, Perlen
11	Fertigungsmittelbauarbeiten
12	Montage- und Demontagearbeiten (im Sinne "Sonstiges Fügen von Metall"), <u>ohne</u> Energienetz und TGA (Schl.-Nr. 1300)
13	Montage-/Installationsarbeiten "Elektroenergienetz", "TGA"
14	Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten an Anlagen und Maschinen, <u>ohne</u> Fahrzeuge (Schl.-Nr. 4520) und <u>ohne</u> Anlagen und Geräte der DV (Schl.-Nr. 6850)
15	Be- und Verarbeiten von Holz
16	<u>Spezifische</u> Arbeiten des Fertigungs von Musik- instrumenten, Spielwaren (sofern sie anderen Schlüsselnummern nicht zugeordnet werden können) sowie Bürsten und Pinseln
17	Herstellen, Be- und Verarbeiten von Papier und Pappe
18	Be- und Verarbeiten von Plasten

Schl.- Nr.	Tätigkeit
19	Herstellen, Be- und Verarbeiten textiler Erzeugnisse, <u>ohne</u> Herstellen von Chemiefasern und Seiden (Schl.-Nr. 0570)
21	Verarbeiten von Häuten, Leder, Kunstleder sowie Borsten und Tierhaaren
23	Herstellen und Verarbeiten von Glas
24	Herstellen und Verarbeiten von Keramik, <u>einschl.</u> feuerfesten Keramikerzeugnissen (<u>ohne</u> Primärbaustoffe - Schl.-Nr. 3500)
25	Pflanzenproduktionsarbeiten
27	Tierproduktionsarbeiten, <u>ohne</u> -Fischproduktion/-fang (Schl.-Nr. 2900, 3240), -Herstellen von Futtermitteln (Schl.-Nr. 3100)
29	Fischproduktionsarbeiten, <u>ohne</u> Hochseefischfang (Schl.-Nr. 3240)
30	Forstarbeiten
31	Herstellen von Futtermitteln
32	Herstellen von Lebensmitteln
34	Biotechnologische Arbeiten
35	Arbeiten zur Produktion von Primärbaustoffen und in der Bauvorfertigung, <u>einschl.</u> Baukeramik
36	Bau- und Baumontagearbeiten
38	Wasserbau-, Meliorations- und Wasserhaltungs- arbeiten
40	Graphische Arbeiten
42	Arbeiten des Fernsprech- und Fernschreibwesens
43	Arbeiten des Funkwesens
44	Arbeiten zum Durchführung des Fahrzeugverkehrs; Führen und Begleiten von Fahrzeugen, <u>ohne</u> Geräteträger und selbstfahrende Maschinen der Landwirtschaft (Schl.-Nr. 2510)
45	Arbeiten zur Wartung, Instandsetzung und Reini- gung von Fahrzeugen und Sicherungsanlagen, <u>ohne</u> Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten an Anlagen und Maschinen (Schl.-Nr. 1400) sowie <u>ohne</u> stadt- und hauswirtschaftliche Dienstlei- stungs- und Reparaturarbeiten (Schl.-Nr. 5300)
46	Führen/Bedienen/Begleiten von Einrichtungen der Fördertechnik
48	Abfüll-, Pack-, Konfektionierungs-, Auszeich- nungs- und Lagerarbeiten, <u>ohne</u> Konfektionieren von Textilien (Schl.-Nr. 1970)

Schl.- Nr.	Tätigkeit
49	Bedienen, Kontrollieren und Warten von Versorgungsanlagen und Spezialausstattungen der Gebäude
50	Bohr- und Sprengarbeiten sowie Feuerwerkerarbeiten im Rahmen der Produktion
51	Labor-, Prüf- und Meßarbeiten, <u>ohne</u> Fotolaborarbeiten (Schl.-Nr. 4071) und <u>ohne</u> labordiagnostische Tätigkeiten im Gesundheitswesen (Schl.-Nr. 7851)
53	Stadt- und hauswirtschaftliche Dienstleistungs- und Reparaturarbeiten
59	Ingenieurtechnische Arbeiten zur Durchführung der Produktion (soweit sie nicht anderen Schlüsselnummern zuzuordnen sind z. B. Operativtechnologen, Schichtingenieure, Produktionschemiker)
60	Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, <u>einschl.</u> gesellschaftswissenschaftliche Forschung, <u>ohne</u> Lehr- und Forschungstätigkeit an Universitäten und Hochschulen (Schl.-Nr. 7660)
61	Erkundungsarbeiten
62	Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten, <u>ohne</u> Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten im Rahmen von Forschung und Entwicklung (Schl.-Nr. 6000); technologische Vorbereitungsarbeiten und WAO
63	Arbeiten des Neuerer-, Patent-, Muster- und Kennzeichnungswesens
65	Arbeiten der Leiter, stellvertretender Leiter und Mitarbeiter der Leiter
66	Informations- und Dokumentationsarbeiten, Bibliotheks- und Archivarbeiten, <u>ohne</u> Arbeiten von Rechnungsführung und Statistik (Schl.-Nr. 6970)
67	Organisations-, Standardisierungs-, Koordinierungs- und Kontrollarbeiten, <u>einschl.</u> allgemeine Verwaltungsarbeiten
68	Arbeiten der maschinellen Datenverarbeitung
69	Ökonomische Arbeiten, <u>ohne</u> Schl.-Nr. 6400
71	Kader- und Personalarbeiten, Rechts- und Vertragsarbeiten

Schl.- Nr.	Tätigkeit
72	Qualitätskontrolle - TKO <u>ohne</u> Labor-, Prüf- und Meßarbeiten (Schl.-Nr. 5100)
73	Beschaffungs- und Absatzarbeiten, <u>einschl.</u> Kundendienst-, Marktforschungs-, Werbe-, Messe- und Ausstellungsarbeiten, <u>ohne</u> Transport- und Lagerarbeiten (Schl.-Nr. 4400, 4600, 4800)
74	Arbeiten der Sicherheit
75	Arbeiten der Staatlichen Aufsicht, Kontrolle und Überwachung
76	Bildungs- und Erziehungsarbeiten
77	Arbeiten der Ferien- und Freizeitgestaltung sowie der sozialen Betreuung
78	Gesundheitliche Betreuung und Versorgung
79	Kultur- und Kunstarbeiten
80	Verlags- und Pressearbeiten, Nachrichtendienst, Publikationsarbeiten von Rundfunk und Fernsehen und für Ton- und Bildträgerausstattung
81	Küchenbetriebs- und Gaststättenarbeiten, Hotel- und Beherbergungsarbeiten
83	Handelsarbeiten, Aufkaufarbeiten, <u>ohne</u> Transport-, Lade-, Umschlags- und Lagerarbeiten (Schl.-Nr. 4400, 4600, 4800)
84	Arbeiten des Geld- und Kreditwesens, der Lotterien und Wettbüros, Arbeiten der Wohnungswirtschaft und Vermögensverwaltung
85	Beratungs- und Vermittlungsarbeiten, Vermietungs- und Ausleiharbeiten
86	Arbeiten des Post- und Zeitungswesens

Ausgewählte Beispiele zur Systematik Auszeichnungen

<u>Schlüssel-</u> <u>Nummer</u>	<u>Bezeichnung</u>
------------------------------------	--------------------

Staatliche Auszeichnungen

=====

Durch den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR werden verliehen:

001 1	"Karl-Marx-Orden"
002 1	Ehrentitel "Held der DDR"
003 1	Ehrentitel "Held der Arbeit"
004 1	Ehrentitel "Hervorragender Wissenschaftler des Volkes"
006 2	"Nationalpreis der DDR" III. Klasse
006 3	"Nationalpreis der DDR" II. Klasse
006 4	"Nationalpreis der DDR" I. Klasse

Gesellschaftliche Auszeichnungen

=====

Durch die zentralen Leitungen der gesellschaftlichen Einrichtungen werden gestiftet:

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

310 2	Fritz-Heckert-Medaille des FDGB in Bronze
310 3	Fritz-Heckert-Medaille des FDGB in Silber
310 4	Fritz-Heckert-Medaille des FDGB in Gold
311 1	Hermann-Duncker-Medaille des FDGB
312 1	Beste Gewerkschaftsgruppe (FDGB)
313 1	Bester Vertrauensmann (FDGB)
314 1	Journalistenpreis des FDGB
315 1	Kunstpreis des FDGB

Aufbau eines einheitlichen Kennziffernidentifikators

=====

Die Notwendigkeit der Verschlüsselung der Kennziffern des zentralisierten Berichtswesens hat man in der SZS schon frühzeitig erkannt. Schon 1969 wurden die ersten Versuche unternommen, einen einheitlichen Kennziffernklassifikator unter dem damaligen gegebenen Entwicklungsstand der EDVA zu erarbeiten und einzuführen. Es mußte aber sehr bald festgestellt werden, daß die damaligen Voraussetzungen den mit einer Kennziffernverschlüsselung verbundenen hohen Aufwand nicht rechtfertigten, da die Integration des statistischen Informationssystems mit seinen Ordnungs- und Organisationsmitteln noch nicht so weit vorangeschritten war wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Der jetzt notwendig werdende, entsprechend den Entwicklungserfordernissen zu schaffende einheitliche Kennziffernidentifikator in einer neuen Qualität soll einerseits der weiteren Erhöhung und Effektivität der Arbeit mit statistischen Kennziffern in allen Bereichen der Volkswirtschaft dienen und andererseits die weitere Integration des statistischen Informationssystems im Rahmen des weiteren Aufbaus der Metadatenbasis in der SZS unterstützen.

Die Entwicklungsarbeiten sind so ausgerichtet, daß die einheitlichen Kennziffernidentifikatoren bis zum kommenden Fünfjahrplanzeitraum 1986 zur Verfügung stehen.

Notwendigkeit und Zielstellung

Die steigenden Anforderungen an das statistische Informationssystem zur Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses bedingen eine ständige weitere Vervollkommnung der Methoden der Informationsgewinnung und -bereitstellung.

Ein entscheidendes Mittel, um den Prozeß der Informationsauswahl und -bereitstellung rationeller und mit geringerem Aufwand durchführen zu können, ist die Anwendung eindeutiger Identifikatoren für alle Arten von Kennziffern des Berichtswesens. Es ist daher erforderlich, die bisher verwendeten provisorischen, unvollständigen und nicht immer eindeutigen Kennziffernnummern durch eine neue, vollständige Kennziffernsystematik, in der sämtliche Kennziffern des zentralisierten Berichtswesens einmalig erfaßt, ein-

deutig bezeichnet und durch eine Kennziffernnummer eindeutig identifiziert werden, zu ersetzen.

Eine neue, den vorliegenden Anforderungen gerecht werdende Kennziffernsystematik unterstützt die Erhöhung der Qualität der Arbeit mit statistischen Kennziffern in allen Bereichen der Volkswirtschaft und ist mit Voraussetzung für die Vervollkommnung der Datenbankarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Einführung des Bildschirm-Dialogbetriebes und des Aufbaus eines Metainformationssystems in der SZS. Insbesondere soll die Kennziffernsystematik dazu beitragen, den gesamten Prozeß der Datenaufbereitung und -auswertung rationeller zu gestalten, um flexibler auf alle Anforderungen von Nutzern reagieren zu können. Die Kennziffernsystematik schließt unterschiedliche Inhalte von Kennziffern aus und ermöglicht den Nutzern eine eindeutige Datenauswahl sowie einen schnellen Zugriff zu den Datenfonds mit geringem Aufwand.

Ziel der einheitlichen Kennziffernverschlüsselung ist

- alle Kennziffern des zentralisierten Berichtswesens nach einheitlichen Kriterien zu erfassen, nach Sachgebieten zu ordnen, gruppieren und systematisieren sowie die Kennziffern und ihre Untergliederungen ihrem inneren Zusammenhang nach darzustellen und zu verschlüsseln;
- für die Informationsrecherche zur Charakterisierung und zum Auffinden der Kennziffern notwendige eindeutige Suchbegriffe (Oberbegriffe) zu erarbeiten und ebenfalls mit Schlüsselnummern (Identifikatoren) zu verschlüsseln;
- auf bereits erarbeitete Nummernsysteme und Materialien aufzubauen, d. h. vorhandene Nomenklaturen, Systematiken und Schlüssel zu verwenden und fallweise zu ergänzen bzw. neu zu erstellen;
- Kennziffernkataloge für Sachgebiete herauszugeben, in denen die Identifikatoren der Kennziffern und Suchbegriffe, deren eindeutige und exakte Bezeichnung sowie sämtliche Nomenklaturen und Systematiken, die bei Untergliederungen von Kennziffern angewendet wurden, enthalten sind;
- alle Nummernsysteme, die bei der Verschlüsselung der Kennziffern und ihren Untergliederungen angewendet werden, vollständig in einem gesonderten Verzeichnis zu erfassen, das gleichzeitig der weiteren Arbeit am Nomenklaturprojekt der SZS dient;

- die Kennziffernummern (Identifikatoren) in das statistische Informationssystem zu integrieren und schrittweise ihre Anwendung in der Volkswirtschaft durchzusetzen, wonach die Anwendung der bisherigen unterschiedlichen Schlüsselnummern zur Identifizierung der Kennziffern nicht mehr statthaft ist;
- Vorbereitungen zu treffen für die Übernahme der Definitionen der verschlüsselten Kennziffern auf EDVA, um einen Abruf der Definitionen über Bildschirm zu ermöglichen und damit die Verbindung zu den Kennziffernkatalogen herzustellen;
- unterschiedliche Bezeichnungen von inhaltlich gleichen Kennziffern zu vereinheitlichen und in den Berichtsunterlagen nicht eindeutige Bezeichnungen von Kennziffern zu präzisieren.

Erarbeitungsprozeß

In enger Zusammenarbeit mit dem VEB DVZ Statistik und den Fachabteilungen für Berichtswesen der SZS wurden die bisherigen Erfahrungen aus der Anwendung mit Kennziffernummern bei der Datenbanknutzung und den statistischen Aufbereitungs- und Auswertungsprozessen ausgewertet und grundsätzlich festgestellt, daß die Kennziffernverschlüsselung den Erfordernissen der volkswirtschaftlichen Systematisierung, der Charakterisierung und Gruppierung der Kennziffern für Recherchezwecke entsprechen sowie den Erfordernissen der Weiterentwicklung der EDV-Technik Rechnung tragen müssen. Darüber hinaus werden an den Kennziffernschlüssel folgende konkrete Anforderungen gestellt:

- die Kennziffern durch einen möglichst kurzen Identifikator eindeutig zu verschlüsseln;
- die Identifikatoren nur einmalig zu vergeben und keine Wiederholung - auch nicht in längeren Zeitabständen - zuzulassen;
- die edvgerechte Verarbeitung der Identifikatoren und den Ausdruck von Katalogen, Übersichten nach verschiedenen Gesichtspunkten zu gewährleisten;
- das System der Identifikatoren für notwendige Aktualisierungen erweiterungsfähig zu gestalten.

Die Realisierung aller an die Kennziffernverschlüsselung gestellten Forderungen macht eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen für die Projektierung des Informationsrecherche-

systems (IRS) und den künftigen Nutzern der Kennziffernummern während der gesamten Phase der Erarbeitung des Schlüssels unbedingt erforderlich.

Inhalt und Aufbau

Inhalt der Kennziffernverschlüsselung ist die Festlegung von Identifikatoren für alle Kennziffern des zentralisierten Berichtswesens sowie für Ober- bzw. Charakterisierungsbegriffe, die als Suchbegriffe für die Informationsrecherche und zur Unterstützung des Metainformationssystems benötigt werden.

Jede im volkswirtschaftlichen Informationssystem enthaltene Kennziffer wird nach folgendem Klassifikationsschema bis auf ihren Grundinhalt, d. h. der reinen Sachaussage, zerlegt und mit einer Kennziffernummer verschlüsselt.

Klassifikationsschema der Kennziffern

Kennziffer		
Sachaussage der Kennziffer Identifikator (Kennziffernummer)	Ergänzende Angaben der Kennziffer	Ordnungs- und Zuordnungs- begriffe der Kennziffer
- Hauptkennziffer		
- Gliederungskennziffer		
- Synthetische Kennziffer		
	Maßeinheit (ME-Schl.-Nr.)	Betrieb, Kombinat (Betr.-Nr., Komb.Nr.)
	Phase (Phasenschl.-Nr.)	Territorium (Gemeinde-, Kreis- Bez.-Nr.)
	Zeitraum (Zeitraumschl.-Nr.)	Struktur (WO-Schl.nr.)
		Wirtschaftsgruppe (BS-Nr.)
		Eigentumsform (Schl.Nr.d.Eigentf.) u. a.

Sowohl die ergänzenden Angaben als auch die Ordnung und Zuordnungsbegriffe der Kennziffern sind nicht Bestandteil des Identifikators (Kennziffernummer). In der Kennziffernummer ist nur die reine Sachaussage jeder Kennziffer verschlüsselt. Durch die Kombination des Kennziffernidentifikators mit der in der Broschüre dargestellten sowie in der SZS verwendeten Nomenklaturen und Systematiken können alle Kennziffernklassifikationen über EDV erstellt werden. Die Verschlüsselung der Kennziffern erfolgt mit numerischen Zeichen.

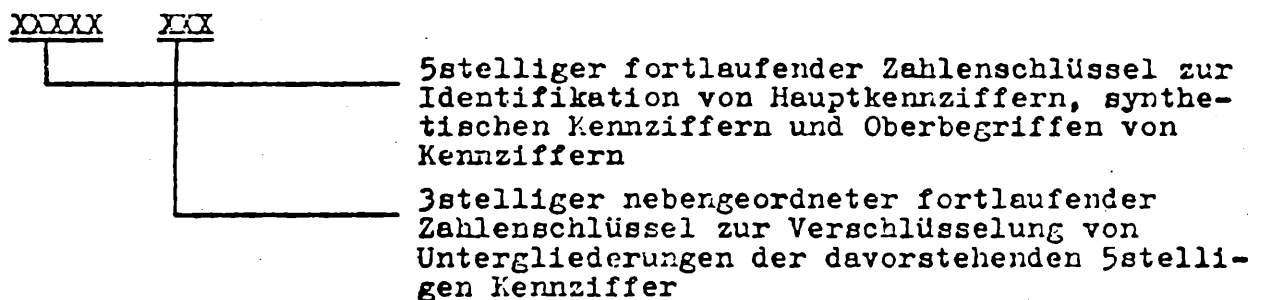
Je nach Kennzifferntyp werden

- 5stellige Kennziffernummern für Hauptkennziffern, synthetische und Oberbegriffe von Kennziffern und
- 8stellige Kennziffernummern für Gliederungskennziffern (Untergliederungen von Hauptkennziffern) gebildet.

Bei der Verschlüsselung mit 5stelligen Kennziffernummern wird zwischen Hauptkennziffern, synthetischen Kennziffern und Oberbegriffen von Kennziffern kein Unterschied gemacht. Die Kennziffernummern werden als fortlaufende Zählnummern, beginnend mit 00001 bis 99999, gebildet. Sie haben keinen hierarchischen Aufbau. Für einzelne Sachgebiete werden Nummernkontingente vergeben.

Mit den 8stelligen Kennziffernummern werden Untergliederungen von Hauptkennziffern, synthetischen Kennziffern und Oberbegriffen von Kennziffern verschlüsselt, indem die v. g. 5stelligen Kennziffernummern mit 3stelligen fortlaufenden Zählnummern - beginnend mit 001 - 999 - auf 8 Stellen erweitert werden.

Für die Verschlüsselung der 8stelligen Kennziffernummern wird folgendes Schema angewendet:



Mit der Erarbeitung der Kennziffernverschlüsselung wurde begonnen. In Jahre 1983 sollen die ersten Kennziffernkataloge der Sachgebiete

- Produktion der Industrie, Bauwesen, Verkehr und Landwirtschaft
- Arbeitskräfte
- Wissenschaft und Technik, Investitionen und Grundmittel

für das zentralisierte Berichtswesen zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist es, alle Kennziffern des zentralisierten Berichtswesens bis 1985 zu verschlüsseln.

Zeitraumsschlüssel

=====

Bei dem allgemein gebräuchlichen Begriff "Zeitraumsschlüssel" handelt es sich im Grunde nicht um einen, sondern - entsprechend der unterschiedlichen Zweckbestimmung - um zwei unterschiedliche Schlüssel:

1. den Zeitraumsschlüssel für konkrete Zeiträume
2. den Zeitraumsschlüssel als Bestandteil der Metadatenbasis.

Die unterschiedlichen Anwendungsgebiete der beiden Schlüssel gehen schon aus ihren Bezeichnungen hervor.

Der Zeitraumsschlüssel für konkrete Zeiträume ist für eine breite volkswirtschaftliche Anwendung gedacht und enthält alle Zeiträume und Zeitpunkte, die im zentralisierten und fachlichen Berichtswesen vorkommen bzw. möglich sind.

Der Zeitraumsschlüssel als Bestandteil der Metadatenbasis enthält "Informationen über die Informationen", d. h. allgemeingültige, qualifizierende Angaben über die Periodizität der Berichterstattungen, die Speicherung und Verfügbarkeit von Kennziffern usw. Dieser Schlüssel wurde Mitte der 70er Jahre in Zusammenhang mit dem statistischen Informationsregister erarbeitet; es handelt sich um einen 5stelligen, alphanumerischen Periodizitäts-Zeitraum-Code. Dieser Schlüssel betrifft interne, spezielle Belange der Datenbankarbeit der SZS; er ist für eine breite volkswirtschaftliche Anwendung nicht geeignet.

Zum Zeitraumsschlüssel für konkrete Zeiträume

Dieser Schlüssel ist vorgesehen für eine universelle Anwendung in allen Bereichen der Volkswirtschaft. Für die SZS gewinnt er in dem Maße an Bedeutung, wie die Übernahme von Daten auf maschinenlesbaren Datenträgern zunimmt.

Für Zwecke der Zentralen Datenbank der SZS wird seit Jahren für die Eingabe der Zeiträume ein 5stelliger Zahlenschlüssel angewendet. Dieser Schlüssel zur Verschlüsselung von Jahren, Monaten und Dekaden ist für eine breite volkswirtschaftliche Anwendung nicht ausreichend.

Erste Vorstellungen eines 6stelligen Zeitraumsschlüssels mit universellen Charakter wurden Mitte/Ende der 60er Jahre entwickelt. In der Volkswirtschaftlichen Kennziffernsystematik, Ausgabe 1969, ist erstmals ein "Schlüssel für die Angabe von Zeiträumen" ausgedruckt. Dieser Schlüssel hat sich in der Praxis nicht bewährt. Der gegenwärtig bestehende Schlüssel basiert auf einem Entwurf vom Februar 1979. Er wurde um wichtige Positionen, wie die der Verschlüsselung von Zeiträumen mehrerer Monate bzw. Jahre ergänzt. Im vorliegenden Zeitraumsschlüssel werden die Zeiträume in absteigender Zeitfolge (Jahr-Monat-Tag) im Prinzip wie folgt verschlüsselt:

- Jahr (ohne Jahrhundertangabe): 1. und 2. Stelle
- Monat und Tag bzw. Konkretisierung des Zeitraumes : 3. bis 6. Stelle

Diese bisher in der DDR nicht übliche Schreibweise entspricht den Empfehlungen der International-Standard-Organisation (ISO) und ermöglicht bei Verwendung von Zusatzschlüsseln eine weitere zeitliche Unterteilung von Zeiträumen bis auf Stunden, Minuten usw.

Um den unterschiedlichen Anwendungsgebieten zu entsprechen, sind folgende Zeiträume verschlüsselt: Kalenderjahre, Halbjahre, Quartale, Monate, Dekaden, Wochen, Tage (Datumsangabe), Kalendertage, Werktage, Wochentage sowie Zeiträume von mehreren Monaten und Jahren.

Der Zeitraumsschlüssel enthält Schlüssel-Nr. sowohl für Einzelzeiträume als auch für kumulative Zeiträume. Zeiträume mit variablen Tagesabgrenzungen können nicht verschlüsselt werden. Während also vollständige Zeiträume, wie z. B. der Zeitraum vom 1.2.1982 - 30.4.1984, verschlüsselt werden können, ist eine Verschlüsselung von Zeiträumen mit variabler Tagesabgrenzung, wie z. B. der Zeitraum vom 3.2.1982 - 26.4.1984, nicht möglich.

Es sind ausschließlich konkrete, eindeutig bezeichnete Zeiträume verschlüsselt. Begriffe wie "Folgemonat", "Folgejahr" usw. stellen keine eindeutigen Zeiträume dar; sie werden deshalb mit ihrem konkreten Datum verschlüsselt.

Die Schlüssel-Nrn. der Einzel- und kumulativen Zeiträume sind, soweit es die Nummernkontingente bzw. -folgen zuließen, so gewählt, daß eine direkte Beziehung zwischen den Schlüssel-Nrn. und den konkreten Zeiträumen erkennbar ist; die Schlüssel-Nr. 82 11 30 z.B. bedeutet: 30. November 1982.

In Ausnahmefällen können gleiche Zeiträume mehrfach verschlüsselt werden; der Zeitraum 1.1.82 - 30.6.82 z. B.:

- mit der Schlüssel-Nr. per 30.6. oder
- mit der Schlüssel-Nr. 1. Halbjahr.

Auf eine Verschlüsselung von Zeiträumen mit variablen Tagesbegrenzungen wurde in dem vorliegenden Entwurf zunächst bewußt verzichtet, um die Stelligkeit des Schlüssels nicht erhöhen bzw. alphanumerische Zeichen verwenden zu müssen. Die Frage der Notwendigkeit der Verschlüsselung von Zeiträumen mit variablen Tagesabgrenzungen muß noch geklärt werden.

Für die Weiterentwicklung durch Ergänzung des Zeitraumschlüssels gelten allgemein folgende Grundsätze:

- der Schlüssel muß möglichst unkompliziert und einprägsam und für alle Bereiche der Volkswirtschaft anwendbar sein;
- der Schlüssel muß edv-technisch rationell aufgebaut sein und den Anforderungen der Datenbank gerecht werden.

Phasenschlüssel

=====

Im Rahmen der weiteren Vervollkommnung des statistischen Informationssystems, der Schaffung eines einheitlichen Kennziffernidentifikators für alle Kennziffern des zentralisierten Berichtswesens soll ein neu konzipierter, edv-gerechter Phasenschlüssel zur Anwendung kommen.

Der Phasenschlüssel enthält, ebenso wie der Schlüssel der Maßeinheiten und der Zeitraumsschlüssel, ergänzende bzw. kennzeichnende Angaben, die unmittelbar an die jeweils verschlüsselten Kennziffern je nach Notwendigkeit angehängt werden. Die endgültige Fassung des Phasenschlüssels muß daher auch parallel zur Erarbeitung der Kennziffernidentifikatoren erfolgen.

Durch die Phase bzw. den Schlüssel der Phase wird angezeigt, ob es sich bei Zahlenangaben um Plan- oder Istzahlen handelt und von welcher Qualität diese Zahlenangaben sind; so geht aus der Phasenschlüssel-Nr. einer Planzahl auch hervor, ob diese Planzahl beispielsweise von der Qualität eines Planentwurfes oder einer staatlichen Auflage ist oder ob es sich bei einer Istzahl beispielsweise um eine Einschätzung oder eine tatsächliche Erfüllungszahl handelt.

Mitte/Ende der 60er Jahre ist auf der Basis des damaligen Abrechnungssystems begonnen worden, die vorkommenden Phasen zu erfassen und in einem Schlüssel zusammenzustellen. In der Volkswirtschaftlichen Kennziffernsystematik, Ausgabe 1969, ist erstmals ein "Schlüssel für Planungs- und Realisierungsphasen" ausgedruckt. Dieser 2stellige Schlüssel, der sowohl Planungs- als auch Realisierungsphasen enthält, wird in der Praxis wenig angewendet. Die Arbeiten an einem neuen Schlüssel sind erst Ende 1981 wieder aufgenommen worden. Die Erarbeitung des Phasenschlüssels war bisher auch nicht vordringlich, da für die Zwecke der Zentralen Datenbank der SZS seit Jahren ein interner Kode zur Kennzeichnung der Phasen angewendet wird. In dem Ende 1981 erarbeiteten Entwurf ist der Phasenschlüssel unterteilt in 2 selbständige Schlüssel:

- einen 3stelligen Phasenschlüssel und
- einen 2stelligen Realisierungsschlüssel.

Für die beiden alternativen Schlüssel werden insgesamt 5 Satzstellen benötigt.

Beispiele zum Planungsschlüssel:

Schlüssel-Nr.	Bezeichnung
050	Planansatz
100	Fünfjahrplan
120	Staatliche Aufgabe Fünfjahrplan
140	Planentwurf Fünfjahrplan
160	Staatliche Planaufgabe Fünfjahrplan
200	Jahresvolkswirtschaftsplan
220	Staatliche Aufgabe Jahresvolkswirtschaftsplan
240	Planentwurf Jahresvolkswirtschaftsplan
360	Betriebsplan - Jahr
362	Betriebsplan - Quartal
363	Betriebsplan - Monat

Beispiele zum Realisierungsschlüssel:

Schlüssel-Nr.	Bezeichnung
01	Vorschätzung
03	Voraussichtliche Erfüllung
04	Erfüllung (Ist)
07	Durchschnittliche Erfüllung
09	Vorfristige Erfüllung
12	Übererfüllung
13	Untererfüllung
14	Rückstand

In Kombination mit dem Zeitraumsschlüssel bzw. der Schlüssel-Nr. des betreffenden Zeitraumes ergeben sich folgende Formen der Darstellung:

Darstellung einer Planzahl

Planungs-Schl. (3stellig)	Realisierungs-Schl. (2stellig)	Zeitraum-Schl. (6stellig)	Bedeutung
XXX		XX XX XX	Jahresvolks-
200		81 00 00	wirtschafts- plan 1961

Darstellung einer Istzahl

Planungs-Schl. (3stellig)	Realisierungs-Schl. (2stellig)	Zeitraum-Schl. (6stellig)	Bedeutung
	XX	XX XX XX	Voraussichtl. Erfüllg. per Oktober 1981
	03	81 34 00	

Diese Lösung, d. h. sowohl die Verschlüsselung der Phasen selbst als auch ihre Zuordnung zu 2 Schlüsseln und damit die Inanspruchnahme von 5 Satzstellen hat sich edv-mäßig nicht als optimal erwiesen.

Der Phasenschlüssel ist so weiterzuentwickeln, daß er den Anforderungen an das Informationsrecherchesystem und der Zentralen Datenbank entspricht; dabei sind folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- der Schlüssel muß alle Phasen enthalten, die in der Zentralen Datenbank benötigt werden und gleichzeitig so aufgebaut sein, daß seine Nutzung außerhalb der SZS möglich ist; insofern ist es vorteilhaft, wenn alle überhaupt vorkommenden Phasen, z. B. die Planungsphase "Entwicklungskonzeption" verschlüsselt sind.
- die z. Z. bestehenden beiden Schlüssel sind zu einem 3stelligen (evtl. sogar 2stelligen) Schlüssel zusammenzufassen.
- die im bisherigen Planungsschlüssel enthaltenen zeitlichen Einteilungen, z. B. Betriebsplan - Jahr, Betriebsplan - Quartal, Betriebsplan - Monat, können entfallen. Zeitliche Einteilungen bzw. Kennzeichnungen erfolgen ausschließlich auf der Basis des Zeitraumschlüssels.

Die Überarbeitung des Phasenschlüssels ist für 1983/84 vorgesehen.

Länder - und Währungsschlüssel =====

Der Länder- und Währungsschlüssel wurde 1970 in Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Organen und mit dem Ziel der Vereinheitlichung der in der Vergangenheit recht unterschiedlich verwendeten Schlüssel erarbeitet.

Länderschlüssel =====

Zielstellung

Der Länderschlüssel ist zur Anwendung im Prozeß der Informationsverarbeitung mit Hilfe von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen bei der Lösung der mit dem Im- und Export verbundenen außenwirtschaftlichen Aufgaben bestimmt.

Er dient insbesondere zur Erfassung, Weiterleitung, Auswertung und Speicherung von Daten auf solchen Gebieten wie Planung und statistische Abrechnung sowie Durchführung und Kontrolle der Außenhandelsoperationen.

Darüber hinaus findet der Länderschlüssel für die Verschlüsselung der Staatsbürgerschaft Anwendung.

Klassifikationsobjekt sind die Länder. Unter der Definition "Land" versteht man sowohl ein Territorium, das staatliche Souveränität besitzt als auch ein Territorium, das von diesem oder jenem Land verwaltet wird und keine wirtschaftliche Selbständigkeit besitzt (Kolonie, Protektorat).

Inhalt und Aufbau

Der Länderschlüssel ist dreistellig und enthält die Länder - gegliedert nach Erdteilen - in alphabetischer Reihenfolge. Die 1. Ziffer kennzeichnet den Erdteil, die folgenden zwei Stellen stellen eine laufende Nummer dar.

101 - 199	Länder Europas
201 - 299	Afrikas
301 - 399	Amerikas
401 - 499	Asiens
501 - 599	Australiens und Ozeaniens
600 - 699	Antarktika

Die Schlüsselnummern 000 bis 099 und 700 bis 999 stehen den Organen zur Verfügung, um sie mit Einheiten zu besetzen, die nur innerhalb des eigenen Bereichs verwendet werden dürfen.

Die Zusammenstellung der Länder basiert auf der "Instruktion für die Schreibweise geographischer Namen in kartographischen Erzeugnissen der DDR" (neueste Ausgabe), herausgegeben vom Ministerium des Innern, Verwaltung, Vermessungs- und Kartenwesen.

Die Instruktion enthält allgemeine Bestimmungen für die Schreibweise geographischer Namen. Den Hauptteil der Instruktion bilden die Namenlisten der selbständigen Staaten und abhängigen Gebiete.

Der Listenkopf besteht aus einer kurzen und vollständigen Form der Bezeichnung des Landes. Für die Benennung der Länder des Schlüssels wird die Kurzform aus der Instruktion verwendet.

Wenn eine allgemeingültige Abkürzung des Ländernamens vorhanden ist, wird sie nach der Kurzbezeichnung in Klammern angegeben.

Außer der Kurzbezeichnung wird für die edv-gerechte Verschlüsselung der Länder ein Druckkürzel angegeben. Die Druckkürzel wurden von der Zentralverwaltung für Statistik festgelegt. In der DDR gibt es kein einheitlich verbindliches Verzeichnis der Abkürzungen von Ländern.

Anwendung

Eine gesetzliche Anordnung betreffs der verbindlichen Anwendung des Länderschlüssels wurde nicht geschaffen.

Die jeweiligen übergeordneten Organe können Anweisungen für die Anwendung des Länderschlüssels innerhalb ihres eigenen Bereiches herausgeben.

Der Länderschlüssel wird seit 1970 genutzt. Bei der Grundsatzgestaltung des Länderschlüssels wurde davon ausgegangen, eine Systematik zu schaffen, die über einen längeren Zeitraum Gültigkeit haben und darüber hinaus möglichst wenig Änderungen unterliegen soll.

Bei der Ersterarbeitung wurden für abhängige Territorien nach der Landesbezeichnung in Klammern der Name des Staates angegeben, von dem dieses Territorium abhängig ist. Das wirkte sich nachteilig auf den Änderungsdienst aus. Deshalb wurde der Status der Abhängigkeit durchgängig aus dem Länderschlüssel herausgenommen.

Änderungen zum Länderschlüssel betreffen jetzt noch Umbenennungen der Länder. In diesem Fall muß das Land mit seiner neuen Bezeichnung alphabetisch eingeordnet werden. Damit ist keine Veränderung der Schlüsselnummer verbunden.

Änderungen der offiziell in der DDR zu verwendenden Ländernamen erhält die Zentralverwaltung für Statistik laufend vom Ministerium des Innern. Die Festlegung der Schlüsselnummern und des Druckkürzels für die Länder sowie die Veröffentlichung der Veränderungen erfolgt durch die Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung. Die Änderungen treten jeweils am 1. Januar des den Ergänzungen folgenden Jahres in Kraft.

Der Länderschlüssel wird seit mehreren Jahren mit der Bezeichnung Systematik der Länder getrennt vom Währungsschlüssel herausgegeben und ist Bestandteil der "Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken" (Anlage 12).

Ergänzungsschlüssel

Für planungs- und abrechnungstechnische Zwecke sowie für andere spezifische Bedürfnisse ist es erforderlich, Länder mit Wirtschaftsgebieten, Währungsgebieten u. a. zu verknüpfen.

Zum Länderschlüssel bestehen folgende Ergänzungsschlüssel:

Schlüssel der Wirtschaftsgebiete;

Schlüssel der Währungsgebiete;

Schlüssel der Wirtschafts- und Währungsgebiete für die Planung und Abrechnung des Außenhandelsplanes;

Schlüssel der wichtigsten Wirtschaftsvereinigungen und Militärbündnisse sowie einige ihrer Kombinationen;

Schlüssel der Kombinationen von Wirtschaftsgebieten und der wichtigsten Wirtschaftsvereinigungen;

Schlüssel ausgewählter internationaler Organisationen;

Jedes Organ kann nach eigenem Ermessen Kombinationen der Ergänzungsschlüssel mit den Ländern nutzen, jedoch nur unter Benutzung der festgelegten Schlüsselnummern. Für Kombinationen innerhalb der SZS ist die Abteilung Internationale Statistik zuständig. Die Kombinationen werden nicht in einem zusammengefaßten Material veröffentlicht.

Währungsschlüssel

=====

Der Währungsschlüssel ist ein mit den Ländern kombinierter Schlüssel der wichtigsten Währungen. Der Währungsschlüssel ist vierstellig. Die 1. Stelle kennzeichnet Devisen oder Sorten. Durch die 2. Stelle werden die Devisen oder Sorten nach den Plantteilen gegliedert:

- 1 Planteil A sozialistische Landeswährungen
- 2 Planteil A Mark
- 3 Planteil A Rubel/übrige sozialistische Währungen
- 4 Planteil B kapitalistische Verrechnungswährungen
- 5 Planteil B Mark als Verrechnungswährung im NSG
- 6 Planteil C konvertierbare Währung
- 8 Planteil BRD/Westberlin, VE

In der 3. und 4. Stelle wird das Land kenntlich gemacht.

Aktualisierung des Währungsschlüssels

Der wichtigste Partner der Zentralverwaltung für Statistik, Abt. Volkswirtschaftliche Systematisierung, für die Aktualisierung des Währungsschlüssels ist die Deutsche Außenhandelsbank (DABA). Bei Aufnahme von neuen Zahlungsabkommen wird gemeinsam mit ihr die Schlüsselnummer vergeben und das Druckkürzel für die Währungsbezeichnung festgelegt.

Die Änderungen treten in Kraft, wenn auch die Zustimmung des Ministeriums für Außenhandel, Abteilung Rechnungsführung und Statistik und der Staatlichen Plankommission, Abteilung Planungssystem, vorliegt.

In die Abstimmung ist ferner die Abteilung Industrie und Außenhandel der Zentralverwaltung für Statistik einbezogen.

Damit ist gleichzeitig der Kreis der wichtigsten Anwender des Währungsschlüssels umrissen, der über Veränderungen zu informieren ist.

Von der Abteilung Volkswirtschaftliche Systematisierung werden die Ergänzungen zum Währungsschlüssel registriert und je nach Umfang jährlich oder im Abstand von 2 Jahren in einem Einlageblatt zum Währungsschlüssel veröffentlicht.

Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik =====

Entwicklung

Seit 1956 gibt die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR Definitionen heraus.

Zunächst waren sie ausschließlich als Hilfsmittel für die statistische Arbeit gedacht und hatten die eindeutige inhaltliche Festlegung grundsätzlicher Kennziffern und Begriffe nur auf diesem Gebiet im Interesse einer einheitlichen Handhabung zum Ziel. Der Titel dieser ersten Broschüren lautete denn auch: "Definitionen statistischer Kennziffern und Begriffe".

Der enge volkswirtschaftliche Zusammenhang zwischen Planung und Abrechnung ließ aber den Mangel solcher Einschränkung bald deutlich werden und führte zur Forderung nach Definitionen, die für Planung und Abrechnung gleichermaßen gültig und anwendbar waren und die volle inhaltliche Abrechnung geplanter Kennziffern garantierten.

Es war naheliegend, an das Bestehende anzuknüpfen und es inhaltlich zu erweitern und zu vertiefen.

So erschienen die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegebenen Definitionen auf Grund des neuen Inhalts ab 1960 als "Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik".

Der daraus resultierende größere Anwendungsbereich führte zu weiteren verbessernden Überarbeitungen mit dem ab Ausgabe 1969 bis heute beibehaltenen und das Anliegen charakterisierenden Titel "Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik".

Inhaltliche Gliederung

Die inhaltliche Breite und Vielfalt dieses Arbeitsmittels (es betrifft alle volkswirtschaftlichen Bereiche aller Ebenen) machte schon recht bald Überlegungen zu einer sinnvollen sachlichen Gliederung notwendig. Dabei haben sich zwei Gesichtspunkte durchgesetzt, nämlich die Unterteilung nach

1. volkswirtschaftlichen Querschnittsgebieten (z. B. Finanzen, Preise, Investitionen ...)

2. den wichtigsten - produzierenden wie nichtproduzierenden - volkswirtschaftlichen Bereichen (z. B. Industrie, Bauwesen, Verkehr, Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Gesundheits- und Sozialwesen ...).

Dieser Zweiteilung liegen vor allem praktische Erwägungen zugrunde. Durch die Zusammenfassung von Querschnittsgebieten entfallen Wiederholungen solcher Kennziffern und Begriffe, die gleichzeitig mehrere volkswirtschaftliche Bereiche betreffen. Dieses Prinzip folgt im wesentlichen auch der geltenden Planungs- und Abrechnungspraxis.

Anforderungen

Die Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik sind kein ökonomisches Nachschlagewerk, d. h., die Erläuterung ökonomischer Grundbegriffe entfällt.

Sie müssen hingegen ein zielgerichtetes, zweckbestimmtes und anwendungsbereites Arbeitsmittel sein und haben deshalb

- den konkreten Erfordernissen von Planung, Rechnungsführung und Statistik auf allen Ebenen der Volkswirtschaft zu entsprechen sowie
- mit den gültigen gesetzlichen Bestimmungen, planmethodischen Regelungen und den Methoden der statistischen Berichterstattung übereinzustimmen.

Erarbeitung und Abstimmung

Diesen Forderungen kommt die Form der Erarbeitung entgegen. Unter Leitung des Herausgebers und in enger Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission werden dazu für die einzelnen Sachgebiete Arbeitskreise mit Vertretern inhaltlich beteiligter Einrichtungen der verschiedenen Ebenen gebildet.

Auf dieser breiten Basis wird gründlich beraten und abgestimmt.

Dieses Verfahren gewährleistet, daß den Belangen des gesamten Nutzerkreises auf dem Gebiet von Planung, Rechnungsführung und Statistik weitgehend Rechnung getragen wird.

Verbindlichkeit

Um die in dieser Weise erarbeiteten Definitionen auch voll wirksam werden zu lassen, muß eine Verpflichtung zu ihrer Anwendung bestehen. Eine rechtliche Verbindlichkeitserklärung ist erforderlich.

Eine solche existiert seit 1965 und wird seitdem in der jeweils geltenden Ordnung zur Planung der Volkswirtschaft der DDR erneuert.

Form und Ergänzungsmöglichkeit

Die "Definitionen" haben sich von der Broschüre zum rationelleren Loseblattwerk (Format A 5) entwickelt, das auf rd. 1 200 Seiten ca. 3 000 Kennziffern und Begriffe enthält. Sie sind in 6 Teile mit insgesamt 30 Abschnitten gegliedert. Seit 1973 erscheinen sie in dieser Form, die auch den Bezug einzelner Teile gestattet. Sie hat außerdem den Vorteil bedarfsgerechter Aktualisierung durch Ergänzungen mittels Auswechsel- bzw. Zusatzseiten.

Solche Ergänzungen erfolgten bisher einmal jährlich und stehen dem Prinzip langfristiger Stabilität nicht entgegen. Sie sind im Umfang gering und beschränkten sich auf wichtige Veränderungen, z. B. aufgrund gesetzlicher Neuregelungen.

Für die gegenwärtige Grundaussgabe (1980) ist eine über den Fünfjahrplanzeitraum hinausgehende Gültigkeit beabsichtigt.

Aus material- und arbeitsökonomischen Gründen soll sie solange wie möglich ergänzt werden.

Sind einzelne Teile vergriffen, so wird ein Nachdruck unter Einbeziehung der bis dahin erfolgten Ergänzungen veranlaßt.

Das Arbeitsmittel wird durch eine Broschüre "Stichwortverzeichnis" komplettiert.

Ein bedarfsweise überarbeiteter Neudruck ist hier unaufwendig, da er edvmäßig aufbereitet wird und die Rechnerausdrucke direkt als Reprovorlage verwendbar werden.

Vertrieb

Der Vertrieb der Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik erfolgt ausschließlich zentral über das EDV-Vertriebssystem für amtliche Dokumente, wobei die Bezieher der Grundaussgabe ohne weiteres auch mit Ergänzungen beliefert werden.

Übersicht über den Inhalt der Teile der Ausgabe 1980

- Teil I Volkswirtschaftsplanung
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Volkswirtschaftliche Systematisierung
Territoriale Ökonomie, Planung und Statistik
Umweltschutz
Datenverarbeitung
- Teil II Investitionen
Grundmittel
Wissenschaft und Technik
Preise
Kosten
Finanzen
- Teil III Industrie
Handwerk
Bauwesen
Materialwirtschaft
Produktionsmittelhandel
Außenwirtschaft
- Teil IV Verkehr
Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft
- Teil V Arbeitskräfte und Löhne
Bevölkerung
Binnenhandel mit Konsumgütern
Örtliche Versorgungswirtschaft
Lebensniveau
- Teil VI Bildungswesen
Kultur und Kunst
Gesundheits- und Sozialwesen
Erholungswesen
Körperkultur und Sport
- Teil Stichwortverzeichnis

Beispiele von Definitionen aus dem Abschnitt "Industrie",
Unterabschnitt "Kennziffern der industriellen Produktion
im Wertausdruck"

Bruttoumsatz

=====

Gesamte Produktion aller Produktionsabteilungen (Haupt- und Nebenabteilungen).

Er umfaßt:

- die Bruttoproduktion bzw. Warenproduktion (siehe Definition),
- den innerbetrieblichen Umsatz (siehe Definition).

Es wird also die Produktion aller Abteilungen des Betriebes erfaßt, unabhängig davon, ob sie in anderen Abteilungen des Betriebes weiterverarbeitet wird oder zum Absatz an Dritte bestimmt ist.

Da der Bruttoumsatz die Bruttoproduktion (bzw. Warenproduktion) zuzüglich des innerbetrieblichen Umsatzes umfaßt, ist sein Umfang von der organisatorischen Struktur eines Betriebes abhängig.

Im Gegensatz zur Brutto- und Warenproduktion, deren Bildungselemente durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung gegeben sind, wird der Bruttoumsatz durch die innerbetriebliche Arbeitsteilung bestimmt.

Der Kennziffer Bruttoumsatz kommt nur innerbetriebliche Bedeutung zu. Sie ist wichtig für die innerbetriebliche Ermittlung und Auswertung der Produktionsergebnisse der einzelnen Produktionsabteilungen des Betriebes.

Innerbetrieblicher Umsatz

=====

Selbst hergestellte industrielle Erzeugnisse (Materialien usw.) für den Eigenverbrauch (siehe Definition) in anderen Abteilungen, Betriebsteilen usw. des gleichen Betriebes.

Bruttoproduktion

=====

Umfaßt die

- industrielle Bruttoproduktion,
- nichtindustrielle Bruttoproduktion.

Industrielle Bruttoproduktion =====

Gesamtergebnis der industriellen Produktionstätigkeit der Betriebe für die Gesellschaft, unabhängig vom Fertigstellungsgrad der Erzeugnisse.

Sie umfaßt:

- industrielle Erzeugnisse und materielle Leistungen industrieller Art, die zur industriellen Warenproduktion (siehe Definitionen) gehören,
- die sich aus der Abgrenzung des Plan- bzw. Abrechnungszeitraumes ergebenden Bestandsveränderungen an unfertiger industrieller Produktion (siehe Definition).

Entsprechend den geltenden Festlegungen werden zur Planung und Abrechnung der Industrieproduktion in die Kennziffer "Industrielle Bruttoproduktion" die Bestandsveränderungen an unfertiger Produktion nur von den Betrieben der metallverarbeitenden Industrie einbezogen.

Nichtindustrielle Bruttoproduktion =====

Sie umfaßt:

- Erzeugnisse und materielle Leistungen, die zur nichtindustriellen Warenproduktion (siehe Definition) gehören,
- in den Betrieben des Industrieanlagenbaus den Wert der sich aus der Abgrenzung des Plan- bzw. Abrechnungszeitraumes ergebenden Bestandsveränderungen an unfertigen Industrieanlagen (siehe Definition).

Warenproduktion =====

Umfaßt die

- industrielle Warenproduktion (siehe Definition),
 - nichtindustrielle Warenproduktion (siehe Definition).
- (Sie entspricht der finanzgeplanten Warenproduktion.)

Systematik der Volkswirtschaftszweige
Ausgabe 1985

Vorwort

Die Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR (SVWZ) (vormals "Betriebssystematik") ist die verbindliche Systematik für die Planung und statistische Abrechnung nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen. Als Hauptkriterium für die Bildung der Gruppierungen der SVWZ dienen die gesellschaftliche Arbeitsteilung und ihre Funktionen, die sie im System der erweiterten Reproduktion erfüllen.

Die Zuordnung der selbständigen wirtschaftlichen Einheiten - Betriebe, Einrichtungen, Organisationen u. a. - erfolgt unabhängig von der Unterstellung unter ein Staats- oder wirtschaftsleitendes Organ und der sozialökonomischen Struktur. Die SVWZ ist somit frei von Veränderungen, die durch die verwaltungsmäßigen Unterstellungen der Betriebe und Einrichtungen hervorgerufen werden.

Die SVWZ ist eine 5stellige Systematik, die 4 Gruppierungsstufen aufweist:

	<u>Stellenzahl</u>
1. Wirtschaftsbereich	X 000 0
2. Wirtschaftssektor (wird im Wirtschaftsbereich Industrie auch als Industriebereich bezeichnet)	X X00 0
3. Wirtschaftszweig (Industrie-zweig)	X XXX 0
4. Wirtschaftsgruppe	X XXX X

Die Volkswirtschaft der DDR wird in der SVWZ in 9 Wirtschaftsbereiche gegliedert:

- 1 Industrie
- 2 Bauwirtschaft
- 3 Land- und Forstwirtschaft
- 4 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
- 5 Handel
- 6 Sonstige Zweige des produzierenden Bereichs
- 7 Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Vermittlungs-, Werbe-, Beratungs- u. a. Büros, Geld- und Kreditwesen
- 8 Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen
- 9 Staatliche Verwaltung, gesellschaftliche Organisationen

Für die Zuordnung der selbständigen wirtschaftlichen Einheiten gelten folgende Grundsätze:

1. Jede Einheit ist je nach der Untergliederungsstufe einer 4 oder 5stelligen Schlüsselnummer zuzuordnen.
Als Einheit gelten:
 - alle als juristische Person anerkannten Betriebe;
 - alle Betriebe der volkseigenen Kombinate, die von einem Ministerium bzw. dem örtlichen Staatsorgan bestätigt wurden;
 - alle wirtschaftlichen selbständigen Organe und Einrichtungen.
2. Die Zuordnung der Einheit zu den Gruppierungen erfolgt entsprechend dem Schwerpunkt der Produktion bzw. Leistung oder dem Hauptzweck der Einrichtung.
3. Jede Einheit wird nur einer Gruppierung zugeordnet.
4. Die Zuordnung ist unabhängig von der sozialökonomischen Struktur und der Unterstellung unter ein Staats- oder wirtschaftsleitendes Organ vorzunehmen.

Die Zuordnung der selbständigen wirtschaftlichen Einheiten wird von den Dienststellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Zusammenarbeit mit den Fachorganen festgelegt. Eine Änderung der Zuordnung darf nur nach Zustimmung der für den Wirtschaftszweig verantwortlichen Fachabteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vorgenommen werden und soll nur dann erfolgen, wenn die Hauptproduktion des Betriebes grundsätzlich umgestellt wird.

Da für die Arbeit mit der SVWZ eine möglichst hohe Konstanz der Systematik erforderlich ist, wurde die vorliegende Ausgabe 1985 mit wenig Änderungen erarbeitet. Hauptanliegen war es, die Gruppierungen mit Kommentaren zu untersetzen, die den Inhalt der Wirtschaftszweige und -gruppen ausführlich darstellen.

Um die Bezeichnung der Systematik besser ihrer inhaltlichen Bestimmung anzupassen, wurde der Anlaß der Neuherausgabe der Systematik genutzt, die ehemalige Betriebssystematik in "Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR" umzubenennen.

Schl.- Nr.	Wirtschaftsbereich, -sektor, -zweig, -gruppe	Inhalt
1	2	3
1	I N D U S T R I E	
1 000 0	<u>Energie- und Braustoffindustrie</u>	
1 011 0	<u>Energiebetriebe</u>	
1 011 1	Kraftwerke	
1 011 2	Energieversorgungsbetriebe	
1 012 0	<u>Steinkohlenindustrie</u>	
1 012 1	Steinkohlenbergbau	Gewinnung von Steinkohle
1 012 2	Steinkohlenkokereien und -schwelereien	Herstellung von Steinkohlenkoks
1 013 0	<u>Braunkohlenindustrie</u>	
1 013 1	Braunkohlenbergbau (einschl. Brikettfabriken)	Gewinnung von Rohbraunkohle, Herstellung von Braunkohlenbriketts, Trockenbraunkohle, Braunkohlenbrennstaub, Presslingen und Presssteinen
1 013 2	Braunkohlenkokereien	Herstellung von Braunkohlenkoks
1 013 9	Gewinnung von Torf und sonstigen festen Brennstoffen	Abbau von Hochmoortorf und Herstellung von Torferzeugnissen, Gewinnung von Ölschiefer, Kyllith und sonstigen festen Brennstoffen (ohne Holz)

1	2	3
1 100 0	<u>Chemische Industrie</u>	
1 114 0	<u>Kali- und Steinsalzindustrie</u>	Förderung und Aufbereitung von Kalisalzen, Stein- und Siedesalzen, Natriumchloridsole und sonstigen Salzen; Herstellung von Kalidüngemitteln
1 115 0	<u>Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie</u>	
1 115 1	Erdöl- und Erdgasgewinnungsbetriebe	Gewinnung von Erdöl, Erdölbegleitgas und Erdgas
1 115 2	Erdölverarbeitungsindustrie	Herstellung von Vorprodukten zur Kraftstoff-erzeugung (Rohbenzine, Rohdieselmkraftstoffe usw.); von flüssigen Brennstoffen (Benzin, Dieselmkraftstoff, Petroleum usw.); von gas-förmigen Fraktionen und Gemischen aus der Erd-gas-, Erdöl- und Teerverarbeitung sowie aus Crack- und Hydrierprozessen, von Schmierölen, Elektroisolerölen, chemisch-technischen Er-zeugnissen (auf Mineralölbasis), Additiven, Schmierölkomponenten; von Schmierfetten, Pa- raffinen, Zeresinen, Ölen aus der Erdölverar-beitung (auch Zwischenprodukte) und aus der Kohleverarbeitung, Öle aus der Hydrierung und Synthese; von Bitumen und Straßenbaubindemitteln; von Erdölharzen, Naphthenprodukten, Pe- trolkoks, Erdölrückstand
1 115 3	Herstellung von Erzeugnissen der Trocken-destillation von festen Brennstoffen	Herstellung von Roh-teeren, Braunkohlenschwel-mittelöl, Braunkohlengeneratormittelöl, Braun-kohlenschwelleichtöl, Braunkohlenskereileicht-öl; von Erzeugnissen der Destillation von Roh-teeren; von Nebenprodukten und Abfällen der Trockendestillation von Steinkohle
1 116 0	<u>Anorganische und organische Grundchemie</u>	
1 116 1	Gewinnung von bergbauchemischen Erzeug-nissen (ohne Kali und Steinsalz)	Gewinnung von Spat, Phosphorhaltigen Rohstoffen (ohne Erze), Schwefelkies und Schwefelkieskon-zentrat, Schwefelkiesabbränden, Kieserit, Kali-Kieserit, Magnesiumchloridsole
1 116 2	Herstellung von anorganischen Chemikalien	Herstellung von anorganischen Chemikalien (ohne Salze) und anorganischen Salzen (ohne Düngemittel und Pigmente)
1 116 3	Herstellung von Mineraldüngemitteln	Herstellung von Stickstoff-, Phosphat-, Bor- und kombinierten Düngemitteln
1 116 4	Herstellung von anorganischen Pigmenten und Farbstoffen	
1 116 5	Herstellung von technischen Gasen	Herstellung von Wasserstoff, Sauerstoff, Stickstoff, Edelgasen, Kohlenoxiden, Preßluft
1 116 6	Organische Grundchemie	Herstellung von aliphatischen Verbindungen, von isocyklischen (karbozyklischen) Verbindungen (ohne Farbstoffe), heterozyklischen Verbindungen (ohne Farbstoffe), organischen Farbstoffen, Na-türlichen und synthetischen Ölen und Riechstof-fen, organischen Katalysatoren, Erzeugnissen des Holzaufschlusses, Kolophonium, Lipoiden, Terpen-tinöl, Kampfer und Tallharzen

1	2	3
1 118 0	<u>Pharmazeutische Industrie</u>	
1 118 1	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	Herstellung von pharmazeutischen Grundsubstanzen, Vorprodukten, Hilfsstoffen und Drogen, Herstellung von Arzneifertigwaren zur Anwendung in der Humanmedizin und in der Veterinärmedizin, Labordiagnostika, Gesundheitspflegemitteln, pharmazeutischen Stoffen und Zubereitungen für Futters Zwecke
1 118 2	Herstellung von Verbandstoffen, Pflaster und chirurgischem Nahtmaterial	Herstellung von Verbandstoffen, Pflaster, dental-technischen Erzeugnissen, chirurgischem Näh- u. Unterbindungsmaterial sowie anderen Gegenständen, die zum dauernden oder zeitweiligen Verbleib im Körper bestimmt sind
1 119 0	<u>Plastindustrie</u>	
1 119 1	Herstellung von Plasten und Elasten	Herstellung von Plasten aus natürlichen organischen Polymeren, Kondensationsplasten, Polymerisationsplasten, Plasten nach sonstigen Reaktionsverfahren und synthetischen Kautschuk
1 119 2	Herstellung von Halbfabrikaten und Fertigerzeugnissen aus Plaste	Herstellung von Plasthalbzeug, Erzeugnissen aus Plasten (standardisierte und typisierte technische Erzeugnisse - Formteile, Schiebekästen und Lebensmitteleinsätze, Decken-, Wand- u. Fassadenverkleidungselemente, zeichnungsgebundene technische Formteile), Verpackungsmitteln und Konsumgütern aus Plasten
1 121 0	<u>Gummi- und Asbestindustrie</u>	
1 121 2	Herstellung von Fahrzeugbereifung	Reifenwerke, Reifendienst, Vulkanisierwerkstätten
1 121 3	Herstellung von Gummierzeugnissen (ohne Fahrzeugbereifung)	Herstellung von Gummimischungen und Elastvorprodukten, Gummi- und Plastschuhwerk sowie Gummibeschlmaterial, von Weich- und Hartgummiwaren einschl. PTFE-Dichtungen und gummierten Geweben
1 121 5	Herstellung von Asbestserzeugnissen	Herstellung von textilen Asbestserzeugnissen, Plattenserzeugnissen und Flachdichtungen aus asbesthaltigen Material und Reibmaterial
1 122 0	<u>Chemiefaserindustrie</u>	
		Herstellung von Zellulosechemiesiden und -fasern, Eiweißregeneratfaserstoffen, synthetischen Seiden und Fasern, synthetischen Flächengebilden durch Direktumwandlung, synthetischen Drähten und Borsten, Viskosebast und Viskosebündchen, Lichtleitern auf Basis organischer synthetischer Polymere und Polymermischungsfolie

1	2	3
1 123 0	<u>Industrie chemischer und chemisch-technischer Specialerzeugnisse</u>	
1 123 1	Herstellung von Anstrichstoffen und Druckfarben	Herstellung von Anstrichstoffen, Druckfarben, Verdünnungsmitteln und Hilfsstoffen für die Anstrich- und Druckfarbentechnik
1 123 2	Herstellung von Sprengstoffen	Herstellung von Sprengstoffen, Zündmitteln, Pulver, Schießmitteln, pyrotechnischen Erzeugnissen, Sportmunition (außer Luftgewehrkgeln)
1 123 3	Herstellung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln	Herstellung von Wirkstoffen und Fertigerzeugnissen, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PSM), Mitteln zur Steuerung biologischer Prozesse (MBP) und Holzschutzmitteln
1 123 4	Herstellung von Klebstoffen, Kitten und Gelatine	
1 123 5	Herstellung von Seifen, Wasch- und Reinigungsmitteln	Herstellung von Seifen und Körperreinigungsmitteln, Wasch- und Reinigungsmitteln, überwiegend aus synthetischen oberflächenaktiven Stoffen
1 123 6	Herstellung von Parfümerien und Kosmetika	
1 123 7	Herstellung von fotochemischen Erzeugnissen	Herstellung von Film- und Magnetbandunterlage, Foto- und Kinofilmen, Röntgen- und technischen Filmen, Fotoplatten, Fotopapiere, Fotochemikalien und -emulsionen, Magnetbänderzeugnissen u. ä.
1 123 9	Herstellung von sonstigen chemischen und chemisch-technischen Specialerzeugnissen	Herstellung von Ölen, Fetten, Wachsen für technische Zwecke; Fettsäuren, Fettalkoholen und Fettaminen; synthetischen Vorprodukten für oberflächenaktive Stoffe; oberflächenaktiven Stoffe und speziellen Emulgatoren; Hilfsmitteln für die Chemiefaser-, Textil-, Leder-, Rauchwaren-, Papierindustrie und für andere Wirtschaftszweige; Feuerlöschmitteln, Frostschutz- und Enteisungsmitteln, anorganischen und organischen Labor- und Feinchemikalien, Erzeugnissen der Isotopenproduktion, chemischen Hilfsmitteln für die Wasserenthärtung; Wachs- und Paraffinerzeugnissen; Zündwaren; bürochemischen Erzeugnissen

1	2	3
1 200 0	<u>Metallurgie</u>	
1 224 0	<u>Schwarzmetallurgie</u>	
1 224 1	Eisenhüttenkombinate, Stahl- und Walzwerke sowie Ziehereien	Gewinnung und Aufbereitung von Schwarzmetallerzen und -agglomeraten; Herstellung von Roheisen und Hochofenferrolegierungen, Rohstahl, Halbzeug, von fertigen Walzstahlerzeugnissen, Erzeugnissen der metallurgischen Weiterverarbeitung von Walzstahl (II. Verarbeitungsstufe) und Stahlrohren (II. Verarbeitungsstufe)
1 224 2	Herstellung von Elektro-Ferrolegierungen	Herstellung von Elektro- und aluminothermischen Ferrolegierungen
1 224 9	Herstellung sonstiger Erzeugnisse der Schwarzmetallurgie	Herstellung von Eisenpulver, Strahlmitteln aus Eisenwerkstoffen, Preßteilen aus Eisenpulver, Gylpeben, gesinterten Schweißbändern und Formlingen aus Ferrolegierungen
1 225 0	<u>NE-Metallurgie</u>	
1 225 1	NE-Metall-Erzbergbaubetriebe und NE-Metallgewinnungsbetriebe	Gewinnung und Aufbereitung von NE-Metallergen, Herstellung von NE-Metallergkonzentraten, NE-Metallen in Blöcken, NE-Metallelegierungen in Blöcken, NE-Metallpulver und Hartmetallen
1 225 2	NE-Metall-Halbzeugwerke	Herstellung von Halbzeugen aus NE-Metallen (ohne Poraguf)
1 225 9	Herstellung sonstiger Erzeugnisse der NE-Metallurgie	Herstellung von rhodium-, germanium- und spurenmethallhaltigen Bleiflugstaub

1	2	3
1 300 0	<u>Baumaterialienindustrie</u>	
1 326 0	<u>Baustoffindustrie</u>	
1 326 1	Herstellung von Bindemitteln	Herstellung von Kreide, Kalk- und Dolomitstein, Gips- und Anhydritstein und Kalk-, Gips- und Zementserzeugnissen
1 326 2	Gewinnung und Aufbereitung von schweren Zuschlagstoffen sowie Bearbeitung von Natursteinen	Gewinnung und Aufbereitung von Splitten, Schotter, Kies, Sanden, Schiefer, Basalt, Granit und anderen Natursteinen zur Herstellung von Pflaster, Bordsteinen, Platten u. ä.
1 326 3	Herstellung von Leichtzuschlagstoffen	Gewinnung und Aufbereitung von Naturbims, poröser Lava, Kalktuff, Blähton, Blähschiefer, Ziegelsplitt, Hüttenbims, Aggloporit, Porit, metallurgischen Schlacken
1 326 4	Gewinnung von keramischen Rohstoffen und Spezialtonen sowie Herstellung von Ziegeleiserzeugnissen	Gewinnung von Kaolinen, Tonen, Lehm und Herstellung von Mauerziegeln und -Klinker, Dachziegeln, Spezialziegeln und -Klinker, Drainrohren, keramischen Kabelabdeckungen und Gestaltungselementen, Ziegelblöcken, Spannkeramikelementen
1 326 5	Herstellung von baukeramischen Erzeugnissen und Steinzeug	Herstellung von baukeramischen Platten, Ofenkacheln und Ofenware, Wandfliesen, Formstücken, Bodenfliesen, Kleinmosaik, Steinzeugrohren-, -formstücken, -brunnenausbaumaterial, Steinzeug für landwirtschaftliche Fütterungseinrichtungen, Gärtnerartikel aus Steinzeug, säurefestem Steinzeug, künstlerischer Baukeramik
1 326 6	Herstellung von Mineralfaserdämmstoffen	Herstellung von Mineralwollgedämmstoffen (außer Glasfasern und -erzeugnisse)
1 326 7	Herstellung von Faserbaustoffen	Herstellung von Asbestzementserzeugnissen, bituminösen Bahnen, Schindeln und biegesteifen Baustoffen, Leichtbauplatten
1 326 8	Gewinnung von feuerfesten Rohstoffen und Herstellung feuerfester Erzeugnisse	
1 326 9	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen der Baustoffindustrie	Herstellung von Bitumen- und Teermischzuschlagstoffen und -betonen, sonstigen Erden (Tripelerde, Seifhammersdorfer Olschiefer, kalziniert, Farberden, Si-Stoffen), Transportbeton, Kieselgur und Kieselgurserzeugnissen, Isolier- und Filtermassen, Korksteinwaren, Steinholzbelag, Schmelzbasalt und Schmelzbasalterzeugnissen, Spezialmassen für die Verarbeitung von Gasbetonelementen
1 327 0	<u>Verfertigungsindustrie der Bauwirtschaft</u>	
1 327 1	Herstellung von Beton- und Kunststeinerzeugnissen	Herstellung von Betonelementen für Gebäude in Stahlbeton-Skelettbauweise (SK), in Stahlbeton-Wandbauweise, für Mischbauweisen und für bauliche Anlagen, Kunststein und Schlackenerzeugnisse sowie sonstigen Betonerzeugnissen (Beton-dachsteine, Betonsteine, Pfähle und Pfosten, sonst. Betonplatten, Schlackenerzeugnisse)

1	2	3
1 327 2	Herstellung von Gipsbauelementen	Herstellung von Gips- und Anhydritbauelementen sowie leichten Mehrschichtelementen
1 327 3	Herstellung von Bauelementen, Baueinheiten und Baugruppen der technischen Gebäudeausrüstung	Herstellung von Bauelementen, Baueinheiten und Baugruppen für kombinierte Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung, für Sanitäranlagen, für Heizungsanlagen, für Elektroinstallation und Standardteile der technischen Gebäudeausrüstung, von Elementen für Wärme- und Kälteisolierungen und zum Schallschutz für die Bauwirtschaft und Sanitärzellen
1 400 0	<u>Wasserversorgung</u>	
1 428 0	<u>Wasserversorgung</u>	
1 428 1	Betriebe der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sowie Fernwasser- versorgungsbetriebe	
1 428 2	Einrichtungen zur Bewirtschaftung des Wasserhaushalts	

1	2	3
1 500 0	<u>Maschinen- und Fahrzeugbau</u>	
1 531 0	<u>Energiemaschinenbau</u>	
1 531 1	Dampferzeuger-, Turbinen- und Kraftwerks- generatorenbau	Herstellung von Dampferzeugern, Turbinen, Kraftwerksgeneratoren sowie Baugruppen, Er- satzteilen, Zubehör und Einzelteilen dazu
1 531 2	Bau von sonstigen Energieausrüstungen	Herstellung von Dampfmaschinen und Lokomobilen, stationären und transportablen Generatoraggre- gaten, Freikolbengaserzeugern, Leistungsreak- toren für Kernkraftwerke, Windrädern, von Bau- gruppen, Ersatzteilen, Zubehör und Einzelteilen für o.g. Energieausrüstungen
1 531 3	Bau von Apparaten für Wasseraufbereitungs- anlagen	Herstellung von Apparaten für Wasseraufberei- tungsanlagen sowie spezielle Geräte für Betrieb und Instandhaltung von Wasserversorgungs- und Abwasserbehandlungsanlagen und Baugruppen, Er- satzteilen, Zubehör und Einzelteilen dazu
1 532 0	<u>Bau von Bergbauausrüstungen</u>	Herstellung von Bohrgeräten und Bohrausrü- stungen, Maschinen und Ausrüstungen für die Gewinnung von Kohle, Erz und sonstigen Mine- ralien im Untertagebetrieb und für die Er- schließung und Gewinnung von Kohle, Erz und sonstigen Mineralien im Tagebaubetrieb, Maschinen und Ausrüstungen für Brikettfabriken, für die Abraumbewegung, den Transport und Umschlag bei der Gewinnung und Aufbereitung von Kohle, Erz und sonstigen Mineralien, für Gas- und Koks- erzeugungsanlagen auf Steinkohlen- und Braun- kohlenbasis, Hilfsgeräten für den Tagebau, Baugruppen, Einzelteilen und Ersatzteilen für den Bergbau und die Brennstoffindustrie
1 533 0	<u>Metallurgieausrüstungenbau</u>	Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für die Gewinnung von Schwarzmعادallen und NE-Metal- len, für die Weiterverarbeitung von Schwarz- metallen und NE-Metallen, für Kalt- und Warm- verformung, für Gießereien sowie von Baugrup- pen, Einzel- und Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen für die Metallurgie
1 534 0	<u>Chemieausrüstungenbau</u>	Herstellung von Maschinen und Apparaten für das Trennen und das Vereinigen von Stoffen, zum Agglomerieren fester Stoffe (ohne für die Plast- und Elastverarbeitung), Apparaturen zur Wärme- übertragung und Öfen und Behälter für die che- mische Verfahrenstechnik (ohne Bunker), Mittel- und Hochdruckapparaten, weiteren Spezialausrü- stungen für die chemische Verfahrenstechnik, Montageblöcken und speziellen Verbindungsele- menten für die chemische Verfahrenstechnik, Bau- gruppen, Einzel- und Ersatzteilen und Zubehör für Maschinen und Ausrüstungen der chemischen Verfahrenstechnik

1	2	3
1 535 0	<u>Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau</u>	
1 535 1	Bau von Ausrüstungen zur Herstellung von Baustoffen	Herstellung von Maschinen zum Zerkleinern, Klassieren, Waschen und Trocknen von Baustoffen, Maschinen und Ausrüstungen zur Herstellung von Zement, zur Aufbereitung von Beton und Mörtel, zur Herstellung von Betonfertigteilen, Maschinen und Geräten für die Steinbearbeitung, Maschinen für die Kalk-, Traß-, Gips- und Kreideindustrie sowie Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen zur Herstellung von Baustoffen
1 535 2	Bau von Baumaschinen	Herstellung von Erdbewegungs-, Straßen- und Gleisbaumaschinen sowie von Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen für Baumaschinen
1 535 3	Bau von Ausrüstungen zur Herstellung von Keramik-, Feuerfest- und Glaserzeugnissen	Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen zur Herstellung des Masseversatzes für Keramik- und Feuerfesterzeugnisse, von Feinkeramikerzeugnissen, Grobkeramik-Erzeugnissen und Steinzeug, Feuerfest-Erzeugnissen, des Glasgemenges sowie Glasspeiser, Glaserzeugnissen; speziellen Ausrüstungen aus Edelmetallen für die Herstellung von Glas-Erzeugnissen; Brennern für Öl-, gas- und gemischtbeheizte Maschinen und Ausrüstungen, zur Herstellung von Keramik-, Feuerfest- und Glas-Erzeugnissen (einschl. für Industrieföfen und Wannen zum Glasschmelzen sowie für Kühlbahnen und für Öfen zum Brennen von Steinen und Erden); Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen für die Herstellung von Keramik-, Feuerfest- und Glaserzeugnissen
1 535 9	Reparatur- und Montagebetriebe des Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbaus	
1 536 0	<u>Bau von luft- und kältetechnischen Ausrüstungen</u>	
1 536 1	Bau von lufttechnischen Ausrüstungen	Herstellung von Lüftungs- und Entstaubungsgeräten, klimatischen Ausrüstungen, Schwebetrocknern, Ventilatoren für Temperaturen unter 450° C bis 10 kpa - ohne Haushaltsgeräte-, Luftfiltern für lufttechnische Ausrüstungen und Anlagen, lufttechnischen Abscheidern und Stoffüberträgern, Bau- und Ersatzteilen für lufttechnische Ausrüstungen
1 536 2	Bau von kältetechnischen Ausrüstungen	Herstellung von Kälte- und klimatischen Prüfkammern, Kühl- und Gefriereinrichtungen, von Kältemöbeln und -geräten, kryotechnischen (tieftemperaturtechnischen) Ausrüstungen, Kältesätzen und Kältemittelverdichtersätzen, Kältemittel-Verdichtern, Wärmeüberträgern für luft- und kältetechnische Ausrüstungen, Bau- und Ersatzteilen für Kältetechnische Ausrüstungen

1	2	3
1 537 0	<u>Werkzeugmaschinenbau</u>	
1 537 1	Bau von spanabhebenden Werkzeugmaschinen	Herstellung von Drehmaschinen, Bohrmaschinen, Fräsmaschinen sowie Säge- und Feilenmaschinen, Hobelmaschinen, Stoßmaschinen, Räummaschinen, Schleifmaschinen, Verzahnmaschinen, Maschinen zur elektrolytischen Metallbearbeitung und nach anderen Verfahren, Aufbau- und Sondermaschinen aus Baueinheiten, Baueinheiten, Zubehör und Ersatzteilen zu o.g. Maschinen
1 537 2	Bau von kaltumformenden Werkzeugmaschinen und Scheren	Herstellung von Pressen (ohne Plastpressen und Schmiedepressen), Scheren, Ausrüstungen für die Massivumformung, die Blechumformung, die Drahtumformung, die Hochenergie-Umformung, Formstangen- und Rohrbiegemaschinen, Baueinheiten, Zubehör und Ersatzteilen für Kaltumformende Werkzeugmaschinen und Scheren
1 537 3	Bau von Schmiedeausrüstungen	Herstellung von Schmiedehämmern, -pressen, -automaten und -manipulatoren, Waagrecht-Schmiedemaschinen, Reckwalzen, Ringwalzmaschinen, Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen für Schmiedeausrüstungen
1 537 9	Reparatur- und Montagebetriebe des Werkzeugmaschinenbaus	
1 538 0	<u>Werkzeug- und Vorrichtungsbau</u>	
1 538 1	Spannzeug- und Bearbeitungsvorrichtungsbau	Herstellung von Spannzeugen: Putter- und Planscheiben, Hülsen, Spannzeugen, Dornen, Spitzen, Stangen, Magnetspannern, Tischen, Winkeln, Prismen, Rundtischen und Teilgeräten, Maschinenschraubstöcken, Handspannzeugen, Halter für Gewindesträhler, Windeisen und Schneideisenhalter und standardisierten und Spezial-Bearbeitungsvorrichtungen, Vorrichtungselementen und Baukästen für Bearbeitungsvorrichtungen.
1 538 2	Bau von spanenden Blankwerkzeugen und Diamantwerkzeugen	Herstellung von Sägeblättern und Trennscheiben, Dreh-, Bohr- und Hobelmeißel sowie Klemmaltern, Fräswerkzeugen, Verzahnungs- und Gewindewerkzeugen, Raufwerkzeugen, Bohrern und Senkern, Reibahlen sowie Elektro-Erosions-Werkzeugen und Diamant- und Bornitrid-Werkzeugen.
1 538 3	Bau von Schnitten, Umformwerkzeugen und Maschinenmessern	Herstellung von Schnitten, Tiefzieh-, Biege- und Kaltfließpreßwerkzeugen, werkzeugspezifischen Formen (ohne Druckgießformen für die Gießereiindustrie), Walzwerkzeugen, Zieh- und Strangpreßwerkzeugen, Düsen, Schmiedewerkzeugen, Stauchwerkzeugen, Hartzerkleinerungswerkzeugen, Glätt- und Kalibrierwerkzeugen, Abkantwerkzeugen, Maschinenmessern, Hartmetall- und hartmetallbestückten Umformwerkzeugen
1 538 4	Herstellung von Schleifkörpern und Schleifpasten	

1	2	3
1 538 5	Bau von Werkzeug-Antrieben	Herstellung von Elektro-Werkzeug-Antrieben, Normalfrequenz und Mittelfrequenz, Druckluft-Werkzeug-Antrieben, Werkzeug-Antrieben mit Verbrennungsmotor, hydraulischen und pneumatischen Lochwerkzeug- und Nietwerkzeug-Antrieben, Handantrieben für spanabhebende Bearbeitung
1 539 0	<u>Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau</u>	Herstellung von Knet- und Mischmaschinen, Kalandern mit Zusatzmaschinen und Einrichtungen, Extrudern, Spritzgießmaschinen, verschiedenen Pressen für Plaste und Elaste, Spezialmaschinen und Ausrüstungen für die Plast- und Elastverarbeitung, Maschinen und Ausrüstungen zur Herstellung und Verarbeitung von Schäumen aus Elasten und Plasten, Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen sowie Zubehör für Maschinen und Ausrüstungen für die Plast- und Elastverarbeitung
1 541 0	<u>Bau von technologischen Spezialausrüstungen</u>	
1 541 1	Bau von Ausrüstungen für das Schweißen, Brennschweißen, Löten und Kleben	Herstellung von Ausrüstungen für das Lichtbogenschweißen, für das Widerstandsschweißen, für das Elektroschlackeschweißen, Anlagen-Schweiß- und Schneideausrüstungen, Ausrüstungen für Metall-Sonderschweiß- und -schneidverfahren, Schweißausrüstungen für Plaste, Ausrüstungen zum Löten und zum Kleben von Metall, Schweißelektroden, Schweißzubehör, Einzel- und Ersatzteilen
1 541 2	Bau von Verseil- und Kabelmaschinen	
1 541 3	Bau von Ausrüstungen zur Wärme und Oberflächenbehandlung und zum Korrosionsschutz der Metalle	Herstellung von Ausrüstungen zur Wärmebehandlung, zur Reinigung, Vorbehandlung, Zwischen- und Nachbehandlung metallischer Oberflächen, zur Herstellung metallischer Überzüge und Schichten, zur Herstellung organischer Überzüge (Anstriche, Plastüberzüge, Konservierungsmittelüberzüge u.a.), zur Herstellung keramischer Überzüge, zum Glätten, Markieren und Befunken metallischer Oberflächen (ohne Einrichtungen mit rotierenden Schleif- und Polierkörpern und Bürsten), für den aktiven Korrosionsschutz und zum Belegen, Auskleiden, Umbüllen sowie von Nebeneinrichtungen, Zubehör, Einzelteilen und Ersatzteilen, Anoden für o.g. Ausrüstungen
1 541 4	Herstellung von Erzeugnissen der Robotertechnik	Herstellung von Robotertechnik für die Beschickung von Werkzeugmaschinen und analogen technologischen Einsatzfällen, für Transportprozesse, Stapelung und Entstapelung, Montage, Farbgebung, Schweißen, Schmieden, Einlegearbeiten, Entnahmearbeiten, Magazinierung, Positionieren und automatische Behebung von Störungen

1	2	3
1 541 8	Bau von sonstigen technologischen Spezialausrüstungen	Herstellung von technologischen Spezialausrüstungen für die Herstellung elektro-mechanischer und elektrotechnischer Erzeugnisse, von Landmaschinen, von optischen und feinmechanischen Erzeugnissen. Erzeugnissen und Ausrüstungen der Vakuumtechnik für den Druckbereich unter 10 Torr; Fügeautomaten und Sondermaschinen für Komplettierungsteile und andere Teile der mvi; Einzel- und Ersatzteilen sowie Zubehör
1 542 0	<u>Holzbearbeitungs- und Papierindustrie-maschinenbau</u>	
1 542 1	Holzbearbeitungsmaschinenbau	Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für die Nutzholzgewinnung, für die Furnierherstellung und -verarbeitung, für die Spanplattenherstellung, für die Holzoberflächenveredlung; Ausrüstungen für die Trocknung, Imprägnierung und Färbung von Holz; Sägemaschinen, Präsmaschinen, Bohr- und Stammmaschinen, Drehmaschinen, Schleif- und Poliermaschinen für Holz, Holzwole- und Holzmehlherstellungsmaschinen und Knopfmaschinen; Umform- und Zusammensetzungsmaschinen für Holz; Spezialmaschinen und Spezialausrüstungen der Holzbearbeitung; Hilfseinrichtungen. Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen für die Holzbeschaffung und Holzbe- und -verarbeitung
1 542 2	Papierindustriemaschinenbau	Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für die Aufbereitung der Rohstoffe für die Papierherstellung (ohne Entrinde- und Hackmaschinen), für die Herstellung der Masse aus Faserrohstoffen, für das Reinigen, Rückgewinnen und Eindicken der Fasermasse, für die Bearbeitung der Fasermasse und Halbmasse für die Papierherstellung, für die Herstellung von Zellstoffbahnen, Papier und Karton für die Verarbeitung und Veredlung von Papier, Karton, Pappe und Folien; Einrichtungen für die Herstellung von Fasergerüst; Maschinen und Ausrüstungen für die Herstellung von Faserplatten; Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen sowie Zubehör für Maschinen und Ausrüstungen für die papierherstellende Industrie (ohne Bogenzähler und sonstige Zählmaschinen)
1 544 0	<u>Polygraphiemaschinenbau</u>	
1 544 1	Bau von Druckmaschinen	Herstellung von Hochdruckmaschinen, Flachdruckmaschinen, Tiefdruckmaschinen, Durchdruckmaschinen, Spezialdruckmaschinen
1 544 8	Bau von sonstigen polygraphischen Maschinen	Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für die Reproduktionstechnik, Druckformenvorbereitung und Druckformenherstellung, für die buchbinderische Weiterverarbeitung, für die Herstellung von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton, Pappe und Folien; Briefumschlagmaschinen, Selbstklebepostkarten-Maschinen, Briefordnerherstellungsmaschinen, Konfettimaschinen; Maschinen für die Herstellung hygienischer Papier- und Zellstoffwaren, Papierfäbriichen, künstlicher Blumen; Hilfsmaschinen und Vorrichtungen für die Polygraphie; von zusätzlichen Ausrüstungen für polygraphische Maschinen, Anlage- und Auslegeapparaten,

1	2	3
		<p>Verkettungseinrichtungen; sonstigen Baugruppen, Druckwalzen, Einzelteilen sowie Zubehör für Maschinen und Ausrüstungen für die polygraphische und papierverarbeitende Industrie, einschl. Matrizen für Schriften und andere Zeichen für Setzmaschinen und Satzgeräte in Blei- und Foto- satz sowie Drucktypen, Linien, Schaub- und Füllmaterial für Handatz und Prägedruck; Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen für die polygraphische und papierverarbeitende Industrie</p>
1 545 0	<u>Textil-, Konfektions- und Leder- arbeitungsmaschinenbau</u>	
1 545 1	Bau von Textilmaschinen	Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für die Herstellung von Chemiefaserstoffen, Garnen und Zwirnen, textiler Flächegebilde und für die Textilveredlung
1 545 2	Bau von Ausrüstungen für die Konfektionsindustrie	
1 545 3	Bau von Ausrüstungen für die Schuh-, Lederwaren- und Rauchwarenindustrie	
1 546 0	<u>Lebensmittel- und Verpackungsmaschinenbau</u>	
1 546 1	Bau von Ausrüstungen für die Lebensmittelindustrie	Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für die Fleisch- und Fischindustrie, für die Milchverarbeitende und die Pflanzenfettindustrie, für die Mühlen- und Mischfutterindustrie, für die Backwaren- und Teigwarenindustrie, für die Zucker-, Süßwaren- und Stärkeindustrie, für die Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie, für die Mälzerei-, Gärungs- und Getränkeindustrie, für die Tabakindustrie, für die Kaffee-, Tee- und Gewürzindustrie und für die Konservierindustrie; Herstellung von Großküchenmaschinen, Zentrifugen, Wärmeaustauschern und Verdampfern für die Lebensmittelindustrie, Reinigungsmaschinen für Behälter für die Lebensmittelindustrie, speziellen Einrichtungen für die Transportmechanisierung in der Lebensmittelindustrie und emaillierten Behältern für die Lebensmittelindustrie sowie Herstellung von Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen sowie Zubehör für Maschinen und Ausrüstungen für die Lebensmittelindustrie
1 546 2	Bau von Verpackungsmaschinen	Herstellung von Einschlagmaschinen, Form-Füll-Verschließmaschinen, Füll-Verschließmaschinen, Füllmaschinen, Verschließmaschinen, Palettiermaschinen, Stapelmaschinen und Beladeeinrichtungen für Verpackungslinien, Vorbereitungsmaschinen für Verpackungsmittel und Verpackungsgüter, Zusatz- und Hilfeeinrichtungen für Verpackungsmaschinen, Baugruppen, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für Verpackungsmaschinen
1 547 0	<u>Schienenfahrzeugbau</u>	Herstellung von Dampf-, Diesel- und Elektrolokomotiven, Diesel- und Elektrotriebzügen, Straßenbahnzügen und -wagen, Reisezugwagen, Güterwagen, Bahndienstwagen und Bergbau- und Feldbahnwagen, Einzelausrüstungen, Baugruppen und Ersatzteilen für Schienenfahrzeuge
1 548 0	<u>Straßenfahrzeug- und Traktorenbau</u>	
1 548 1	Automobilbau	Herstellung von Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Anhängern für Straßenfahrzeuge, Kraftomnibussen und Trolleybussen, Sanitätskraftwagen, motorisierten Zweiradfahrzeugen, Seitenwagen und Anhängern für Zweiradfahrzeuge und von Aggregaten, Baugruppen, Einzelteilen sowie Zubehör für den Automobilbau (Serie und Ersatz)
1 548 2	Traktorenbau	Herstellung von Traktoren aller Zugkraftklassen, von Baugruppen und Einzelteilen sowie Ersatzteilen für Traktoren

1	2	3
1 548 8	Sonstiger Straßenfahrzeugbau	Herstellung von Fahrrädern, Dampfern, Kleintransportern (Multicar), Schneefräsen, Kleinkehrmaschinen und Krankenfahrstühlen, Campingwohnwagen- u. -anhängern, von Aggregaten, Baugruppen und Einzelteilen sowie Zubehör für die o. g. Straßenfahrzeuge (Serie und Ersatz)
1548 9	Reparatur- und Montagebetriebe des Straßenfahrzeug- und Traktorenbaus	
1 549 0	<u>Schiffbau</u>	
1 549 1	Bau und Reparatur von See- und Küstenschiffen und Fischereifahrzeugen	Bau von See- und Küstentrockenfrachtschiffen, -tankschiffen, -frachtkühlschiffen, - fahrgastschiffen, See- und Hafenschleppern, Eisbrechern, Spezialschiffen, Fischereifahrzeugen
1 549 2	Bau und Reparatur von Binnenschiffen	Bau von Binnentrockenfrachtschiffen, - tankschiffen, -fahrgastschiffen, mindestens 80 Fahrgäste, -schleppern, -eisbrechern, Schubbooten Binnenschiffen ohne Antrieb (Prahme, Lastkähne u.s.)
1 549 8	Bau und Reparatur von sonstigen Wasserfahrzeugen	Herstellung von technischen Wasserfahrzeugen für See und Küste und für Binnengewässer, Passagierbooten (Fahrgastschiffe und Verkehrsboote unter 80 Personen, Binnenfahrschiffe, Barkassen), kleineren Spezialwasserfahrzeugen, Rettungsbooten mit Riemenantrieb, starren Sport- und Gebrauchsbooten und Faltbooten
1 551 0	<u>Landmaschinenbau</u>	Herstellung von Maschinen für Bodenbearbeitung, Aussaat, Düngung, Pflanzenschutz, Ernte und Nachfolgebehandlung von Hackfrüchten, Getreide und Heilfutter, Maschinen und Ausrüstungen für die Produktion von Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Bauschulen, für die Melioration und die landwirtschaftliche Viehhaltung, Baugruppen, Einzelteilen und Ersatzteilen für Landmaschinen
1 552 0	<u>Fördermittel- und Hebezeugbau</u>	Herstellung von Kleinhebezeugen, Seilwinden und Laufketten, Kranen, Aufzügen, Stetigförderern, Flurförderzeugen, Stetiglädern, Wagenkippern, Baugruppen, Einzelteilen und Ersatzteilen für Hebezeuge und Flurfördermittel
1 553 0	<u>Verbrennungskraftmaschinen-, Pumpen- und Verdichterbau</u>	
1 553 1	Pumpen- und Verdichterbau	Herstellung von Pumpen und Verdichtern sowie Schmierpumpen und Zuführgeräte für Schmiermittel sowie Baugruppen, Einzel-, Ersatz- und Zubehörteilen dazu
1 553 2	Verbrennungskraftmaschinenbau	
1 554 0	<u> Bauteile- und Maschinenelemente-industrie</u>	
1 554 1	Getriebe- und Kupplungsbau	
1 554 2	Armaturenbau	Herstellung von Armaturen aus Stahlguß, Stahl, Guß-Eisen, NE-Metallen und Plaste, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen
1 554 3	Bau von Erzeugnissen der Hydraulik und Pneumatik	
1 554 4	Wälz- und Gleitlagerbau	
1 554 5	Bau von Verbindungs- und anderen Elementen des Maschinenbaus	Herstellung von Schrauben, Muttern, Zubehör für Schraubverbindungen und Sicherheitsteilen, Nieten, Nägeln, Stiften, Bolzen, Ketten und Zubehör, Drahtseilen, technischen Federn und Polsterfedern, bucheen-, stift-, bolzen- und wellenförmigen Formdrehteilen aus Metall, Gelenkwellen, Kolbenringen, Kolbenbolzen, massiven Flachdichtringen aus Metall sowie Sonderbauformen

1	2	3
1 555 0	<u>Bau von Metallkonstruktionen</u>	
1 555 1	Bau von Konstruktionen aus Stahl und Alu-Legierungen	Bau von Baukonstruktionen für Verkehrsbrücken und für Wasser- und Tiefbauten, Hochbaukonstruktionen, Gleis- und Weichenkonstruktionen, Konstruktionen für Verkehrsicherung und Masten und Türmen sowie Industrieschornsteinen aus Stahl und Alulegierungen, Fenstern, Türen, Toren und Fassadenelementen aus Stahl, Alulegierungen und in Kombinationsbauweise aus Alulegierungen mit anderen Metallen und/oder anderen Werkstoffen, Stahlkonstruktionen für Kitzlose Verglasung und für Gewächshäuser und Metallleichtbau-Konstruktionen für den Hochbau
1 555 2	Bau von Rohrleitungs- und Isolierelementen	Herstellung von Rohrleitungselementen aus Stahl, vorgefertigten Isolierelementen für Industrie-Isolierungen und Industrie-Isolierungen
1 555 9	Reparatur- und Montagebetriebe für Metallkonstruktionen	
1 556 0	<u>Gießereien und Schmieden</u>	
1 556 1	Gießereien	
1 556 2	Schmieden	
1 557 0	<u>Metallwarenindustrie</u>	
1 557 1	Herstellung von Haushalt- und Garten-geräten	Herstellung von Bestecken, Stahl- und Schneid-waren, Tafel- und Tafelhilfegeräten sowie Raum-gestaltungsartikeln aus Metall (ohne kunstgewerb-liche und kunsthandwerkliche Gegenstände), Email-legegeschirr, emaillierten Einbauteilen für Möbel, Gußemaille, Aluminium- und verzinktem Eisen-geschirr, handbetriebenen Küchenmaschinen und -geräten, rohen, lackierten, brünierten usw. Blechwaren, Geschirr und Einbauteilen für Möbel aus rostfreiem Stahl, Geräten für Gartenbau und Landwirtschaft
1 557 2	Herstellung von elektrischen Geräten und Leuchten	Herstellung von elektromechanischen Geräten und Elektrowärmegegeräten für Haushalt und ähnliche Zwecke, Wohnraumleuchten, Zweckleuchten (ohne medizinische Spezialleuchten), Repräsentativ-leuchten, Baugruppen, Einzel-, Ersatz- und Zube-hörteilen für elektrische Geräte für Haushalt und ähnliche Zwecke sowie für elektrische Leuchten
1 557 3	Herstellung von Handwerkzeug	
1 557 4	Herstellung von Heiz- und Kochgeräten und Großkochenrichtungen	Herstellung von nicht elektrisch beheizten Raum-heizern (ohne ortsfeste), Herden, Heißwasser-bereitern, Kochern, transportablen Kesselöfen und Einsatzkesseln, Großkochenrichtungen, Bau-gruppen, Einzel-, Ersatz- und Zubehörteilen für Heiz- und Kochgeräte (ohne elektrisch be-heizte) und Großkochenrichtungen (ohne Einsatz-kessel)
1 557 5	Herstellung von Ausrüstungen zur Be- und Verarbeitung sowie zur Reinigung von Textilien	Herstellung von Waschmaschinen und Waschkombi-nationen, Wäscheschleudern, Waschliffmaschinen, Wäschetrockengeräten und Wäschemangeln, Näh-, und Strickmaschinen für den Haushalt, Wasch-maschinen und Trocken-, Entwässerungs- und Glättmaschinen über 4 kg Fassungsvermögen für Dienstleistung und Gewerbe, Maschinen und Aus-rüstungen zum chemischen Reinigen, Maschinen für die Bearbeitung von Bettfedern, Zubehör-, Einzel- und Ersatzteilen für Haushalt- und Dienst-leistungsmaschinen

1	2	3
1 557 6	Herstellung von Büro-, Lager- und Ladeneinrichtungen und Metallmöbeln	Herstellung von Metallschränken, Metallkassetten, Bürokleinmaschinen und Bürobedarfsartikel aus Metall, mechanischen Sicherungseinrichtungen, Lagerregalen (ohne Verkaufsregale), Selbstbedienung- und Ausgabeeinrichtungen für Gaststätten, Verkaufsautomaten, Aufbewahrungs-, Geldwechsel-, Flaschenrücknahme-, Schuhputz- und Wiegeautomaten, Baugruppen, Einzel-, Ersatz- und Zubehörteilen für Verkaufs- und Dienstleistungsautomaten, Campingmöbeln
1 557 7	Herstellung von Verpackungsmitteln	Herstellung von leichten und schweren Packungen aus Blech (Konservendosen, Transportfässer, Müllkübel u. ä.), Verschlüssen für Gläser und Flaschen, Tuben und Aerosolbehältern, Kanistern, Paletten und Transportbehältern aus Metall
1 557 8	Herstellung von Hartkurzwaren, Schlössern und Beschlägen	Herstellung von Nadeln und Platinen, Hartkurzwaren und Reißverschlüssen, Lederwarenbeschlägen, Bauschlössern und -beschlägen, Dacheinbau-, Dachentwässerungsteilen und Einbauteilen aus Metall für Schornsteine, Möbelschlössern und -beschlägen sowie Innendekorationsbeschlägen, Fahrzeugeschlösser und -beschlägen, Schildern, Skalen Verkehrszeichen und Abzeichen aus Metall und Platten, Haushaltgeschirrbeschlägen, Kisten- und Leiterbeschlägen, Sargbeschlägen und Reit- und Fahrgeschirrbeschlägen
1 557 9	Herstellung von sonstigen Metallzeugnissen	Herstellung von Lochblechen, geprägten Blechen und Streckmetall, Drahtgeweben, Drahtgeflechten, Sieben (ohne Haushaltsiebe), Stacheldraht und Metallschläuchen, Drahtwaren, Feuerlöschern, Löcheinrichtungen, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen, Feuerwehrrüstungen und -geräten, Zubehör und Ersatzteilen, Jagd-, Sport- und sonstige Schusswaffen, Lampen und Laternen (ohne elektrische) einschl. Zubehör und Ersatzteile, Feuerzeugen, Gefäßeinheiten für Erzeugnisse der Elektrotechnik, Elektronik und des Gerätebaus (Leereinheiten), Sportmunition für Luftdruckwaffen

1	2	3
1 600 0	<u>Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau</u>	
1 661 0	<u>Elektrotechnische Industrie</u>	
1 661 1	Elektromaschinenbau	Herstellung von rotierenden elektrischen Klein- maschinen einschl. Klein-Getriebemotoren (ohne Motoren aus Standard-Typenreihen), Dreh- strom-Asynchronmotoren, Einphasen-Wechselstrom- motoren, Wechselstrommaschinen für spezielle Anwendungsfälle und Einsatzgebiete, Synchron- maschinen und entsprechenden Erregersystemen, Gleichstrommaschinen, rotierenden elektrischen Umformern, elektromagnetischen und elektrohydrau- lichen Geräten, Baugruppen, Einzel-, Ersatz- und Zubehörteilen für Elektromaschinen einschl. für elektromechanische und -hydraulische Geräte
1 661 2	Transformatoren- und Wandlerbau	Herstellung von Transformatoren für die Energie- verteilung, Spezialtransformatoren, Meßwandlern für Hochspannungstechnik, Drosselpulen und Transduktoren, Kleintransformatoren, Überträgern, Kleindrosseln, Baugruppen, Einzel-, Ersatz- und Zubehörteilen für Transformatoren und Wandler
1 661 3	Bau von Hoch- und Niederspannungs- schaltgeräten und -einrichtungen	Herstellung von Hoch- und Niederspannungsschalt- geräten und Zubehör, Stark- und Schwachstrom- relais, Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen für Hoch- und Niederspannungsschaltgeräte, Schalt-, Transformatoren und Gleichrichterstationen, Mittel-, Hoch- und Niederspannungsverteilungen, elektrotechnischen Ausrüstungen für Maschinenan- triebe (ohne Elektromotoren), industriellen Steuerungen, elektrotechnischen Ausrüstungen für industrielle Anlagen
1 661 4	Herstellung von Kabeln und Leitungen	Herstellung von Starkstromkabeln, Schiffskabeln, Fernmelde- und Hochfrequenzkabeln und -leitungen, gummi- und plastisolierten Starkstromleitungen, Strombegrenzungsspulen-Leitungen, Schaltleitungen, Schaltdrähten, Schaltlitzen, HF-Litzen und -Seilen, CU-Seilen, isoliert, Aufbauelementen für Kabel und Leitungen, Lack- und Wickeldrähten, konfek- tionierten Leitungen
1 661 5	Herstellung von Elektromontage- material und elektrischen Spezial- ausrüstungen für Straßen- und Schienenfahrzeuge	Herstellung von Armaturen für Kabel, Freileitun- gen, Fahrleitungsanlagen und Schaltanlagen, armier- ten Isolatoren, Elektro-Installationsmaterial, Elektroisoliermaterial, elektrischen Spezialaus- rüstungen für Straßenfahrzeuge
1 661 6	Herstellung von radiologischen und medizinisch-elektronischen Erzeug- nissen	Herstellung von diagnostischen und therapeuti- schen Röntgeneinrichtungen, kerntechnischen Strahlenschutzeinrichtungen, Kernstrahlungs- und Teilchenbeschleuniger-Einrichtungen, medizini- schen Infrarot-Licht- und Ultraviolett-Bestrah- lungseinrichtungen, medizinisch-elektronischen Meß- und Registriereinrichtungen und -geräten, Reiz-, Reizstrom- und Iontophoreseeinrichtungen, medizinischen Ultraschalleinrichtungen, Elektro- chirurgie-, Kurz- und Mikrowellen- und Dezimeter- therapieeinrichtungen, medizinisch-elektronischen Hilfs-, Substitutions-, Regel- und Recheneinrich- tungen und -geräten, Einzel-, Ersatz und Spezial- zubehörteilen für radiologische und medizinisch- elektronische Erzeugnisse
1 661 8	Herstellung von sonstigen elektro- technischen Erzeugnissen	Herstellung von galvanischen Elementen (Primär- und Sekundärelementen), Starkstromgleichrichtern,- kondensatoren und -widerständen, Teilen aus metallischen Sinterwerkstoffen, Einzel-, Ersatz- Spezialzubehörteilen zu o. g. elektrotechnischen Erzeugnissen
1 661 9	Reparatur- und Montagebetriebe der elektrotechnischen Industrie	

1	2	3
1 662 0	<u>Elektronische Industrie</u>	
1 662 1	Herstellung von Erzeugnissen der Drahtnachrichten- und Funktechnik	Herstellung von Vermittlungseinrichtungen für Telefonie und Telegrafie, Fernsprech- bzw. Telegraphie-Endapparaten, Übertragungseinrichtungen für Telefonie und Telegrafie, für Rundfunk- und Fernsehsendungen, für Daten auf Nachrichtenkanälen, Wechselsprech- und Gegensprechergeräten, Baueinheiten und Baugruppen für Erzeugnisse der Drahtnachrichtentechnik, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für Erzeugnisse der Drahtnachrichtentechnik, Richtfunkeinrichtungen, Sendern und Empfängern für kommerzielle Dienste sowie Sendern für Rundfunk und Fernsehen, Rundfunk- und Fernsehstudio-Einrichtungen, Antennen und Antennenverstärkern, Funkortungsgeräten, hydroakustischen Geräten, Zusatzeinrichtungen, Zusatzgeräten, Zubehör sowie Baugruppen, Baueinheiten und Einzelteilen und Ersatzteilen für Erzeugnisse der Funktechnik
1 662 2	Herstellung von Erzeugnissen der Elektroakustik und Fernseh- und Hörrundfunkempfängern	Herstellung von Plattenspielern und Schallplatten- aufnahmegeräten, Magnettongeräten, Mikrofonen, elektrischen Einzel-Lautsprechern und Hörern sowie Lautsprecheranordnungen, elektroakustischen Verstärkern und Geräten für kommerzielle Zwecke und sonstige Verbraucher, Baueinheiten, Baugruppen, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für elektroakustische Erzeugnisse, Hörrundfunkempfängern, Fernsehgrundfunkempfängern für Schwarz-Weiß- und Farbfernsehen, Bauelementengruppen sowie Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für Hör- und Fernsehgrundfunkempfänger
1 662 3	Herstellung von elektrischen Lichtquellen	Herstellung von Glühlampen, Entladungslampen, Halogen-Glühlampen, Kondensatorlampen, Zubehör, Einzelteilen und Baugruppen für elektrische Lichtquellen
1 662 4	Herstellung von Elektronenröhren und Bauelementen	Herstellung von Empfängerröhren, Senderröhren und Vakuum-Hochspannungs-Gleichrichtorröhren, Elektronenstrahlröhren, Gasentladungsröhren, Höchstfrequenzröhren, Röntgenröhren und Hochspannungsglühventilen, photo-elektronischen Bauelementen, Elektrometerröhren, Rauschdioden, UKW-Meßdioden, Ionisationsmanometerröhren, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für Elektronenröhren; Widerständen, Kondensatoren, Kontaktbauelementen, induktiven Bauelementen, Anschlußelementen und Leiterplatten, piezoelektronischen Bauelementen und Filtern, Bauelementen aus flüssigen Kristallen, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für passive Bauelemente und Kontaktbauelemente; vereinheitlichten Baugruppen für die Elektrotechnik, Elektronik und den Gerätebau
1 662 5	Herstellung von Erzeugnissen der Mikroelektronik	Herstellung von Dioden, Transistoren, Thyristoren, polykristallinen Gleichrichtern, Halbleiter-Thermoelementen, optoelektronischen Halbleiter-Bauelementen, elektronischen Bausteinen nach Schaltungssystemen, Zubehör und Einzelteilen für Halbleiter-Bauelemente
1 662 9	Reparatur- und Montagebetriebe der elektronischen Industrie	
1 663 0	<u>Industrie der Meß-, Steuer- und Regeltechnik</u>	
1 663 1	Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die Überwachung, Regelung und Steuerung	Herstellung von Meßfühlern und Meßeinrichtungen (ohne radiometrische Meßeinrichtungen), Wandlern und Verstärkern der Regelungstechnik, Geräten und Einrichtungen für die zentrale Bearbeitung der Information, Reglern und Relaisgebern, Stellantrieben und Eingabegliedern, Geräten und Einrichtungen der Fernwirktechnik, Anzeige-, Registrier- und Überwachungseinrichtungen und Meßwerkreglern, kombinierten Einrichtungen für die Überwachung, Regelung und Steuerung, Einzel- und Ersatzteilen für Geräte und Einrichtungen für die Überwachung, Regelung und Steuerung sowie speziellen Bauelementen

1	2	3
1 663 2	Herstellung von elektrischen und elektronischen Meßgeräten	Herstellung von elektrischen Meß- und Prüfgeräten zur Messung und Prüfung elektrischer Größen, elektronischen Geräten für die Messung von Strom, Spannung und Leistung, von Parametern in Einrichtungen mit konzentrierten und verteilten Schaltelementen, von Frequenz, Phasenverschiebung, Verzögerungszeit, Meßgeneratoren, Frequenzvervielfacher, elektronischen Geräten zur Beobachtung und Untersuchung von Signalformen, Spektren und weiteren Charakteristiken, elektronischen Geräten für die Impulsmessung und die Messung der Parameter von Elektronenröhren und Halbleitern, elektronischen Meßverstärkern, Eichleitungen, Spannungsteilern, Geräten für die Feldstärke- und Funkstörungsmessung, Hilfsgeräten der Meßtechnik, Zubehör, Einzel- und Ersatzteilen für elektrische und elektronische Geräte zur Messung elektrischer und magnetischer Größen
1 663 3	Herstellung von Zeitmeßgeräten und Meß- und Prüfgeräten für mechanische Größen	Herstellung von Zeitmeßgeräten, Wägeeinrichtungen, Meßeinrichtungen für Kraft, Drehmoment, Dehnung und Schwingung, für Drehzahl, Geschwindigkeit, Beschleunigung, Arbeit und weitere mechanische Größen, Stroboskopen (ohne Meßeinrichtungen für Verkehrsmittel), Meß- und Prüfgeräten für geometrische Größen, Maschinen und Geräten zur zerstörenden Prüfung von Werkstoffen, Geräten zur Prüfung des Schwingungsverhaltens von technischen Erzeugnissen und Auswuchtgeräten und zur zerstörungsfreien Werkstoffprüfung, speziellen Prüfständen und -einrichtungen für Maschinen und deren Bauteile
1 663 9	Reparatur- und Montagebetriebe der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik	
1 664 0	<u>Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie</u>	
1 664 1	Datenverarbeitungsmaschinenindustrie	Herstellung von Anlagen und Geräten für die elektronische Datenverarbeitung, Lochkartenmaschinen und -geräten, elektronischen Rechen-, Buchungs- und Fakturiermaschinen, Abrechnungsautomaten und Datenerfassungsgeräten, elektronischen Kassen, Geräten und Systemen der Schreib- und Drucktechnik für die elektronische Datenverarbeitung und mit elektronischen Ansteuer- und Speichereinheiten, elektronischen Kontroll- und Übungsgeräten für Unterrichtszwecke, Zusatzgeräten und Zubehör für Maschinen und Ausrüstungen für die Datenverarbeitung, Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen für die Datenverarbeitung
1 664 2	Büromaschinenindustrie	Herstellung von handangetriebenen, elektromechanischen, halb- und vollautomatischen Rechen-, Buchungs-, Fakturiermaschinen, handangetriebenen und elektromechanischen Kassen, handangetriebenen und elektrisch angetriebenen Geräten und Systemen der Schreib- und Drucktechnik, Vervielfältigungs- und -geräten, Sondermaschinen für Bank, Post und Reichsbahn, Zeichenmaschinen, Zeichentischen, Zeichen- und Rechenhilfsgeräten, Zusatzgeräten und Zubehör für Maschinen und Ausrüstungen für die Bürotechnik, Baugruppen, Einzel- und Ersatzteilen für Maschinen und Ausrüstungen für die Bürotechnik
1 664 9	Reparatur- und Montagebetriebe der Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	
1 665 0	<u>Feinmechanische und optische Industrie</u>	
1 665 1	Herstellung von optisch-mechanischen Geräten	Herstellung von Vermessungsgeräten, Bildmeßgeräten, (photogrammetrische Geräte), astronomischen Geräten, optischen Geräten zur Messung der Längen und Winkel, physikalisch-optischen Meßgeräten, Mikroskopen, Ferngläsern, Fernrohren, Entfernungsmessern, Foto-Kino-Geräten, ungebrauchter Optik, Lupen, Brillengläsern und -fassungen

1	2	3
1 665 2	Herstellung von Erzeugnissen des wissenschaftlichen Gerätebaus	Herstellung von Laser-Geräten, spezifischen Bauelementen des wissenschaftlichen Gerätebaus, mikrolithographischen Geräten, geophysikalischen, radioastronomischen, meteorologischen, hydrologischen und ozeanographischen Geräten und Einrichtungen kosmonautischen Geräten, Navigationsgeräten und -einrichtungen, wissenschaftlichen Sondergeräten in der Land- und Forstwirtschaft und für deren Erzeugnisse und akustischen Meßeinrichtungen.
1 665 3	Herstellung von medizinischen Erzeugnissen	Herstellung von ärztlichen Untersuchungsgeräten, Instrumenten, Behandlungsgeräten und Behandlungseinrichtungen, Erzeugnissen der Orthopädiertechnik, Instrumenten und Erzeugnissen der Kieferorthopädie, Atemschutz- und Atemsgeräten, Geräten der optischen Medizintechnik, Einzel- und Ersatzteilen für Erzeugnisse der Medizintechnik
1 665 4	Herstellung von Laborgeräten und -einrichtungen sowie Lehrmitteln	Herstellung von Labormessgeräten, Laborgeräten für thermische Prozesse, Hilfsgeräten und Ausrüstungen für Laboratorien, Laboreinrichtungen und Koffelaboratorien, Einzel- und Ersatzteilen sowie Zubehör für Laborgeräte und -einrichtungen; Herstellung von speziellen Unterrichtsmitteln und -modellen (ohne aus Holz und Glas), Modellen für Wirtschaft und Wissenschaft (ohne Gießereimodelle)

1	2	3
1 700 0	Leichtindustrie (ohne Textil- industrie).....	
1 771 0	<u>Holzbearbeitende Industrie</u>	
1 771 1	Schneittholzindustrie	Herstellung von Schneittholz aus allen Holzarten
1 771 2	Herstellung von Holzwaren und Ver- packungsmitteln aus Holz	Herstellung von Holzhalbwaren als Vorstufen von Fertigteil- und Fertigerzeugnissen aus Vollholz (außer Schneittholz) und Holzwaren aus Vollholz und Holzwerkstoffen; gezeichnetes und verpacktes Vollholz, Teilfertigerzeugnissen (vorwiegend durch spanende Formung erzeugt, auch veredelt und in Verbindungskonstruktionen), Verpackungen (auch vollständige Garnituren), Transporthilfs- mitteln und Lagerhilfsmitteln einschl. Schutz- behälter, technisch gewerblichen Geräten, Werk- zeugen, Transport- und Lagerhilfen, Haus- und Küchengeräten, Büro-, Zeichen- und Schulgeräten, Särgen, Stöcken, Stockteilen, Schirnteilen und Fahnenstangen
1 771 3	Furnier- und Plattenindustrie	Herstellung von Furnieren aller Art, Lagenholz, Verbundplatten, Spanplatten, Faserplatten, Span- fornteilen
1 771 4	Herstellung von Bauelementen und montagefähigen Bauelementen für Holzbauten einschl. imprägnierter Erzeugnisse	Herstellung von montagefähigen Bauteilen mit Trag- konstruktionen, Holzkonstruktionen, Treppen und Treppenzubehör, Wandelementen, Türen und Toren, Fenstern und Einbauelementen aus Holz u. Austausch- stoffen, Decktafeln, Mehrzwecktafeln, Entlüftern, Fensterläden, Rollläden, Jalousien, Kühlturbau- teilen, untergehangten Decken; imprägnierten Schwellen, Masten, Rüststämmen, Grubenholz, Schneittholz, Gerüst-, Bau-, Steige- und sonstigen Leitern
1 771 5	Möbel- und Polsterwarenindustrie	Herstellung von Schlaf- und Wohnraummöbeln, Möbeln für Küchen und Sanitärräume, Tischen für Wohnräume und Küchen, Sitzmöbeln, Kleinaöbeln, Gartenmöbeln Campingmöbeln, Kindermöbeln, Innenausbau und Spezi- zialmöbeln für Büros, Kultur- und Spezialeinrich- tungen, Schulen, Beherbergungseinrichtungen und Verkaufseinrichtungen, Möbelbestandteilen vor- wiegend aus Holz und Holzwerkstoffen, Polster- möbeln, Matratzen und Auflagen
1 771 9	Reparaturwerkstätten und sonstige Betriebe der Holzindustrie	Herstellung von Korkerzeugnissen, Korb- und Flechtwaren (ohne Korbmöbel), Knöpfen und Brenn- holz
1 772 0	<u>Zellstoff- und Papierindustrie</u>	
1 772 1	Zellstoffindustrie	Herstellung von Sulfitzellstoff, Sulfatzellstoff und sonstigem Zellstoff, Holzschliff, Gelbetroh- stoff, Halbetoff aus Altpapier, Alttextilien und sonstigen Stoffen
1 772 2	Papier-, karton- und pappenherstellende Industrie	Herstellung von Zeitungsdruckpapier, Schreib- und Druckpapier und -karton, oberflächenveredel- ten Papieren und Kartonen; Papieren für Büro- bedarf, Nachrichtenwesen, Datenermittlung, Pro- grammsteuerung, Filtrierzwecke, Tabakindustrie, hygienische Zwecke; Leospapier, Rollopapier, Verpackungskarton und Pappe
1 772 3	Papier-, karton- und pappenverarbei- tende Industrie	Herstellung von Tapeten, Vulkanfiber, imprä- gnierten, gestrichenen, gummierten, beschichteten und kaschierten Papieren, Kartonen und Pappen, echtes Pergamentpapier, Verbundfolien, Velour- papier, Kunstleder- und Korkimitationspapier, Folien für die Möbelindustrie auf Zellstoffbasis; Wellpappe und Erzeugnissen aus Wellpappe, Säcken, Beuteln, Einschlüssen und Einwicklern in Rollen und Formaten, Etiketten; Schachteln einschl. Inneneinrichtungen, Etuis, Rundgefäßen aus Papier, Karton, Pappe, Folien und Werkstoffkombinationen; Büro- und Schreibbedarf, Mälen, Spulen, Auslege- papieren. Erzeugnissen aus Faserplast, Faserguß und Vulkanfiber, Hygieneerzeugnissen, Erzeugnissen für Lebensmittel

1	2	3
1 773 0	<u>Polygraphische Industrie</u>	
1 773 1	Druckereien	
1 773 2	Buchbindereien	
1 773 9	Fotokopier- und Lichtpausenanstalten sowie sonstige Betriebe der polygraphischen Industrie	
1 774 0	<u>Kulturwarenindustrie</u>	
1 774 1	Musikinstrumentenindustrie	Herstellung von Musikinstrumenten aller Art einschl. elektronischer und elektromechanischer Musikinstrumente, Verstärker- und Lautsprecheranlagen für Musikinstrumente und Gesang, Zusatzgeräten, Zubehör- und Ersatzteilen für Musikinstrumente
1 774 2	Turn- und Sportgeräteindustrie	Herstellung von Turn- und Sportgeräten aller Art einschl. Zubehör und Ersatzteilen, Kindergärten- und Sportplatzgeräten
1 774 3	Spielwarenindustrie	Herstellung von Spielwaren aus Holz, Plüsch, Stoff, Fell, Leder, Metall, Plast und Gummi, Puppen, mechanische, elektromechanische Spielwaren, Modelleisenbahnen und Zubehör, Kinderfahrzeugen und Puppenwagen, Musikspielwaren, Unterhaltungs- und Beschäftigungsspielen, einzelnen Tieren, Figuren, Experimentierkästen, Stickschächten, Ausstattungen, Spielgarnituren u. Kleinststübchenwagen und -körbchen, Möbeln, Kinderuhren, Puppenstubenleuchten, Kaufladenzubehör, Spielartikeln, Zubehör und Ersatzteilen
1 774 4	Kulturwaren- und Bürstenindustrie sowie Kinderwagenherstellung	Herstellung von geschliffenen Steinen und Perlen, Körperschmuck, Raum- und Tafelschmuck, Raucherbedarfartikeln, Kunstblumen und artverwandten Artikeln, Bestandteilen dazu, Fest- und Scherzartikeln, Schreib- und Zeichengeräten, Schreibfedern, technischen Schreib- und Zeichenfedern, Weihnachtsbaumschmuck, leonischen Waren, Kleinspiegeln, gerahmten, ungerahmten und geblockten Bildern, bemalten Keramikplatten, Naturholzerzeugnissen (ohne Schmuckwaren und Knöpfe), Andenkenartikeln, Friseurbedarf: Besen, Bürsten Pinseln; Kinderwagen und Kindersportwagen einschl. Zubehör und Ersatzteilen
1 774 5	Schallplattenindustrie	Herstellung von Schallplatten und bespielten Magnettonbändern
1 774 6	Filmkopieranstalten	Herstellung von Filmkopien, Diaspositiven und Bildbändern
1 775 0	<u>Konfektionsindustrie</u>	
1 775 1	Herstellung von Herrenoberbekleidung	Herstellung von Mänteln, Anzügen, Jacken, Westen, Hosen, Anoraks, Sportbekleidung und Hausoberbekleidung für Herren
1 775 2	Herstellung von Damenoberbekleidung	Herstellung von Mänteln, Kostümen, Anzügen, Jacken, Westen, Röcken, Hosen, Anoraks, Sportbekleidung, Kleidern, Blusen, Strand- und Hauskleidung für Damen
1 775 3	Herstellung von Kinderoberbekleidung	Herstellung von Mänteln, Anzügen, Jacken, Westen, Hosen, Anoraks, Sportkleidung für Knaben und Mädchen und Röcken, Kleidern, Blusen, Strand- und Spielkleidung für Mädchen
1 775 4	Herstellung von Regenkleidung und sonstigen Erzeugnissen aus gummierten, kaschierten Geweben und Folien (ohne Arbeits-, Arbeitsschutz-, Dienst- und Hygienekleidung)	Herstellung von Mänteln, Umhängen, Anzügen, Kombinationen, Jacken, Hosen, Kopfbedeckungen (Wetterkleidung); Schürzen, Tischdecken, Frisierumhängen und Windelhosen, Lätzchen, Unterlagen, Monats- und Kränkenhosen, Armlätzchen aus gummierten und kaschierten textilen Flächengebilden und Folie

1	2	3
1 775 5	Herstellung von Arbeits-, Arbeitsschutz-, Dienst- und Hygienekleidung	Herstellung von Arbeitsmänteln-, Kitteln-, anzu- jacken-, -schürzen-, -röcken-, -hosen-, -kombi- nationen-, -kleidern-, -westen-, -hemden und -blusen, Dienstkostümen, Tüchern, Arbeitsschutzhandschuhen und -kappen, Hauben und Rüschen, Arbeitshandschuhen, Maurer- socken, Fußleppen, Krankenkleidung
1 775 6	Herstellung von Leibwäsche	Herstellung von Herren- und Knabenoberhemden, Herren-, Damen-, Knaben- und Mädchennachtwäsche, Säuglingewäsche, Sporthosen
1 775 7	Herstellung von Haushaltwäsche	Herstellung von Inletten, Bettwäsche, Taschen- tüchern, Tischwäsche, Hand-, Frottier- und Ge- schirrtüchern, Bademänteln, Stepp-, Daunens- und Tagesdecken, Inletten und Füllung, Schlafsäcken, Kinderwagendecken, -garnituren, -fußsäcken und -auflagen, Oberhandtüchern, Rolltüchern, Seif- tüchern und Waschhandschuhen
1 775 8	Herstellung von sonstigen Konfektions- und Näherzeugnissen	Herstellung von Schürzen für Damen, Herren und Kinder, Schlafdecken und ähnlichen Decken, Schir- men, Kleidungs- und Ausstattungszubehör (ohne für Dienstkleidung), Schals, Tüchern, Tapissier- waren, modischen Weißwaren und Druckerzeugnissen, Kopfbedeckungen, Tüchern für Reinigungszwecke, Frisierumhängen und Hauben, Konfektionserzeug- nissen aus Bändern und Gurten, (ohne Sicherheits- gurte), Brust-, Rücken- und Armschützern, Leib-, Handbinden und sonstigen sanitäre Konfektions- artikeln, Abblättern, Post- und Füllbeuteln sowie Verpackungshüllen, Fallschirmen, Sterbe- wäsche
1.775 9	Maßstellers, Schneidereien und Be- kleidungsreparaturwerkstätten	
1 776 0	<u>Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie</u>	
1 776 1	Ledererzeugungsbetriebe	Herstellung von hartem und weichem Leder, Leder- faser-Werkstoff, unzugereiteter Spalte, Halb- fertigerzeugnissen der Lederindustrie, Stanz- teilen und Zuschnitten für Lederwaren
1 776 2	Kunstledererzeugungsbetriebe	Herstellung von Kunstleder und synthetischem Material mit Ledereigenschaften (SML) für die verschiedensten Zwecke, von Fußbodenbelag mit und ohne Schichtträger
1 776 3	Zurichtung von Fellen und Herstellung von Pelzbekleidung	Herstellung von veredelten Fellen einschl. Halb- fabrikaten, Pelzbekleidung, Pelzbekleidung mit Leder und anderem Kombinationsmaterial, Arbeits- schutz- und Berufsbekleidung aus Pelzfellen
1 776 4	Schuhindustrie	Herstellung von Schuheinzelteilen, von Straßen- schuhen, Arbeits- und Berufsschuhen, Sportschuhen und Hausschuhen für Damen, Herren und Kinder
1 776 5	Leder und Kunstlederbekleidungsindustrie	Herstellung von Kleidung, Arbeits-, Berufs- und Dienstkleidung, Kopfbedeckung und Straßenhand- schuhen aus Leder und Kunstleder
1 776 6	Herstellung von technischen Leder- und Sattlerwaren	Herstellung von Antriebsriemen, Lederartikeln für technische Zwecke, Sattlerwaren für die Land- wirtschaft (ohne aus textilen Flächengebilden), Sattler- und Lederwaren für Kraftfahrzeuge, Fahr- räder, Luftfahrzeuge, Schienenfahrzeuge und Wasserfahrzeuge; Arbeitsschutzartikeln, Aus- rüstungsgegenständen, Sportartikeln, Schutzhüllen, Gurten, Riemen und ähnlichen Erzeugnissen aus Leder, Kunstleder und sonstigen Stoffen (ohne aus textilen Flächengebilden)
1 776 7	Feinsattler- und Täschnerwaren- industrie (einschl. Kofferherstellung)	Herstellung von Taschen, Feintäschnerwaren und Koffern aller Art
1 776 9	Reparaturwerkstätten für Leder-, Schuh- und Rauchwaren	

1	2	3
1 777 0	<u>Glas- und feinkeramische Industrie</u>	
1 777 1	Herstellung von Flachglas und Flachglaserzeugnissen	Herstellung von Tafelglas, Spiegelglas, Walzglas, Profilglas, Farbflachglas, Sicherheitsglas, Thermoscheiben, Spiegel- und Glasplatten, Schaumglas und Schaumglasforateilen, Glasbausteinen, Glaspressen, Glasdachziegeln
1 777 2	Herstellung von Glasfasern, Glasteide und deren Erzeugnisse, Schaumglas sowie sonstiges Bauglas	Herstellung von Glasteidenfäden, -rovings, Matten, Glasteidengewebe, -flächengebilden und -mischgeweben, Glasfasern und -erzeugnissen, zerklüfteter Glasteide, Webketten, Glasteiden-Isolierschläuchen und Heißgasfilterschläuchen
1 777 3	Herstellung von technischen Erzeugnissen, Laborgeräten und technischen Anlagen aus Glas	Herstellung von Glaserzeugnissen für die Elektrotechnik, Pharmazie und Medizin (außer Spezialgeräten), Rohren und Stäben aus Glas, Flüssigkeitsthermostaten, Akku-Gläsern, technischen Montageläsern, Gläsern für die Fahrzeugindustrie und für das Signalwesen, Blockmaterial aus Quarzglas, Glaskugeln, Gläsern für die Zoologie und technischen Glaskurzwaren; allgemeinen Laborgeräten aus Glas, Kieselglas (Quarzglas) und Kieselgut (Quarzglas), technischen Anlagen - Einheiten und Bauteilen aus Glas der 1. Wasserbeständigkeitsklasse
1 777 4	Herstellung von Haushalt- und Verpackungsglas sowie sonstigen Glaserzeugnissen	Herstellung von Elektrobeleuchtungsglas, Flaschen und Dosen für Lebensmittel und andere Zwecke, Wirtschaftsglas, geblasen, gepreßt und Zentrifugaltechnologie, Bleikristall, D-Kristall, Petroleum- und Gasbeleuchtungsglas; Krösel, Zapfen, Emaille und Glasurmassen, Glasbrocken für die Weiterverarbeitung, Diamantine und Glasgläser, Glasrohr, Rohrkugeln für Weihnachtsbaumschmuck, maschinengeblasen aus der Wanne, feuerfesten Hauswirtschaftsglas, Isolierflaschen und -gefäßen, Glaskeramik
1 777 5	Herstellung von Porzellan und porzellanartigen Erzeugnissen	Herstellung von elektrotechnischen Erzeugnissen aus Porzellan und porzellanartiges Material für Hoch- und Niederspannung, chemisch-technischen Erzeugnissen aus Porzellan und porzellanartiges Material, Haushaltsporzellan, Hotelporzellan, "Meißner" Porzellan, Zierporzellan, Dental-, Laboratorien- und Krankenhausporzellan, verschleißfesten keramischen Bauteilen einschl. Fadenführung, Hochtemperaturfesten keramischen Bauteilen einschl. Brennkugeln, Spezialerzeugnissen für technische Zwecke, Werkstoffen für Sintererzeugnisse, Radiatoren, Zierartikeln, Kinderspielwarenporzellan, sanitärtechnischen Erzeugnissen aus Sanitärporzellan
1 777 6	Herstellung von Steingut-, Fayence und Terrakotterzeugnissen	Herstellung von Erzeugnissen aus Steingut für technische Zwecke, Haushaltsteingut, Ziersteingut, Verpackungsgefäßen aus Steingut, Erzeugnissen aus Fayence, Terrakotta und Majolika, sanitärtechnischen Erzeugnissen aus Sanitärsteingut
1 777 7	Herstellung von Tonerzeugnissen	Herstellung von Haushaltstonwaren, Ziertonwaren, Gärtner- und Landwirtschaftsartikeln aus Ton, Verpackungsgefäßen aus Ton, sanitären Tonerzeugnissen

1	2	3
1 800 0	Textilindustrie	
1 881 0	Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe	Herstellung von Baumwolle, entkernt, Schurwollen, gewaschen, Haut- und Gerberwollen, vorbehandelten Tierhaaren, Bastfasern, Kaszuzug aus Wolle einschl. in Mischung mit Chemiefasern, Tierhaar-Kaszuzug, Chemiefaser-Kaszuzug und Chemiefaser-Konverterband, Naturside, Strangaufschuchung, rohweiß, Baumwoll-Linters, aufbereiteten Wasser- und Landgeflügel-federn, Rohgarnen und -zwirnen und rohen textilen Flächegebilden zum Verkauf an Textil-Veredlungsbetriebe, Sekundärrohstoffen der Textilindustrie, (Baumwollabfälle, verspinnbar, Woll- und Tierhaarkämmelinge, Chemiefaserabfälle aus Kammereien und Kamagarnspinnereien, verspinnbar, Reißfasern)
1 882 0	Spinnereien und Zwirnereien	
1 882 1	Spinnereien und Zwirnereien der Baumwollindustrie	Herstellung von Garnen und Zwirnen nach dem Baumwollspinnverfahren, kardiert und gekämmt
1 882 2	Spinnereien und Zwirnereien der Wollindustrie	Herstellung von Kamagarnen und Kamagarnzwirnen der Wollindustrie und Streichgarnen und Streichgarnzwirnen
1 882 3	Spinnereien und Zwirnereien der Seidenindustrie	Herstellung von Gespinnsten und Zwirnen der Seidenindustrie (ohne Chemieseiden)
1 882 4	Spinnereien und Zwirnereien der Industrie technischer Textilien	
1 882 5	2-Zylinder-, Vigogne- und Grobgarnspinnereien u. Zwirnereien	
1 883 0	Industrie textiler Flächegebilde	
1 883 1	Herstellung textiler Flächegebilde in der Baumwollindustrie	Herstellung von Geweben, Gewirken, Nähwirk-Fadenverbundstoffen, Faserverbundstoffen, Vliesstoffen, Schichtverbundstoffen aus Baumwolle, Viskosefasern, baumwollartigen aus und mit synthetischen Fasern und in Mischungen mit Chemiefasern und anderen Faserarten
1 883 2	Herstellung textiler Flächegebilde in der Wollindustrie	Herstellung von Kamagarn- und Streichgarn-Geweben, Gewirken, Gestriicken, Nähwirk-Fadenverbundstoffen, Nähwirkfaserverbundstoffen, Schichtverbundstoffen mit Wollanteil, aus Viskosefasern und synthetischen Fasern in Mischung mit Wolle und in Mischungen mit anderen Faserarten
1 883 3	Herstellung textiler Flächegebilde in der Seidenindustrie	Herstellung von Geweben, Gewirken, Gestriicken und Nähwirkfadenverbundstoffen, Schichtverbundstoffen aus Zellulosechemieseiden, Naturside und aus synthetischen Seiden und in Mischung mit anderen Faserarten
1 883 4	Herstellung textiler Flächegebilde in der Industrie technischer Textilien	Herstellung von Leinen- und Halbleinengeweben sowie aus Leinensmischgarn für Kleidung, Haushalt und Industriebedarf, Sack- und Verpackungsgewebe, Geweben aus Foliendäden für Industriebedarf, Geweben aus synthetischen Seiden des Kord- und Grobtype für Industriebedarf, Einlagenstoffen, Viskosebastgeweben, Vigognegeweben, Grobgarngeweben, Gewirken und Gestriicken, Nähwirk-Fadenverbundstoffen, Nähwirk-Faserverbundstoffen, Vliesstoffen des Industriezweiges Technische Textilien, Galongeweben für Verpackung, Planenschichtstoffen, Reifenkordgeweben, Trägerstoffen für Tufting, leonischen Geweben aus aluminiumumantelten Baumwollfäden, Nähgewirken aus Polymermischungsfolie

1	2	3
1 883 5	Herstellung textiler Flächegebilde in der Deko-Industrie	Herstellung von textilen Flächegebilden für Möbel- und Autositzbezug, Möbelbelag, Wandbehang und Dekoration, textilen Fußbodenbelag, Tüllen und Gardinen, einschl. bestickt und konfektioniert und Spitzen, Stickereien und Handfiletstopfereien
1 884 0	<u>Wirkereien und Strickereien</u>	
1 884 1	Wirk- und Strickstoffindustrie	Herstellung von Hutstoffen, Wirkpelz und Krämer, Jersey, Schuhfutter, Matratzentrikot, Schutzhüllenstoffen für Fernseh-, Rundfunk- und Phonogeräte und Spielwarentrikot
1 884 2	Strumpfwarenindustrie	Herstellung von Strumpfwaren für Herren, Damen, Kinder und Kleinkinder, Füßlingen und Netzstrümpfen
1 884 3	Untertrikotagenindustrie	Herstellung von Untertrikotagen u. Nachtkleidung für Herren, Damen, Knaben, Mädchen und Kleinkinder, Sporttrikotagen für Erwachsene und Kinder
1 884 4	Obertrikotagenindustrie	Herstellung von Obertrikotagen für Herren, Damen, Knaben, Mädchen und Kleinkinder, Badekleidung und Trainingskleidung für Erwachsene und Kinder
1 884 9	Handschuh- und übrige Wirk- und Strickwarenindustrie	Herstellung von Handschuhen und Handschuhheinzügen, gewirkt und gestrickt, Watteline, Stumpfstrümpfen, sanitären Wirk- und Strickwaren, Mützen, Schals, Sportbandagen, prophylaktischen und therapeutischen Strumpfwaren, Theatertrikotagen, Antistatik- und Poliertüchern, Wischwalzenschlauch, Strickränder und -patenten, Kragen und Manschetten, Kartoffelpreßsäcken, Niederwaren
1 885 0	<u>Textilveredlungs- und -reparaturbetriebe</u>	
1 885 1	Textilveredlungsbetriebe	Betriebe zur Textilveredlung, für Textildruck, Textilfärben und -bleichen
1 885 9	Textilreparatur- und sonstige Textilbetriebe	Herstellung von elastischen und unelastischen Bändern und Litzen, Posamenten, Effekten für Dienstkleidung, Handstrickzwirnen, Näh-, Stopf-, Stick- und Häkelgarn und -zwirnen, Treibriemen, Fördergurten und sonstigen Gurten, Seilereizeugnissen, Netztüchern und Netzen, Erntefäden, Filzen und technischen Filzwaren, Säcken aus textilen Flächegebilden, Sattlerwaren aus textilen Flächegebilden und Planenschichtstoffen, Watten (ohne für medizinische Zwecke), Polsterfüllmaterial, Gewebetaschen für Blei-Akkumulatoren, Putzwolle und Putzlapfen, Fußmatten, Poliereicheiben und -bänder, Schiffedichtung, Schmierpolster u. ä.

1	2	3
1 900 0	<u>Lebensmittelindustrie</u>	
1 987 0	<u>Fischindustrie</u>	
1 987 1	Fischfangbetriebe (Hochsee- und Küstenfischerei)	Fischfang der Hochsee- und Küstenfischerei, Fang von Schalen-, Krusten- und Meeressäugtieren, Gewinnung von Meeresprodukten
1 987 2	Fischverarbeitungsbetriebe	Herstellung von frischem und gefrostetem Fisch, Salzischen, Dörrfischen, Räucherfischen, gefrosteten Erzeugnissen aus zerkleinerten und feinstzerkleinerten Fischen oder Fischmischungen, frischen und gefrosteten Schalen- und Krustentieren, Walfleisch, Walfleischextrakt, Fischweiß, Fischmehl, Fischöl und Walöl für die menschliche Ernährung, Leberöl und Leberölemulsion für medizinische Zwecke, Nebenprodukten für die Verarbeitende Industrie, Erzeugnissen der Fischverarbeitung für Futterzwecke; Konserven und Präserven der Fischindustrie, Fertiggerichten der Fischindustrie, gefrostet und Erzeugnissen aus der Be- und Verarbeitung von Meeresprodukten
1 988 0	<u>Fleischindustrie</u>	
1 988 1	Schlachthöfe	Herstellung von Fleisch- unzerlegter Tierkörper aus Schlachtung, eßbaren Innereien und zerlegten Fleisch - frisch (gekühlt) und gefrostet-, und tierischen Fetten
1 988 2	Fleischverarbeitungsbetriebe	Herstellung von Fleischwaren, (Pökelfleisch, Garfleischwaren, Sülzen, Fleisch- und Wurstealate, Fleischpasteten und -rouladen), Wurstarwaren, Fleisch- und Wurstkonserven und -präserven, tiegefertigen Fleisch-Soße-Gerichten und Nebenprodukten der Fleischindustrie
1 989 0	<u>Milch- und eierverarbeitende Industrie</u>	
1 989 1	Molkereien und Käseereien	Herstellung von Milch, Sauermilcherzeugnissen, Sahne, Käse, Butter und Butterschmalz, Erzeugnissen der Milchindustrie für Futterzwecke, einschl. Eierschalenschrot, Sauermilchquark, Ziger, Eiweißstrukturate, Rohkasein, Kasein, Milchezucker, Kulturen, Speiseeierhalberzeugnissen, Gefriererzeugnissen der Milchindustrie, Molken und Molkenerzeugnissen
1 989 2	Dauermilchindustrie	Herstellung von festen und flüssigen Dauermilcherzeugnissen, Kindernahrung und Spezialerzeugnissen auf Milchbasis, gefriergetrockneten Erzeugnissen der Milchindustrie
1 989 3	Herstellung von Ei-Erzeugnissen	Herstellung von trockenen, gefrorenen oder flüssigen Eierzeugnissen
1 991 0	<u>Mühlen-, Nahrungsmittel- und Backwarenindustrie</u>	
1 991 1	Getreidemühlen	Herstellung von Mehlen und Schrotten, backfertigen Mehlen, Nebenprodukten und Abfällen der Mühlen- und Nahrungsmittelindustrie, Keimen, Futtererschrotten aus Getreide, Futtermehlen und -flocken
1 991 2	Betriebe zur Herstellung von Nahrungsmitteln und Teigwaren	Herstellung von Nahrungsmitteln aus Weizen, Gerste, Hafer, sonst. Getreidearten, Buchweizen und Hülsenfrüchten, Speiseeis und Eiszeugnissen, diabetischen Nahrungsmitteln auf Getreide- oder Sojabasis, Rohfrucht für Bräuzwecke, Teigwaren einschl. Abfälle der Teigwarenindustrie für Futterzwecke, Gefriererzeugnissen der Backwaren- und Teigwarenindustrie
1 991 3	Herstellung von Frischbackwaren (einschl. Konditoreierzeugnissen)	Herstellung von Frischbackwaren, Konditoreierzeugnissen und Abfällen aus Frischbackwaren für Futterzwecke
1 991 4	Herstellung von Dauerbackwaren	

1	2	3
1 992 0	<u>Pflanzenöl- und -fettindustrie</u>	
1 992 1	Ölöhlen	Herstellung von rohen, raffinierten und gehärteten Pflanzenölen und -fetten, Extraktionschrot und Preßkuchen, Rückständen und Nebenprodukten der Öl- und Fettgewinnung
1 992 2	Margarinenindustrie	Herstellung von Margarine und Backfetten
1 993 0	<u>Zucker- und Stärkeindustrie</u>	
1 993 1	Zuckerindustrie	
1 993 2	Stärkeindustrie	Herstellung von Stärke, Stärkesirup, Stärkemodifikationen, Traubenzucker, Pudding- und Soßenpulver, Nebenprodukten und Kuppelprodukten der Stärkeindustrie, Glutal
1 994 0	<u>Süßwaren-, Kaffee-, Tee- und Kakaowarenindustrie</u>	
1 994 1	Kakaowarenindustrie	Herstellung von Kaka- und Schokoladenerzeugnissen
1 994 2	Zuckerwarenindustrie	Herstellung von Halbfabrikaten und Nebenprodukten der Zuckerwarenindustrie und Kakaowarenindustrie, Kakapulver, Trinkpulver, Zuckerwaren (ohne pharmazeutische Zuckerwaren)
1 994 3	Kaffee- und Teeherstellung	Herstellung von Röstkaffee, Kaffee-Extrakt, Mischkaffee, Kaffeemittel, echtem Tee und deutschem Tee
1 995 0	<u>Obst- und Gemüseverarbeitende Industrie</u>	
1 995 1	Sterilkonservenindustrie	Herstellung von Gemüsesterilkonserven (ohne Essigzusatz), Sauer- und Essiggemüse, sterilisiert, tischfertigen Sterilkonserven (mit Einlage), Obststerilkonserven, Säuglingsfertiernahrung und Kleinkindkost auf Gemüse- und Obstbasis, sterilisiert
1 995 2	Gefrierkonservenindustrie	
1 995 3	Rohkonservenindustrie	Herstellung von Sauerkraut, Gurken, tischfertigen Gemüsesalaten, Meerrettich, gesalzenem Tomatenmark, pikant gewürztem Gemüse, gesalzenem und milchsaurem Gemüse
1 995 4	Herstellung von Säften einschl. Süßmosten	Herstellung von flüssigen Gemüse- und Pflanzensäften und -nektaren, Vollfruchtgetränken, Süßmosten, Frucht- und Limonadensirupen, Säuglingszusatznahrung und Kleinkinderzusatznahrung, trinkfertig und breiförmig
1 995 9	Sonstige obst- und Gemüseverarbeitende Industrie	Herstellung von Trockenkonserven, Konfitüren, Marmeladen, Gelee, Fruchtess, Obstpulpe, Obst- und Gemüsemark, kandierten Früchten, Geleesplatten, Trester, Pektin, Abfällen der obst- und Gemüseverarbeitenden Industrie, vorbereiteten frischen Gemüse und Obst
1 996 0	<u>Gärungs- und Getränkeindustrie</u>	
1 996 1	Rohspiritusbrennereien und -reinigungsbetriebe	Herstellung von Rohspiritus, Spiritusrektifikat, technischem Spiritus (synthetisch), Weindestillat, Fuselöl
1 996 2	Sonstige Gärungsbetriebe	Herstellung von Essig, Senf und Hefe
1 996 3	Spirituosenbetriebe	Herstellung von Trinkbranntwein, Edelbränden, Verachtitten mit Edelbränden und Likören
1 996 4	Weinkeltereien	Herstellung von Wein und Sekt (Schaumwein)
1 996 5	Brauereien	
1 996 6	Mälzereien	

1	2	3
1 996 7	Herstellung von alkoholfreien und alkoholhaltigen Erfrischungsgetränken (ohne Most und Obstsaften)	
1 997 0	<u>Tabakwarenindustrie</u>	
1 997 1	Herstellung von Rohtabak	
1 997 2	Zigarettenindustrie	
1 997 3	Zigarren- und Rauchtabakindustrie	
1 998 0	<u>Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie</u>	Herstellung von Backmitteln, Backpulver, Malzextrakt für die weiterverarbeitende Industrie, Trennemulsion, Haferschalenpulver, Malzkleie, kochfertigen und tafelfertigen Suppen, kochfertigen Gerichten Suppenwürze, Brühpaste, Fleischaromakonzentrate, Paniermehl, Soßen und Salatdressing, Gewürzen, Kunsthonig und Sirup, Süßspeisenpulver, Mayonnaise, Kunsteis, diätetischen Zucker, Geschmacksstoffen, Brauselimonadenpulver, Kartoffelstärke, Sahnestabilisator, pflanzlichen Geliermitteln der Lebensmittelindustrie, Sättigungsgetränk
1 999 0	<u>Futtermittelindustrie</u>	Herstellung von Mischfutter

Schl.- Nr.	Wirtschaftsbereich, -sektor, -zweig, -gruppe	Inhalt
1	2	3
2	BAUWIRTSCHAFT	<p>Die Bauwirtschaft umfaßt alle Betriebe, die überwiegend Bauproduktion durchführen. Die Zuordnung der Betriebe erfolgt</p> <p>a) nach dem Verwendungszweck der von ihnen hauptsächlich zu errichtenden Gebäude und baulichen Anlagen</p> <p>oder</p> <p>b) nach technologischen Gesichtspunkten entsprechend der durchzuführenden Bauarbeiten.</p> <p>Die Grundlage für die Benennung der Gruppierungsbezeichnungen und die Erläuterungen bilden die Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR (ELN, Teil VII).</p> <p><u>Nicht zur Bauwirtschaft gehören:</u> Baubetriebe der Reichsbahn und Betriebsabteilungen anderer Wirtschaftsbereiche, die Bauproduktion durchführen; Institute der Bauwirtschaft und bautechnische Projektierungsbetriebe.</p>
2 021 0	<u>Industrie- und Baubetriebe</u>	<p>Bau von Gebäuden für die Erzeugung, Verteilung und Umformung von Energie, für die Aufbereitung von Grundstoffen, für Lagerungszwecke; Silogebäude; Kühlhäuser, Lagergebäude für den Großhandel, von Gebäuden für verschiedene Nutzung, Bau von baulichen Anlagen für Produktionszwecke: Schornsteine, Rauchkanäle, Kühltürme, Gruben, Industrieöfen, Untertagebauten, für den Schiffbau. Bau von Band-, Rohr-, Kabelbrücken und -kanälen sowie Masten (ohne solche aus Stahl) einschl. Schächte und Ausdehnungsbauwerke, von baulichen Anlagen für die Lagerung: für Schüttgüter und dgl., für Tanks und Behälter; Lagerflächen, Abstellflächen, Lagerboxen, -keller (ohne solche für landw. Zwecke, s. 2 023 0).</p> <p>Bau von Fundamenten für Maschinen und Ausrüstungen</p>
2 022 0	Betriebe für den Bau von Gebäuden und baulichen Anlagen für die Wasserwirtschaft	
2 022 1	Betriebe für den Bau von Gebäuden und baulichen Anlagen für die Wasserwirtschaft (ohne Bau von Meliorationsanlagen)	<p>Bau von Gebäuden für die Wasserwirtschaft: Wasserwerks-, Pumpwerks-, Filtergebäude, Verdünnungs- und Rieselanlagen, Chemikalanlagen, Bau von baulichen Anlagen für die Gewinnung von Wasser, Bau von Wasserspeitheranlagen. Bau von baulichen Anlagen zur Fortleitung von Roh-, Trink-, Brauch- und Abwasser, Rohrleitungen, Kanäle, Bauwerke im Leitungsnetz, für Wasseraufbereitung und Abwasserbehandlung, Ausföhrung von Ufer- und Küstenschutzbauten, Bau von Pegelmeßstationen</p>
2 022 8	Betriebe für den Bau von Meliorationsanlagen	<p>Bau von landwirtschaftlichen Vorflutern und Nebenanlagen, von Be- und Entwässerungsanlagen</p>
2 023 0	<u>Betriebe für den Bau von Gebäuden und baulichen Anlagen für landwirtschaftliche Zwecke</u>	<p>Bau von Gebäuden für die Rinderzucht und -mast sowie Pferdezucht, von Gebäuden und baulichen Anlagen für die Milchviehhaltung und Milchwirtschaft; von Gebäuden für die Schweinehaltung und -haltung, für die Schaf- und Ziegenhaltung und Kleintierzucht, für die Geflügelhaltung und -haltung; von Gebäuden und baulichen Anlagen für Lagerzwecke und Vorratshaltung; von baulichen Anlagen für Düngewirtschaft und Gartenbau; von Gebäuden und baulichen Anlagen für Binnenfischerei und Forstwirtschaft; von Gebäuden für verschiedene Nutzung</p> <p><u>Nicht einzubeziehen:</u> Montage der von Maschinenbau als Fertigerzeugnisse hergestellten Silos für die Landwirtschaft (s. 1 551 0)</p>

1	2	3
2 024 0	Betriebe für den Bau von Gebäuden und baulichen Anlagen für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	Bau von Gebäuden für Verkehrsbetriebe, für das Abstellen und die Wartung von Fahrzeugen, für das Post- und Fernmeldewesen. Bau von baulichen Anlagen für die Schifffahrt: Kanal-, Schleusen- und Hafenbau; Bau von sonstigen Gebäuden und baulichen Anlagen für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen: Brücken-, Stege-, Tunnelbau u.a. Bau von Fernseh- und Richtfunktürmen (Stahlbetonkonstruktionen) und baulichen Anlagen für Fernseh- und Richtfunktürme aus Stahl; Kabelschornstein-, Kabelkanal- und Kabelschachtanlagen, Masten für Freileitungslinien (ohne solche aus Stahl) u.a. <u>Nicht einzubeziehen: Straßenunterhaltungs- betriebe (siehe WU 4 118 0), Reichsbahnbaubetriebe (s. 4 111 0)</u>
2 025 0	Betriebe für den Bau von Gebäuden und baulichen Anlagen für Wohn- <u>zwecke</u>	Bau von mehr- und vielgeschossigen Wohngebäu- den, Wohnhochhäusern, Einfamilienhäusern, Wochenendhäusern; Bau von baulichen Anlagen für Wohnzwecke
2 026 0	Betriebe für den Bau von Gebäuden und baulichen Anlagen für gesell- <u>schaftliche Zwecke</u>	Bau von Gebäuden für Einzelhandel, Dienstlei- stungen, Gastronomie, Beherbergung, Erziehung, Lehre, Forschung, kulturelle Zwecke, Gesund- heits- und Sozialwesen, Körperkultur, Sport, Staatsmacht und Verwaltung; Bau von kombiniert zu nutzenden Gebäuden für gesellschaftliche Zwecke, Freiflächenbegrenzung und -gestaltung, Kinderspielplätze, Sportanlagen; Werbebau für Messen, Ausstellungen und für die Ausstattung von Großveranstaltungen
2 027 0	Betriebe für Rekonstruktionsbau- <u>maßnahmen und Modernisierung,</u> <u>Baureparaturbetriebe</u>	Rekonstruktionsbaumaßnahmen und Baureparaturen an Bauwerken der Industrie und Lagerwirtschaft, der Wasserwirtschaft und des Meliorationswesens, der Landwirtschaft, Binnenfischerei und Forst- wirtschaft, des Verkehrs, des Post- und Fern- meldewesens, für Wohn- und gesellschaftliche Zwecke
2 028 0	<u>Sonstige Baubetriebe</u>	Baubetriebe, die weder auf den Verwendungszweck der Bauwerke spezialisiert sind, noch einer be- stimmten Gruppe von Gewerken (Tief-, Roh-, Aus- und Spezialbaubetriebe) zugeordnet werden können
2 029 0	<u>Tief-, Roh-, Aus- und</u> <u>Spezialbaubetriebe</u>	
2 029 1	Tiefbaubetriebe	Rodung (maschinell), Erdbau, Baugrundunter- suchungen, Grundwasserabsenkung, Bodenverfesti- gung, Bohrungen, Räum- und Gründungsarbeiten, Brunnenbau; Rohr-, Kabelkanal- und Kabellege- arbeiten, Straßenbau, Gleisarbeiten
2 029 2	Montagebaubetriebe	Straßenbau: Verlegen von Bauelementen mit Hebezeugen. Montage von Gewächshäusern, Metalleichtbau- konstruktionen, bautechnischen Stahlkonstruk- tionen, Tiefbauten, Flach- und Geschossbauten in Stahlbetonskelettbauweise, Gebäuden in Wandbauweise und sonstigen Bauwerken
2 029 4	Monolithbaubetriebe	Rodung (manuell), Erdarbeiten (Aushub bis 100 m ³), Brückenbau (monolithisch), Schalungs-, Bewehrungs-, Spann-, Beton-, Maurer-, Putz- und Zimmererarbeiten, Gerüstbau, Blitzschutzmontage, Antennenbau
2 029 6	Ausbaubetriebe (Gebäudeausbau)	Stuck- und Drahtputzarbeiten, Dachdeckung, Ofen- setzereien, Fliesenlege-, Plattenlege-, Massiv- fußboden-, Fußbodenbelege-, Parkettlegearbeiten, Malerbetriebe, Bautischlereien, Bauglasereien, Industrie- und Wohngebäudeanstriche

1	2	3
2 029 7	Ausbaubetriebe (Gebäudeaus- rüstungen)	Gas-, Wasser- und Elektroinstallation, In- stallation von Lüftungs-, Klima-, Heizungs- und sanitärtechnischen Anlagen, Isolierung an Kälte- und Wärmeleitungen, Isolierung für Raumkälte und Schallschutz, Bauklempnereien, Bauschlössereien
2 029 8	Spezialbaubetriebe	Abbruch, Sprengung, Betonierung mit Spezial- schalungen, Kühlturmarbeiten (Einbau und Ver- schalung), Bauwerksabdichtung, Außenhautab- dichtung für Erdstoffdämme bzw. -becken, In- dustrieschornstein-, Feuerungs- und Säure- schutzban

Schl.- Nr.	Wirtschaftsbereich, -sektor, -zweig, -gruppe	Inhalt
1	2	3
3	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	<p>Zur Land- und Forstwirtschaft gehören Betriebe der Pflanzen- und Tierproduktion, des Gartenbaus, der Binnenfischerei und Forstwirtschaft. Daneben sind auch Betriebe enthalten, die Leistungen für die land- und forstwirtschaftliche Produktion durchführen (der Agrochemie, des Veterinärwesens)</p> <p>Im Verlaufe der zunehmenden Arbeitsteilung zwischen den Bereichen der Industrie und Landwirtschaft sind ferner Betriebseinheiten entstanden, die durch Be- und Verarbeitung pflanzlicher Erzeugnisse industrielle Leistungen vollbringen (z.B. Trockenwerke, Pelletieranlagen, Mischfutterbetriebe). Diese Betriebe zählen zum Bereich Landwirtschaft.</p> <p><u>Nicht zur Land- und Forstwirtschaft gehören:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Bauorganisationen (siehe 2 023 0) - Meliorationsbaubetriebe (siehe 2 022 8) - Handels- und Absatzbetriebe im Bereich der Landwirtschaft (siehe 5) - Mischfutterbetriebe der Industrie (siehe 1 999 0 Futtermittelindustrie) - Institute der Land- und Forstwirtschaft (siehe 6 223 0) <p>Die Gliederung endet auf der Ebene des 4stellers. Die 5. Stelle (=0) kann, sofern erforderlich, zur Verschlüsselung der Gliederungseinheiten innerhalb eines Wirtschaftszweiges verwendet werden. Gliederungseinheiten innerhalb eines Wirtschaftszweiges können z.B. sein:</p> <p>Getreide-, Zuckerrübenproduktion Milchproduktion Ferkelaufzucht Lagerhaltung Forstpflanzenanzucht</p>
3 100 0	<u>Landwirtschaft</u>	
3 110 0	<u>Allgemeine Landwirtschaftsbetriebe</u>	Betriebsart, die Zweige der Pflanzen- und Tierproduktion in sich vereinigen und nicht einer bestimmten Gruppe (Pflanzen- oder Tierproduktion) zugeordnet werden können.
3 120 0	<u>Pflanzenproduktion</u>	In der Pflanzenproduktion ist trotz Spezialisierung aus verschiedenen Gründen (Fruchtfolgegestaltung, Vermeidung extremer Arbeitspitzen usw.) die Kombination mehrerer Zweige (Kulturarten) notwendig. Jedoch können Mindestkombinationen von Kulturarten (z.B. Mähdruschfrüchte - Zuckerrüben) als gegeben angesehen werden.
3 121 1	Allgemeine Pflanzenproduktion	Anbau, Pflege und Ernte von Getreide, Hülsen- und Hackfrüchten, Futter- und Sonderkulturen
3 121 3	Saatzucht	Gewinnung von landwirtschaftlichem und gartenbaulichem Saat- und Pflanzgut
3 122 0	Gartenbau- und Landschaftsgestaltung	Gemüseproduktion (Freiland- und unter Glas/Plaste) Obst- und Zierpflanzenproduktion, Baumschulen, Landschaftsgestaltung
3 123 0	Spezialisierte Pflanzenproduktion (außer Saatzucht)	Anbau von Kulturen, die in der Fruchtfolge dominieren
3 130 0	<u>Tierproduktion</u>	In der Tierproduktion kann sich die Gliederung der Betriebe auf eine Tierart (Rinder, Schweine, Schafe, Geflügel usw.) oder eine Nutzungsrichtung (z.B. Milch-, Tier-, Wolle-, Eierproduktion) erstrecken. Außerdem ist zu unterscheiden zwischen Betrieben der Gebrauchstierhaltung (WZ 3 131 0 - 60) und solchen, in denen Tiere zu Zuchtzwecken gehalten werden (WZ 3 137 0).
3 131 0	Allgemeine Tierproduktion	Betriebe, in denen mehrere Viehwirtschaftszweige (Tierarten) vereinigt sind, ohne daß ein Zweig überwiegt.
3 132 0	Rinderproduktion	Zucht und Reproduktion der Rinderbestände, Milch-, Schlachtrinderproduktion
3 133 0	Schweineproduktion	Zucht und Reproduktion der Schweinebestände, Schlachtschweineproduktion

1	2	3
3 134 0	Schafhaltung	Zucht und Reproduktion des Schafbestandes, Wollgewinnung, Schlachtkammerproduktion
3 135 0	Geflügel- und Kleintierproduktion (ohne Pelztiere)	Zucht und Reproduktion der Geflügelbestände, Eier- und Schlachtgeflügelproduktion Zucht und Reproduktion der Kleintierbestände, Schlachttierproduktion (ohne Pelztiere)
3 136 0	Pelztierproduktion	Zucht und Reproduktion der Pelztierbestände, Fellproduktion
3 137 0	Tierzuchtbetriebe (Rinder, Schweine, Schafe), einschl. Besamungsstationen	
3 138 0	Pferdezucht und -sport	Gestüte, Hengstdepots und Rennbetriebe
3 139 0	Sonstige Tierproduktion	Bienenwirtschaft, Seidenraupenzucht, Produktion von Tieren zu Schau-, Versuchs- und Forschungszwecken, Zucht von Zierfischen und Wasserpflanzen
3 214 0	<u>Binnenfischerei</u> *****	Zucht und Reproduktion des Fischbestandes, Binnenfischfang
3 315 0	<u>Veterinärwesen</u> *****	Veterinärhygieninspektionen, Veterinäruntersuchungs- und Tiergesundheitsämter, Tierarztpraxen, Tierkliniken
3 416 0	Agrochemie, einschl. Pflanzenschutz- und Düngestoffproduktion *****	Agrochemische Zentren
3 516 0	Aufbereitung, Lagerung, Verarbeitung *****	Einrichtungen der Landwirtschaft zur Kartoffellagerung und Aufbereitung von Frischkartoffeln
3 517 0	Trocknung, Pelletierung und Mischfutterproduktion *****	Trocknen von Grünfutter, Rübenblättern u.a. in Trockenwerken der Landwirtschaft, Umwandlung des Trockengutes in Pellets und Briketts; Herstellung von Mischfuttermitteln und Futtermischungen in Mischfutterbetrieben der Landwirtschaft
3 618 0	<u>Forstwirtschaft</u> *****	Aufforstung, Bestandspflege und Forstschutz, Rohholzbereitstellung, Rinden- und Harzgewinnung, Forstsaatguterzeugung, Forstpflanzenanzucht, Verbesserung der landeskulturellen Wirkungen des Waldes, Jagdwirtschaft

1	2	3
4	VERKEHR, POST- UND FERNMELDE- WESEN	
4 100 0	<u>Verkehr</u> xxxxxx	Entsprechend der Art der angewandten Transport- bzw. Übertragungsmittel und -wege wird der Wirtschaftsbereich Verkehr gegliedert in Eisenbahnverkehr, Kraftverkehr, Binnenschiffsverkehr, Seeverkehr u.a. Zum Wirtschaftsbereich Verkehr gehören alle Betriebe und Einrichtungen, deren hauptsächlichste Tätigkeit der Transport und Umschlag von Gütern sowie die Beförderung von Personen ist. <u>Nicht zum Verkehr gehören:</u> - Kraftfahrzeuginstandsetzungsbetriebe (s. 1 548 9) - Schiffsreparaturwerften (s. 1 549 0) - Beförderung von Personen und der Transport von Gütern durch Betriebe der Industrie, Bauwirtschaft, Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und Betriebe der nichtproduzierenden Sphäre, wie z. B. der Stadt- und Gemeindegewirtschaft (Straßenreinigung, -wintendienst, Müllabfuhr), des Gesundheitswesens u.a. Diese werden den genannten Zweigen zugeordnet. - Einrichtungen, die mit dem Verkehr verbundene Dienstleistungen durchführen, wie der Betrieb von Kühl- und Lagerhäusern (s. 5 331 0), Reisebüros, Vermittlung von Verkehrs- und Transportleistungen (s. 7 012 1).
4 111 0	<u>Eisenbahnverkehr</u>	Staatliches Verkehrsunternehmen DR, d.h., alle Reichsbahndirektionen sowie die ihnen nachgeordneten Betriebe und Dienststellen; Forschungs- und Entwicklungszentren der DR. Hierin sind auch eingeschlossen: Produktionsbetriebe (Schwellen-, Weichenwerk, Stahlbaubetrieb der DR u.a.), Bau- und Reparaturbetriebe sowie dienstleistende Einrichtungen der DR (z.B. des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, Rb-Sparkasse)
4 112 0	<u>Kraftverkehr (ohne Städti- scher Nahverkehr)</u>	Betriebe für Gütertransport, für Personenbeförderung sowie Speditionsbetriebe, einschl. Handels- transportbetriebe. <u>Hierzu gehören nicht:</u> Kraft- fahrzeuginstandsetzungsbetriebe, s. 1 548 9.
4 113 0	<u>Binnenschiffsverkehr</u>	Betriebe der Binnenschifffahrt für Gütertransport, für Personenbeförderung (Fahrgastschiffahrtsbe- triebe), Binnenfahrbetriebe, Binnenhafen- und Um- schlagbetriebe, Einrichtungen für das Betreiben und die Instandhaltung der Wasserstraßen; <u>Hierzu gehören nicht:</u> Schiffsreparaturwerften, s. 1 549 0
4 114 0	<u>Seeverkehr</u>	Betriebe des Seeverkehrs für Gütertransport, für Personenbeförderung; Seereedereien, Seehafenbetrie- be, Schiffsmaklereien, Tallierungsgesellschaften, Betriebe für Hochseeschlepp-, Lotsen- und Bugsier- dienst sowie Schiffsbergung, Baggerung
4 115 0	<u>Luftverkehr</u>	Betrieb, der Personenbeförderungs- und Güter- transportleistungen mit Luftfahrzeugen durchführt, einschl. Wirtschaftsflug zur Bearbeitung land- und forstwirtschaftlicher Kulturen und Spezialflüge, wie Kran-, Bild-, Rettungs-, Vermessungs- und Erkundungsflüge
4 116 0	<u>Rohrleitungsverkehr</u>	Betriebe für den Transport von Erdöl, Erdölpro- dukten, Gas und anderer Güter in Rohrleitungen, einschl. Betreuung, Beaufsichtigung und Kontrolle der Rohrleitungen
4 117 0	<u>Städtischer Nahverkehr und Taxibetriebe</u>	Betriebe, die Personenbeförderungsdienste mit Straßenbahnen, Omnibussen und U-Bahn innerhalb und im Einzugsbereich der Städte durchführen; Betrieb von Personenschwebe- und Drahtseilbahnen; Taxibetriebe
4 118 0	<u>Betriebe zur Straßenunterhal- tung</u>	Verwaltung und Instandhaltung des klassifizierten öffentlichen Straßennetzes. Damit beauftragt sind zentral- und örtlichgeleitete Betriebe und Ein- richtungen des Straßenwesens sowie die Bezirks- direktionen des Straßenwesens.

1	2	3
4 119 0	<u>Sonstiger Personen- und Güterverkehr</u>	Be- und Entladebetriebe (ohne Hafenbetriebe), Umschlagbetriebe, Beförderung von Personen und Transport von Gütern mit Gespannfahrzeugen (durch lebendige Zugkraft betrieben) <u>Hierzu gehören nicht:</u> Betriebe, die mit dem Transport verbundene Dienstleistungen durchführen, wie der Betrieb von Kühl- und Lagerhäusern (s. 5 331 0) Reisebüros, Vermittlung von Verkehrs- und Transportleistungen (s. 7 012 0)
4 521 0	<u>Post- und Fernmeldewesen</u> *****	Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen sowie die ihnen und dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen unmittelbar unterstellten Betriebe, Ämter und Dienststellen

1	2	3
5	HANDEL	
5 111 0	Außenhandel *****	Alle juristisch selbständigen Ex- und Importbetriebe der Kombinate und des Ministeriums für Außenhandel, z. B. Betrieb für Export und Import des VEB Carl-Zeiss-Jena, AEB Elektronik-Export-Import des VEB Mikroelektronik, Interwerbung GmbH, Iberma GmbH
5 200 0	Binnenhandel *****	Alle juristisch selbständigen Betriebe a) des Absatz- und Versorgungsgroßhandels der Industrie (Produktionsmittelhandel) b) des landwirtschaftl. Absatz- und Versorgungsgroßhandels (Produktionsmittelhandel) c) des Konsumgüter-Großhandels d) des Konsumgüter-Einzelhandels
5 221 0	<u>Binnenhandel mit Produktions-</u> <u>mitteln</u>	
5 221 1	FM-Handel mit Erzeugnissen der Industrie (ohne Lebensmittelindustrie)	z. B. Kohlehandel, Metallurgie-, Chemie-, Agrochemiehandel, Handel mit Sekundärrohstoffen, Textilhandel, Maschinenbauhandel (einschl. Land- und Baumaschinen, Forsttechnik), Holzhandel, Versorgungskontor Industrieglas, Kontor für Papier und Bürobbedarf, Baustoffversorgung, Technikhandel (Handels-, Medizin-, Labortechnik), Minol, Pharmaziehandel, materiell-technische Versorgung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft mit Erzeugnissen der Industrie
5 221 2	FM-Handel mit Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft	z. B. Handel mit Hopfen, Malz, tierischen Rohstoffen, Saatguthandelsbetriebe, Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse, materiell-technische Versorgung der Nahrungsgüterwirtschaft mit Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft
5 223 0	<u>Konsumgüter-Großhandel</u>	
5 223 1	Großhandelsbetriebe Industriewaren	Großhandel mit Schuhen, Lederwaren, Textilien, Kurzwaren, Möbeln, Kulturwaren, Haushaltswaren, Technik, Spielwaren, Büchern u.a.; Handelsunternehmen Exquisit
5 223 2	Großhandelsbetriebe Lebensmittel/Obst und Gemüse	Großhandel mit Fisch, Waren des täglichen Bedarfs, Obst, Gemüse und Speisekartoffeln, Handelsunternehmen Delikat
5 224 0	<u>Konsumgüter-Einzelhandel</u>	
5 224 1	Einzelhandelsbetriebe Industriewaren	u.a.: Warenhäuser, RPT-Industrievertrieb, IPA-Vertrieb
5 224 2	Einzelhandelsbetriebe Lebensmittel	
5 224 3	Einzelhandelsbetriebe Gaststätten	
5 224 4	Einzelhandelsbetriebe Industriewaren/Lebensmittel	Der Wirtschaftsgruppe 5 224 4 werden Einzelhandelsbetriebe zugeordnet, zu deren Sortiment Lebensmittel und Industriewaren gehören, ohne daß ein Teil eindeutig überwiegt. Dieser Grundsatz ist auch für die Zuordnung der Betriebe zu den Wirtschaftsgruppen 5 224 5 und 5 224 6 anzuwenden.
5 224 5	Einzelhandelsbetriebe Lebensmittel/Gaststätten	z. B. Mitropa
5 224 6	Einzelhandelsbetriebe Industriewaren/Lebensmittel/Gaststätten	
5 225 0	<u>Versorgungsbetriebe für die gesellschaftliche Versorgung</u>	Großküchen
5 331 0	<u>Kühl- und Lagerhäuser</u> *****	Kühlbetriebe

1	2	3
6	<u>SONSTIGE ZWIGE DES PRODUZIERENDEN BEREICHES</u>	
6 100 0	<u>Wirtschaftsleitende Organe</u>	
6 111 0	<u>Wirtschaftsleitende Organe der Industrie</u>	
6 112 0	<u>Wirtschaftsleitende Organe der Bauwirtschaft</u>	
6 113 0	<u>Wirtschaftsleitende Organe der Land- und Forstwirtschaft</u>	
6 113 1	- - der Landwirtschaft	
6 113 5	- - der Forstwirtschaft	
6 114 0	<u>Wirtschaftsleitende Organe des Verkehrs, Post- und Fernmeldewesens</u>	
6 114 1	- - des Verkehrs	
6 114 5	- - des Post- und Fernmeldewesens	
6 115 0	<u>Wirtschaftsleitende Organe des Handels</u>	
6 115 1	- - des Außenhandels	
6 115 2	- - des Binnenhandels	
6 116 0	<u>Wirtschaftsleitende Organe der sonstigen Zweige des produzierenden Bereichs</u>	
6 200 0	<u>Forschungs- und Entwicklungszentren der wirtschaftsleitenden Organe</u>	
6 221 0	<u>Institute der Industrie</u>	
6 222 0	<u>Institute der Bauwirtschaft</u>	
6 223 0	<u>Institute der Land- und Forstwirtschaft</u>	
6 223 1	- der Landwirtschaft	
6 223 5	- der Forstwirtschaft	
6 224 0	<u>Institute des Verkehrs, Post- und Fernmeldewesens</u>	
6 224 1	- des Verkehrs	
6 224 5	- des Post- und Fernmeldewesens	
6 225 0	<u>Institute des Handels</u>	
6 225 1	- des Außenhandels	
6 225 5	- des Binnenhandels	
6 226 0	<u>Institute der sonstigen Zweige des produzierenden Bereichs</u>	

1	2	3
6 228 0	<u>Ingenieurbüros für Rationalisierung</u>	
6 300 0	<u>Projektierungs- und Anlagenbaubetriebe</u>	
6 331 0	<u>Technologische Projektierungsbetriebe</u>	Selbständige Organisationen zur technischen (ingenieurtechnischen) Projektierung und Betreuung in allen Zweigen der materiellen Produktion (außer Organisationen zur Projektierung von Bauobjekten und Projektierungsorganisationen, die wissenschaftliche Arbeit verrichten)
6 332 0	<u>Anlagenbaubetriebe (komplette technologische Ausrüstungen)</u>	
6 335 0	<u>Bautechnische Projektierungsbetriebe</u>	Projektierungs- und Entwicklungsorganisationen für alle Arten der Bautätigkeit
6 400 0	<u>Geologische Untersuchungen, Betriebe des staatlichen Vermessungs- und Kartenwesens</u>	
6 441 0	<u>Geologische Untersuchungen</u>	Einrichtungen zur Durchführung von geologischen Erkundungsarbeiten, Bohr- und Bergbauarbeiten, Betriebs- und Erkundungsbohrungen nach Erdöl und Erdgas, geodätischen und kartographischen Tätigkeiten, die sich auf Investitionsobjekte beziehen
6 443 0	<u>Betriebe des staatlichen Vermessungs- und Kartenwesens</u>	
6 551 0	<u>Verlage</u>	
6 661 0	<u>Reparaturkombinate</u>	Betriebe und Kombinate für Dienstleistungen und Reparaturen für die Bevölkerung
6 771 0	<u>Textiles Reinigungswesen</u>	
6 771 1	Wäschereien, industriell	
6 771 2	Selbstbedienungswäschereien	
6 771 3	Betriebe für chemische Reinigung	
6 771 4	Färbereibetriebe	
6 881 0	<u>Rechenbetriebe</u>	Selbständige Rechenmaschinenstationen und elektronische Rechenzentren allgemeiner Nutzung sowie sonstige Organisationen, die von rechantech-nischen Kapazitäten betreut werden und sich mit der Produktion der Rechen-technik befassen, unabhängig von den Zweigen, die ihre Produkte oder Leistungen entgegennehmen
6 991 0	<u>Sonstige produzierende Betriebe</u>	DEFA-Studios und sonstige bisher nicht genannte Betriebe des produzierenden Bereichs

7	<u>WOHNUNGS- UND KOMMUNALWIRTSCHAFT, VERMITTLUNGS-, WERBE-, BERATUNGS- U.A. BÜROS, GELD- UND KREDITWESEN</u>	
7 012 0	<u>Beratungen, Nachrichten-, Schreib- und Übersetzungsbüros</u>	
7 012 1	<u>Reisebüros, Verkehrs- und Transportvermittlung</u>	Vermittlung von Reisen und Übernachtungen, Verkehrs- und Transportvermittlung
7 012 2	Werbung und Messebetriebe	
7 012 3	Grundstücks- und sonstige Vermittlung	Vermittlung von Immobilien, Reparaturen u. M. Leistungen; von Veranstaltungen
7 012 4	Rechtsberatung	
7 012 5	Wirtschafts- und Steuerberatung	
7 012 7	Sonstige Beratungen	
7 012 8	Nachrichtsbüros	
7 012 9	Schreib- und Übersetzungsbüros	
7 013 0	<u>Vermietungen, Ausleihungen (ohne Wohnungswirtschaft und Bibliotheken)</u>	
7 014 0	<u>Beherbergungsstätten</u>	Wohnheime, Pensionen u.ä.
7 015 0	<u>Wohnungswirtschaft</u>	
7 015 1	Wohnungs- und Grundstücksverwaltung	VVB Wohnungswirtschaft, KfV
7 015 2	Wohnungsbaugenossenschaften	
7 015 3	Siedlungsgenossenschaften	
7 015 9	Übrige Einrichtungen der Wohnungswirtschaft	
7 016 0	<u>Kommunalwirtschaft</u>	
7 016 1	Stadt- und Gemeindereinigung	Straßenreinigung, Straßenwinterdienst
7 016 2	Verarbeitung von Siedlungsabfällen	Müll- und Fäkalienabfuhr, geordnete Deponien
7 016 3	Straßenbeleuchtung	
7 016 4	Grünanlagenunterhaltung	
7 016 6	Friedhofs- und Bestattungswesen	
7 016 9	Sonstige Einrichtungen der Kommunalwirtschaft	
7 017 0	<u>Geld- und Kreditwesen, Lotterien, Wettbüros</u>	
7 017 1	Banken	
7 017 2	Sparkassen	
7 017 4	Versicherungen	Staatliche Versicherung der DDR, Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten
7 017 6	<u>Sonstige Einrichtungen des Geld- und Kreditwesens</u>	
7 017 7	Lotterien, Spielbetriebe	
7 017 8	Wettbüros	
7 019 0	<u>Badeanlagen und -einrichtungen, Kosmetik, Friseur-, Tierpflege und sonstige nichtproduzierende Betriebe und Einrichtungen</u>	
7 019 1	Badeanlagen und -einrichtungen	
7 019 2	Körperpflege	Kosmetik, Friseur
7 019 3	Tierpflege	
7 019 9	Sonstige nichtproduzierende Betriebe und Einrichtungen	

1	2	3
8	WISSENSCHAFT, BILDUNG, KULTUR, GESUNDEHEITS- UND SOZIALWESSEN	
8 100 0	Wissenschaft und Forschung -----	
8 111 0	Wissenschaftliche Forschungsinstitute und Laboratorien	
8 112 0	Akademien (ohne Lehrtätigkeit)	
8 113 0	Medizinisch-theoretische und übrige Institute des Gesundheits- und Sozialwesens	
8 119 0	Sonstige Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung	
8 200 0	Bildungswesen -----	
8 221 0	Einrichtungen der Vorschulerziehung	
8 221 1	Daueereinrichtungen	Kommunale und betriebliche Kindergärten, Kinderwochenheime, kombinierte Einrichtungen und Kindergärten mit angeschlossenem Kinderwochenheim
8 221 9	Saisonkindergärten	
8 222 0	Allgemeinbildende Schulen und berufsbildende Sonderschulen einschl. Schulhorte und Schulinternate	
8 222 1	Zehnklassige allgemeinbildende poly- technische Oberschulen	Zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschulen, Schulsternwarten, Schwimmzentren, zentrale Schulsporthallen, zentrale Schulgärten, polytechnische Zentren, polytechnische Museen
8 222 2	Erweiterte Oberschulen	
8 222 3	Allgemeinbildende und berufsbildende Sonderschulen ohne Hilfsschulen	Allgemeinbildende und berufsbildende Sonderschulen ohne Hilfsschulen, berufsbildende Sonderschulen ohne Berufshilfsschulen, Berufsschulanteile an Sonderschulen ohne Berufshilfsschulanteile, Vorschulanteile an Sonderschulen ohne Vorschulanteile an Hilfsschulen, selbständige Vorschuleinrichtungen des Sonderschulwesens - Sprachheilkindergärten, Kindergärten für Körperbehinderte - sonderpädagogische Beratungsstellen
8 222 4	Allgemeinbildende und berufsbildende Hilfsschulen	Allgemeinbildende Hilfsschulen, Berufshilfsschulen, Berufsschulanteile an Hilfsschulen, Vorschulanteile an Hilfsschulen
8 222 5	Spezialschulen	Spezialschulen - mathematisch und physikalisch-technischer Richtung; - mit verstärktem neu sprachlichen Unterricht; - mit verstärktem alt sprachlichen Unterricht; - zur Vorbereitung auf das Studium als Diplomlehrer für Russisch; - für Musikerziehung; Kinder- und Jugendsportschulen

1	2	3
8 223 0	<u>Einrichtungen der Jugendhilfe und -heimserziehung</u>	
8 223 1	Heime für Schüler und Jugendliche, Vorschulheime	
8 223 2	Jugendwohnheime für Schüler und Jugendliche	
8 223 3	Spezialheime für schwererziehbare Kinder	
8 223 4	Jugendwerkhöfe	
8 223 5	Durchgangsheim und Einweisungs- stellen	
8 223 6	Sonderheime für verhaltensgestörte Schüler	
8 223 9	Sonstige Heime für Kinder, Schüler und Jugendliche	
8 224 0	<u>Berufsausbildung</u>	Betriebsberufsschulen, Betriebs- schulen, Ausbildungsstätten, kommu- nale Berufsschulen und solche Lehr- lingswohnheime, die keiner der vor- genannten Einrichtung angehören, Berufsberatungszentren.
8 224 1	Berufsschulen aller Wirtschaftsbe- reiche und -zweige (außer des Gesundheits- und Sozialwesens)	
8 224 2	Berufsschulen des Gesundheits- und Sozialwesens	
8 225 0	<u>Fachschulen</u>	
8 225 1	Ingenieurschulen	
8 225 2	Medizinische Fachschulen	
8 225 3	Fachschulen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	
8 225 4	Fachschulen für Wirtschafts- und Staatswissenschaften	
8 225 5	Fachschulen des Buch- und Biblio- thekswesens, der Museenkunde	
8 225 6	Fachschulen für Kunst und Kultur	
8 225 7	Pädagogische Fachschulen	Institute für Lehrerbildung, Pädagogische Schulen für Kinder- gärtnerinnen
8 225 9	Sonstige Fachschulen	
8 226 0	<u>Hochschulen</u>	
8 226 1	Universitäten	
8 226 2	Technische Universitäten und Tech- nische Hochschulen einschl. Ingenieurhochschulen	
8 226 4	Hochschulen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	

1	2	3
8 226 5	Medizinische Akademien	
8 226 6	Hochschulen für Wirtschafts- und Staatswissenschaften	
8 226 7	Hochschulen für Kunst und Literatur	
8 226 8	Pädagogische Hochschulen	
8 226 9	Sonstige Hochschulen	
8 227 0	<u>Einrichtungen der Erwachsenenbildung</u>	
8 227 1	Einrichtungen zur Weiterbildung im Bereich der Volksbildung	Zentralinstitut für Weiterbildung der Lehrer, Erzieher und Schulfunktionäre, Bezirkskabinette für Unterricht und Weiterbildung, Pädagogische Kreiskabinette, Zentrales Methodisches Kabinett für die außerunterrichtliche Tätigkeit, Bezirkskabinette für außerunterrichtliche Tätigkeit, Häuser der Lehrer, Pädagogische Klubs, Bezirksschulen für Weiterbildung der Schulfunktionäre, Institut für Jugendhilfe.
8 227 2	Einrichtungen der Erwachsenenbildung des Gesundheits- und Sozialwesens	Bezirksakademien, Betriebsakademien und Betriebsschulen des Gesundheits- und Sozialwesens
8 227 7	Volkshochschulen	
8 227 9	Einrichtungen der Erwachsenenbildung in anderen bisher nicht genannten Wirtschaftsbereichen und -zweigen	
8 228 0	<u>Einrichtungen der Jugend</u>	
8 228 1	Einrichtungen der Jugend im Bereich der Volksbildung - außerschulische Einrichtungen	Häuser der Pioniere, Pionierpalast, Pionierparks und -eisenbahnen, Stationen Junger Naturforscher, Techniker, Chemiker, Touristen
8 228 9	Einrichtungen der Jugend in anderen bisher nicht genannten Wirtschaftsbereichen und -zweigen	
8 229 0	<u>Übrige Einrichtungen des Bildungswesens</u>	
8 229 1	Übrige Einrichtungen der Volksbildung	
8 229 9	Übrige bisher nicht genannte Einrichtungen des Bildungswesens	

1	2	3
8 300 0	<u>Kultur und Kunst</u> Einrichtungen	
8 331 0	<u>Rundfunk und Fernsehen</u>	
8 331 1	Rundfunk (Programmgestaltung)	
8 331 2	Fernsehen (Programmgestaltung)	
8 332 0	<u>Film- und Lichtspielwesen</u>	
8 332 1	Lichtspielbetriebe	
8 332 9	Sonstige Einrichtungen des Film- und Lichtspielwesens	
8 333 0	<u>Bibliotheken</u>	
8 333 1	Allgemeine Öffentliche Bibliotheken	
8 333 2	Wissenschaftliche Bibliotheken	
8 333 9	Sonstige Bibliotheken	
8 334 0	<u>Museen und Einrichtungen der bildenden Kunst</u>	
8 334 1	Heimatauseen	
8 334 2	Kunstmuseen	
8 334 3	Wissenschaftliche Museen	
8 334 4	Obrige Museen und Gedenkstätten	
8 334 5	Denkmalpflegerische Spezialkapazitäten (VEB Denkmalpflege)	
8 334 9	Sonstige Einrichtungen der bildenden Kunst	
8 335 0	<u>Theater</u>	
8 335 1	Schauspiel- und Musiktheater	
8 335 2	Puppentheater	
8 336 0	<u>Veranstaltungswesen</u>	
8 336 1	Varietés	
8 336 2	Kabarette	
8 336 3	Konzert- und Gastspielformen	
8 336 4	VEB Zentralzirkus	
8 336 9	Sonstige Einrichtungen des Veranstaltungswesens	
8 337 0	<u>Kulturelle Massenerbeit</u>	
8 337 1	Kultur- und Klubhäuser	
8 337 2	Klubs	
8 337 3	Volkekunst einschl. Ensembles	
8 337 4	Zoologische Gärten	
8 337 5	Botanische Gärten	
8 337 9	Sonstige Einrichtungen der kulturellen Massenerbeit	
8 338 0	<u>Musikpflege, Orchester, Chöre</u>	
8 338 1	Einrichtungen der Musikpflege (einschl. Musikschulen)	
8 338 2	Orchester	

1	2	3
8 338 3	Chöre	
8 339 0	<u>Obrige Einrichtungen der Kultur und Kunst</u>	
8 400 0	<u>Gesundheitswesen</u> *****	
8 441 0	<u>Vereinigte Gesundheitseinrichtungen in den Kreisen</u>	
8 442 0	<u>Stationäre Einrichtungen des Gesundheitswesens</u>	
8 442 1	Allgemeine stationäre Einrichtungen und Bettenstationen	Kliniken an Universitäten und medizinischen Akademien, Bezirkskrankenhäuser, Kreiskrankenhäuser mit erweiterter Aufgabenstellung und Kreiskrankenhäuser, Orts- und Stadtkrankenhäuser; Bettenstationen an medizinisch-theoretischen Instituten, die nicht dem Ministerium für Gesundheitswesen unterstellt sind, an ambulanten Einrichtungen und für erkrankte Kinder werktätiger Mütter.
8 442 2	Fachspezifische stationäre Einrichtungen	Fachkrankenhäuser für Neurologie und Psychiatrie, für Orthopädie und für Lungenkrankheiten und TbK; Tuberkulose-Genesungsheime
8 442 3	Fachspezifische prophylaktische stationäre Einrichtungen	Mütter- und Säuglingsheime, Schwangerenerholungsheime
8 442 9	Sonstige stationäre Einrichtungen	Vereinigungen von stationären Einrichtungen, sonstige bisher nicht genannte stationäre Einrichtungen
8 443 0	<u>Kur- und Bäderwesen</u>	
8 443 1	Sanatorien	
8 443 2	Kurheime	
8 443 3	Genesungsheime	
8 443 9	Sonstige Einrichtungen des Kur- und Bäderwesens	
8 444 0	<u>Ambulante Einrichtungen des Gesundheitswesens</u>	
8 444 1	Einrichtungen der ambulanten Grundbetreuung	Polikliniken, Stadtambulatorien, Landambulatorien, Ambulanzen an stationären Einrichtungen und an ambulanten Einrichtungen, Arztpraxen, Polikliniken für Stomatologie, Zahnarztpraxen
8 444 2	Ambulante Einrichtungen (ohne Einrichtungen der ambulanten Grundbetreuung)	Leitstellen der Schnellen Medizinischen Hilfe, Selbständige Beratungsstellen, Ärztliche Begutachtungsstellen, Gemeindeschwesternstationen, Schwesternsanitätsstellen, Gemeindepflegestationen, Arbeitshygienische Zentren, Arbeitshygienische Beratungsstellen, Verkehrsmedizinische Zentren, Selbständige Einrichtungen der Jugendzahnpflege
8 444 3	Ambulanter Bereich der Kliniken an Universitäten und Medizinische Akademien	
8 444 9	Sonstige ambulante Einrichtungen	Vereinigungen von ambulanten Einrichtungen, sonstige bisher nicht genannte ambulante Einrichtungen
8 445 0	<u>Hygiene und Gesundheitserziehung</u>	
8 445 1	Einrichtungen der Hygiene	Bezirkshygieneinspektionen und -institute, Hygieneinstitute, Kreishygieneinspektionen, Deueriaufstellen
8 445 2	Einrichtungen der Gesundheitserziehung	Kabinette für Gesundheitserziehung
8 445 3	Einrichtungen der Arbeitshygiene	Arbeitshygieneinspektionen
8 445 9	Sonstige Einrichtungen der Hygiene und Gesundheitserziehung	Vereinigungen von Einrichtungen der Hygiene und Gesundheitserziehung, sonstige bisher nicht genannte Einrichtungen der Hygiene und Gesundheitserziehung

1	2	3
8 446 0	<u>Einrichtungen der medizinischen Versorgung</u>	
8 446 1	Bezirkseinstitute für Blutspende- und Transfusionswesen, Frauenmilcheinsammelstellen sowie Milchküchen	
8 446 2	Laboratorien	Automatenzentren für Labordiagnostik, Klinisch-chemische Laboratorien
8 446 3	Diagnostisch-therapeutische Einrichtungen	Radiologische Einrichtungen, Physiotherapeutische Einrichtungen
8 446 4	Einrichtungen des Krankentransports	Rettungssatz
8 446 5	Sonstige Einrichtungen der medizinischen Versorgung	Zahntechnische Laboratorien, Vereinigungen von Einrichtungen der medizin. Versorgung, sonstige bisher nicht genannte Einrichtungen der medizinischen Versorgung
8 447 0	<u>Einrichtungen der materiell-medizinischen Versorgung</u>	
8 447 1	Versorgungseinrichtungen für Pharmazie und Medizintechnik	
8 447 9	Sonstige Einrichtungen der materiell-medizinischen Versorgung	
8 449 0	<u>Übrige Einrichtungen des Gesundheitswesens</u>	Vereinigungen von Einrichtungen des Gesundheitswesens; sonstige bisher nicht genannte Einrichtungen des Gesundheitswesens
8 500 0	<u>Sozialwesen</u>	
8 551 0	<u>Heime des Sozialwesens</u>	
8 551 1	Feierabend- und Pflegeheime	Feierabendheime, Pflegeheime, Heime für bildungsunfähige, pflegebedürftige Kinder und Jugendliche, Einrichtungen für schulbildungsfähige, physisch schwerstgeschädigte, pflegebedürftige Kinder und Jugendliche
8 551 9	Sonstige Heime des Sozialwesens	Vereinigungen von Heimen des Sozialwesens (Verwaltungen der Feierabend- und Pflegeheime), sonstige bisher nicht genannte Heime des Sozialwesens
8 552 0	<u>Kinderkrippen und Dauerheime (Kindereinrichtungen)</u>	
8 552 1	Kinderkrippen und Dauerheime (Einzel-einrichtungen)	Tageskrippen, Wochenkrippen, Dauerheime für Säuglinge und Kleinkinder, Saisonkrippen
8 552 9	Sonstige Kindereinrichtungen	Sonderkrippen, Vereinigungen von Kindereinrichtungen (Krippenvereinigungen)
8 559 0	<u>Übrige Einrichtungen des Sozialwesens</u>	
8 559 1	Einrichtungen der Rehabilitation	Rehabilitationszentren für Berufsbildung, geschützte Werkstätten, Wohnheime für Rehabilitanden der geschützten Werkstätten

1	2	3
§ 559 2	Förderungseinrichtungen	Tagesstätten für schulbildungsunfähige, förderungsunfähige Kinder und Jugendliche, Wochenheime für schulbildungsunfähige, förderungsunfähige Kinder und Jugendliche, Heime (ohne Wochenheime) für schulbildungsunfähige, förderungsunfähige Kinder und Jugendliche
§ 559 9	Sonstige Einrichtungen des Sozialwesens	Bezirks- bzw. Kreistellen für Rehabilitation, Vereinigungen von Einrichtungen des Sozialwesens, sonstige bisher nicht genannte Einrichtungen des Sozialwesens
§ 600 0	<u>Körperkultur und Sport</u>	
§ 661 0	<u>Sportanlagen</u>	
§ 669 0	Übrige Einrichtungen der Körperkultur und des Sports	
§ 700 0	<u>Erholungswesen und Touristik</u>	
§ 771 0	Einrichtungen des Erholungswesens	
§ 772 0	Einrichtungen der Touristik	

1	2	3
9	<u>STAATLICHE VERWALTUNG, GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN</u>	
9 100 0	Staatliche Wirtschaftsleitungen (zentral und örtlich)	
9 111 0	Industrie	
9 112 0	Bauwirtschaft	
9 113 0	Landwirtschaft	
9 114 0	Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	
9 115 0	Handel	
9 119 0	Sonstige staatliche Wirtschaftsleitungen	
9 200 0	Staatliche Verwaltungen	
9 221 0	Staatliche Organe	
9 221 1	Zentrale staatliche Organe	
9 221 2	Rat des Bezirkes	
9 221 3	Rat des Kreises	
9 221 4	Rat der Gemeinde	
9 221 5	Rat des Gemeindeverbandes	
9 222 0	Organe der Justiz	
9 223 0	Organe der Verteidigung	
9 229 0	Sonstige staatliche Organe	
9 500 0	<u>Parteien und Massenorganisationen</u>	
9 551 0	Parteien	
9 552 0	Friedensbewegung	
9 553 0	Nationale Front	
9 554 0	FDGB (ohne Sozialversicherung)	
9 555 0	Kulturorganisationen	
9 556 0	Sportorganisationen	
9 557 0	Volksolidarität	
9 558 0	Deutsches Rotes Kreuz der DDR	
9 559 0	Sonstige Massenorganisationen	
9 800 0	<u>Interessengemeinschaften</u>	
9 881 0	Konfessionelle Organe	
9 889 0	Sonstige Interessengemeinschaften	

(571) Ag 108/8371/85 - 4.11/4,0

Betriebssystematik
2. Fünfjahrplan
Ausgabe 1955

Betriebssystematik

2. Fünfjahrplan

Die Betriebssystematik

gliedert die Betriebe und Einrichtungen auf der Grundlage der volkswirtschaftlichen Planungssystematik 1955 nach Wirtschaftsbereichen (Einsteller) und Wirtschaftszweigen (Zweisteller). Die Wirtschaftszweige werden ihrerseits in „Wirtschaftsgruppen“ (Dreisteller) aufgegliedert.

Die Betriebe der materiellen Sphäre werden außerdem nach der vorwiegenden Verwendung ihrer Hauptproduktion bzw. nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit entweder der Abteilung I oder der Abteilung II zugeordnet.

1 Grundstoffindustrie

11 Energie

111 I Elektroenergieversorgungsbetriebe

112

113 I Gasversorgungsbetriebe

114

115

116 II Fernheizwerke

117

118

119

12 Bergbau

121 I Steinkohlenwerke und -kokereien

122 I Braunkohlenwerke, -kokereien und -brikettfabriken

123 II Torfgewinnung und sonstige Betriebe der Versorgung mit festen Brennstoffen

124 I Eisenerzbergbaubetriebe

125 I Nichteisenerzbergbaubetriebe

126

127 I Kali- und Speisesalzgewinnungsbetriebe

128 I Betriebe zur Gewinnung sonst. bergbaul. Erzeugnisse

129 I Hilfsbetriebe des Bergbaus

13 Metallurgie

131 I Hochofen- und Stahlwerke

132 I Warmwalzwerke

133 I Kaltwalzwerke und Ziehereien

134

135

136 I NE-Metallgewinnungsbetriebe

137 I NE-Metallhalbzeugwerke

138

139

14 Chemie

- 141 I Herstellung von Grundchemikalien
 - 142 I Herstellung von chemischen und chemisch-technischen Spezialerzeugnissen für Produktion
 - 143 II Herstellung von chemischen und chemisch-technischen Spezialerzeugnissen für Konsumtion
 - 144 I Herstellung von Plasten und Plasterzeugnissen für Produktion
 - 145 II Herstellung von Plasten und Plasterzeugnissen für Konsumtion
 - 146 II Herstellung von Pharmazeutika
 - 147 I Herstellung von Gummi- und Asbestwaren für Produktion
 - 148 II Herstellung von Gummi- und Asbestwaren für Konsumtion
 - 149 I Herstellung von Mineralölen und Teerprodukten
-

15 Baumaterialien

- 151 I Gewinnung und Bearbeitung von Steinen und Erden
 - 152
 - 153 I Produktion von Baustoffen
 - 154
 - 155 I Produktion von feuerfesten Erzeugnissen
 - 156
 - 157
 - 158
 - 159
-

16

17

18

19

2 Metallverarbeitende Industrie

21 **Schwermaschinenbau**

- 211 I Bau von Energiemaschinen
 - 212 I Bau von Werkzeugmaschinen, Schmiede- und Preßausrüstungen
 - 213
 - 214 I Bau von Transportausrüstungen
 - 215 I Bau von sonstigen Ausrüstungen und Maschinen des Schwer-
 maschinenbaus
 - 216 I Herstellung von Stahlkonstruktionen (einschl. Glasdachbau)
 - 217
 - 218 I Reparaturwerkstätten für Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus
 - 219 I Montagebetriebe für Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus
-

22 **Allgemeiner Maschinenbau**

- 221 I Bau von Maschinen und Apparaten für die Grundstoffindustrie
 (soweit nicht Schwermaschinenbau)
 - 222 I Bau von Maschinen und Apparaten für die metallverarbeitende
 Industrie
 - 223 I Bau von Maschinen und Apparaten für die Leichtindustrie
 - 224 I Bau von Maschinen und Apparaten für die Lebensmittelindustrie
 - 225 I Bau von Maschinen und Apparaten für die Bauwirtschaft
 - 226 I Bau von Maschinen und Apparaten für die Land- und Forst-
 wirtschaft
 - 227 I Bau von sonstigen Maschinen und Apparaten einschl. Maschinen-
 teile, Werkzeuge und Armaturen
 - 228 I Reparaturwerkstätten für Erzeugnisse des Allgem. Maschinenbaus
 - 229 I Montagebetriebe für Erzeugnisse des Allgem. Maschinenbaus
-

23 **Fahrzeugbau (ohne Schiffbau)**

- 231 I Bau und Reparatur von Dampflokomotiven
- 232 I Bau und Reparatur von Diesel- und Elektrolokomotiven
- 233 I Bau und Reparatur von Eisenbahn- und Straßenbahnwagen für
 Güterbeförderung
- 234 II Bau und Reparatur von Eisenbahn- und Straßenbahnwagen für
 Personenbeförderung
- 235 I Bau und Reparatur von Kraftwagen für Güterbeförderung
- 236 II Bau und Reparatur von Kraftwagen für Personenbeförderung
- 237 I Bau und Reparatur von Traktoren
- 238 II Bau und Reparatur von Kraft- und Fahrrädern
- 239 II Bau und Reparatur von sonstigen Fahrzeugen

24 Schiffbau

- 241 I Bau und Reparatur von See- und Küstenschiffen für Güterbeförderung
 - 242 II Bau und Reparatur von See- und Küstenschiffen für Personenbeförderung
 - 243 I Bau und Reparatur von Binnenschiffen für Güterbeförderung
 - 244 II Bau und Reparatur von Binnenschiffen für Personenbeförderung
 - 245 I Bau und Reparatur von Fischereifahrzeugen
 - 246 I Bau und Reparatur von Spezialwasserfahrzeugen
 - 247 II Bau und Reparatur von Booten
 - 248
 - 249
-

25 Guß- und Schmiedestücke

- 251 I Eisen- und Stahlgießereien
 - 252 I Buntmetallgießereien
 - 253 I Herstellung von Schmiedestücken, Preß- und Stanzstücken
 - 254
 - 255
 - 256
 - 257
 - 258
 - 259
-

26 Metallwaren

- 261 I Herstellung von Draht- und Stahldrahtwaren
- 262 I Herstellung von technischen Eisenwaren
- 263 I Herstellung von Geräten für Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe
- 264
- 265 II Herstellung von Metallbedarfserzeugnissen für Konsumtion
- 266
- 267
- 268 I Schmiederei, Schlosserei und sonstige Werkstätten der metallverarbeitenden Betriebe einschl. Reparaturwerkstätten für Produktion
- 269 II Schmiederei, Schlosserei und sonstige Werkstätten der metallverarbeitenden Betriebe einschl. Reparaturwerkstätten für Konsumtion

27 Elektrotechnik

- 271 I Bau von Elektromaschinen
 - 272 I Bau von Transformatoren und Schaltelementen
 - 273 I Herstellung von Kabel und Elektromaterial
 - 274 I Bau von Einrichtungen und Geräten der Nachrichtentechnik
 - 275 I Herstellung von sonstigen elektrotechnischen Erzeugnissen für Produktion
 - 276 II Herstellung von elektrotechnischen Erzeugnissen für Konsumtion
 - 277 I Montagebetriebe für Erzeugnisse der Elektrotechnik
 - 278 I Reparaturwerkstätten für elektrotechnische Erzeugnisse für Produktion
 - 279 II Reparaturwerkstätten für elektrotechnische Erzeugnisse für Konsumtion
-

28 Feinmechanik und Optik

- 281 II Bau und Reparatur von Büromaschinen
 - 282 II Herstellung und Reparatur von medizin.-mechan. Erzeugnissen
 - 283 I Herstellung von Meßgeräten und Uhren für Produktion
 - 284 II Herstellung und Reparatur von Uhren für Konsumtion
 - 285 I Herstellung von sonstigen feinmechanischen Erzeugnissen für Produktion
 - 286 II Herstellung und Reparatur von sonstigen feinmechanischen Erzeugnissen für Konsumtion
 - 287 I Herstellung von optischen Geräten für Produktion
 - 288 II Herstellung und Reparatur von optischen Geräten für Konsumtion
 - 289 I Herstellung von Diamantwerkzeugen
-

29 Luftfahrzeugbau

3 Leicht- und Lebensmittelindustrie

31		Holzbe- und verarbeitung einschl. Kulturwaren
311	I	Herstellung von Säge- und Hobelwaren, Furnieren und Platten
312	I	Herstellung von Böttchereiwaren und Verpackungsmaterial
313	I	Herstellung von Bauelementen, Holzzeugnissen und -geräten für Produktion
314	II	Herstellung von Holzbauten
315	II	Herstellung von Möbeln und Polsterwaren
316	II	Herstellung von Musikinstrumenten
317	II	Herstellung von Kulturwaren (Spielwaren, Sportwaren und Schmuck)
318	II	Herstellung von sonstigen Holzzeugnissen für Konsumtion
319	II	Reparaturwerkstätten für Holz- und Kulturwaren

32		Textilien
321	I	Herstellung von Zellwolle, künstlichen und synthetischen Fasern
322	I	Aufbereitung von pflanzlichen und tierischen Rohstoffen
323	I	Spinnerei und Garnbearbeitung
324	II	Weberei
325	II	Wirkerei, Strickerei
326	I	Seilerei
327	II	Herstellung sonstiger Textilwaren für Konsumtion
328	I	Sonstige Textil- und Veredlungsbetriebe
329	II	Reparaturwerkstätten für Textilien

33		Konfektions- und Näherzeugnisse
331	II	Herstellung von Oberbekleidung für Herren
332	II	Herstellung von Oberbekleidung für Damen
333	II	Herstellung von Oberbekleidung für Kinder
334		
335	II	Herstellung von Arbeits-, Berufs- und Dienstbekleidung
336	II	Herstellung von Leibwäsche
337	II	Herstellung von Haushaltswäsche
338	II	Herstellung von sonstigen Konfektions- und Näherzeugnissen einschl. Konfektion, Kunststofferzeugnisse
339	II	Maßateliers und Bekleidungsreparaturwerkstätten

34 Leder, Schuhe, Rauchwaren

- 341 I Ledererzeugungsbetriebe
 - 342 I Kunstledeerzeugungsbetriebe
 - 343 I Zurichtung von Fellen
 - 344 I Herstellung von Filzen und Fertigung von Filzwaren für Produktion
 - 345 I Herstellung von Sattlerwaren für Produktion
 - 346 II Herstellung von Schuhen (außer Gummischuhen)
 - 347 II Herstellung von Pelz- und Lederbekleidung sowie von Sattler- und Galanteriewaren für Konsumtion
 - 348 II Herstellung von Filzwaren (Hüte) für Konsumtion
 - 349 II Reparaturwerkstätten für Schuhe, Hüte, Leder- und Rauchwaren
-

35 Zellstoff und Papier

- 351, I Erzeugung von Zellstoff, Papier, Karton und Pappe
 - 352
 - 353
 - 354 I Herstellung von Papier-, Karton- und Pappwaren für Produktion
 - 355 II Herstellung von Papier-, Karton- und Pappwaren für Konsumtion
 - 356
 - 357 II Buchbindereien
 - 358
 - 359
-

36 Polygraphie

- 361 II Druckereien
- 362 I Chemographische Betriebe (Druckformherstellung)
- 363 II Sonstige Betriebe der Polygraphie (Filmkopier-, Fotokopier- und Lichtpausanstalten, Photographische Anstalten usw.)
- 364
- 365
- 366
- 367
- 368
- 369

37/38 Nahrungs- und Genußmittel

371	I	Schlachthöfe
372	II	Verarbeitung von Fleisch- und Fleischwaren
373	I	Fischfang (See- und Küstenfischfang)
374	II	Fischverarbeitung
375	II	Milchverarbeitung und Herstellung von Eierzeugnissen
376	I	Olmühlen
377	II	Herstellung von Margarine
378	I	Getreidemühlen
379	II	Herstellung von Nahrungsmitteln, Teig- und Backwaren
381	II	Obst- und gemüseverarbeitende Betriebe
382	I	Herstellung von Zucker
383	II	Herstellung von Süßwaren
384	I	Gewinnung von Sprit
385	II	Spirituosenbetriebe und Keltereien
386	II	Brauereien
387	II	Herstellung von alkoholfreien und sonstigen Getränken
388	II	Herstellung von Tabakwaren
389	II	Herstellung von sonstigen Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln

39 Glas und Keramik

391	I	Glaserzeugung, -be- u. -verarbeitung für Produktion
392	II	Glaserzeugung, -be- u. -verarbeitung für Konsumtion
393		
394		
395	I	Produktion von Keramik für Produktion
396	II	Produktion von Keramik für Konsumtion
397		
398		
399		

4 Bauwirtschaft

41 Hochbau

411 II Betriebe des Hochbaus

42 Industriebau

421 I Betriebe des Industriebaus ohne Spezialisierung

422 I Feuerungsbaubetriebe

423

424

425

426

427

428

429

43 Tiefbau

431 I Betriebe des Tiefbaus ohne Spezialisierung

432 I Wasser-, Fluß-, Kanal- und Talsperrenbau

433 I Bau von See- und Hafenanlagen (einschl. Seebaggerei)

434 I Bau von sonstigen Bauten der Wasserwirtschaft

435 I Bau von Straßen

436 I Bau von Bahnanlagen

437 I Bau von Brücken

438 II Betriebe für Landschaftsgestaltung

439 I Betriebe für Bagger- u. Förderarbeiten

Tiefbohrungen, Schachtbau, Tunnelbau u. ä.

44 Bauhauptbetriebe ohne Spezialisierung

441 I Bauhauptbetriebe ohne Spezialisierung

45/46**Ausbau**

- 451 II Allgem. Ausbaubetriebe ohne Spezialisierung
 - 452 II Dachdeckereien
 - 453 II Stukkateur-, Verputzerbetriebe
 - 454 II Terrazzo-, Fliesen-, Fußboden- und Wandplattenlegereien
 - 455 II Bautischlereien
 - 456 II Ofen- und Herdsetzereien
 - 457 II Bauklempnereien und Bauinstallationsbetriebe (Gas, Wasser, Heizung)
 - 458 II Bauschlossereien
 - 459
 - 461 I Durchführung von Isolierungen (Wärme, Schall usw.)
 - 462 II Maler-, Anstreich-, Tapezierbetriebe, Bauglasereien
 - 463 I Betriebe für Industriefanstrich und Entrostung
 - 464
 - 465
 - 466 II Gerüstbau- und Aufzugsverleihbetriebe
 - 467
 - 468
 - 469
-

47**Abbruch und Enttrümmerung**

- 471 I Abbruch- und Enttrümmerungsbetriebe
 - 472 I Schiffsbergung und Taucherei
-

48**Baumechanik**

- 481 I Betriebe der Baumechanik
-

49

5 Land- und Forstwirtschaft

5I Ackerbau

- 511 I Allgemeine landwirtschaftliche Betriebe
- 512 I Saatzuchtbetriebe
- 513 II Gemüseanbaubetriebe
- 514 II Obstbaubetriebe
- 515 I Weinbaubetriebe
- 516
- 517
- 518
- 519

52 Viehwirtschaft

- 521 I Tierzuchtbetriebe (Großvieh)
- 522 I Besamungs- und Deckstationen
- 523 II Abmelkbetriebe
- 524 I Geflügelfarmen und Brutanstalten
- 525 I Mästereien und Kälberaufzuchtbetriebe
- 526 II Imkereien
- 527 I Pelztierzuchtbetriebe
- 528 Rennbetriebe
- 529 I Sonstige Tierzuchtbetriebe und sonstige Betriebe zur Gewinnung tierischer Rohprodukte

53 MTS

- 531 I MT-Stationen

54 Gartenbau

- 541 II Allgemeine Gartenbaubetriebe
 - 542 II Gemüse-, Blumen- und Zierpflanzenbaubetriebe
 - 543 I Blumen- und Zierpflanzenzuchtbetriebe sowie Samenbaubetriebe
 - 544
 - 545 I Baumschulen
 - 546 II Obstbaubetriebe
 - 547 I Champignon-Zuchtbetriebe
 - 548
 - 549 I Sonstige Spezialbetriebe
-

55 Veterinärwesen und Pflanzenschutz (Produktion von Tierarznei- und Pflanzenschutzmitteln : I)

- 551 Tierärzte und sonstige freie Berufe des Veterinärwesens
 - 552
 - 553
 - 554 Sonstige Anstalten und Einrichtungen des Veterinärwesens
 - 555
 - 556
 - 557
 - 558
 - 559
-

56 Binnenfischerei

- 561 II Seen- und Flußfischerei
- 562 I Fischzuchtbetriebe
- 563 II Teichwirtschaften
- 564 II Betriebe zur Zucht von Zierfischen und Wasserpflanzen
- 565
- 566
- 567
- 568
- 569

57 Forstwirtschaft

571 I Forstwirtschaftsbetriebe

572

573 I Forstbaumschulen

574 I Kleng-Betriebe (Forstdarren)

575

576

577

578

579

58 I Rohholz, Rinden- und Harzgewinnung

59 II Jagdwirtschaft

6 Verkehr, Post und Fernmeldewesen

61 Eisenbahnwesen

- 611 I Dienststellen des Betriebs- und Verkehrsdienstes
 - 612 I Dienststellen der Maschinenwirtschaft
 - 613 I Dienststellen der Wagenwirtschaft
 - 614 I Dienststellen der Bahnunterhaltung
 - 615 I Dienststellen des Sicherungs- und Fernmeldewesens
 - 616
 - 617
 - 618
 - 619
-

62 Seeschifffahrt

- 621 I See- und Küstenschiffahrtsbetriebe (Güterbeförderung)
 - 622 See- und Küstenschiffahrtsbetriebe (Personenbeförderung)
 - 623 I Seehafenbetriebe
 - 624 I Lotsenbetriebe
 - 625
 - 626 I Fährbetriebe (Eisenbahnfähre)
 - 627
 - 628
 - 629
-

63 Binnenschifffahrt

- 631 I Reedereien und Umschlagbetriebe
- 632 Fahrgastschiffahrtsbetriebe
- 633 I Binnen-Hafenbetriebe
- 634 Fährbetriebe in Binnengewässern
- 635 I Schleusenbetriebe, Schiffshebewerke, Stauanlagen u. ä.
- 636
- 637
- 638
- 639

64 Straßenverkehr

- 641 I Kraftverkehrsbetriebe für Gütertransport
 - 642 Kraftverkehrsbetriebe für Personenbeförderung
 - 643
 - 644
 - 645 I Pferdefuhrbetriebe
 - 646
 - 647
 - 648 Straßenunterhaltungsbetriebe
 - 649
-

65 Innerstädtischer Verkehr

- 651 Straßenbahnbetriebe
 - 652 Omnibus- und Obusbetriebe
 - 653 U-Bahnen
 - 654
 - 655
 - 656
 - 657
 - 658
 - 659
-

66 Luftverkehr

- 661 Luftverkehrsbetriebe
-

67 Post-, Fernmelde- und Funkwesen

- 671 II Postämter (einschl. Bahnpost)
 - 672 II Zeitungsvertriebsamt
 - 673 I Fernmeldeämter
 - 674 II Rundfunk- und Fernsehsender
 - 675 II Rundfunk- und Fernsehstudios
 - 676 I Verkehrsfunksende- und Empfangsstellen
 - 677 II Dienststellen für Übertragungswesen (Beschallung)
 - 678
 - 679
-

68

69

7 Handel

71 Außenhandel und Innerdeutscher Handel

711	I	Ex- und Importbetriebe mit Erzeugnissen der Grundstoffindustrie
712	I	Ex- und Importbetriebe mit Erzeugnissen des Maschinenbaues
713	II	Ex- und Importbetriebe mit Erzeugnissen der Leichtindustrie
714	II	Ex- und Importbetriebe mit Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie
715	I	Ex- und Importbetriebe mit Erzeugnissen der Bauwirtschaft
716	I	Ex- und Importbetriebe mit Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft
717	I	Sonstige Ex- und Importbetriebe
718		
719		Intern. Messebetriebe

72 Binnengroßhandel

721	I	Großhandelsbetriebe mit Erzeugnissen der Grundstoffindustrie für Produktion
722	I	Großhandelsbetriebe mit Erzeugnissen des Maschinenbaues für Produktion
723	I	Großhandelsbetriebe mit Erzeugnissen der Leichtindustrie für Produktion
724	I	Großhandelsbetriebe mit Erzeugnissen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie für Produktion
725	I	Großhandelsbetriebe mit Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft für Produktion
726	I	Großhandelsbetriebe mit sonstigen Erzeugnissen für Produktion (z. B. Altstoffe)
727	II	Großhandelsbetriebe mit Industriewaren (außer Nahrungs- und Genußmittel) für Konsumtion
728	II	Großhandelsbetriebe mit Nahrungs- und Genußmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen für Konsumtion
729	II	Kommissionsgroßhandelsbetriebe

73

74 Einzelhandel

- 741 II Warenhäuser
 - 742 II Kaufhäuser
 - 743 II Spezialhandel (einschl. Apotheken)
 - 744 II Gemischtwarenhandel
 - 745 II Kommissionshandel
 - 746 II Ambulanter Handel
 - 747 II Märkte
 - 748 II Versandhäuser
 - 749 II Sonstige Betriebe des Einzelhandels
-

75

76 Gaststätten und Küchenbetriebe

- 761 II Gaststätten mit und ohne Speisebetrieb, Eisdielen, Bars
 - 762 II Cafés und Konditoreien
 - 763 II Imbißstuben
 - 764 II Fischbrat- und -backstuben
 - 765 II Milchbars
 - 766 II Werkküchen und Kantinen
 - 767
 - 768
 - 769
-

77

78

79 Lager- und Kühlhäuser

- 791 I Betriebe für Lagerung von Getreide
- 792 II Betriebe für Lagerung und Kühlung von Fleisch und Fleischwaren
- 793 II Betriebe für Lagerung und Kühlung von Fisch und Fischwaren
- 794 II Betriebe für Lagerung und Kühlung von sonstigen Nahrungs- und Genußmitteln
- 795
- 796
- 797
- 798
- 799

8 Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen

81 Volksbildung

- 811 Vorschulische Erziehungseinrichtungen
 - 812 Heimerziehungseinrichtungen
 - 813 Allgemeinbildende Schulen
 - 814 Außerschulische Erziehungseinrichtungen
 - 815 Fachschulwesen (einschl. Lehrerbildung)
 - 816 Berufsausbildung
 - 817 Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung (Volkshochschulen, öffentl. Bibliotheken usw.)
 - 818 Arbeiter- und Bauernfakultäten
 - 819 Sonstige Schulen (Schulen der Parteien und Massenorganisationen)
-

82 Wissenschaft und Forschung

- 821 Universitäten, Hochschulen, Akademien mit Lehrbetrieb
 - 822 Wissenschaftliche Institute, Forschungsinstitute*), Akademien (ohne Lehrbetrieb)
 - 823 Wissenschaftliche Bibliotheken, wissenschaftliche Museen, staatliche Sammlungen
 - 824
 - 825 Wissenschaftliche Freiberufe
 - 826 Naturwissenschaftliche Einrichtungen (z. B. zoologische und Tiergärten, botanische Gärten, Sternwarten)
 - 827
 - 828
 - 829
-

83 Kunst und Kulturschaffen

- 831 Musik-Veranstaltungsbetriebe
- 832 Theater und Freilichtbühnen
- 833 Varieté und Kleinkunstbetriebe (einschl. Zirkusunternehmen, Schaustellung)
- 834 Filmherstellungs- und Vorführungsbetriebe
- 835 Künstlerische Freiberufe
- 836 Künstlerische Akademien ohne Lehrbetrieb
- 837 Museen (außer wiss. Museen), Kunstaussstellungen, Gedenkstätten, Führungsobjekte
- 838 Kulturelle Massenarbeit, Volksmusikschulen
- 839 Dienststellen für Rundfunk- und Fernseh-Programmgestaltung

*) Produktion von Serum: I

84	Verlage
841	Buchverlage
842	Zeitungsverlage
843	
844	
845	
846	
847	
848	
849	Sonstige Verlage

85	Jugend, Sport und Körperkultur
851	Öffentliche Jugendeinrichtungen
852	Betriebliche Jugendeinrichtungen
853	Öffentliche Einrichtungen des Sports und der Körperkultur
854	Betriebliche Einrichtungen des Sports und der Körperkultur
855	
856	
857	
858	
859	

86	Sozial- und Erholungswesen
861	Einrichtungen des öffentlichen Sozialwesens (Feierabendheime, Pflegeheime und Sozialheime)
862	Einrichtungen des betrieblichen Sozialwesens (u. a. betriebs-eigene Erholungsheime, Näh- und Flickstuben)
863	FDGB-Erholungsheime
864	
865	
866	
867	
868	
869	

87 Gesundheitswesen

- 871 Stationäre Einrichtungen (Krankenhäuser, Sanatorien, Universitätskliniken, Kur- und Heilbäder)
 - 872 Ambulante Einrichtungen (ohne betriebliche Einrichtungen)
 - 873 Ambulante Einrichtungen im Betrieb
 - 874 Einrichtungen „Erste Hilfe“
 - 875 Beratungsstellen
 - 876 Einrichtungen für Mutter und Kind
 - 877
 - 878 Freie Berufe des Gesundheitswesens
(Ärzte, Zahnärzte, Hebammen, Masseure, med. Hilfspersonal)
 - 879 Hygiene- und Seuchenschutzeinrichtungen
-

88 Arbeitswesen

- 881 Arbeitsschutzeinrichtungen
-

89

9 Sonstige volkswirtschaftliche Bereiche

91 Wasserwirtschaft

(Industrielle Produktion und Bauleistungen : I)

- 911 Wasserversorgungsbetriebe
- 912
- 913 Gewässerausbau- und -unterhaltungsbetriebe
- 914
- 915
- 916
- 917
- 918
- 919

92 Konstruktion, Projektierung, Entwicklung

- 921 Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros der Grundstoffindustrie
 - 922 Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros der metallverarbeitenden Industrie
 - 923 Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros der Leichtindustrie
 - 924 Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros der Lebensmittelindustrie
 - 925 Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros der Bauwirtschaft
 - 926 Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros der Land- und Forstwirtschaft
 - 927 Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens
 - 928
 - 929 Sonstige Konstruktions-, Projektierungs- und Entwicklungsbüros
-

93 Geld- und Kreditwesen

- 931 Banken
 - 932 Sparkassen, Postsparkassen
 - 933 Sonstige Geld- und Kreditinstitute (einschl. Postscheckämter)
 - 934 Lotterien, Toto, Wettannahmen
 - 935
 - 936 Versicherungen
 - 937
 - 938
 - 939
-

94 Dienstleistungen

- 941 Beherbergungsbetriebe
- 942 Reisebüros, Frachten- und Transportkontore, Garagen
- 943 Vermittlung-, Werbe-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Vermögensverwaltung (ohne Wohnungswesen), Rechts- und Wirtschaftsberatung, Verleih, Auskunftsbüros
- 944 Dienstmann-, Träger- und Aufbewahrungsgewerbe
- 945 Reinigungsbetriebe (außer 946)
(z. B. Hausfassaden- und Fensterreinigung, Möbelreinigung) und Schornsteinfegergewerbe
- 946 Sanitär-technische und hygienische Einrichtungen
(z. B. Wäschereien, Färbereien, chemische Reinigungen, Wannen-, Brause- und Sommerschwimmbäder)
- 947 Friseure und kosmetische Betriebe
- 948 Einrichtungen der Ortshygiene
(z. B. Bestattungswesen, Desinfektion, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Bedürfnisanstalt)
- 949

95 Wohnungswesen

- 951 Wohnungsbaugenossenschaften
 - 952 Siedlungsgenossenschaften
 - 953 Wohnungs- und Grundstücksverwaltungen
 - 954
 - 955
 - 956
 - 957
 - 958
 - 959
-

96 Staatliche Verwaltung

- 961 Zentrale Staatsorgane des produktiven Bereiches
 - 962
 - 963
 - 964 Zentrale Staatsorgane des unproduktiven Bereiches
 - 965
 - 966
 - 967 Örtliche Staatsorgane
 - 968
 - 969
-

97 Verteidigung

98 Sonstige Verwaltungen und Organe

- 981 Verwaltungen der Parteien
 - 982 Verwaltungen der demokratischen Massenorganisationen
 - 983
 - 984
 - 985 Genossenschaftliche Organe
 - 986 Organe der privaten Wirtschaft
 - 987 Konfessionelle Organe
 - 988
 - 989 Sonstige nicht genannte Verwaltungen und Organe
-

99 (Altstoffe)

(nur bei Systematiken, die eine Gruppierung der Erzeugnisse zum Inhalt haben)